

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

NEVE ZÜRCHER ZEITUNG Zuzuzo

del 20-X-44

Die Westschweiz und die Ueberfremdungsinitiative

und soiv notsiel 150 in 1111
 -rov znwls nstänwngw, O. P. L. ausanne, 15. Oktober,
 lus notand nonidzarmnail onobidwv 1111
 -12 Wet, 1111 dan 1111, 1111, 1111, die, Kampagne
 vor der Abstimmung über die Ueberfremdungsinitiative in den fünf westschweizerischen Kantonen verfolgte, erhielt zunächst den Eindruck einer imponierend einheitlichen Abwehrfront, allerdings nur im Blick auf die Presse, das Radio und das Fernsehen, die ohne Ausnahme die ablehnenden Stellungnahmen der politischen Parteien, der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften, der Kirchen und der anderen Corps constitués ausführlich wiedergaben und zum Teil breit orchestrierten.

Dramatische Warnungen

Die Regierungen der Kantone Genf, Waadt und Freiburg entschlossen sich zu dem eher ungewöhnlichen Schritt, vor der Abstimmung geharnischte Erklärungen abzugeben, in denen sie die Bürger vor den zu erwartenden katastrophalen Folgen einer Annahme der Initiative warnten. Besonders dramatische Töne schlug der Genfer Staatsrat an. In zahllosen Artikeln schilderten die Zeitungen die äußerst schwerwiegenden Konsequenzen einer Annahme der Initiative für die Wirtschaft im Welschland, die härter getroffen würde als die stärkeren Zentren in der Deutschschweiz. In der Waadt müßten etwa 73 000 Ausländer innert dreier Jahre ausgewiesen werden, im Kanton Genf trotz dem Privileg eines 25prozentigen Ausländeranteils nicht weniger als 62 000, in Neuenburg rund 20 000. Etwas weniger stark betroffen würden Freiburg und das Wallis, wo der Anteil der ausländischen Bevölkerung bedeutend niedriger ist als in den wirtschaftlich hochentwickelten Kantonen protestantischer Tradition.

Der neuerdings angeschlagene dramatische Ton beweist, daß man an verantwortlicher Stelle die Situation pessimistischer einschätzt als noch vor einigen Wochen. Ursprünglich waren manche welsche Politiker und Journalisten von der Annahme ausgegangen, daß die in der Zielsetzung der Gastfreundschaft und der Weltoffenheit von vornherein keine Chance haben werde. Inzwischen hat man aber den Eindruck gewonnen, daß die Anhänger und die potentiellen Befürworter des Volksbegehrens in der Westschweiz zahlreicher sein könnten, als das äußere Bild zunächst vermuten ließ. Wer regelmäßig in jene Ecken der Zeitungen geblickt hatte, wo die Leserbriefe zu finden sind, war allerdings schon früher in einer skeptische Stimmung geraten. In vielen Leserzuschriften manifestieren sich recht unschöne Strömungen aus dunklen Tiefen, und bei genauem Hinsehen mußte man feststellen, daß gewisse Kreise der Befürworter sozusagen eine «undurchlässige Zone» bilden, wo rationale Argumente kaum eindringen.

Breny

als Wortführer der Nationalen Aktion

Die öffentliche Auseinandersetzung im Welschland scheint in den letzten Tagen eine im Effekt für die Nationale Aktion nicht ungünstige Wendung genommen zu haben, teilweise als Folge psychologischer Fehler von Diskussionsleitern am Fernsehen, die versuchten, dem zum ersten Wortführer der Neuen Rechten in der Westschweiz aufgerückten Georges Breny das Wort abzuschneiden. Der vor drei Jahren auf der Liste der Nationalen Aktion im Waadtland in den Nationalrat gewählte, in Bern domizilierte Autobuschauffeur schlägt sich trotz seinem holperigen Französisch erstaunlich gut in den Debatten, obwohl er intellektuell seinen Gesprächspartnern unterlegen ist. Er hat eine patzige Bescheidenheit, und seine Argumentation erscheint simpel, aber subjektiv ehrlich. Er drückt sich kurz und schlicht aus, was offenbar vor allem viele Arbeiter schätzen. Daß beispielsweise der Neuenburger Staatsrat Carlos

Grosjean in einer Fernsehwendung Breny von obenherab behandelte, dürfte sich in Arbeiterkreisen kaum zuungunsten des Sprechers der Nationalen Aktion ausgewirkt haben.

Im Blick auf die öffentlichen Debatten der letzten Zeit fällt es außerordentlich schwer, ein Bild über die Lage zu gewinnen, zumal mehr und mehr subjektive Affekte und Leidenschaften die Szene bewegen. Eine von den Christlichdemokraten in Genf organisierte kontradiktorische Aussprache mit Nationalrat Oehen glitt trotz dem Ernst der Sache leider in eine Art Zirkusatmosphäre ab, und eine in Montreux durchgeführte Kundgebung, an der Breny, Bachofner und James Schwarzenbach sowie alt Bundesrat Celio, der Syndic von Montreux, Covey, und der waadtländische Kommunistenführer Muret sprachen, nahm ein wenig den Charakter eines sportlichen Spektakels an. Immerhin war deutlich festzustellen, daß die Gegner der Initiative die Mehrheit im Saal bildeten.

Humanitäre Tradition

Wenn nicht alles täuscht, so wirken bei aller Emotionalisierung doch die von den Gegnern vorgebrachten Hinweise auf die unmenschlichen Aspekte der Konsequenzen einer Annahme der Initiative sehr stark entgegen, jedenfalls in den Kantonen protestantischer Tradition, deren Selbstverständnis humanitär geprägt ist. Die Vorstellung, daß die Behörden unseres Landes vom Volk sozusagen zu Bütteln eines fremdenfeindlichen Beschlusses gemacht werden könnten, hat für

große Teile der welschen Öffentlichkeit etwas Erschreckendes. Allerdings wirkte eine vom christ

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

lichdemokratischen Genfer Staatsrat Guy Fontanet am Fernsehen abgegebene Erklärung, wonach die Kantonsregierung unter Berufung auf Artikel 2 der Bundesverfassung die Durchführung eines annehmenden Volksentscheides verhindern könnte, eher kontraproduktiv, weil dadurch der Eindruck entstand, *man spiele mit der Demokratie*. Die Situation vor der Abstimmung erscheint so heikel, daß keine Zweifel über die Respektierung des Willens des Souveräns aufkommen dürfen.

..... del

Beobachter in Genf, in der Waadt und in Neuenburg rechnen mit einer Ablehnung der Initiative, wenn auch mit einer vielleicht etwas geringeren Marge als im Juni 1970. Die Waadt wäre nach dem Tessin der am meisten betroffene Kanton, wo wichtige Betriebe eine drastische Reduktion vornehmen, wenn nicht gar die Tore schließen müßten. In Neuenburg ist seit der Zeit der großen Wirtschaftskrise das Wissen um die Verwundbarkeit der auf der Uhrenindustrie beruhenden Wirtschaft des eigenen Kantons tief verwurzelt. Anders präsentiert sich die Lage im Kanton Freiburg, durch den eine Welle des Negativismus geht, teilweise getragen vom bäuerlichen Unbehagen, aber auch aus Gründen der Disparität zwischen der Hauptstadt und der Landschaft. Auch im Wallis gibt es seit den Bau- und Raumplanungsbeschlüssen Bewegungen des Unmutes, doch dürften dort die Interessen des Tourismus für Gegengewichte sorgen.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Globo

di Melbourne

del 21-X-7

DOPO LA CONFERENZA DI MONTREAL

Nuovo «carrozzone» al posto del C.C.I.E.

Sydney, 18 ott.

La annunciata conferenza delle associazioni italiane del N.S.W. ha avuto luogo venerdì sera all'Associazione Trieste, presenti circa 30 persone in rappresentanza di una ventina delle oltre 40 associazioni operanti del N.S.W.

Il consultore Pino Bosi ha svolto una relazione su quanto avvenuto recentemente a Montreal in occasione della conferenza dei rappresentanti dei paesi anglosassoni, presente anche il sottosegretario all'emigrazione, On. Granelli. Questi i tre punti salienti:

La progettata confederazione delle associazioni italiane all'estero è stata temporaneamente accantonata, sotto la ridicola accusa di... perdere a destra.

Il comitato consultivo degli italiani all'estero non esisterà più ed alla prossima Conferenza Nazionale dell'Emigrazione in programma il 14 dicembre salvo rinvii, data la crisi di governo, sarà probabilmente «varato» un altro inutile carrozzone. Il nome è già pronto «Consiglio Permanente per l'Emigrazione» ed è superfluo aggiungere che si tratterà dell'ennesimo ente inutile che servirà soltanto a creare posti e stipendi per i soliti «amici delle parrocchie».

Come le masse emigrate possano partecipare attivamente ai lavori di un ente con sede a Roma rimane un mistero. Pare comunque che verrebbero istituiti in ogni paese dei gruppi di studio e di lavoro locali che farebbero capo al consiglio

permanente istituito a Roma.

Tutto da ridere, dunque.

Il terzo punto (e qui siamo in piena farsa) riguarda un certo atteggiamento di politici e sindacalisti italiani, abbondantemente rappresentati alla riunione di Montreal.

Questi signori, ormai universalmente noti per la loro dialettica vuota e senza senso che non per concreti interventi o provvedimenti in favore degli emigrati, hanno deciso, bontà loro, che noi italiani all'estero dobbiamo «acquistare una maggiore conoscenza dei nostri diritti ed essere più impegnati» politicamente.

Ci risiamo con le frasi da Sibilla Cumana con le quali i politici italiani (in questo brillantemente imitati dai rappresentanti sindacali) vanno ormai tristemente famosi.

Fin qui la relazione Bosi.

Il consultore ha poi risposto ad alcune critiche sul suo operato, e spiegando tra l'altro di non aver potuto convocare una riunione prima della sua partenza per Montreal (com'era stato precedentemente fatto in analoghe occasioni) perché avrebbe ricevuto l'avviso di convocazioni soltanto pochi giorni prima.

Qualcuno ha obiettato che sarebbe bastato un breve comunicato stampa per calmare i bollori dei più ferventi critici; è iniziata quindi la sarabanda di idee, proteste, programmi, creazioni di gruppi di studio, di comitati regionali, ecc.

Per gli italiani di Sydney il regno di Utopia è una completa realtà. A parole, s'intende.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Voce d'Italia

di Caracas

del 21-X-74

LE PROPRIETA' DEGLI IMMIGRATI SONO VENEZOLANE

CARACAS - Nei prossimi giorni, esattamente il 29 ottobre, scade - com'è noto, il termine fissato dalla legge per il registro degli investimenti stranieri esistenti nel paese alla data del 31 dicembre 1973. Secondo l'articolo "B" delle

Servizio di
IVO GIURIOLA

disposizioni transitorie della Decisione 24 della Commissione d del Trattato di Cartagena, d'accordo con il Decreto Presidenziale N° 216 del 2-7-74 tutti coloro che trovandosi nella situazione prevista dalla legge desiderino ricevere il trattamento previsto per gli investitori stranieri e conservare quindi il diritto di riesportare il capitale dovranno consegnare prima del termine fissato, i formulari di domanda e tutti gli altri documenti richiesti, alla "Superintendencia de Inversiones Extranjeras" per la corrispondente registrazione. Le domande di registro finora presentate sono, secondo informazioni non controllate, più di tremila e non si prevedono, assolutamente, possibilità di proroga del termine fissato; giacché come ci è stato cortesemente fatto notare alla "Superintendencia de Inversiones Extranjeras" essendo il ter-

mine fissato da una legge (più esattamente da un decreto - legge) sarebbe necessario per modificarlo un altro decreto legge e oramai, praticamente, dal punto di vista tecnico sarebbe quasi impossibile, giunti a questo punto, varare un decreto che spostasse il termine per il registro degli investimenti stranieri, e ciò esclusivamente per ragioni di mancanza di tempo utile. Negli ambienti interessati alle disposizioni menzionate regna una alacre attività, si prevede nei prossimi giorni un ulteriore afflusso di numerose domande di registrazione, che comunque non dovrebbero superare alla conclusione dei termini, la cifra di quattro o cinquemila unità.

Alla luce di questi dati e stando alle previsioni, possiamo senz'altro affermare che l'afflusso delle domande tendenti a far rimanere il capitale straniero e riesportabile è stato nettamente al di sotto delle previsioni se si considera che in Venezuela il numero degli stranieri residenti è di circa un milione di unità e che le imprese considerate straniere (dalla "taguara" al grosso complesso industriale) secondo i decreti di applicazione dell'Accordo di Cartagena, sono numerose.

La grande maggioranza degli stranieri - ed è questo un fatto la cui costatazione deve compiacere altamente il governo e lo stato venezolano - ha preferito nazionalizzare il capitale. Come si sa per nazionalizzare il capitale è necessario riempire un formulario e presentarlo agli uffici della Sovrintendenza agli Investimenti Stranieri. Ma la presentazione del suddetto formulario è necessaria più a fini statistici, che a fini sostanziali. Difatti per "venezolanizzare" il proprio capitale non ci sono termini di scadenza e gli interessati possono presentare il formulario "SIEX-05" anche dopo il 29 ottobre, anzi, ci è stato detto con un gentile sorriso da un'alta funzionaria della "Superintendencia", se lo si fa dopo questa data è meglio giacché si eviterebbe così il disagio derivato dal superlavoro degli ultimi giorni precedenti il 29 ottobre.

E' noto che la "venezolanizzazione" del capitale è prevista dall'articolo 21 del decreto 63, secondo il quale le persone di nazionalità straniera che desiderino ricevere il trattamento riservato agli investitori nazionali devono rinunciare alla riesportazione del capitale di loro proprietà nonché a rimettere le utilità prodotte dagli stessi fuori del paese.

Per coloro i quali avessero chiesto la cittadinanza venezolana e per motivi di carattere burocratico non la avessero ancora ottenuta - ossia se, malgrado i termini previsti dal recente regolamento della legge sulle naturalizzazioni, non fosse ancora stato pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale il decreto presidenziale rispettivo, non è necessario - a quanto pare - la introduzione del formulario "SIEX-05", e

quindi possono tranquillamente aspettare il decreto di naturalizzazione senza preoccuparsi di dover sottostare nel frattempo all'onere di questa pratica. Ricordiamo però che l'articolo 21 si applica solamente alle persone naturali straniere e non alle persone giuridiche come lo sono le società commerciali, per esempio. Ciò vuol dire che

se qualcuno possiede una partecipazione azionaria in una compagnia considerata straniera, può venezolanizzare il suo capitale grazie all'articolo 21, ma ciò non vuol dire che così la compagnia di cui è socio si "venezolanizzi" automaticamente. Per la venezolanizzazione delle imprese straniere - ossia di quelle compagnie commerciali il cui capitale appartiene a persone di nazionalità straniera in misura superiore al cinquanta per cento - è necessaria

RASSEGNA DELL'

ELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

del

la celebrazione di un "con-
venio" con il "Ministero del
Fomento" (art. 47 del D. 63)
Ricordiamo che il contratto
di trasformazione si dovrà
celebrare con il ministero
rispettivo nel tre anni dal-
l'entrata in vigore dell' Ac-
cordo di Cartagena in Vene-
zuela.

L'applicazione di queste nor-
me ha ingenerato molte per-
plessità soprattutto nelle
frange meno cospicue degli
imprenditori immigrati,
perplessità dovute anche alla
complessità che per molti
renda difficile l'interpreta-
zione dei provvedimenti va-
rati.

Di qui le numerosissime ri-
chieste di chiarimenti e di-
scussioni pervenute al no-
stro giornale ed ai no-
stri rappresentanti.

Per riassumere e conclude-
re si può dunque affermare
che la data del 29 ottobre è
termine perentorio sola-
mente per le persone natu-
rali e giuridiche che voglia-
no conservare il diritto al-
la riesportazione dei capi-
tali investiti ed alla remis-
sione delle utilità generate
dagli stessi in misura non
superiore al quattordici per
cento dell'investimento

Per chi, persona naturale o
giuridica, voglia essere con-
siderato "venezolano" dal
punto di vista economico,
questo termine non corre. Le
rispettive domande possono
essere presentate dopo il 29
ottobre in qualsiasi momen-
to al limite per le persone
naturali e dentro i tre anni
dall'entrata in vigore del-
l'Accordo di Cartagena in
Venezuela per le persone
giuridiche.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Bene Zürcher Zeitung

di

Luzern

del

21

Deutliche Absage an eine Abenteuerpolitik

Die Deutlichkeit haben die schweizerischen Stimmberechtigten die dritte Ueberfremdungsinitiative der Nationalen Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat verworfen. Kein einziger Stand weist eine annehmende Mehrheit auf; 1970 wurde die Initiative Schwarzenbach immerhin noch von sechs Kantonen und zwei Halbkantonen angenommen. Bei einer außerordentlich hohen, seit der Einführung des Frauenstimmrechts noch nie erreichten Stimmbeteiligung von 70 Prozent wurde die Initiative der Maßlosigkeit mit 1 689 870 gegen 878 739 Stimmen wuchtig abgelehnt. Die unerwartete Zweidrittelmehrheit kam offensichtlich nur zustande, weil es gelang, politische Reserven — nicht zuletzt auch unter den Frauen — gegen dieses Volksbegehren zu mobilisieren, das in mehr als einer Hinsicht für unser Land hätte verhängnisvoll werden können.

Die Initiative lastete in den letzten Wochen wie ein Albdruk auf den politische und wirtschaftliche Verantwortlichen. Ihre Annahme hätte unser Land zum Bruch einer ganzen Anzahl internationaler Verträge und zur Wegweisung von über 500 000 Ausländern innert dreier Jahre im Widerspruch zu unserer liberalen und humanitären Tradition gezwungen, und sie hätte unser Land in ein wirtschaftspolitisches Abenteuer gestürzt, dessen Folgen unabsehbar gewesen wären. Daß im richtigen Moment Vernunft und Sinn für das Maß beim schweizerischen Souverän den Ausschlag gaben, darf mit Freude und Genugtuung festgehalten werden. Unser internationales Ansehen dürfte unangestastet aus diesem Umengang hervorgehen; daß es auf dem Spiel stand, ergab sich nicht zuletzt aus dem außerordentlich großen Interesse, daß die Informationsmedien zahlreicher europäischer Länder durch die Entsendung von Reporterequipen in die Schweiz bekundeten.

Ein Vergleich der Ergebnisse von 1974 mit jenen der Volksabstimmung über die Schwarzenbach-Initiative von 1970 zeigt, daß in allen Kantonen der Prozentsatz der Ja-Stimmen wesentlich zurückgegangen ist. Am stärksten nahm er in einigen Innerschweizer Kantonen ab, die 1970 Ja-Mehrheiten lieferten; in Uri

ging er von 63 Prozent 1970 auf 44 Prozent 1974 zurück, in Luzern von 55 auf 39, in Obwalden von 55 gar auf 36 und in Nidwalden von 56 auf 39 Prozent. Es ist auffällig, daß der Block der Binnenkantone der Innerschweiz, der 1970 zusammen mit Bern und Freiburg die sieben annehmenden Standesstimmen lieferte, sich diesmal stark den Resultaten der anderen Kantone angeglichen hat. Eine besonders geringe Zahl befürwortender Stimmen unter 30 Prozent lieferten die Westschweiz — mit der Ausnahme von Freiburg —, das Tessin und der Grenzkanton Schaffhausen.

Einzelresultate zeigen, daß die Schwerpunkte der Befürworter auch diesmal in den Arbeiterkreisen, in den wirtschaftlich schwächer entwickelten Regionen und in den älteren, konservativen Schichten zu finden sind, deren Leitbild stark von der Schweiz vor und während des Zweiten Weltkrieges geprägt ist und die sich von der Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre überfahren fühlen. Die Akzente in der Ablehnung und Befürwortung waren diesmal aber wesentlich weniger ausgeprägt, weil offensichtlich die eindringliche Aufzeigung der Konsequenzen einer Annahme eine breite Wirkung nicht verfehlt hat. Je stärker die konkrete Durchführung dieser Initiative in den Mittelpunkt der Betrachtungen rückte, desto klarer zeigten sich ihre unmenschliche Härte und die

großen Schwierigkeiten, die sie zahlreichen Mittel- und Kleinbetrieben und den in ihnen tätigen schweizerischen Arbeitnehmern bereiten würde. Daß die Nationale Aktion selbst eine Streckung der Abbaufrist durch Notrecht ins Auge faßte, wies auf Unsicherheit in den eigenen Reihen hin.

Nichts wäre indes verhängnisvoller, als mit der beruhigenden Feststellung zur Tagesordnung übergehen zu wollen, daß die Zahl der Ja-Stimmen in der Schweiz von 46 Prozent 1970 auf 34 Prozent 1974 zurückgegangen ist. Die aufwühlenden Diskussionen, die in den letzten Wochen an zahlreichen öffentlichen Versammlungen und in kleinem Kreise stattgefunden haben, und vor allem auch die außerordentliche hohe Stimmbeteiligung haben gezeigt, daß die Frage der Ueberfremdung unserm Volk schwer zu schaffen macht. Vielen ist das Nein nicht leicht in die Feder geflossen. Nur die offensichtliche Maßlosigkeit der In-

initiative und die zu befürchtenden schwerwiegenden Auswirkungen haben sie der Versuchung widerstehen lassen, Bundesrat, Parlament und Parteien mit einem Ja einen Denkartel auszustellen. Denn auch bei einem erheblichen Teil der Nein-Stimmenden war offensichtlich das Gefühl verbreitet, daß die bisherige Ausländerpolitik zu spät einsetzte und zu wenig konsequent durchgeführt wurde.

Auch nach dem 20. Oktober 1974 kann das Traktandum «Ueberfremdung» nicht von der Liste der vordringlichen Probleme eidgenössischer Politik abgesetzt werden. Dafür werden nicht zuletzt die bereits der Bundeskanzlei eingereichte vierte Ueberfremdungsinitiative der Republikaner unter Nationalrat Dr. James Schwarzenbach und die in Vorbereitung befindlichen weitem zwei Initiativen der katholischen Arbeitnehmerorganisationen und der Berner «Tagwacht» sorgen. Es sollte nicht nochmals dazu kommen, daß — wie 1970 und 1974 — der Bundesrat erst ein Vierteljahr vor einer eidgenössischen Abstimmung eine neue Verschärfung der Fremdarbeiterpolitik beschließt; damit erhalten die Volksinitiativen im Gegenteil den Schein einer Berechtigung.

Es kann nicht übersehen werden, daß es, wie schon 1970, auch diesmal gewaltiger Anstrengungen der «offiziellen» Schweiz bedürfte, um gegen ein schwelendes Unbehagen anzukämpfen und die Stimmberechtigten von der Richtigkeit des Nein zu überzeugen. Bei der neuen Schwarzenbach-Initiative, deren Durchführungsbestimmungen milder sind als jene der Nationalen Aktion, dürfte dies schwieriger werden. Um so mehr wäre es an der Zeit, aus diesem Abstimmungskampf frühzeitig Konsequenzen zu ziehen und die vorgesehene Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung und ihr darauffolgender Abbau rascher als ursprünglich geplant durchzuführen.

Schon die Volksabstimmung von 1970 und erneut jene von 1974 haben die politischen Kräfte unseres Landes in einem außergewöhnlichen Maße absorbiert. Eine Wiederholung solcher Kraftproben in regelmäßigen Abständen wäre für das politische Leben unseres Landes nicht von gutem. Sie führen einerseits zu einer unfruchtbaren Konfrontation zwischen der «offiziellen Schweiz» und eher untergründigen politischen Kräften, und sie lenken im weitem die Energien von der Lösung der zahlreichen politischen Aufgaben ab, die die rasche Entwicklung auf allen, nicht zuletzt den zivilisatorischen Gebieten wie dem der Gesetzgebung heute stellt. Im Abstimmungskampf sind starke kritische Töne

gegenüber Behörden, Parlament und Parteien laut geworden, die sorgfältiger Registrierung und Analyse bedürfen; sie zeigen, daß zwischen dem politischen Empfinden weiter Kreise und der politischen Realität eine Lücke klafft. Die kritische Ablehnung der vierten Ueber-

fremdungsinitiative hat Raum für politisches Handeln geschaffen. Diesen Raum gilt es in den kommenden Jahren auszufüllen, damit wir bei einem allfälligen nächsten Umengang nicht im Rückblick von einer Periode der ungenutzten Möglichkeiten sprechen müssen.

K. M.

A STAMPA A CURA DELL'UFFICIO

Erste Stellungnahmen

Bundespräsident Brugger

Bern, 20. Okt. (sda) Kurz nachdem die Schlußresultate über die eidgenössische Volksabstimmung zur NA-Initiative vorlagen, hat Bundespräsident Brugger am Sonntag abend gegenüber der SDA folgende Erklärung abgegeben:

«Das Resultat ist zunächst einmal rein menschlich erfreulich, dann aber auch deswegen, weil nunmehr eine klare Situation vorliegt, und zwar klar deswegen, weil sich so viele Schweizer Bürger an diesem Umengang beteiligt haben. Die lähmende Ungewißheit, die auch uns in letzter Zeit als schwere Hypothek belastet hat, ist nun gewichen. Wir können uns nun mit neuem Elan wieder all den anderen Aufgaben zuwenden, die schließlic nicht minder wichtig sind als das Fremdarbeiterproblem.»

Die gegen 900 000 Ja zeigen aber, daß es sich um ein Problem handelt, welches mit aller Sorgfalt und mit Ernst weiterbehandelt werden muß. Wir werden also unsere Politik — Stabilisierung der Wohnbevölkerung in den nächsten Jahren und anschließend ein maßvoller und organischer Abbau — mit aller Konsequenz fortsetzen. Glücklic bin ich auch deswegen, weil die Mehrheit des Schweizervolkes in einer Frage, die wirtschaftlic und auch außenpolitisch kompliziert ist, die Zusammenhänge gesehen und dementsprechend den richtigen Entscheid gefällt hat. Ich bin überzeugt, daß es so gelingen wird, die Schwierigkeiten, die aus dem sich verlangsamenden Wachstum unserer Wirtschaft entstehen könnten, zu meistern und irreparable Schäden zu verhindern.»

Bundesrat Furgler:

Bestätigung der Politik des Bundesrates

Zy. Bern, 20. Oktober

Im eindeutigen Nein des Schweizervolkes, aller Stände und aller Sprachregionen zur dritten Ueberfremdungsinitiative sieht der Bundesrat seine Politik bestätigt. Er wertet diesen Entscheid, so erklärte Bundesrat Furgler am Sonntag abend vor der Presse, als Auftrag zur Fortführung seiner Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, nach der bereits erreichten Begrenzung der erwerbstätigen Aufenthalter und Niedergelassenen die gesamte ausländische Wohnbevölkerung zu stabilisieren und anschließend abzubauen.

Volk und Ständen dankt der Bundesrat für das Vertrauen, das im Ergebnis der Abstimmung zum Ausdruck kommt. Mit dem Dank an alle, die zur Aufklärung über die Ausländerpolitik des Bundesrates und über die möglichen Folgen der Initiative beigetragen haben, verband der Chef des Justiz-

departements die Feststellung, daß viele Mitbürger und Gruppen von Bürgern sowie Presse, Radio und Fernsehen die staatspolitische Funktion des Gesprächs in der direkten Demokratie eindrücklich und überzeugend bewiesen haben. Der Bundesrat übersieht ein über die Probleme der Ausländer in unserem Land hinausgreifendes Unbehagen nicht. Es zeigt, daß materieller Wohlstand nicht gleichbedeutend ist mit persönlichem Wohlergehen.

Die Fragen der Lebensqualität lösen wir aber, so führte Bundesrat Furgler aus, nicht mit einer Flut von Initiativen, sondern mit einer Politik, die den Menschen und das gemeinsame Wohl ins Zentrum stellt. Für die Ausländerpolitik heißt das, daß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen schweizerischer und ausländischer Wohnbevölkerung herbeigeführt wird und dabei die menschlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehalten werden. Diesem Zwecke dient die Revision

Anteil Ja-Stimmen in Prozenten

Kantone	1970	1974	Stimm-
			beteiligung
			1974
			in %
Zürich	44	35	74
Bern	52	41	60
Luzern	55	39	71
Uri	63	44	70
Schwyz	53	41	66
Obwalden	55	35	62
Nidwalden	56	29	72
Glarus	47	38	69
Zug	48	35	77
Freiburg	50	34	66
Solothurn	51	40	75
Basel-Stadt	47	41	70
Basel-Landschaft	40	52	74
Schaffhausen	40	29	84
Appenzell A.-Rh.	43	34	64
Appenzell L.-Rh.	50	40	61
St. Gallen	46	35	67
Graubünden	40	27	62
Aargau	48	36	71
Thurgau	41	30	74
Tessin	36	25	72
Vaud	41	26	69
Valais	46	29	63
Neuchâtel	39	27	68
Genève	40	24	77
Schweiz	46	34	70

des Ausländerrechts, für die die Arbeiten weit fortgeschritten sind. Das neue Ausländerrecht soll alle wichtigen Grundsätze über die Rechte und Pflichten der bei uns lebenden Ausländer und ihr Verhältnis zur schweizerischen Bevölkerung zeitgemäß ordnen.

Ein wesentliches Ziel der Politik des Bundesrates ist aber auch ein gerechter Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß das Überfremdungsproblem im Gesamtzusammenhang gesehen und gelöst werden muß.

Zentralpräsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz

Zürich, 20. Okt. (sda) In einer Erklärung zum Ausgang der eidgenössischen Abstimmung hat der Zentralpräsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz (FdPS), Ständerat Dr. Fritz Honegger (Zürich), dazu aufgerufen, sich nach dem harten Meinungsstreit wieder zusammenzufinden und in gemeinsamer Anstrengung die bedrückenden Probleme zu bewältigen. Wörtlich hat Ständerat Honegger erklärt:

«Mit Genugtuung haben wir vom Volkentscheid über die dritte Überfremdungsinitiative Kenntnis genommen. Die FdPS ist wie alle freisinnigen Kantonalparteien mit Entschiedenheit für eine Ablehnung eingetreten, weil sie die Initiative in ihren Dimensionen als maßlos betrachtete, maßlos in ihren menschlichen Auswirkungen, maßlos in bezug auf die wirtschaftlichen Konsequenzen und unverantwortlich in staatspolitischer Hinsicht. Wir geben heute unserer Hoffnung Ausdruck, daß sich das Schweizer Volk nach dem harten Meinungsstreit wieder zusammenfindet und auch die heutigen Verlierer uns in unseren Bestrebungen unterstützen werden, das zweifellos vorhandene Überfremdungsproblem mit Würde und Nachsicht, aber auch mit Konsequenz zu lösen.»

Wir müssen bei diesem Appell davon ausgehen, daß wir vor weitere wichtige Entscheidungen gestellt werden. Die FdPS wird sich für eine breite Zusammenarbeit mit allen konstruktiven Kräften der Bevölkerung zur Verfügung halten und alle ihre Anstrengungen darauf ausrichten, den laien Frieden, die soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Prosperität unter Berücksichtigung der uns gesetzten natürlichen Grenzen zu gewährleisten. Wir sind überzeugt, daß die uns heute bedrückenden Probleme in einer gemeinsamen Anstrengung bewältigt werden können.»

Vorort und Arbeitgeber

Zürich, 20. Okt. (sda) Dr. Gerhard Winterberger, Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, hat zum Abstimmungsergebnis gegenüber der SDA erklärt, eine große Unsicherheit sei beseitigt. Im weiteren führte Winterberger aus: «Unserem Land, seiner Wirtschaft und unseren politischen Institutionen werden die enormen Schwierigkeiten, die mit der Initiative verbunden gewesen wären, erspart. Es kann damit auch viel menschliches Leid vermieden werden. Der Souverän hat einem extremen Vorstoß die verdiente Absage erteilt. Es besteht nun eine günstige Ausgangslage für eine maßvolle Ausländerpolitik, die auf die rechtlichen, politischen, menschlichen und wirtschaftlichen Erfordernisse Rücksicht nimmt. In gemeinsamen Anstrengungen können wir die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben in Angriff nehmen.»

Direktor Heinz Allensbach vom Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hat gegenüber der SDA betont, daß sein Verband den eindeutigen Volkentscheid begrüße. Er zeige, daß das Schweizer Volk gewillt ist, die Probleme, die sich aus der Anwesenheit von so viel Ausländern ergeben, auf eine menschlich anständige und wirtschaftlich vernünftige Art zu lösen. Der Abstimmungsausgang bedeute deshalb gleichzeitig auch die Verpflichtung, die vorhandenen Spannungen nach Möglichkeiten abzubauen. Notwendig sind nach Allensbach zielbewusste Maßnahmen zur besseren Eingliederung der Ausländer in unsere Gesellschaft. Ebenso notwendig sei aber auch eine konsequente Weiterführung der Stabilisierungspolitik. Trotz den damit verbundenen weiteren Verlusten an Arbeitskräften befürworten die Arbeitgeber die neuen Maßnahmen der Behörden,

... 1.000 dieses Jahr zehmt die aus-
ländische Wohnbevölkerung stabilisiert werden
kann.

**Präsident
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Dietikon, 20. Okt. (sda) In einem Gespräch mit
der SDA hat Nationalrat Eizo Canonica, Präsident
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das
Abstimmungsergebnis als «Volkserfolg» bezeichnet.
Mit der bescheidenen Stimmhaltung habe unser
Volk Rechte bewiesen. Diese Absage bedeutet nach
Nationalrat Canonica prägnant Licht für eine
«entschlossene und soziale Politik gegenüber den
Ausländern», ohne daß damit die Wirtschaft zer-
stört wird. Sie müsse auch als Vertrauensakt ge-
genüber der Politik des Bundesrates (Stabilisierung
und Ausländerabbau) gewertet werden. Für die
Regierung resultiere die klare Verpflichtung, diese
Politik konsequent weiterzuführen, gleichzeitig
aber auch Maßnahmen zu treffen zur harmoni-
schen Integration der ausländischen Bevölkerung.
Ermer müssen die offenen Infrastrukturprobleme
gelöst werden, die sich oft gerade mit der Ueber-
fremdungsfraße identifizieren.

Als wichtiges Moment dieser Abstimmung be-
zeichnet Canonica die Wählerinnen, die während
der Kampagne verächtigt wurden, sich nicht ra-
tional zu verhalten. Das Ergebnis beweise aber,
daß die Beteiligung der Frauen sich positiv aus-
wirkt habe.

Es wäre ein Fehler, die Zahl der Ja-Stimmen
zu bagatellisieren, im besonderen wenn berücksich-
tigt werden müsse, daß die Nationale Aktion ihre
Initiative allein gegen alle andern führen und ver-
eidigen mußte. Die entscheidende Frage sei nun,
ob der Kampf gegen die Ueberfremdung in Form
von Initiativen weitergehen oder eingestellt werde.
Es gebe leider Kreise, für welche die Ueberfrem-
dung das einzige politische Kapital darstelle. Diese
Bewegungen seien trotz dieser Niederlage nicht zur
Kapitulation bereit.

Nationalrat Oehen

Bern, 20. Okt. (sda) In schwarzem Anzug und
mit schwarzer Krawatte erschien am Sonntag
abend Nationalrat Valentin Oehen, der «Vater»
der stark verworfenen dritten Ueberfremdungs-
Initiative, vor der Bundeshauspresse. Aus seinem
Gemütszustand machte er kein Hehl: «Ich bin
zweifelsfrei enttäuscht, deshalb habe ich eine schwarze
Krawatte angezogen», erklärte er unumwunden.
Nichtsdestotrotz wolle seine Bewegung aber wei-
terhin gegen die Ueberfremdung und Ueberbevöl-
kerung kämpfen.

*Namens der Nationalen Aktion drückte er
sein Bedauern über den Abstimmungsergebnis
aus: Das Schweizervolk habe erneut eine Chance
verpaßt, das Ueberfremdungsproblem «erfolgreich-
sprechend» zu lösen. Immerhin hätten etwa 34
Prozent des Schweizervolkes Ja gestimmt und da-
mit der harten Gegenpropaganda standgehalten.
Speziell an dieser Propaganda übte er Kritik, denn
es sei offensichtlich gewesen, daß das «feindliche
Lager» mit sehr viel längeren Spießen gefoltert
habe. Die NA fasse aber das Resultat als Aufreg
auf, mit ihrer Politik weiterzufahren. Bei den
kommenden Initiativen über das Staatsvertrags-
referendum und die Beschränkung der jährlichen
Einbürgerungen werde man wieder hart kämpfen.
Was die Ueberbevölkerung betreffe, so liege die
Verantwortung eindeutig bei den Siegern. Immer-
hin: «Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen,
um mit den Gewinnern die schlimmsten Folgen
zu meistern.»*

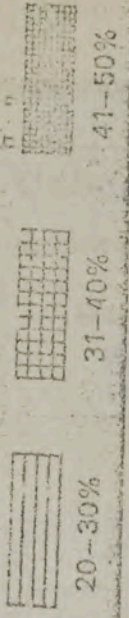
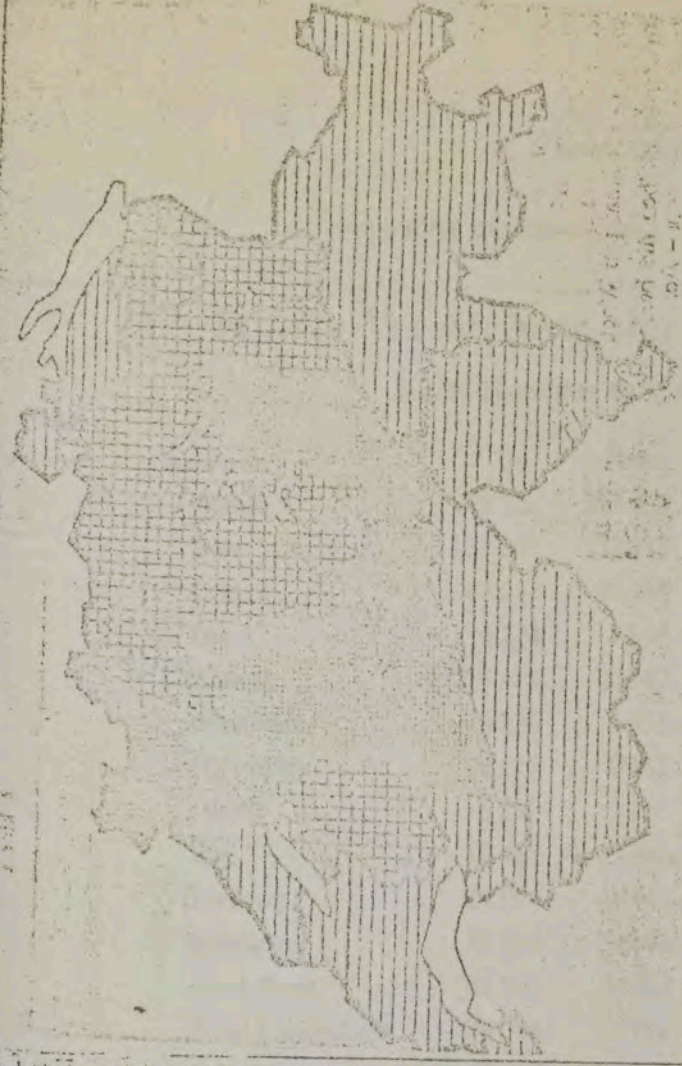
Nationalrat Oehen erklärte weiter, er habe trotz
der gegnerischen Großkampagne stets gehofft,
knapp zu siegen. Ferner räumte er ein, daß die
Querelen zwischen den Republikanern und den
Nationalen einen negativen Einfluß gehabt hät-
ten. Daß seine Initiative sehr viel höher verworfen
wurde als jene Schwarzenbachs im Juni 1970,
führte er zum Teil auf Schwarzenbachs Rück-
zieher, dann aber auch auf die unbestreitbare
Härte des Volksbegehrens und eine gewisse Angst
vor wirtschaftlicher Rezession zurück. Man werde
nun in der NA, meinte Oehen abschließend, die
Schwerpunkte neu legen. Er ließ außerdem durch-
blicken, daß man sich auch gegen die kapital-
mäßige Ueberfremdung wehren werde. Oehen:

Abstimmungsbudget betrug rund 500 000 Franken.
Die meiste Summe Spenden stammten vom «Mann
an der Straße».

Nationalrat Schwarzenbach

Zürich, 20. Okt. (sda) In einer Erklärung zur
Volksabstimmung über die dritte Ueberfremdungs-
Initiative hat Nationalrat Dr. James Schwarzen-
bach, Obmann der Schweizerischen Republikani-
schen Bewegung, gegenüber der SDA ausgeführt,
der Ausgang der Abstimmung habe bewiesen, daß
das Schweizervolk auch bei einem brennenden
Problem maßvoll und verantwortungsbewußt ent-
scheide. Das kräftige Nein bedeute eine Absage
an die Maßlosigkeit der Forderungen der Natio-
nalen Aktion, in keiner Weise aber eine Zustim-
mung, zur bisherigen Ausländerpolitik des Bundes-
rates.

Prozentualer Anteil der Ja-Stimmen in den Kantonen



41-50%
31-40%
20-30%

Affari Esteri
E DEGLI AFFARI SOCIALI
DELL'UFFICIO VII

4

Das im März dieses Jahres eingereichte repu-
blikanische Volksbegehren zum Schutz der
Schweiz werde nicht zurückgezogen, «bis der Bun-
desrat auf unsere Forderungen eingeht und über-
zeugende Maßnahmen zum Abbau der ausländi-
schen Wohnbevölkerung ergreift». Schwarzenbach
fordert den Bundesrat auf, die noch hängige In-
itiative vordringlich zu behandeln.

Starke Verwerfung der Ueberfremdungsinitiative

Kein Kanton mit annehmender Mehrheit

Ritaglio

Kantone	Ja	Nein	Stadt Zürich	Ja	Nein
Zürich	171 228	313 405	Kreis 1	1 930	3 214
Bern	165 067	238 977	» 2	4 896	11 006
Luzern	46 852	74 385	» 3	10 708	12 150
Uri	6 274	7 895	» 4	6 282	5 339
Schwyz	14 413	20 547	» 5	2 536	1 642
Obwalden	3 326	5 855	» 6	5 578	11 691
Nidwalden	4 615	7 118	» 7	3 935	14 461
Glarus	5 890	9 448	» 8	2 718	5 767
Zug	10 459	19 782	» 9	9 683	12 733
Freiburg	24 004	46 849	» 10	6 061	10 718
Solothurn	38 494	58 229	» 11	10 252	14 657
Basel-Stadt	40 909	59 367	» 12	6 251	7 648
Basel-Landschaft	29 044	61 709	Total Stadt	70 830	111 026
Schaffhausen	9 747	23 471	Landgemeinden	9 729	22 669
Appenzel A.-Rh.	6 257	12 273	Bezirke		
Appenzel I.-Rh.	1 893	2 782	Zürich	80 559	133 695
St. Gallen	51 529	94 527	Affoltern	3 390	7 385
Graubünden	15 776	42 687	Horgen	12 305	30 192
Aargau	61 626	111 364	Meilen	6 844	22 090
Thurgau	21 688	50 991	Hinwil	9 725	15 100
Tessin	24 832	73 966	Uster	9 382	22 687
Waadt	53 846	150 351	Pfäffikon	5 651	9 958
Wallis	22 473	55 700	Winterthur	22 119	32 484
Neuenburg	17 363	48 723	Andelfingen	3 306	6 026
Genf	31 134	99 469	Bülach	11 984	22 765
Schweiz	878 739	1 689 870	Dielsdorf	5 926	10 890
			Militärstimmen	37	133
			Kanton Zürich	171 228	313 405

Die Ueberfremdungsinitiative der Nationalen Aktion ist wuchtig abgelehnt worden. Mit Zweidrittelmehrheit haben die Stimmberechtigten das Volksbegehren verworfen; alle Stände haben Nein-Mehrheiten geliefert. Die Stimmbeteiligung beträgt gesamt-schweizerisch rund 70 Prozent.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

International Herald Tribune - Parigi del 21-X-64

66% Say No in Referendum

Swiss Voters Spurn Plan to Expel Foreigners

By John M. Goshko

GENEVA, Oct. 20 (WP).— Swiss voters today decisively rejected a proposal that more than half a million foreigners—one half the number living in the country—be evicted from Switzerland by the end of 1977.

Final returns showed that 66 per cent of the Swiss voting had cast their ballots against the proposal. It was rejected by the majority of voters in each of the country's 22 cantons.

The vote was on the so-called "people and homeland initiative." Its supporters claimed that Switzerland has suffered "over-foreignization."

There had been widespread concern that approval of the plan might spark similar native backlash movements in other countries, which also are heavily dependent on foreign labor. The industrialized nations in northern Europe employ more than 12 million migrant workers, recruited from southern and eastern Europe.

Problem Remains

Still, the fact that the plan did win approximately 34 per cent of the vote was a sign that the controversy has not yet been fully laid to rest.

Most observers here ascribed the defeat to the fact that the electorate regarded the plan's provisions as harsh and drastic. If adopted, it would have forced the government to expel foreign workers at the rate of roughly a trainload a day for the next three years.

The hardships imposed by such a timetable would have severely damaged Switzerland's image throughout the world. It also would have stripped some sectors of the economy, especially the tourist and service industries, of so many workers that their ability to function would have been seriously impaired.

These were the points made repeatedly in recent weeks by the forces against the initiative. The opposition included the entire Swiss establishment—all the major political parties, the employers' associations, the trade unions, the churches and the principal organs of the press.

1970 Attempt

The proposal was even opposed by James Schwarzenbach, the country's most influential foe of continued reliance on foreign labor. Mr. Schwarzenbach, who in 1970 organized a milder and almost successful attempt to cut back the foreign population had denounced the latest initiative as "a European version of what [President] Idi Amin did in Uganda" to the Asian population there.

Switzerland, with its low birth rate and chronic labor shortage, has the worst migrant problem in Western Europe. Of the country's 6.4 million inhabitants, slightly more than one million are non-Swiss.

The immigrants, mainly from Italy and other southern countries, now make up 16 per cent of Switzerland's population and 27 per cent of its work force. In the German-speaking northern regions of this trilingual country, nearly half the workers are foreigners.

In 1970, Mr. Schwarzenbach's

proposal won 46 per cent of the vote. He has another, more gradual proposal that is due to come before the voters in the spring.

Official Results

The official results in the latest voting, which began Wednesday and continued until this afternoon, were:

1,089,870 votes against; 879,739 votes for.

A total of 69.6 per cent of the electorate of 3.5 million voted—

lower than in 1970, when there was a turnout of 71 per cent, one of the highest on record.

Officials said that they believed voting this weekend would have been higher but for bad weather.

The proposal was sponsored by Valentin Oehen, who heads a breakaway faction of Mr. Schwarzenbach's movement. Last year, he obtained the 50,000 signatures required to call a national referendum and succeeded in getting his proposal on the ballot before

the new one by Mr. Schwarzenbach.

In the final days before the vote, the government added its voice, with President Ernst Brugger going on national TV and radio.

Foes of the plan also flooded the country with beer coasters and restaurant placemats showing Swiss sweating at the menial, frequently dirty jobs done by foreigners. They bore the caption: "Would you do their work?"

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Journal de Genève di *Geneve* del *21-X-*

BULLETTIN SUISSE

S'interroger
malgré tout

Tout d'abord, il faut se réjouir. Notre pays a nettement, très nettement, écarté la solution que lui proposait l'Action nationale. Il n'a pas succombé à ce vertige qu'on craignait, qui lui aurait fait remettre en question, d'un coup, brutalement, tout l'acquis de ces trente dernières années. Il faut se réjouir parce que tous les cantons ont dit non. Il faut se réjouir aussi parce que la Suisse romande a émis un vote particulièrement clair.

Désormais, fort de cette unanimité, le Conseil fédéral va pouvoir poursuivre sa politique de stabilisation de la population étrangère, sans faiblesse mais sans tension excessive, sans à-coups exagérés. Son but de la stabilisation, puis de la réduction, de cette population étrangère pour la fin de la décennie doit être atteint comme il est prévu; les promesses faites doivent être tenues; et nous ne doutons pas un instant qu'elles le seront. Les auteurs de l'initiative cherchaient à attiser la méfiance à l'endroit de nos autorités; pour elles, ce vote est donc aussi un vote de confiance. C'est également un vote de confiance des Suisses en eux-mêmes, en leur pays. Malgré les défauts de l'évolution que nous avons connue, ces dernières années, malgré les difficultés psychologiques qu'a pu entraîner une proportion réellement forte d'étrangers chez nous, aucun canton n'a donné sa préférence à la voie extrême qu'on lui offrait. Les cantons qui avaient dit oui à l'initiative Schwarzeubach ont refusé l'escalade de la contestation à laquelle on les invitait.

Car il s'agissait bien, au fond, d'une contestation. Il est permis de penser que la forte proportion, inhabituelle, de citoyens jeunes qui ont voté a pesé de son poids sur le plateau du non. Il est probable que les personnes âgées ont compris que le succès de l'initiative compromettrait la sécurité de leurs vieux jours. L'expansion économique,

qu'on attaque aujourd'hui un peu trop facilement, est apparue sans doute à la majorité des Suisses comme trop importante, trop essentielle à leur propre vie, pour qu'ils imaginent de l'engloutir pour la satisfaction d'un retour à l'identité suisse. Enfin, on veut croire que l'aspect inacceptable, du point de vue humain, de l'initiative a joué, et pleinement, son rôle.

Mais alors, au-delà du soulagement que l'on éprouve devant ce vote, comment ne pas s'interroger malgré tout? Pourquoi, durant des semaines, cette grande peur? Dans tous les milieux, de la gauche à la droite, l'insécurité, l'appréhension régnaient. On n'était pas sûr de cette partie du peuple qu'on prétendait représenter. On doutait de son pays. Et, en soulignant les facettes multiples de la contestation qu'on redoutait, on doutait presque de soi-même, des valeurs politiques et matérielles qu'on affichait. Cela ne peut pas être oublié, pas plus qu'on ne peut oublier un événement comme mai 68. Car la démesure d'une contestation, qu'elle aille dans un sens ou dans l'autre, qu'elle soit le fait des uns ou des autres, se développe à partir des failles politiques, économiques, mais aussi psychologiques et morales qui existent dans le système contesté.

L'initiative de l'Action nationale s'inscrivait, pensons-nous, dans le mouvement d'une certaine usure nationale aux éléments nombreux. Le rejet franc et net de l'initiative ne doit pas faire oublier que de nombreux Suisses l'ont malgré tout votée; malgré son extrémisme. Il ne doit pas faire oublier, non plus, cette grande peur qui a saisi tout le monde, qui a vu le pays légal vivre dans l'inquiétude en attendant le verdict du pays réel. Le soulagement ne suffit donc pas. Il faut que tous les milieux, politiques, économiques, professionnels, que tous les citoyens suisses s'interrogent sur le sens, la rectitude, la crédibilité de ce qu'ils font, de ce qu'ils sont, de ce qu'ils apportent à la collectivité nationale. Pour relever le défi des nationalistes, qui n'avaient pas que des mauvaises raisons, avoir dit non ne suffit pas: il faut utiliser le choc de l'événement pour une régénération en profondeur de la confiance et de la solidarité nationale.

Jacques-Simon Eggly

VICTOIRE DU BON SENS

La Suisse a voté NON à l'expulsion des étrangers

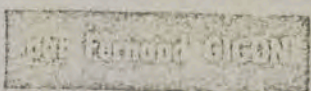
GENEVE, 20 octobre. — Par un temps maussade, un peu plus de deux millions et demi de citoyens helvétiques (dont les citoyennes, qui votaient pour la première fois) se sont rendus aux urnes, hier et aujourd'hui, pour dire si oui ou non, un demi-million d'étrangers devaient être expulsés dans les trois ans qui suivent.

La réponse est nette, sans bavures. L'initiative est repoussée à une écrasante majorité par 1.689.070 voix, soit 66 p. 100 des votants, contre 373.739 voix approbatives.

Plus d'un million d'Espagnols, d'Italiens, de Français, etc. demeureront ainsi en Suisse et y travailleront s'ils en expriment le désir.

Après avoir froilé le désastre, tant du point de vue humain qu'économique, la Suisse tout entière pousse un « oui » de satisfaction. Elle a vaincu ses mauvais génies qui s'appellent : racisme, xénophobie, intolérance. Mais pour combien de temps ? En effet, le conseiller national, James Schwarzenbach, l'homme qui a le plus terni en un minimum de temps l'image d'une Suisse accueillante et humanitaire, fait discrètement savoir qu'il va relancer une nouvelle initiative contre les étrangers. Il lui suffit de récolter, en six mois, cinquante mille signatures pour que la Suisse, à nouveau, reprenne le chemin des urnes et qu'elle se prononce sur une nouvelle réglementation restrictive ou non des étrangers.

Or, la prochaine initiative qui se cogite déjà dans quelques cerveaux de la Suisse alémanique, serait beaucoup plus juridique, donc plus difficile à comprendre. D'après le peu qu'on en sait actuellement, elle a fait dire à l'ancien conseiller fé-



Hérol Célin, qu'elle était « torde et pernicieuse ».

Au-delà de l'implantation étrangère sur le sol suisse, les « votations » remettent au premier plan de l'actualité politique deux problèmes essentiels pour la survie de la démocratie directe, telle qu'elle est pratiquée chez les Helvètes.

Le premier met en cause le principe sacro-saint du référendum lui-même l'aut-il, oui ou non, en restreindre le nombre et l'usage ? Faut-il empêcher, par exemple, les organisateurs d'une initiative d'en présenter une de même nature que celle qui vient d'être repoussée par le peuple ? Dans quel laps de temps ? Pourquoi, trois ans et demi après le rejet de l'initiative xénophobe de Schwarzenbach, autoriser sur le même sujet une nouvelle « votation » ?

Et quel serait le support constitutionnel d'une quelconque restriction ?

Second problème : comment empêcher qu'il ne soit de lancer une initiative nuisible à la santé du pays et à ses autorités ?

Telles sont quelques-unes des questions que se pose le pays après la très vive campagne électorale qui se termine par la victoire de l'honnêteté. Le refus de l'initiative par le peuple prouve que les

faux prophètes peuvent toujours essayer d'empoisonner les esprits mais que l'exercice des droits démocratiques sauve un pays des pires excès.

Et de la honte.

SUISSE

Record de participation au référendum xénophobe

C'EST à midi, dimanche, que se sont achevées dans la plupart des communes les opérations de vote, en Suisse. Les électeurs helvétiques ont été particulièrement nombreux à participer à ce référendum qui devait décider si 552.000 étrangers auront à quitter le pays au cours des trois prochaines années. Les résultats devaient être connus dans la soirée de diman-

che. Dans l'après-midi, il apparaissait déjà que la participation atteindrait vraisemblablement le chiffre record de 80 %.

Des responsables de plusieurs cantons ont indiqué, en effet, que le nombre des premiers électeurs était égal et, dans certains cas, supérieur à celui enregistré lors d'une consultation effectuée il y a quatre ans sur le même problème.

74 % des inscrits — une des

plus fortes participations connues en Suisse — avaient voté en 1970 et repoussé, à une étroite majorité, une proposition en faveur de l'expulsion de trois cent dix mille étrangers.

Aucune question de politique intérieure n'a suscité une controverse aussi passionnée depuis la Seconde Guerre mondiale en Suisse, et l'on prévoit que le résultat sera également serré cette fois-ci.

Le référendum a été organisé à l'initiative d'une petite formation politique d'extrême droite, dirigée par Valentin Oehen, dont on lira ci-dessous une interview.

L'ensemble des corps constitués — gouvernement, églises, banques, milieux d'affaires, industrie et syndicats — sont opposés à cette proposition qu'ils estiment suicidaire sur le plan économique et injustifiable d'un point de vue moral.

UN ENTRETIEN AVEC « L'HOMME QUI VEUT CHASSER LES ÉTRANGERS »

Les bonnes et les mauvaises raisons de Valentin Oehen

Berne, 20 octobre. (De notre envoyé spécial.)

CETTE affiche du Comité de défense des rentiers : un couple de retraités faisant grise mine et disant « Cinq cent mille étrangers nous aident à mieux vivre ; vous non ! ». Ou encore cet encart publicitaire payé par un citoyen helvétique du nom de Jacques Clavel, qui livre son adresse et son numéro de téléphone, relevé dans le journal

une espèce d'ogre vociférant, assoiffé de sang, dévoreur d'Italiens, d'Espagnols, d'Allemands ou de Français.

Or le leader de l'Action nationale n'a rien de cela. M. Oehen nous a reçu hier dans son bureau blanc à air de casemate, sans fenêtre, du palais fédéral. La quarantaine plutôt ronde, le cheveu raréfié et court, les joues roses et pleines, celui qui souhaite chasser la moitié des étrangers vivant en Suisse a des allures inoffensives de « monsieur tout le monde ». Visiblement, il n'a pas pris la peine de se donner un physique. C'est plus étonnant encore pour un démagogue.

Il n'est pas non plus l'homme des grandes phrases et des effets verbaux. M. Oehen parle posément, clairement et logiquement. Sa démarche rigoureuse ne satisfait pourtant pas la raison. A chaque démonstration, on a l'impression qu'il manque un maillon à la chaîne de son raisonnement. Il semble ignorer les drames humains que risque d'engendrer son initiative. « On a peut-être l'impression à l'étranger que les Suisses sont fous et précocisent des méthodes ramenant une quarantaine d'années en arrière, dit M. Oehen. Mais les mass media, la presse helvétique ne nous ont pas donné l'occasion de discuter l'initiative. Ils ont pris parti contre nous dès le début, et dans un combat politique on simplifie les choses. »

Il s'efforce de nous restituer ses thèses dans toute leur complexité. De fait, il développe une argumentation approfondie, faisant appel tour à tour à l'écologie, à l'agronomie, à la démographie, à la diététique, à la sociologie et, accessoirement, aux sciences politiques.

En l'écoutant parler, son costume de ville s'efface et nous ne pouvons nous empêcher de le remplacer mentalement par une blouse blanche. Cet ingénieur agronome prétend que les constatations faites en bactériologie, son domaine favori, valent aussi pour les hommes.

Quelques-uns des arguments développés par M. Oehen :

« Avec ses six cent mille Italiens, la Suisse est déjà dépendante de l'Italie. En décidant une grève, les syndicats italiens peuvent téléguider une action mettant en danger la souveraineté helvétique.

« En moyenne, plus de 30 % des naissances enregistrées en Suisse sont le fait des étrangers. Dans les régions industrielles, le chiffre atteint 60 %. Ces enfants parlent quatre ou cinq langues différentes. C'est la ruine du système scolaire.

« Avec cinq cent soixante-dix habitants par kilomètre carré, la Suisse est un pays surpeuplé. Depuis 1948, 1.200 kilomètres carrés de terre cultivable de première qualité ont été perdus au profit des villes. Malgré les progrès de l'agro-

nomie, le pays court à la famine, car il ne produit plus que 45 % des denrées nécessaires à son alimentation. Il peut, grâce à ses exportations de produits manufacturés, atteindre raisonnablement 30 % de plus, c'est-à-dire 75 %, mais il ne sera pas toujours possible d'arriver à 100 %.

D'ailleurs, les signes avant-coureurs d'une crise sont évidents.

« La Suisse a bien fonctionné jusqu'ici avec quatre langues, car les citoyens ont un désir d'adaptation. Un Suisse allemand se fixant à Lausanne apprend le français ; un Romand déménageant à Berne apprend l'allemand. Les immigrés, eux, ne peuvent pas s'assimiler. « Il faut, pour cela, un certain standard d'éducation. Ces pauvres italiens, par exemple, ne parlent même pas l'italien, mais un dialecte ! La Suisse a déjà quatre régions, quatre cultures. Au-delà, ce serait la pagaille ! »

Nous coupons M. Oehen dans son élan scientifique : « Et les aspects moraux de cette théorie ? » Il ne cille pas, aligne deux phrases obscures qui témoignent de sa gêne et, sans transition, revient à ses chiffres. « Après les expulsions, il restera cinq cents mille étrangers sur notre territoire, et nous serons encore en tête de l'Europe pour la main-d'œuvre importée... »

Renaud Rasset.

De notre envoyé spécial : Renaud ROSSÉF

La Suisse d'hier : « J'ai honte, écrit ce citoyen, j'ai honte de devoir aller écrire ce non comme en cachette, dans un isolement, et c'est pourquoi je veux écrire ce non à visage découvert, en non qui veut être un simple cri d'amour. Il faut que l'étranger sache que tous ceux qui vont lire non ne vont pas le faire seulement par peur, mais aussi par sens d'une fraternité. »

Ces accents rousseauistes ou quelque peu larmoyants — nous au hasard dans la masse écrasante des appels à rejeter, lors du référendum d'aujourd'hui, le projet de loi visant à expulser de Suisse un demi-million d'étrangers — laissent entendre que l'auteur de ce projet, M. Valentin Oehen, était

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Apostrophe

di

Roma

del

21-X-76

PER L'ESITO DEL REFERENDUM IN SVIZZERA

=====

SODDISFAZIONE NEGLI AMBIENTI UCEI

=====

LA VITTORIA DEL "SI" E' UN "FATTO ESTREMAMENTE POSITIVO".
RICORDATO L'APPELLO DEI 150 MISSIONARI ITALIANI IMPEGNATI TRA
GLI EMIGRANTI.

(ASCA) ROMA, 21 OTT. L'ESITO DEL REFERENDUM ANTISTRANIERI IN SVIZZERA, CON LA NETTA SCONFITTA DEGLI XENOFABI, E' STATO POSITIVAMENTE COMMENTATO NEGLI AMBIENTI DELL'UCEI, L'UFFICIO CENTRALE PER L'EMIGRAZIONE ITALIANA. SI E', INFATTI, RILEVATO CHE SI E' RESPINTA OGNI FORMA DI ESCLUSIVISMO RAZZISTA E DI OPPRESSIONE DEI DEBOLI, AGGIUNGENDO CHE SI CONFERMA L'ATTUALITA' DELLA PROPOSTA UCEI DI "REVISIONE" IN SENSO UMANO E CRISTIANO DELLA SOCIETA', PROPOSTA ESPRESSA ANCHE NEL TEMA DELLA "GIORNATA DELL'EMIGRAZIONE" CHE SI TERRA' IL 17 NOVEMBRE.

NEI CITATI AMBIENTI SI SOTTOLINEA, INOLTRE, CHE L'APPELLO RIVOLTO AGLI SVIZZERI DAI 150 MISSIONARI ITALIANI IMPEGNATI TRA GLI EMIGRANTI IN SVIZZERA HA AVUTO UN RISCONTRO POSITIVO NEL VOTO POPOLARE. AVEVANO DETTO QUEI MISSIONARI: "IN NOME DELLA SOLIDARIETA' UMANA CHE IMPEGNA TUTTI I POPOLI ALLA RICERCA E ALLA COSTRUZIONE DI UNA COMUNITA' SENZA FRONTIERE E DI UN AVVENIRE COMUNE IN NOME DELLE FEDELTA' EVANGELICA CHE FA COME SCELTA LA DIFESA DEL DEBOLE PIU' CHE UN CHIUSO TRADIZIONALISMO, CHIEDIAMO CHE LA VOSTRA VOLONTA' SI ESPRIMA PARTICOLARMENTE PER IL TRIONFO DI QUESTI IDEALI". ED AGGIUNGEVANO, RILEVANDO CHE GLI STRANIERI, IN SVIZZERA, NON SI SENTONO "CORPI ESTRANEI AL TESSUTO DELLA SOCIETA'", CHE ANZI ESSI "SONO CONSAPEVOLI DELLA PROMOZIONE CHE, NEI DIVERSI SETTORI O PER I VALORI FONDAMENTALI DELL'UOMO, PORTANO AVANTI ASSIEME AI LOCALI".

GLI SVIZZERI - SI FA NOTARE NEGLI AMBIENTI DELL'UCEI - HANNO DIMOSTRATO DI COMPRENDERE QUESTE REALTA' E "CIO' E' FATTO ESTREMAMENTE POSITIVO". -(ASCA).

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

agenzia ANSA

di

Roma

del

21-X-74

ester

stampa svizzera su rigetto iniziativa "antistranieri"

(ansa) - ginevra, 21 ott - la stampa svizzera e' concorde oggi nell'affermare che il "chiaro e cosciente" rigetto dell'iniziativa contro l'inforestieramento costituisce una "netta disfatta" della contestazione xenofoba e prova - afferma la "feuille d'avis de neuchatel" - che "la maturita' politica dell'elettorato elvetico non e' un mito: quando sono in gioco i valori profondi del paese prevalgono, come in questa circostanza, la tolleranza, l'umanita', il senso della misura".

forse, afferma da parte sua "la suisse" di ginevra, il 20 ottobre 1974 segna la fine della paura, di una oscura galleria nella quale si trova imprigionato e diviso il paese da lunghi anni. il risultato di ieri segna in ogni caso l'arresto, se non la fine, di una serie di iniziative, piu' o meno xenofobe, che la svizzera registra dagli anni sessanta. il consiglio federale ha ora le mani libere per quanto concerne il piu' difficile dei problemi interni, se riesce ancora a resistere alla pressione dei datori di lavoro assetati di manodopera, e a mantenere le promesse fatte di mettere un freno all'immigrazione, nulla piu' gli impedira' di elaborare e applicare una politica migratoria qualitativamente accettabile.

un milione di stranieri vivono fra di noi: non rimane alla svizzera che provare di voler costruire con essi un av-

venire comune", conclude "la suisse".7

n 1113/sil

segue

nnnn

zozó

n. 38/1 segue 37/1

ester

stampa svizzera su rigetto iniziativa "antistranieri" (2)

(ansa) - ginevra, 21 ott - nei suoi commenti la stampa svizzera non manca tuttavia di porre in rilievo la necessita' di eliminare ora le insoddisfazioni e le amarezze emerse nel corso della campagna referendaria. per "la tribune de geneve" e' necessario curare ora le ferite, pensare anche a coloro che hanno lavorato senza sentire i benefici del benessere economico, alle regioni piu' povere che costituiscono il "terzo-mondo" della svizzera.

per il "journal de geneve" e' necessario che gli ambienti politici, economici e professionali, accettino la sfida dei nazionalisti, utilizzando lo choc dell'avvenimento per

Ministero degli Affari Esteri

una rigenerazione in profondità della fiducia e della solidarietà nazionale, mentre il governo, forte dell'unanimità ottenuta, dovrà proseguire la sua politica di stabilizzazione della popolazione straniera, senza debolezze ma senza tensione eccessiva.

anche i quotidiani di lingua tedesca ed italiana, nel porre in rilievo la "disfatta inequivocabile" registrata dall'azione nazionale e dai movimenti xenofobi, insistono sulla necessità di trovare una giusta soluzione al problema della popolazione straniera, creando migliori rapporti sociali, eliminando tutte le conseguenze che spingono una parte importante dell'elettorato elvetico a sostenere queste iniziative.

il rigetto del progetto di espulsione di 500.000 stranieri in tre anni non deve far dimenticare, sostiene la "basler nachrichten" di basilea, che numerosi svizzeri hanno votato in suo favore, né si deve dimenticare la "grande paura" che ha scosso il paese e che ha minacciato di dividerlo, ma bisogna ricercarne le cause provvedendo ad eliminarle il più rapidamente possibile, affinché una situazione del genere non debba più ripetersi.

h 1118-ph/sil

inpol

su risultati del referendum in svizzera

(ans) - roma, 21 ott - in una intervista alla tv svizzera, il sottosegretario agli esteri on. granelli, commentando i risultati del referendum sugli stranieri, ha detto: "il nostro giudizio è francamente positivo sia per la percentuale raggiunta dal 'no', che per il pronunciamento favorevole di tutti i cantoni, il governo italiano si è astenuto dall'intervenire pubblicamente, durante la campagna del referendum, per rispetto alla sovranità del popolo svizzero, ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista che ha coinciso con l'autorevole, responsabile, deciso intervento del presidente bruggler, certamente importante per noi in questa vicenda, e a maggior ragione esprimiamo oggi il pieno apprezzamento per la saggezza dimostrata dal popolo svizzero per la sua lungimiranza, per il contributo dato dall'elettorato femminile, siamo contenti come italiani e come europei, la svizzera - ha proseguito granelli - ha confermato l'immagine di un paese dalle frontiere aperte che nella sua storia ha accolto pensatori perseguitati dall'oscurantismo, esuli, antifascisti, profughi, in coerenza con alti principi di umanità". anche dal punto di vista economico l'esito è positivo, la svizzera è associata alla comunità economica europea e la presenza di lavoratori di altri paesi può aumentare la sua prosperità in rapporto con il mercato comune europeo. i risultati del referendum non possono tuttavia far dimenticare che non sono pochi i problemi che attendono una soluzione".

h 1422/sil

segue

nnnn

Ministero degli Affari Esteri

sczc
n. 107/1 segue 106/1

inpol

su risultati del referendum in svizzera (2)

Rita

(ansa) - roma, 21 ott - granelli ha così proseguito: "l'esito confortante del referendum non può essere scambiato con l'ultimo giorno della creazione, rimane il rischio di future prove, già preannunciate, e ciò ci sollecita reciprocamente ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile tra lavoratori di diversa origine. Abbiamo tutti un dovere di particolare solidarietà verso gli emigrati, i doveri sono reciproci, da parte del

governo italiano, anzitutto, perché i nostri connazionali che cercano lavoro all'estero lo fanno perché non hanno trovato, come era loro diritto, una occupazione in patria, da parte del governo e della società svizzera, in secondo luogo, perché dai contributi dei lavoratori di altri paesi essi hanno tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità, per questo - ha osservato granelli - occorre mettersi attorno ad un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione bilaterale in materia di sicurezza sociale, di alloggi, di formazione professionale e scolastica per i lavoratori emigranti e per le loro famiglie, i risultati del referendum devono accentuare gli sforzi di collaborazione per risolvere i problemi e favorire una migliore convivenza".

"La conferenza nazionale dell'emigrazione, che avrà luogo in roma a dicembre - ha detto ancora granelli - è una grande occasione per migliorare e aumentare gli interventi dell'Italia a sostegno dei propri lavoratori all'estero, sul piano bilaterale insisteremo per la convocazione della commissione mista italo-svizzera per l'attuazione degli accordi più urgenti e, ove possibile, per il loro adeguamento alle nuove esigenze, non mancheremo di ricorrere anche a contatti politici diretti, se ciò risulterà utile alla soluzione dei problemi che sono sul tappeto".

h 1430/s11

segue
nnnn

sczc

n. 106/1 segue 107/1

inpol

su risultati del referendum in svizzera (3)

(ansa) - roma, 21 ott - "nel quadro della cooperazione economica - ha proseguito granelli - noi insistiamo da tempo per associare la svizzera ed altri paesi europei allo sviluppo del mezzogiorno italiano, anche per contenere spostamenti irrazionali di popolazione, si sono fatti passi avanti significativi in questo campo, il governo svizzero ha messo a disposizione delle trattative una personalità di alto prestigio e di provata esperienza come l'ex presidente celio, che ha dato un prezioso contributo anche all'esito del referendum, e ciò è di buono auspicio, anche la collaborazione economica deve tendere a migliorare i rapporti in

generale, a rendere piu' equilibrata la distribuzione delle risorse e dell'occupazione, a garantire parita' di trattamento e di condizioni di vita per i lavoratori ovunque operino, a questo - ha concluso - ci esortano i confortanti risultati del referendum svizzero se vogliamo consolidare il successo raggiunto".

n. 1433-com/sil

nnnn

zczo

n. 109/1 segue 108/1

inpol

su risultati del referendum in svizzera (4)

(ansa) - roma, 21 ott - il ministro del lavoro, on. bertoldi,

ha dichiarato: "la risposta che il popolo svizzero ha dato alle forze oltranziste che volevano la cacciata in massa dei lavoratori stranieri da un paese al cui sviluppo essi hanno contribuito in maniera fondamentale, costituisce una testimonianza di civilta' e di progresso, mentre ci rallegriamo per la sconfitta dello schieramento xenofobo e razzista, rappresentato dal partito di destra 'azione nazionale', crediamo doveroso ribadire l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in svizzera, siamo certi che il risultato del referendum, il quale senza dubbio esprime una chiara presa di coscienza da parte del popolo elvetico della condizione dei lavoratori stranieri e in primo luogo dell'apporto che essi danno allo sviluppo economico del paese, facilitera' la soluzione dei problemi ancora aperti, primo fra tutti - ha concluso bertoldi - quello del piu' ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie, attraverso l'adozione di misure che consentano un migliore inserimento degli immigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della confederazione, assicurando ad essi l'esercizio piu' completo delle liberta' sindacali e politiche".

n. 1436-com/sil

n. 227/1 segue 109/1

inpol

su risultati del referendum in svizzera (5)

(ansa) - roma, 21 ott - "soddisfazione" e' stata espressa dalla federazione unitaria dei lavoratori delle costruzioni (flc) per il voto con cui gli elettori svizzeri hanno respinto la campagna anti-stranieri. "la netta affermazione del "no" - precisa una nota sindacale - mentre sconfigge l'ennesimo tentativo reazionario di frange nazionalistiche e fasciste presenti in tutti i paesi europei, contribuisce ad evitare ulteriori motivi di preoccupazione in un quadro economico europeo segnato da forti tendenze recessive".

secondo la flc tuttavia non e' "sufficiente" il riconoscimento della "necessita' economica" della presenza dei lavoratori stranieri in svizzera sul quale e' stata basata "gran parte della campagna per il no" per la tutela della dignita' e delle occupazione dei lavoratori. "occorrono anche concrete iniziative del governo federale e del padronato

Ministero degli Affari Esteri

svizzero e - conclude la nota - "una sempre piu' approfondita collaborazione tra sindacati svizzeri e sindacati dei paesi di provenienza dei lavoratori immigrati". -

h 1941-mat/rc

n. 278/1 - seg. 227/1

inpol

su risultati del referendum in svizzera (6)

Rita

(ansa) - trento, 21 ott -

L'on. pisoni, presidente dell'unale (unione nazionale associazione immigrati ed emigrati), ha detto che "il risultato del referendum elvetico non puo' che essere accolto con grande soddisfazione" e che e' motivo di soddisfazione anche che tale risultato sia stato raggiunto quando per la prima volta hanno votato le donne".

"Sappiamo che non tutte le motivazioni che hanno portato a questa scelta sono di carattere unitario - ha proseguito pisoni - ma cio' e' anche un elemento favorevole per le trattative italo-svizzere sul tema degli stagionali e dei frontalieri. Allontanato il pericolo di un rigurgito razziale e autarchico, riteniamo piu' facile la strada delle trattative e degli accordi, e' un elemento di serenita' per i nostri emigrati in svizzera anche alla vigilia della conferenza nazionale sull'emigrazione, che speriamo si tenga nel prossimo dicembre".

h 24-bre

NNNN

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

THE GUARDIAN

di

Londra

del

21-X-71

Foreign workers can stay

From ROD CHAPMAN

Berne, October 20

The Swiss electorate today rejected a proposal to expel half the country's foreign population within the next three years. The final voting figures were 1,689,870 against the proposal and 878,739 for — or roughly 66 per cent against to 34 per cent in favour.

The margin was far larger than predicted, probably because of the high turnout. It was generally expected that a low poll would have favoured the proposal, as its supporters had been skilfully mobilised — but about 70 per cent of the electorate turned out in terrible weather to reject the proposals. (In most Swiss referenda the turnout rarely exceeds 30 to 40 per cent).

All 26 Swiss cantons and half-cantons voted against the initiative — and many cantons which voted for the last such proposal in 1970 reversed their votes today. It is probable that the concerted, last minute campaigning by the opponents of the proposal — aided by vociferous international criticism — helped boost the majority.

Today's proposal had been put forward by the National Action Party against Over Foreignisation, whose relatively frail position in the Swiss Lower House (four seats from a total of 200) belies its grassroots support, especially in the rural areas. The National Action's leader, Valentine Oehen, created a generally favourable impression in television debates, but some of his supporters betrayed his cause with their vitriolic outpourings.

Belated support for the National Action came this weekend from President Amin of Uganda. Radio Uganda saluted the Swiss initiative as a "sign of patriotism worthy of our total support," and pointed out that President Amin had led the way in the xenophobic field by expelling the Ugandan Asians.

With today's defeat of the National Action, all Swiss eyes are once again turned on James Schwarzenbach, the leader of the rival Republican Party, who recently proposed his own initiative which would cut the number of foreigners in Switzerland to 12½ per cent of the Swiss populace within the next 10 years.

Theoretically, the new Schwarzenbach proposal should go before the electorate in the next two years, but there is an escape clause saying Schwarzenbach may withdraw the initiative if he feels the Swiss Government's new measures to stabilise the foreign population are working. Rather than risk another defeat at the polls (it was Schwarzenbach's first plan which was rejected in 1970), Schwarzenbach may invoke this clause.

In spite of the convincing defeat for the xenophobic proposals, the campaigning has managed to stir up some bitter memories which will not easily be eradicated.

A number of Gastarbeiter have been fired in recent weeks by bosses fearing the worst. Swiss women married to foreigners — who could have been expelled with their husbands — have often found their own parents against them, and many Swiss relationships with foreigners have been soured.

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale Financial Times di Londra del 21-X

Swiss decisively reject referendum motion

BY JOHN WICKS

ZURICH, Oct. 20.

A LARGE majority of the Swiss electorate has rejected the referendum motion of the nationalist body "Nationale Aktion" to expel over half the country's resident aliens in the coming three years. The motion foresaw a constitutional amendment to reduce the number of foreigners living in Switzerland to a ceiling of 500,000 by January 1, 1978, with a maximum of 12 per cent. (25 per cent in Geneva) of the resident Swiss population in each individual canton.

Initial results from all cantons and semi-cantons show clear majorities against the motion in every case. The figures for the 22 cantons before all the

details were in were of 1,387,659 votes against and 683,483 votes for the motion. Average participation in the poll was of about 70 per cent.

The opposition to the motion was much greater than had generally been expected. While the amendment had been openly and vociferously opposed by the Government, the unions and all political parties except the "Nationale Aktion," observers believed feeling at grass-roots level was much more in favour of the demand and that any opposing majority would be a relatively small one. In fact, the indications are that less than a third of the voters backed the motion. In the case of every

canton, this share is noticeably lower than that of the ayes in the 1970 anti-foreigner motion launched by the same party.

The decision has brought widespread relief for the economy, which was faced with a very severe aggravation of the existing manpower shortage, and the government, which would have a third of the voters backed been forced to contravene international alien-residence treaties. A number of politicians were also expected to resign their positions, at least at local level, had the amendment been accepted. The Government, however, will continue its strict programme to stabilise the foreign population.

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale agenzia ANSA di Roma del 22-X-74

ester
reazioni a buon dopo previsioni disoccupazione

(ansa) - buon 22 ett - i sindacati e il partito socialdemocratico della rft hanno preso oggi duramente posizione contro le previsioni dei cinque istituti economici federali

secondo cui nel prossimo inverno il numero dei disoccupati dovrebbe raggiungere nel paese la cifra di un milione.

E

la previsione viene definita "esagerata" e il presidium dell' spd ha lanciato un appello a tutti i membri del partito affinché si impegnino contro ogni tentativo di diffondere panico e tensione tra la popolazione.

particolarmente dure le reazioni dei sindacati: le previsioni dei cinque istituti sono definite "poco serie e tendenziose", specie dove esse sostengono che solo moderando le richieste di aumenti salariali (che non dovrebbero superare il 10 per cento) si potrà far fronte alla situazione. il sindacato dei metalmeccanici accusa in particolare gli esperti dei cinque istituti - le cui previsioni sono state salutate con favore dalla opposizione cristiana democratica e dalle associazioni padronali - di cercare di speculare sulla paura.

la polemica è indubbiamente destinata ad allargarsi, e in tale eventualità gli istituti democristiani sono già entrati in azione: da un sondaggio dell' istituto "wieckert" di tubinga è risultato che il 49 per cento degli interrogati non crede alla previsione di un milione di disoccupati e soltanto il 29 per cento vi presta fede.

da parte loro le previsioni dei sindacati sono al massimo di 700.000 persone senza lavoro, e comunque una cifra che non era mai stata raggiunta da quindici anni: il numero dei disoccupati - che nel 1950 toccava ancora la cifra di 2.800.000 - era andato da allora costantemente diminuendo raggiungendo, nell' inverno 1972-1973, le 257 mila unità.

n 2029/bra
nnnn

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 29. X. 54

„Ein Sieg der Vernunft über Demagogie und Emotionen“

Schweizer lehnen Ausländer-Ausweisung klar ab / Neue Volksbegehren in Sicht

wy. ZÜRICH, 21. Oktober. Überraschend deutlich haben die Schweizer Bürger am Wochenende die von der „Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat“ eingebrachte Volksinitiative gegen Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz verworfen. Das Ziel der Aktion war es unter anderem, die Zahl der in der Eidgenossenschaft lebenden und arbeitenden Ausländer auf 500 000 zu begrenzen, das heißt den heutigen Bestand innerhalb der nächsten Jahre um mehr als die Hälfte zu verringern.

Bei einer für hierige Verhältnisse außerordentlich starken Stimmbeteiligung von 70 Prozent wurden rund 9 000 Stimmen (34 Prozent) für und 1,69 Millionen Stimmen (66 Prozent) gegen den von der Nationalen Aktion geforderten drastischen Ausländerabbau abgegeben. 1970 war bei einer ersten Volksabstimmung eine ebenfalls gegen die Überfremdung der Schweiz gerichtete Initiative des damals an der Spitze der Nationalen Aktion stehenden Zürcher Nationalrats Schwarzenbach — er hat sich inzwischen mit seinen politischen Freunden von damals überworfen — bei einer Beteiligung von 75 Prozent (ohne die damals noch nicht stimmberechtigten Frauen) mit 54 gegen 46 Prozent verworfen worden.

Mit einem ähnlich knappen, wenn nicht noch knapperen Ausgang hatten viele auch diesmal gerechnet. Darum ist das eindeutige Ergebnis dieses Wochenendes sowohl in der Heimatstaatschaft als auch in den Heimatstaaten der in der Schweiz lebenden Ausländer mit sichtlicher Erleichterung aufgenommen worden. (Diese Ausländer kommen zum größten Teil aus Italien, Spanien, der Bundesrepublik, Frankreich und Österreich; der deutsche Anteil macht knapp zehn Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer aus.)

Die Schweizer hätten, so heißt es weithin, in ihrer Mehrheit erkannt,

was für sie und ihr Land bei einer Annahme des Volksbegehrens der Nationalen Aktion auf dem Spiele gestanden hätte. Die geforderte Ausweisung von über einer halben Million Ausländern hätte ihr internationales Ansehen als Hort von Rechtsstaatlichkeit und Humanität sowie ihren Ruf als klassisches Asyl- und Asylrecht beeinträchtigt und vielleicht sogar Gegenmaßnahmen anderer Staaten gegen die Auslandschweizer heraufbeschworen. Die Wegweisung von mehr als einem Zehntel aller in der Schweiz Erwerbstätigen hätte auch die Arbeitsplätze von Schweizern und die Wirtschaftskraft des Landes in Gefahr gebracht.

Das Ergebnis der Abstimmung wird darum als Zeugnis für die politische Reife der Schweizer und als Beweis ihres Sinnes für das rechte Maß gewertet. Man spricht vom Bestehen einer Zerreißprobe für die Demokratie, von einem Plebiszit für die Menschlichkeit und für das Zusammenleben von Schweizern und Ausländern, von einem Sieg der Vernunft über Demagogie und Emotionen. Dennoch ist das Ergebnis nicht ganz einfach zu analysieren. Zwar haben diesmal alle Kantone das Volksbegehren der Nationalen Aktion verworfen, während sich 1970 noch in acht Kantonen und Halbkantonen, vornehmlich in den bürgerlichen und katholischen Kernregionen, Mehrheiten für die Schwarzenbach-Initiative ergeben hatten. Besonders deutlich war die Ablehnung diesmal mit Ja-Anteilen von weniger als dreißig Prozent in der gesamten Westschweiz (außer Freiburg), im Tessin, in Graubünden und in Schaffhausen, also in Kantonen mit einem besonders hohen ausländischen Bevölkerungsanteil.

Den Jungen, den Frauen und den sich solidarisch fühlenden Arbeitern unter den Schweizer Wählern wird ein großes Verdienst an der Verwerfung zugesprochen. Andererseits gibt es zu denken, daß eine politische Bewegung, die bei Parlamentswahlen bisher nur

zwischen fünf und zehn Prozent der Wählerstimmen und Mandate zu erlangen vermochte, bei dieser Abstimmung 34 Prozent der Bürger für ihre Parolen gewinnen konnte. Die Ja-Stimmen kommen vor allem aus Arbeiterquartieren (zum Beispiel in Zürich und Basel), aus bäuerlichen Regionen und aus dem Kreis der Älteren, wo die Schattenseiten der wirtschaftlichen Überexpansion, der Inflation und der zunehmenden Umweltbelastung, aber auch Überfremdungsprobleme in besonderem Maße empfunden werden.

In der Regierung, in den politischen Parteien, bei den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden wird das Ergebnis einmal als Vertrauensbeweis, zum anderen aber auch als Auftrag interpretiert, sich vermehrt den Ursachen des in den Ja-Stimmen zum Ausdruck kommenden allgemeinen Unbehagens im Lande zuzuwenden, nämlich den Problemen der Lebensqualität, des Umweltschutzes, der Bekämpfung von Inflation und Wohlstandsauswüchsen. Die Ablehnung eines drastischen Ausländerabbaues bedeutet für Bern nicht das Signal für eine Lockerung der seit einigen Jahren praktizierten und erst kürzlich noch verschärften Restriktionen bei der Erteilung neuer Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer.

Es ist jedoch der Wille der Regierung und offenbar der Volksmehrheit, daß die „Normalisierung“ des Ausländerstandes in einer Weise erfolgt, die mit den Geboten der Menschlichkeit und mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz (zum Beispiel den internationalen Niederlassungs- und Sozialversicherungsabkommen) in Einklang steht und zugleich die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Integration der Ausländer fördert. In diesem Sinne wird unter anderem eine Revision des aus dem Jahre 1931 stammenden Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vorbereitet.

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

DIE WELT

di

R.F.G.

del

29-X-7

Entscheidung der Vernunft

Von GÖTZ PERLL
Bern

Als der Schweizer Rundfunk am Sonntag in den Nachmittagsnachrichten meldete, die sogenannte dritte Überfremdungsinitiative sei vom Stimmbürger abgelehnt worden, machte sich überall Erleichterung breit. In der Schweizer Wirtschaftsmetropole Zürich kam es auf offener Straße zu Freudenkundgebungen.

Begreiflich, denn was die rechtslastige „Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat“ forderte, die Reduzierung des Ausländerbestandes innerhalb von drei Jahre auf 500 000 Personen, hätte die Schweizer Wirtschaft in eine Katastrophe getrieben. In der Schweiz, die ohnehin seit Jahren an einem notorischen Arbeitskräftemangel leidet, wären über zehn Prozent der Arbeitsplätze nicht mehr besetzt gewesen.

Hauptleidtragend wäre die für die Schweiz so richtige Touristenindustrie gewesen sowie die Landwirtschaft, Bauindustrie und auch die kommunalen Dienste. So war es denn auch namentlich die Wirtschaft, die die Forderung der von kleinbürgerlichen Kreisen getragenen „Nationalen Aktion“ mit Vehemenz bekämpfte und allein drei Millionen Franken in eine Anzeigenkampagne investierte.

Ebenso zahlreich wie diese wirtschaftlichen Argumente waren aber auch die Appelle an die „humanitären

Traditionen“ der Schweiz, die es in Ehren zu halten gelte. Sie trugen dazu bei, über 70 Prozent — für die Schweiz ein geradezu sensationeller Prozentsatz — der Stimmbürger an die Urnen zu bringen. Man wollte die größte Schmach verhindern, sich vor dem Ausland nicht schämen zu müssen, auch künftig noch mit einem Wagen mit Schweizer Kennzeichen im Ausland Ferien machen zu können. So und ähnlich wurde in den letzten Tagen argumentiert.

Noch bis zuletzt schien der Ausgang der Abstimmung völlig ungewiß zu sein. Obschon Vertreter der Schweizer Regierung sich sonst selten im Fernsehen zeigen, trat diesmal Bundespräsident Ernst Brugger vor die Fernsehkamera und forderte sein Volk in einem dramatischen Appell auf, das „unschweizerische“ Begehren abzulehnen.

Daß dennoch der Gedanke der Vertreibung der Ausländer so „unschweizerisch“ nicht ist, zeigt das Ergebnis des Urnengangs: Es waren immerhin 879 000 Bürger, die für die Initiative eintraten. Ihnen stehen 1 690 000 Stimmbürger gegenüber, die sich gegen den Ausländerabbau in der verlangten Form aussprachen. Am meisten Ja-Stimmen kamen aus den Arbeiterkreisen und den unter- oder wenigentwickelten Regionen des Landes. Deshalb waren Sozialdemokraten und Gewerkschaften denn auch äußerst zurückhaltend in ihren Stellungnahmen.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Daily American

di *N. York*

del *22-X-46*

Swiss vote not to expel foreigners is acclaimed

GENEVA, Oct. 21 (UPI) -- Switzerland's government, industry and trade unions collectively expressed relief today that voters rejected a move to evict 500,000 foreign workers and their families.

The proposal was turned down in a national referendum yesterday by a vote of 66 per cent against 34 per cent in favor.

Voters thus heeded warnings that acceptance would have meant economic catastrophe as well as branding Switzerland as xenophobic and inhumane -- warnings made by the government, industry, trade unions, political parties and the churches.

"This is the end of great insecurity," said Gerhard Winterberger, head of the powerful "Union of Swiss Commerce and Industry."

Switzerland relies heavily on foreign labor, mostly Italians and Spaniards, to keep its factories and tourist industry running.

But the "National Action" splinter party claimed Switzerland cannot support one million foreigners out of a total population of six million and that half of them should be evicted within three years.

The government, which intervened in a national referendum for the first time since World War II, said relations with Italy and Spain would be ruined as well as the country's economy.

But the "National Action" party alleged that "foreigners are slowly taking over control of Switzerland."

Foreign workers, however, do not enjoy trade union privileges and do not have the right to change jobs, receiving work permits for only one specified task.

Trade unions said approval of the motion would mean factories closing down with Swiss workers losing their jobs, bringing unemployment to Switzerland for the first time in history.

The final result was 1,689,870 votes against to 878,739 in favor.

Italian newspapers today unanimously welcomed the result of the referendum in Switzerland.

"Switzerland has decided to remain among the civilized nations," Rome's left-wing Paese Sera said. Il Messaggero termed the result "a victory for good sense."

If the proposal to limit the numbers of foreign residents, and thus expel many of those now there, had been accepted, "Switzerland would have destroyed in one blow her democratic and humanitarian traditions," La Stampa said.

It also warned: "There remains the bitterness of a referendum which should not have taken place. Weeks and weeks of odious propaganda have left their mark, particularly among the Italians who were the principal target of the crusade."

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

LE FIGARO

di

Paris

del

22-X-74

SUISSE

APRES LE « NON » AU REFERENDUM XÉNOPHOBE

Satisfaction chez les travailleurs français et italiens

Les Suisses ne sont pas xénophobes. Ils l'ont prouvé dimanche en rejetant par 66 % des suffrages contre 34 % l'initiative constitutionnelle soumise à leurs votes et visant à expulser de Suisse en trois ans un demi-million de travailleurs étrangers.

L'image de la Suisse à l'étranger ne sera pas ternie, dit-on dans les milieux officiels helvétiques où l'on éprouve un grand soulagement de voir cette mesure repoussée.

Il est clair, remarque-t-on dans la capitale fédérale, que les

électeurs ont été sensibles à l'argumentation des adversaires de l'initiative constitutionnelle soulignant que son acceptation aurait pour la Suisse des conséquences économiques très graves, en particulier une baisse de 11 % du produit national brut qui aurait entraîné pour tous une diminution des revenus de quelque 6 % amenant un accroissement de 14 % de la charge fiscale ainsi qu'un déficit considérable des prestations sociales.

L'acceptation de l'initiative aurait en outre contraint un grand nombre d'entreprises à interrom-

pre leurs activités, faute de travailleurs.

Le président de la Confédération helvétique, M. Ernst Brugger, a déclaré que la situation est maintenant « claire » et que le conseil fédéral peut s'atteler à d'autres tâches qui ne sont pas d'autres tâches que le problème des travailleurs étrangers.

En revanche, le chef de « L'Action nationale », mouvement qui a lancé l'initiative de M. Valenti Oehen, a fait part de son « grand regret » et a souligné qu'une fois de plus, « on a laissé passer une chance de s'attaquer avec succès aux problèmes de l'invasion par les étrangers et du surpeuplement de la Suisse ».

Les Espagnols et les Italiens, qui constituent les deux plus grands groupes d'étrangers en Suisse, ont manifesté une certaine indifférence. Mais les frontaliers français, également concernés, ont suivi le déroulement du référendum avec grand intérêt et se sont félicités de son résultat. Satisfaction également en Italie, où le retour des travailleurs italiens n'aurait fait qu'aggraver une situation économique difficile.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale Radio Praga Italiana del 27-X

(P.C.M.-S. I.) FONIA 5

PRAGA: IL REFERENDUM IN SVIZZERA ULTERIORE MONITO AI LAVORATORI ITALIANI CONTRO LA DEMAGOGIA FASCISTA

PRAGA(R. PRAGA IT.) 22- IL RISULTATO DEL REFERENDUM SVOLTOSI SABATO E DOMENICA IN SVIZZERA SULLA PROPOSTA DI ALLONTANARE DAL PAESE NEL GIRO DI TRE ANNI CIRCA MEZZO MILIONE DI LAVORATORI STRANIERI DI CUI OLTRE LA META' ITALIANI, NON DA' ADITO A DUBBI .

I NO ALLA PROPOSTA XENOFORA SONO STATI CIRCA IL 66%, UNA PERCENTUALE NOTEVOLMENTE PIU' ALTA DI QUELLA CHE SOCCIO' TRE ANNI FA L'ALTRA PROPOSTA ANTISTRANIERI DI UN ALTRO DEPUTATO. A RENDERE PIU' ALTA QUESTA PERCENTUALE HA CONTRIBUITO CERTAMENTE ANCHE IL VOTO FEMMINILE, MENTRE L'ULTIMA VOLTA LE DONNE ERANO ESCLUSE DAL VOTO.

UN DATO SINTOMATICO DI QUESTO REFERENDUM E' IL FATTO CHE CONTRO LA PROPOSTA XENOFORA SI SONO SCHIERATI APERTAMENTE NON SOLO I SINDACATI E LE FORZE DI SINISTRA, MA LO STESSO GOVERNO FEDERALE E LARGHI STRATI IMPRENDITORIALI PREOCCUPATI PER LE GRAVI CONSEGUENZE A CUI ANDREBBE INCONTRO L'ECONOMIA DEL PAESE SE AVESSE DOVUTO RINUNCIARE ALL'APPORTO DI TANTE FORZE LAVORATIVE. E' QUESTA ANCHE UNA CONFERMA, SEMMAI CE NE FOSSE BISOGNO, DEL FATTO CHE I LAVORATORI STRANIERI SONO NECESSARI ALLA SVIZZERA, E CHE QUINDI SENZA DI LORO L'ECONOMIA DI QUESTO PAESE SI PORREBBE IN UNA FASE DI GRAVE RECESSIONE.

DA QUESTA COSTATAZIONE SCATURISCONO TUTTA UNA SERIE DI CONSIDERAZIONI RIGUARDANTI LE CONDIZIONI DEI LAVORATORI, I PROBLEMI CONNESSI CON LA LORO PERMANENZA NEL PAESE E LE DISCRIMINAZIONI CHE CONTINUANO AD ESSERE APPLICATE NEI LORO CONFRONTI.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giorn. DOPO L'ESITO DEL REFERENDUM: LA SOLUZIONE DEI MOLTEPLICI PROBLEMI PER I QUALI I LAVORATORI SI BATTONO, NELLA GIUSTA CONVINZIONE DI FAR VALERE UN LORO SACROSANTO DIRITTO, DOVREBBE RAPPRESENTARE PER LE AUTORITA' SVIZZERE UN IMPEGNO NON PIU' RILIANDABILE.

I LAVORATORI STRANIERI, E SOPRATTUTTO QUELLI ITALIANI, PUR AVENDO COME OBIETTIVO QUELLO PRINCIPALE DI FAR CREARE IN PATRIA OCCASIONI DI LAVORO CHE ELIMININO LA PIAGA DELL'EMIGRAZIONE HANNO PERO' IL PIENO DIRITTO DI ESSERE TRATTATI COME UOMINI IN UN PAESE QUALE LA SVIZZERA CHE PUR SI VANTA DI ESSERE LA CULLA DELLA LIBERTA' E DELLA DEMOCRAZIA BORGHESE.

.. RESTA, COMUNQUE, DA CONDANNARE IL FATTO CHE IN UN PAESE QUALE LA SVIZZERA POSSANO TENERSI DEI REFERENDUM COME QUELLO DI SABATO E DOMENICA; UN REFERENDUM VOLUTO DALLE FORZE DI DESTRA XENOFONE E RAZZISTE QUANDO SI TRATTA DI FAR CACCIARE DAL PAESE DEGLI ONESTI LAVORATORI ARTEFICI DI GRAN PARTE DELLA RICCHEZZA NAZIONALE, MA PRONTI INVECE A DARE OPSITALITA' E RIFUGIO AI CRIMINALI FASCISTI COLPITI DA MANDATO DI CATTURA IN ITALIA PER REATI GRAVISSIMI COME L'OMICIDIO E LA STRAGE.

I FASCISTI SONO GLI STESSI SIA IN ITALIA CHE IN SVIZZERA E SU QUESTO FATTO DOVREBBERO RIFLETTERE ANCHE QUELI ONESTI LAVORATORI CHE IN ITALIA SI SONO LASCIATI INGANNARE DALLA DEMAGOGIA LORO.

AL/1631

STASERA

Cravatta nera

CHI, al nord, ha il privilegio di vedersi la Tv svizzera, ha potuto notare che domenica sera, dopo l'annuncio dei risultati del referendum anti-stranieri, il suo proponente, l'esperto in formaggi Valentin Oehen, si è presentato con una lugubre cravatta nera. «E' un segno di lutto?», gli ha chiesto ironicamente il direttore del Telegiornale svizzero. E quello, in tedesco e non in dialetto come era solito fare nei comizi per «sentirsi più vicino al popolo», ha risposto con un grugnito che aveva il valore di un sì.

C'è da capirlo e giustificarlo, povera anima: distrutto, disintegrato, sepolto sotto una valanga di un milione e 600 mila No, non poteva certo uscirsene esclamando «Allegria!» e agitando la mattina. «Quando, verso le 16 — aveva confessato poco prima a un giornalista — ho appreso dalla radio che avevo perduto, ho detto a mia moglie, preparami l'abito nero e la cravatta nera. Oggi per me è una giornata di lutto».

Se Sparta piange Messene non ride, come si dice. Giuseppe Prezzolini, commentando stamane sul «Resto del Carlino» il voto svizzero per conto del petroliere Monti, dice chiaro e tondo, naturalmente nei limiti consentitigli dall'età, che «ora che gli svizzeri hanno

fatto il loro "dovere", tocca anche agli italiani fare il loro; e, per essere più precisi, tocca al governo italiano fare il suo. Cioè preparare meglio gli emigranti...». Un po' come De Gasperi, se vi ricordate, che già ai suoi tempi aveva cercato di risolvere i problemi degli emigranti con la storica proposta: «Bisogna insegnargli le lingue».

«Il fatto sta — prosegue arzillo Prezzolini — che c'è un buon numero di svizzeri che (...) riconoscono i meriti di molti lavoratori stranieri, e particolarmente degli italiani, ma hanno a noia un certo numero di italiani che non si presentano bene, che non si conformano alle consuetudini del paese, che — bisogna dirlo — sono dei "barbari" in confronto alla media svizzera... Ma domanderei agli italiani: che cosa sarebbe accaduto in Italia se fossero venuti a lavorare cinque milioni (dico cinque milioni) di albanesi?».

Niente. Probabilmente ci avrebbe pensato Prezzolini: a insegnargli le buone maniere o a proporre un referendum per cacciarli. Dopodiché, c'è da giurarlo, si sarebbe ritrovato in cravatta nera, come il suo collega Valentin Oehen, esperto in emmenthal.

*

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Giornale d'Italia di

Roma

del

21/22-X-74

UNA VALANGA DI «NO» HA SEPOLTO GLI XENOFABI

Svizzera: finito l'incubo per gli immigrati italiani

Oltre il 66 % degli elettori ha respinto l'iniziativa dei nazionalisti guidati da Valentin Oehen - Motivi economici hanno determinato la vittoria

nostro servizio

LUGANO, 21

Secco verdetto negativo per i fautori del referendum contro la presenza degli stranieri in Svizzera: oltre il 66 per cento degli elettori hanno risposto «No», con un numero di voti pressoché doppio rispetto ai seguaci di Valentin Oehen, l'esperto cacciatore del Parlamento elvetico che voleva con questa iniziativa ridurre ad un massimo del 12 per cento la presenza dei lavoratori immigrati da altre nazioni.

L'afflusso alle urne si ritiene eccezionale: in genere si aggira sul 50 per cento degli elettori, mentre questa volta ha toccato quasi dovunque il 70 per cento. Anche questo è un sintomo dell'eccezionale interesse con cui questa consultazione è stata seguita.

I tremila seggi disseminati in tutto il Paese si erano aperti venerdì alle 17.30 e sono stati chiusi ieri alle 12 ad eccezione dei grandi centri della confederazione dove c'è stata una proroga fino alle 14. Le operazioni di voto sono state rapide anche

per il particolare sistema elettorale vigente: gli elettori, infatti, arrivavano al seggio con la scheda ricevuta e già compilata a casa: non restava che presentare il documento di riconoscimento e infilarla nell'urna.

Alle 17.45 sugli schermi televisivi venivano già diramati gli esiti definitivi con la proclamazione della dura sconfitta degli xenofobi di Valentin Oehen, ma già alle 18, quando passavamo la frontiera, al valico di Chiasso, si profilava l'esito negativo per i fautori del «Sì». Le prime notizie venivano chieste appunto ad un poliziotto che ci domandava i documenti e la «Carta verde» al passaggio della dogana. «Stando bene, come si prevedeva — ha risposto — i «No» sono già nettamente in vantaggio».

Quando poi si è accorto che eravamo giornalisti ha soggiunto: «Mi raccomando, non parlate male della Svizzera: ogni nazione ha i suoi punti deboli... Anche voi, del resto, avete il vostro Sud, con gente che spesso non volete accettare al Nord. Come da noi! I teindlers si spesso fanno fatica ad intendersi con i connazionali di altri cantoni, ma certo

non siamo disposti a cambiare lingua, ed io credo che col tempo con un po' di tolleranza, anche questi pregiudizi potranno essere superati».

Quando siamo arrivati a Lugano la gente sembrava ormai scaricata della evidente tensione che fino a pochi giorni fa regnava un po' dovunque: aveva ripreso la solita tranquilla vita di provincia ricca e annoiata di sempre. Il traffico era normale, rari i vigili per le strade, soprattutto erano spariti dalla circolazione quei giovinelli biondi, con casco chiaro e divisa arancione che nei giorni scorsi erano stati inviati giù dal centro della Svizzera come rinforzo per le locali forze dell'ordine: ci hanno detto che facevano parte di uno speciale corpo di emergenza impiegato in previsione di un eventuale successo dei partigiani di «Azione nazionale» e nel timore di un susseguente disordine. La risposta delle urne ha tuttavia annullato ogni forma di tensione e da oggi gli svizzeri possono riprendere senza patemi d'animo la loro quotidiana attività di gente attiva ed

organata. Forse, però, non sarà altrettanto per gli oltre 500 mila italiani emigrati e per gli altri stranieri: comunque siano andate le cose resta il fatto che a nessuno piace di vivere in una terra dove una parte degli abitanti (e sono oltre ottocentemila) vorrebbe cacciarli.

Abbiamo parlato con alcuni italiani che vivono da anni in terra elvetica e che hanno assistito con molto amaro in bocca a questa vicenda. L'esito del referendum è stato quasi la liberazione da un brutto incubo; soprattutto se si pensa che si sono trovati dinanzi al pericolo di essere costretti a ri-



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA

Ritaglio dal Giornale

nunciare a quel lavoro che già la patria aveva negato loro, ma alla fine hanno provato una soddisfazione solo parziale. Perché i «No»? Perché la maggioranza degli svizzeri ha respinto l'ipotesi di un loro allontanamento?

Anche dalla lettura dei giornali locali che hanno accanitamente combattuto contro le idee filorazziste di Valentin Oehen, è risultato chiaro che la preoccupazione che è prevalsa è stata quella del grave smacco che avrebbe potuto subire l'economia della Confederazione qualora il referendum fosse stato approvato. Ancora venerdì sera dagli schermi televisivi un portavoce governativo riferiva l'episodio di un gruppo di industriali di Ginevra che aveva già prenotato dei terreni al di là della frontiera, in territorio francese, per trasportarvi le loro fabbriche e poter in tal modo portare avanti quella produzione che sarebbe rimasta bloccata qualora fosse passato il veto contro la permanenza della manodopera straniera.

La paura della chiusura di molte attività produttive è stata dunque più forte del razzismo di un forte settore dell'opinione pubblica locale. «Non è stato certo per senso di giustizia — ci è stato detto — per la gente di qui contava più il fatto che senza la presenza nostra lo Stato svizzero avrebbe dovuto rinunciare a circa mezzo miliardo di franchi rappresentati dall'imposta che noi paghiamo ogni anno, ed il miliardo che noi versiamo col nostro lavoro per l'AVS (Assicurazione vecchiaia superstiti), una trattenuta sullo stipendio per le assicurazioni sociali e per le forze armate. E se non ci siamo noi a pagarli, quei franchi avrebbero dovuto tirarli fuori loro!»

La vittoria dei «No» ha già avuto il suo prezzo perché sono state già attuate delle restrizioni sull'ingresso degli stranieri

Ancora una volta ne è promotore James Schwarzenbach, il noto parlamentare xenofobo

Luciana Alagna

11

..... del

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Momento Sera di Roma del 27-X-26

Due svizzeri su tre hanno detto "no" all'espulsione dei lavoratori stranieri

In nessuno dei 22 cantoni ha prevalso il « sì » che ha ottenuto 878.739 voti contro 1.689.870. Il ruolo delle donne chiamate per la prima volta a una elezione di massa — Perfino Schwarzenbach dice che il popolo si è pronunciato « con misura e responsabilità su un problema posto con tanta brutalità »

DAL NOSTRO INVIATO

CANTON TICINO, 21.
No all'iniziativa di espellere gli stranieri dal territorio svizzero. No al progetto di Valentin Oehen, deputato dell' Azione Nazionale.

No alla manovra reazionaria tendente ad eliminare un milione e centomila lavoratori stranieri dal territorio svizzero. No all'iniziativa xenofoba. Gli svizzeri hanno votato ed hanno fatto fallire l'operazione antistranieri.

Hanno capito ed hanno votato «no» in maniera massiccia. La grande paura è passata.

Il progetto di Valentin Oehen, che prevedeva l'allontanamento di oltre cinquecentomila stranieri nel giro di tre anni, è sta-

to clamorosamente bocciato con 1.689.870 voti contro 878.739. Con una percentuale di votanti del 70 per cento circa.

E' questa la percentuale più alta registrata in numerosi cantoni in rapporto a precedenti « referendum » popolari. Contro l'iniziativa hanno votato tutti i 22 cantoni che formano la Confederazione elvetica, anche quelli che nel 1970, per la precedente iniziativa contro gli immigrati, avevano dato voto favorevole.

Sono stati gli elettori del cantone di Ginevra ad esprimersi con la più larga maggioranza (76 per cento) contro l'iniziativa, seguiti da vicino da quelli del Ticino (75 per cento), Neuchatel (74), Vaud e Grigioni (73).

Vallese e Sciaffusa (71), Turgovia (70).

Ritag

Le più alte percentuali di votanti in favore dell'iniziativa sono state registrate nei cantoni di Uri (44 per cento) e Solletta (40).

Dopo aver cavalcato per anni la tigre della discriminazione contro i lavoratori stranieri, adesso la classe dirigente svizzera ammette i propri peccati, causati dalla sua stessa politica. Anche per questo, il 20 ottobre è una data di vittoria: la vittoria del buonsenso. I motivi che hanno spinto una larga parte della popolazione elvetica non sono ovviamente tutti nobili. Non è certo il caso di farsi illusioni. Molti «no» sono dettati dalla paura, dall'interesse, dal calcolo: gli stra-

nieri sono indispensabili all'economia svizzera e i cittadini elvetici l'hanno capito.

Non a caso gli alberghi, i ristoranti, i bar sono pieni di molti camerieri italiani, spagnoli, pochi tedeschi e francesi. Non a caso i muratori, i minatori, gli spazzini sono italiani. Non a caso cioè i lavori più umili sono fatti da stranieri.

Perfino lo xenofobo Schwarzenbach ha commentato il risultato positivamente: «la maggioranza del popolo svizzero si è pronunciata con misura e responsabilità su un problema posto con tanta brutalità».

Adesso, il treno più lungo d'Europa, il treno dei rimpatriati non dovrà più partire. Governo, sindacati, chiesa, associazioni comunitarie avevano condannato in blocco l'iniziativa di Oehen. Gli xenofobi sono usciti veramente sconfitti dalle elezioni. E questa vittoria dei «no», che qui nel Canton Ticino ha raggiunto una punta del 75 per cento, è servita — almeno in parte — ad allontanare una fitta coltre di nubi che si stava addensando sulla democrazia elvetica. Quello che poteva essere un tentativo di isolazionismo è stato sventato. Soprattutto per merito delle donne.

Non dimentichiamo infatti, che la donna svizzera ha conquistato il diritto di voto soltanto da poco tempo e che non era ancora stata chiamata, in massa, alle urne. Ieri dunque la prima comparsa ufficiale del mondo politico. Compatte, sicure, realiste e pratiche hanno votato «no».

Nonostante la vittoria, il governo elvetico dovrà tenere conto di una forte corrente che chiede una riduzione della popolazione straniera. Lo stesso Oehen ha giustificato la propria sconfitta attribuendola alla sproporzione fra le forze elettorali: «Se la campagna fosse stata condotta regolarmente i sì in favore dell'iniziativa sarebbero stati almeno il 65 per cento». I risultati gli hanno dato torto. E' sperabile che gli svizzeri, ma soprattutto le donne svizzere, abbiano capito non solo che non possono fare a meno degli stranieri, ma che gli stranieri sono uomini e che come tali vanno trattati. Bisognerebbe eliminare cioè una legislazione chiaramente discriminatoria. Concedere loro diritti civili, dare loro la possibilità di accedere a posti di potere, integrarli con la società in cui vivono: questi, i veri problemi da risolvere.

PAOLA MAGHINI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Resto del Carlino Bologna del 22-

Molti emigrati italiani perderanno il posto

Un milione di disoccupati quest'inverno in Germania

E' la previsione, ritenuta eccessivamente pessimistica dal governo, di cinque istituti di studi economici - Nella seconda metà del '75 dovrebbe verificarsi un nuovo 'boom'

DAL NOSTRO CORRISPONDENTE

Bonn, 21 ottobre

Il numero dei disoccupati nella Germania Federale raggiungerà il milione di unità, nel corso dell'inverno. In compenso dovrebbe diminuire ulteriormente il tasso di inflazione, che è già uno dei più bassi del mondo, e nella seconda metà del '75 dovrebbe verificarsi un nuovo «boom» industriale con riassorbimento della manodopera. Queste sono le conclusioni di un rapporto congiunto dei cinque maggiori istituti di studi economici della Germania Federale. Il governo ne ha preso atto ma lo ha giudicato troppo pessimistico.

Un milione di disoccupati — se effettivamente si avranno — corrispondono al 4,5 per cento della popolazione attiva. E' il prezzo che i tedeschi dovranno pagare alla congiuntura economica? Il ministro dell'Economia, Hans Friedrichs, ritiene di no: la cifra è azzardata e eccessiva, ha detto; i disoccupati, che ora sono 550 mila (contro 300 mila posti di lavoro vacanti), aumenteranno al massimo di centomila unità. Della stessa opinione è l'ufficio del lavoro di Norimberga, mentre il portavoce governativo ha lamentato la mancanza di motivazioni.

La verità probabilmente si trova a metà strada. L'uno, lo studio, esagera in pessimismo. Gli altri, il ministro e il governo, in prudenza. C'è da dire infatti che il momento scelto per la pubblicazione dello studio è fra i più importanti. A settimane cominceranno i negoziati salariali per milioni di lavoratori metallurgici, chimici e di altri importanti settori dell'industria. La relazione, i cui elaboratori sono ritenuti vicini al mondo industriale, in-

vita i sindacati a limitare le richieste entro il 10 per cento di aumento, se si vogliono il contenimento dell'inflazione e un alleggerimento sul mercato del lavoro, tale da limitare le minacce all'occupazione.

La previsione «dura ma realistica» (è stata definita dagli imprenditori) potrebbe essere stata spinta agli estremi allo scopo di far riflettere i sindacati e convincerli a moderare le richieste. I sindacati «debbono tenere presente — ha detto un portavoce dei cinque istituti — che i lavoratori hanno già ottenuto riduzioni fiscali e un aumento degli assegni familiari». Se le loro richieste saranno «ragionevoli» allora il tasso di inflazione, attualmente del 7,3 per cento, scenderà al 6,5 e l'incremento economico per il 1975 sarà del 2,5 per cento in termini reali, un indice che conferma la buona salute dell'economia tedesca. Inoltre continueranno le esportazioni secondo i canali tradizionali di assorbimento. Si tenga presente che nei primi otto mesi del 1974 l'eccedenza della bilancia commerciale è stata uguale a quella dell'intero 1973. In questo quadro — sostiene ancora lo studio — non è contrastabile una eventuale ulteriore rivalutazione di fatto del marco.

Anche l'annuncio odierno che 2.500 operai della Hoechst, il colosso della chimica (150 mila operai nel totale), sono stati messi a orario ridotto, dovrebbe essere interpretato come un monito ai sindacati. Non ci sono apparenti avvisaglie di crisi. La notizia ha provocato tuttavia un calo alla borsa di Francoforte.

Il ministro Friedrichs e più in generale la coalizione social-liberale vedono invece meno nero. I due partiti sono impegnati in due difficili elezioni regionali, domenica prossima, in Baviera e in Assia. E' comprensibile la cautela di accenti volta a non spaventare l'elettorato. Per cui, in conclusione, si può dire che la cifra più realistica è quella di coloro che fanno una «media ragionata»: attorno alle 750 mila unità. E allora sorge la domanda che più ci interessa. Quanti saranno gli italiani? Attualmente, fra i nostri connazionali, i senza lavoro sono circa 16 mila. E' logico attendersi che diverse altre migliaia, nei settori dell'edilizia e dell'automobilismo soprattutto, perderanno il posto. Se dovessero rientrare, si aggraverebbe in Italia la già pesante situazione del mercato del lavoro.

Cesare De Carlo

Se l'esodo torinese torna indietro

In vent'anni, 4 milioni e mezzo di lavoratori hanno dovuto lasciare il Sud - Ora all'estero e nelle aree del triangolo c'è crisi - Si teme una grossa ondata di rientri - Si profila un nuovo dramma per il Mezzogiorno - In Campania ci sono, oggi, trecentomila disoccupati e settecentomila sottoccupati

1

In Svizzera rigurgiti (per ora neutralizzati, ma sempre pericolosi) di xenofobia; in Germania la crisi dell'auto e dell'edilizia; per il generalizzarsi e l'approfondirsi, in questi come in altri Paesi europei, delle difficoltà economiche, da un giorno all'altro migliaia di lavoratori emigrati potrebbero essere costretti a ritornare in Italia.

Così pure, da un momento all'altro, le aree industrializzate del « triangolo » (Milano-Torino-Genova) potrebbero paralizzarsi sotto la spinta della crisi ed « espellere » migliaia di immigrati. In un caso come nell'altro, le conseguenze più drammatiche di questi « rientri forzati » si avrebbero nelle regioni meridionali (dalla Campania alla Sicilia). Cambierebbero, probabilmente, soltanto le caratteristiche dei rientri: ne sarebbero protagonisti i soli lavoratori emigrati se l'ondata partisse dall'estero; i

lavoratori con le mogli e i figli se avesse luogo dal nord d'Italia. In ogni caso, però, i « treni della speranza » questa volta trasporterebbero, nel viaggio di ritorno, dolore e desolazione, paura per l'avvenire.

Per avere un'idea del dramma che le regioni meridionali andrebbero a vivere, in aggiunta a quello che già stanno vivendo, è sufficiente pensare alla funzione di « valvola di sfogo »

che le migrazioni all'estero o le migrazioni al nord hanno avuto, per le regioni meridionali, dal dopoguerra ad oggi. In venti anni, quattro milioni e mezzo di meridionali (la parte più giovane e più attiva) hanno dovuto lasciare il Sud. L'emigrazione è stata l'unica alternativa alla sottoccupazione ed alla emarginazione sociale. È andato via, dai « presepi umani » del Sud, il doppio della classe operaia esistente nelle regioni meridionali (classe operaia che Paolo Sylos Labini, nel suo

« Saggio sulle classi sociali »).

« Saggio sulle classi sociali », calcola in due milioni e 340mila unità). Fenomeno doloroso e lacerante, l'emigrazione dal Mezzogiorno è stata, come dicono gli studiosi, il più efficace meccanismo sostitutivo di un mancato o, comunque, insufficiente e debole sviluppo economico. È stata e continua ad essere, nelle aree più povere della Calabria e della Sicilia, l'unica risorsa e l'unica fonte di reddito.

Anche per la Campania è cost. Il suo destino non è diverso da quello della Calabria o della Sicilia. Dal '61 al '71 la Campania ha contribuito con oltre il 20 per cento al totale della emigrazione dal Mezzogiorno. In dieci anni, mezzo milione di persone hanno abbandonato le zone interne dell'Irpinia e del Sannio (l'osso della regione, la Campania senza mare). Nel solo 1972 gli emigrati dalla Campania sono stati 157mila. Saranno costretti a ritornare? Se ritorneranno, quanta volta non sarà per un

breve soggiorno, come fanno gli emigrati a Natale o a Pasqua. Ne sarà per ostentare, nelle strade del paese d'origine, la « fortuna » fatta all'estero.

Sarà un dramma. Le forze politiche e sindacali sono giustamente preoccupate. I rapporti ufficiali non segnalano ancora rientri dall'estero o dal nord. Non si esclude, però, che qualcuno ci sia già stato anche se non risulta agli uffici di collocamento.

Si teme l'ondata

I rientri isolati non fanno paura. Si teme l'ondata. « Io, dice l'assessore regionale al Lavoro, Salvatore Armato, ho cominciato ad avere paura fin dall'anno scorso, quando partecipai a un convegno sull'emigrazione. Ora un massiccio ritorno di lavoratori emigrati mi sembra tanto probabile quanto allucinante. Non è difficile infatti immaginare — aggiunge — che cosa significherebbe per la Campania, con i suoi 300mila e oltre disoccupati ed i suoi circa 700mila sottoccupati, una disoccupazione aggiuntiva di decine e decine di migliaia di unità portatrici, per giunta, di una somma ingente di problemi umani e sociali ».

MINISTERO GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Il Mattino di Napoli del 22-X-74

6

REGIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE

SEGN

Anche Nando Morra, segretario della Camera del Lavoro di Napoli, è molto preoccupato: «L'ipotesi di un'ondata di ritorno — afferma — è senz'altro realistica. Posso dire anzi che siamo in uno stato di preallarme». Cerca di immaginare quali forti tensioni sociali si aggiungerebbero a quelle di oggi. Si ferma un momento e poi riprende, dopo una breve pausa: «Sarebbe davvero una iattura». La Campania sta vivendo uno dei momenti più difficili del dopoguerra. I disoccupati aumentano giorno per giorno, cresce il numero dei sottoccupati e di quelli occupati in lavori precari. Ogni giorno cortei davanti alle Prefetture, ai Comuni, alla Regione. Ogni giorno blocchi stradali. E' una situazione esplosiva. «Ci sono le premesse — dice il presidente della Regione, Cascetta — perché tutti i giorni scoppino episodi come Battipaglia o Eboli». Alla fine di agosto il blocco della stazione ferroviaria di Caserta ha provocato danni per dieci miliardi. In quattro giorni non sono passati 700 treni. Particolarmente significativa la situazione nell'area napoletana, la più piccola della regione, la più densamente popolata. I disoccupati ed i sottoccupati sono più di 500mila. Su tre milioni di abitanti, solo il 24

E' questa la terapia più efficace per sanare la piaga della disoccupazione? Molti ne dubitano. Però, sotto la spinta delle pressioni, e anche come primo intervento per alleggerire la tensione sociale accumulata, non si è potuto far altro che ricorrere ai «cantieri»: a una forma di sopravvivenza che assicura, a ciascuno dei settemila iscritti, un sussidio giornaliero di 3000-3500 lire. Adesso, però, alla fine del '74, i cantieri scadono e una nuova proroga non sembra più possibile.

Costretti a muoversi sempre in un clima di emergenza, Napoli e la Campania presentano questa realtà drammatica: aumenta sempre di più la distanza con le moderne impostazioni che presiedono allo sviluppo, le intuizioni dei programmatori restano pura teoria, si infoltisce di pagine il «libro dei sogni», diminuisce di pagine quello delle possibilità di un reale, vigoroso decollo. E mano che i dirigenti politici ripiegano su se stessi e sono costretti a battersi per soluzioni temporanee, appunto in un clima di emergenza, aumenta l'isolamento di Napoli e della regione, diminuiscono credibilità e potere di contrattazione.

No ai cantieri

La prospettiva di un massiccio rientro di lavoratori campani e meridionali induce ad una attenta riflessione su ciò che si deve e che si dovrà fare. Si ricorgerà ancora ai cantieri di lavoro? «No, no, per carità!», dice Armato. «Basta coi cantieri e con l'assistenza. Tutt'al più corsi professionali, di riconversione e di riqualificazione. Ma avendo obiettivi ben precisi e sempre che si tratti di corsi di pre-inserimento. Coi paraggi per disoccupati bisogna chiudere una volta per sempre».

Per Morra questa è una occasione per riflettere sul modello di sviluppo che abbiamo avuto (e per il quale l'emigrazione è stato un fatto funzionale). «Occorre — egli dice — un nuovo progetto economico e politico

di fondo, un grande disegno complessivo che vada dall'agricoltura all'industria, alla piena utilizzazione della forza lavoro di cui dispone il Mezzogiorno».

Si può operare molto, ma il punto di partenza è estremamente sconsigliato. L'industria è in crisi: le «cattedrali» (tipo l'Alfa Sud) come le piccole e medie aziende hanno il fiato grosso. Le Partecipazioni statali hanno già, in Campania, 45 mila dipendenti. Non possono prendere impegni per la siderurgia, debbono rifiutare la logica di farsi considerare come un grosso ospedale in cui si possano ricoverare le aziende deboli e malate. La «Conferenza» prevista prima per la fine di maggio e poi per ottobre, non si farà più. E la nuova crisi di governo sembra entrarci ben poco.

La «pancia molle»

L'agricoltura presenta enormi possibilità. «Ma non si può più continuare a praticarla come si fa oggi», dice Nando Morra. «C'è bisogno di profonde trasformazioni, di opere imponenti per l'irrigazione, per l'assetto idrogeologico e del suolo, per la forestazione». Bisogna fare in modo che, se fra i lavoratori meridionali costretti a rientrare ci saranno operai specializzati, questi possano trovare lavoro sfruttando la specializzazione e non vedersi costretti a fare i camerieri, i garzoni di bar, oppure i muratori o i contadini con i mezzi tradizionali.

Il commercio, già estremamente polverizzato, non potrà fornire, in Campania, nuovi redditi, specie se certi consumi sociali continueranno ad essere irraggiungibili come sta accadendo ora con le ricorrenti impennate dei prezzi. Servizi e pubblica amministrazione sono stati, per tanti anni, una specie di «settore rifugio». Ma adesso una loro dilatazione è impensabile. Sono una «pancia» già molto grossa, sono la «parte molle» dell'economia.

Ai nuovi problemi bisognerà dare risposte nuove, organiche, efficienti. Armato pensa al Centro direzionale di Napoli (10mila posti di lavoro per 10-12 anni), alle opere di bonifica igienico-sanitaria (320 miliardi), agli insediamenti

già autorizzati dal Cipe dell'Aeritalia, della Fiat e della Sir, al completamento delle assunzioni all'Alfa Sud. Morra aggiunge l'edilizia, nel senso ovviamente delle opere pubbliche e delle infrastrutture qualificate da realizzarsi in tempi brevi. «Non è concepibile — esclama spazientito — che per fare una scuola debbano passare cinque o dieci anni».

I problemi sono enormi. Ci sono quelli di oggi e di ieri e quelli di un assai probabile rientro dei lavoratori costretti in trent'anni ad emigrare. Ci sono, però, anche idee e proposte concrete. Tuttavia, la forza e la volontà per uscire dalle situazioni difficili dobbiamo trovarle dentro di noi. Nessuno ce le potrà mai dare in prestito.

Ermanno Corsi

per cento ha un lavoro. «Significa — esclama Morra — che uno solo tira la carretta e tre sono costretti a lasciarsi trasportare». A Roma le autorità governative sono avvertite di questa situazione. «Il Paese — ha detto qualche settimana fa il ministro del Lavoro, Bertoldi — è seduto su un vulcano che si chiama Napoli». Napoli non si è ancora rimessa dai pesanti contraccolpi del colera dell'anno scorso. I 400 disoccupati che qualche tempo fa si sono sdraiati sui binari della Stazione Centrale, sono soltanto una piccola parte di quel sottoproletariato urbano che viveva di piccole attività e di «economia del vicolo» e che il colera, passando come una furia devastatrice, ha spazzato via irrimediabilmente. Comune, Regione e Governo non hanno potuto (o saputo?) far altro, per fronteggiare questa situazione, che aprire nuovi «cantieri di lavoro» e infilarvi 7mila disoccupati.

IX

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Nazione

di

Firenze

del

97-X-

Condannato
per percosse
a un italiano

La Valletta, 21 ottobre.

Un giovane agente di polizia maltese è stato condannato da un tribunale maltese a diciotto mesi di lavori forzati per aver arrestato illegalmente e malmerato un giovane marinaio italiano nel novembre 1973.

L'italiano era stato già malmenato da un gruppo di teppisti, e quando si era recato al posto di polizia per denunciare il fatto era stato lasciato per parecchio tempo ad aspettare. Alle sue proteste, l'agente suddetto lo aveva portato in una cella e l'aveva colpito ripetutamente.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL GLOBO

di

Roma

del

22-X-74

Alla vigilia del viaggio di Leone a Teheran

Concludono ingenti affari con l'Iran, 40 industriali italiani

Queste banche partecipano spesso con capitali alla realizzazione delle iniziative industriali in Iran. Partecipano a volte in joint-ventures, quelle aziende miste che stanno proliferando tra imprese iraniane e straniere nei più disparati settori. Gli iraniani soprattutto cercano all'estero la tecnologia, il know how e l'assistenza tecnica.

«La fattiva presenza ed il dinamismo che dimostra il settore privato nell'economia iraniana — conclude il dr. Fracassi — offre enormi possibilità alle piccole e medie imprese italiane che trovano la possibilità di associarsi in joint-ventures, anche per realizzazioni più modeste». Spesso, però, è necessario ricorrere ai consorzi. Molti degli industriali che sono andati con Fracassi in Iran si sono accorti, infatti, che da soli non ce la fanno.

AFFARI per decine di milioni di dollari sono stati conclusi o avviati da quaranta industriali italiani che hanno visitato, nei giorni scorsi, l'Iran con una missione organizzata dal Ministero del Commercio estero, guidata dal direttore generale per gli accordi, dr. Armando Fracassi. «Abbiamo portato a Teheran — ci dice il dr. Fracassi — gruppi industriali italiani rappresentanti il settore della progettazione e dell'impiantistica, del tessile, delle costruzioni di opere pubbliche, di impianti portuali e di altri rami di non minore importanza».

Le commesse affidate all'industria italiana, a conclusione dei lavori di Teheran, riguardano la costruzione di uno zuccherificio, di impianti alimentari, di impianti di precompressi (per l'edilizia), di sottostazioni elettriche e di impianti tessili. E' stato inoltre perfezionato, con la controparte iraniana, il contratto di 40 milioni di dollari della Tecmo Spa (gruppo Bugnone) di Volpiano (Torino) per la costruzione degli impianti della «Alumpars», società mista italo-iraniana. L'impianto sorgerà a Savch, a 120 chilometri a sud est di Teheran. Questa fornitura darà lavoro a 700 unità, verrà realizzato entro il 1976 ed entrerà in funzione nel 1977.

Sono in discussione, invece, i progetti per la costruzione di alcuni silos. Ad alcuni industriali, inoltre, è stata affidata la progettazione di strade, scuole ed ospedali. «I programmi iraniani per il settore stradale, per le scuole e gli ospedali, oltre che per gli insediamenti urbani, vedranno certamente — aggiunge il dr. Fracassi — una presenza attiva dell'industria e delle tecnologie italiane. Analoghe, possibilità si presentano per i programmi di sviluppo agricolo, ai quali l'Italia potrà fornire non soltanto le tecniche di

proiezione, ma soprattutto i processi di trasformazione, di distribuzione e commercializzazione». In certi casi si tratta del progetto di una scuola o di un ospedale, ma se accolti potrebbero solamente far nascere una serie di forniture difficilmente un'impresa italiana, da sola, sarà in grado di fronteggiare. Per questo motivo, nella riunione che il direttore generale del Commercio estero ha convocato per la settimana prossima con gli industriali privati, che hanno composto quest'ultima missione, proporrà l'avvio di forme associative, quei consorzi per l'esportazione di cui ormai si avverte l'urgenza per i quali in Parlamento si è arenata una proposta di legge presentata tempo fa dal ministro del Commercio estero Matteotti.

Altri progetti italiani in corso di esecuzione in Iran, oltre al centro siderurgico di Bundes Abas che è stato affidato alla Pnsider e che potrebbe maturare commesse per 3000 miliardi di lire e alla fabbrica Pirelli per la costruzione di pneumatici, riguardano la Snia Viscosca per impianti di filati di viscosa e di fibre sintetiche alcuni alimentari che interessano l'Agind, società della Efim e la società Gi & Gi di Reggio Emilia.

La missione Fracassi fa seguito, in ordine di tempo, a quella organizzata dalla Confindustria e dalle Partecipazioni Statali e precede quella che sta preparando l'ANCE (l'Associazione nazionale dei costruttori edili) per le proprie imprese. Idealmente, tutte queste missioni sono collegate al viaggio del presidente Leone in Iran, previsto per il mese prossimo. Trattandosi di una visita di capi di Stato certamente non si parlerà di affari, ma servirà senza dubbio a consolidare quella fittissima rete di rapporti, creata quest'anno dopo il viaggio del ministro degli Esteri, Moro, a Teheran. Gli iraniani, d'altra

parte, sono sensibilissimi ai rapporti politici e la visita del nostro Presidente della Repubblica servirà a farci recuperare molto tempo perduto nel cammino della cooperazione bilaterale, a livello politico ed economico.

Tuttavia, il dr. Fracassi ritiene che già l'Italia ha recuperato molto terreno nel campo della cooperazione politica e economica sia perché altri paesi si sono tirati un po' indietro, sia per il più ampio ed adeguato ventaglio di iniziative offerto dagli italiani. L'Iran è infatti, un paese scoperto solo recentemente da alcune imprese italiane, sebbene possa considerarsi il nuovo eldorado del Golfo Persico. Teheran è diventata la «carrefour du monde», dove si incrociano delegazioni provenienti dall'Occidente e dall'Oriente e tutte ad alto livello politico ed industriale.

Il quinto piano quinquennale iraniana, che scade nel 1978, è continuamente ampliato, grazie ai maggiori ricavi del petrolio, ed offre continuamente nuove possibilità di affari.

Gli iraniani pagano in contanti qualsiasi cosa, dai beni di consumo agli impianti industriali. Anzi, abbiamo visto che in alcuni casi lo Scià ha fornito addirittura degli anticipi. La realizzazione dei contratti avviene attraverso quattro banche, pubbliche e private, che ottengono dallo Stato i petrodollari a saggi di interesse agevolati. Si tratta della IMDBI (Industrial and Mining Development Bank of Iran) a capitale misto, della ICBI (Industrial Credit Bank of Iran) pure a capitale misto, della DIBI (Development Industrial Bank of Iran), privata e della ADB (Agricultural Development Bank) statale.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Popolo

di

Roma

del

27-X

Granelli alla TV elvetica

Il «no» della Svizzera è un atto di saggezza

Commentando i risultati del referendum sugli stranieri il sottosegretario agli Esteri ha rilevato l'importanza del pronunciamento favorevole di tutti i cantoni della confederazione

«Siamo contenti come italiani e come europei». Con queste parole il sottosegretario agli Esteri on. Granelli ha commentato in una intervista alla televisione svizzera i risultati del referendum sugli stranieri.

«Il nostro giudizio — ha del-

to infatti Granelli — è francamente positivo sia per la percentuale raggiunta dal "no", che per il pronunciamento favorevole di tutti i cantoni. Il governo italiano si è astenuto dall'intervenire pubblicamente, durante la campagna del referendum, per

rispetto alla sovranità del popolo svizzero, ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista che ha coinciso con l'autorevole, responsabile, deciso intervento del presidente Brugger, certamente importante per noi in questa vicenda. E a maggior ragione esprimiamo oggi il pieno apprezzamento per la saggezza dimostrata dal popolo svizzero per la sua lungimiranza, per il contributo dato dall'elettorato femminile.

«La Svizzera — ha proseguito Granelli — ha confermato l'immagine di un paese dalle frontiere aperte che nella sua storia ha accolto pensatori perseguitati dall'oscurantismo, esuli, antifascisti, profughi, in coerenza con alti principi di umanità.

«Abbiamo tutti un dovere di particolare solidarietà verso gli emigrati. I doveri sono reciproci. Da parte del governo italiano, anzitutto, perchè i nostri

connazionali che cercano lavoro all'estero lo fanno perchè non hanno trovato, come era loro diritto, una occupazione in patria. Da parte del governo e della società svizzera, in secondo luogo, perchè dai contributi dei lavoratori di altri paesi essi hanno tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità. Per questo — ha osservato Granelli — occorre mettersi attorno ad un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione.

«La conferenza nazionale dell'emigrazione, che avrà luogo in Roma a dicembre — ha detto ancora Granelli — è una grande occasione per migliorare e aumentare gli interventi dell'Italia a sostegno dei propri lavoratori all'estero».

«Nel quadro della cooperazione economica — ha concluso Granelli — noi insistiamo da tempo per associare la Svizzera ed altri paesi europei allo sviluppo del Mezzogiorno italiano, anche per contenere spostamenti irrazionali di occupazione. Anche la collaborazione economica deve tendere a migliorare i rapporti in generale».

Secondo il ministro del lavoro Bertoldi «la risposta che il popolo svizzero ha dato alle forze oltranziste costituisce una testimonianza di civiltà e di progresso». Bertoldi si è dichiarato inoltre convinto che il risultato del referendum faciliterà la soluzione dei problemi ancora aperti.

A sua volta il sottosegretario al lavoro on. Bruno Corti ha dichiarato che «la Svizzera, decidendo come ha deciso, non solo ha dato una prova di civiltà, ma ha anche perseguito un risultato positivo per la sua economia».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Popolo

di

Roma

del 22-7

Svizzera: un paese europeo

Il popolo elvetico ha bocciato a larga maggioranza, la proposta di emendamento costituzionale sostenuta dal maggiore Valentin Oehen. Se l'iniziativa avesse avuto successo, 540 mila lavoratori (fra i quali trecentomila italiani) avrebbero dovuto lasciare la Svizzera in tre anni. Per la seconda volta, dal 1970, i cittadini elvetici sono stati chiamati a pronunciarsi col voto su una iniziativa xenofoba, e per la seconda volta hanno detto «no».

Il confronto dei risultati di domenica con quelli del 1970 è eloquente. Nel '70, l'iniziativa Schwarzenbach venne respinta dal 55 per cento dei votanti; domenica, l'iniziativa Oehen è stata respinta dal 66 per cento (cioè da un undici per cento in più). Inoltre, nel 1970, cinque cantoni, su ventidue, si pronunciarono per il progetto xenofobo; domenica scorsa, nessun cantone ha approvato l'emendamento Oehen.

L'idea xenofoba ha quindi perduto terreno. E la constatazione ci appare tanto più significativa in quanto lo scacco è seguito ad una delle più accanite battaglie elettorali che la storia della Confederazione svizzera ricordi. Inoltre, non può essere trascurato il fatto nuovo di queste elezioni: la partecipazione dell'elettorato femminile per la prima volta ad un referendum di natura costituzionale.

Condividiamo il compiacimento generale sul risultato elettorale. Il popolo svizzero si è mostrato sensibile agli inviti delle autorità, dei partiti politici, delle associazioni professionali e religiose ad esprimersi contro una iniziativa incivile. Certo, quegli inviti non sempre erano dettati da preoccupazioni egualmente nobili, alte e disinteressate. Allo appello per il rispetto dei diritti inalienabili dell'uomo troppo spesso si è mescolata la trepidazione per il domani. Alla vigilia del voto, le immagini delle città svizzere sommerse dalle immondizie, dei ristoranti e dei bar chiusi per mancanza di inservienti, diffuse dai giornali e dai manifesti per convincere gli elettori della indispensabilità della mano d'opera straniera, non parlavano certo di dignità, di eguaglianza umana, di integrazione, ma soltanto di timore dell'avventura.

Tuttavia, pure questi aspetti negativi hanno avuto una loro incidenza su un risultato che va al di là della rozzezza dell'argomento propagandistico. Infatti, gli svizzeri sembrano aver capito la lezione che viene dalla crisi che travaglia, in misura diversa, tutto il mondo. Le isole felici sono diventate ormai un'utopia, un sogno del passato.

Lo spauracchio della inflazione costringe un po' tutti i popoli interessati ad aprire gli occhi e li aiuta ad individuare i mali oscuri che covano nel profondo delle società umane anche le più libere e meglio ordina-

te. E così, la crisi che minaccia l'economia, ha fatto comprendere i danni delle insensibilità del capitalismo svizzero nei confronti dei lavoratori stranieri. Ma ora, se il male oscuro è stato identificato, non resta che agire in profondità per sradicarlo. E' la stessa Costituzione svizzera che suggerisce i rimedi, nella integrazione e nella pari dignità di tutti gli uomini.

Domenico SASSOLI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Popolo

di Rouve

del 22-X-71

Respinto il progetto contro l'inforestieramento

Soddisfazione in Svizzera per il voto sugli stranieri

La stampa elvetica commenta favorevolmente l'esito del referendum e sottolinea la necessità di leggi che consentano ai lavoratori provenienti da paesi esteri di amalgamarsi con la popolazione residente — Tutti i Cantoni hanno bocciato l'iniziativa di Oehen

Ginevra, 21 ottobre

I lavoratori stranieri hanno tirato un sospiro di sollievo dopo che la popolazione elvetica, chiamata alle urne per decidere con un referendum il futuro di circa mezzo milione di emigranti, ha bocciato ieri il progetto di espulsione, presentato dal deputato Oehen, manifestando la sua massiccia opposizione ad esso.

Contro l'iniziativa hanno votato tutti i 22 Cantoni che formano la confederazione elvetica, anche quelli che nel 1970, per la precedente iniziativa contro l'inforestieramento (chiamata più comunemente iniziativa Schwarzenbach dal nome del suo promotore), dal nome del suo promotore), avevano dato il loro voto favorevole. Si tratta dei cantoni di Svitto, Uri, Lucerna, Berna, Unterwald, Soletta e Friburgo.

Sono stati gli elettori del cantone di Ginevra ad esprimersi con la più larga maggioranza (76 per cento) contro l'iniziativa, seguiti da vicino da quelli del Ticino (75 per cento), Neuchâtel (74), Vaud e Grigioni (73), Vallese e Sciaffusa (71), Turgovia (70). Le più alte percentuali di votanti in favore dell'iniziativa sono state registrate nei cantoni di Uri (44 per cento), Basilea-città (41) e Soletta (40). Il risultato definitivo è stato di 1.689.870 voti contro il progetto e 878.739 a favore. Per la prima volta, come è noto, le donne hanno potuto votare in un referendum istituzionale.

Rimane comunque il sentimento di incertezza determinato dalla prospettiva di un altro referendum contro gli stranieri a breve termine.

Gli autori di questa ennesima iniziativa xenofoba sono i membri del piccolo gruppo scissionista dei repubblicani, guidato dall'industriale Schwarzenbach, il quale si era fatto promotore di un altro referendum nel 1970, anch'esso bocciato dall'elettorato. L'iniziativa popolare, come si chiamava allora, aveva come obiettivo la riduzione del numero dei lavoratori stranieri di 300 mila unità nel giro di quattro anni. In sede di voto la proposta di Schwarzenbach venne respinta con un margine ristretto.

La prossima iniziativa di Schwarzenbach prevede la riduzione degli stranieri di 350 mila nel giro di dieci anni con l'esenzione dal provvedimento dei lavoratori stagionali e dei frontalieri.

A meno che la proposta presentata al governo lo scorso mese di marzo non venga ritirata, è probabile che la popolazione elvetica venga nuovamente chiamata alle urne nel 1976 per esprimere il suo giudizio sulla permanenza nel paese dei lavoratori stranieri.

Intanto oggi la stampa commenta favorevolmente l'esito delle consultazioni popolari di ieri. «E' tempo di smetterla con queste

iniziative contro gli stranieri», scrive il «St. Galler Tagblatt», sintetizzando il pensiero degli altri giornali. «Non possiamo andare avanti per sempre accusando gli stranieri di minacciare la Svizzera senza coprirci di ridicolo», aggiunge il giornale.

Più cauta la soddisfazione del «Berner Tagblatt». Nel suo editoriale il giornale esorta alla cautela: «nessun atteggiamento di vittoria, prego», scrive. E mette in guardia i suoi lettori contro il pericolo rappresentato dall'ultima iniziativa di Schwarzenbach, che potrebbe trovare il favore dell'elettorato se il governo non trarrà le dovute conclusioni e adotterà misure precise per regolare l'immigrazione dei lavoratori stranieri nello stato elvetico.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Corriere delle fem di *Abbi. Casso*

del 22-X-76

DOPO IL REFERENDUM CHE HA DETTO « NO » ALL'ESPULSIONE

Il governo svizzero prepara nuove norme per gli stranieri

Nonostante la netta sconfitta gli oltranzisti non disarmano: altre consultazioni popolari sono previste nei prossimi anni

DAL NOSTRO INVIATO SPECIALE

Zurigo, 21 ottobre.

Sconfitto, distrutto, sepolto da un milione e 600 mila «no»: ieri sera quando Valentino Oehen si è affacciato alla Tv, portava la cravatta nera. «E' un segno di lutto?»; gli ha chiesto ironicamente Dario Robbiani, direttore del Telegiornale svizzero, prima di fargli domande impietose sul disastro. E Oehen, rispondendo in tedesco (e non in dialetto, come era solito fare durante i comizi per «sentirsi più vicino alle tradizioni del popolo»), ha ammesso d'essere giù di corda, e di volere affidare la sua tristezza anche a un simbolo cromatico.

Ma dopo il «pianto» ritrova la grinta. E dice una cosa che politici e commentatori stanno valutando. D'accordo: l'Azione Nazionale è stata clamorosamente smontata. Ha proposto teorie di un razzismo e di un nazionalismo fuori tempo: violento e insensato, non solo sotto il profilo economico, ma rivolante sul piano umano. Ben pochi, nell'Europa di questi anni, avevano osato ingigantire in una campagna elettorale programmi in fondo basati su distinzioni biologiche. Ebbene: questo signore tanto criticato, attaccato con una campagna massiccia e senza precedenti dal governo, dagli industriali, dai giornali, dai sindacati, è riuscito ad accumulare 878 mila voti: il 36 per cento degli elettori gli si sono dichiarati fedeli.

Scrive il *Corriere del Ticino*: «Il sollievo non deve far dimenticare i timori per la presenza di una massiccia opposizione di natura ultraconservatrice». E' una forza che fa da piedestallo alle ambizioni politiche di Oehen. Laureato in agraria, specialista in problemi caseari, sposato, quattro figli, uno adottivo, questo signore, di 43 anni ha trovato finalmente uno spazio che gli assicurerà altri anni in parlamento. La piccola Svizzera conservatrice gli si è stretta attorno. In fondo non gli è andata male. E le prospettive gli si presentano discrete: perché il problema della presenza straniera, a prescindere da ogni risvolto razziale, preoccupa seriamente. E' una questione grave, che si proietta nel futuro.

Date le sue proporzioni geografiche, la Svizzera è il paese che più d'ogni altro, in Europa, ha accolto emigranti: oltre un milione, il 17,6 per cento della popolazione. Li ha accolti, ma non li ha presi in considerazione. Perché? Qualcuno lo spiega citando Gustav Jung, che era zurighese: «Ogni idea nuova è per lo svizzero un animale misterioso da evitare finché può». Adesso l'idea di avere un milione di lavoratori stranieri (circa 600 mila italiani) deve essere accettata. E' il suggerimento che viene dal buon senso.

Scrive commentando il successo del «no» *La Suisse*: «Abbiamo dimostrato di rifiutare una proposta fondata

sull'espulsione arbitraria, ma non abbiamo ancora provato di essere capaci di programmare una politica che escluda ogni discriminazione». Suggestisce di «accettare tutti i problemi che possono nascere dalla stabilizzazione della mano d'opera». Quindi cancellare l'ipocrita definizione di «stagionale» attribuita a persone che in pratica lavorano tutto l'anno, da anni, nello stesso posto. Permettere dunque a costoro di farsi raggiungere dalle famiglie, avere una casa, condurre, insomma, una vita normale. Stabilizzare (con larghi diritti civili) gli emigranti che sono già qui, e rendere più severi i filtri che controllano le ondate di arrivi: questa

politica «morbida» contrasta, però, coi programmi «rigidi» del governo.

A Berna ci si preoccupa delle tre iniziative xenofobe pronte ad uscire dal cassetto: una di James Schwarzenbach (referendum primavera '76) e due annunciate proprio ieri da Oehen. Si cerca di svuotarle applicando restrizioni già previste: riduzione del numero degli stagionali a 192 mila, con permanenza massima di 9 mesi all'anno e — naturalmente — proibizione di richiamare la famiglia. I 478 mila emigranti che godono del permesso annuale dovranno essere sfoltiti. Altro giro di vite per i frontalieri. Oggi sono 107 mila. «Sopravviverà» solo chi è impegnato da oltre sei mesi in territorio elvetico.

Il problema, proprio perché trascurato per vent'anni (dalla Svizzera, ma anche dai governi italiano, greco e spagnolo interessati alla fuga di braccia) non può trovare una soluzione semplice ed immediata. I progressisti fanno l'esempio della Svezia che ha naturalizzato un grosso contingente di immigrati, chiudendo, poi, le frontiere ai nuovi arrivi. I conservatori (ma quelli illuminati) sono per un naturale sfaldamento dell'immigrazione: chi parte non verrà sostituito, in più si congela il flusso degli arrivi.

In questo rapporto dialettico si inseriscono personaggi come Oehen, battuto ma ancora vitale. La Federazione dei produttori di latte svizzero gli ha tolto la consulenza. Ma il leader dell'Azione Nazionale non se ne preoccupa. Il suo pacchetto (e non tanto piccolo) di *ultras* gli garantisce il futuro. Certo deve ingoiare l'amarezza di questi giorni. La contentezza dei giornali, per esempio, che mostrano in prima pagina le facce dei lavoratori italiani e annunciano con gioia «vivremo l'avvenire insieme». Quale avvenire il governo svizzero deve però sbrigarci a deciderlo. La valanga di «no» può aiutarlo a farlo bene, rispettando — lo scrive Jean Steinauer — «la convenzione europea sui diritti dell'uomo, che proprio di recente Berna ha ratificato».

Maurizio Chierici

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

di

del

I primi commenti del dopo-referendum

Svizzera: nuovi impegni dal «sì» agli stranieri

Adesso devono essere risolti, sottolineano i giornali, i problemi legati alla massiccia presenza di manodopera estera

di RENZO BALMELLI

ZURIGO, 21 ottobre

«Non fermarsi al voto che ha schiacciato gli xenofobi, ma portare avanti una politica di emigrazione che tenga maggiormente conto delle componenti umane del problema» è quanto suggeriscono i giornali svizzeri all'indomani del referendum che ha segnato la fine delle illusioni di Valentino Oehen e degli altri seguaci dell'«Azione Nazionale». La vittoria del 20 ottobre potrebbe essere inutile se non sarà affiancata da provvedimenti a breve e lunga scadenza per favorire l'integrazione degli stranieri sia sul piano sociale sia su quello politico. La Svizzera, dopo il referendum non si è lasciata travolgere dai facili entusiasmi, ma analizza con ponderata soddisfazione il risultato della consultazione popolare. Ci si rende conto che il «no» al razzismo ha posto fine a una lunga, angosciata attesa, ma non ha risolto gli innumerevoli problemi legati alla presenza di un massiccio contingente di manodopera estera. Dopo tutto, se si cambia l'angolatura della votazione, si capisce che — fatto unico nel mondo — questo è il primo Paese che accetta mediante il consenso popolare di ospitare una percentuale altissima di stranieri, un sesto della popolazione locale, e se possibile di ospitarli bene.

«Un milione di stranieri vivono fra noi. Non rimane alla Svizzera che provare di voler costruire con loro un avvenire comune».

conclude «La Suisse» di Ginevra. «Ma appunto, fino a quando e come potremo rimanere in questo Paese?», si chiedeva un emigrante italiano intervistato dalla televisione dopo l'annuncio del risultato. E proseguiva: «E' bello sapere di poter rimanere, ma provvisori eravamo e provvisori restiamo. In patria come all'estero, sempre esposti alle oscillazioni della congiuntura».

Parole crude, se si vuole, ma realistiche, segno di una condizione esistenziale che va ben oltre il referendum. Non è quindi a caso che il «Corriere del Ticino» ha chiuso il suo servizio ricordando, accanto agli autori diretti dell'iniziativa, coloro che «in silenzio e impotenti hanno dovuto assistere a uno scontro dal cui esito dipendeva il loro destino: centinaia di migliaia di lavoratori stranieri».

Un doporeferendum, dunque, senza orpelli, ma dedicato piuttosto alla radiografia del «no» e agli impegni che esso comporta. Pioveva sugli svizzeri che in questi giorni hanno fatto pazientemente la coda davanti ai seggi elettorali e continua a piovere sul Paese uscito dall'incubo del referendum antistranieri. Ma ciononostante l'atmosfera si è rasserenata, il pericolo è passato e l'insidiosa quanto demagogica campagna dell'«Azione Nazionale» non ha raggiunto l'obiettivo, non ha creato le premesse per cacciare dal Paese 540 mila lavoratori

stranieri nel giro di tre anni. Se l'iniziativa fosse stata accettata, le ferrovie svizzere avrebbero dovuto organizzare un treno speciale ogni giorno per mille giorni consecutivi per rimpatriare gli espulsi. I convogli della vergogna non partiranno mai, e proprio sotto le ampie arcate della stazione centrale di Zurigo, tradizionale e malinconico ritrovo di numerosi emigranti, decine di ragazzi e ragazze di ogni nazionalità hanno improvvisato happening, si sono abbracciati, hanno ballato e intonato canzoni popolari per salutare l'esito del referendum. Fra la folla dei viaggiatori, sorridenti ma compassati, ha fatto il giro un enorme drappo bianco sul quale spiccava in nero e in tedesco uno slogan significativo: «Talvolta anche la giustizia arriva al potere».

E' stata, quella di Zurigo, una delle poche note di colore in margine al referendum. Non era il caso, d'altronde di insistere nei festeggiamenti. I problemi incalzano e attendono una risposta urgente. Tutti i giornali, indipendentemente dalla loro etichetta politica, sottolineano la bella prova di maturità civica fornita dagli elettori. Meritano un elogio soprattutto le donne che nel 1970, all'epoca del primo referendum antistranieri, non avevano ancora il diritto di voto. Valentino Oehen, che nei suoi programmi aveva inserito anche l'immagine dell'italiano a caccia di facili avventure con le svizzere, speculava sul voto femminile. La sua rozzezza si è dimostrata pari soltanto alla poca lungimiranza, in quanto le elettrici non hanno portato acqua al mulino della xenofobia.

I giornali si chiedono tuttavia se esistono ora i mezzi legali per risparmiare alla Svizzera un'al-

tra prova del genere. Come è noto, James Schwarzenbach, l'ex alleato dell'Azione nazionale, tiene nel cassetto un'altra iniziativa antistranieri corredata dal necessario numero di firme. Pur avendola munita della clausola del ritiro, resta disposto a farla votare se il Governo non prenderà le misure adatte per contenere la manodopera estera. E chissà che in un periodo di crisi questo progetto, redatto in termini vellutati, non possa venire accettato. Il Governo svizzero dal canto suo, dopo aver preso atto del risultato del referendum che pone fine a una grande incertezza si è impegnato ad applicare il programma di stabilizzazione che prevede di limitare i contingenti fino al 1980 e poi di varare un piano organico. Nel contempo, però, favorirà l'assimilazione della manodopera estera.

Dopo la votazione di ieri nulla dovrebbe impedire al consiglio federale di elaborare e applicare finalmente una politica migratoria qualitativamente accettabile. Ciò che conta tuttavia è la lezione del referendum. Gli xenofobi, anche se hanno raccolto il 34 per cento dei suffragi, hanno subito una sconfitta che non ammette attenuanti e dalla quale faranno fatica a riaversi. Benché Valentino Oehen, dimostrando di non aver digerito la batosta, annunci nuovi programmi e prometta altre battaglie, rigurgiti razzisti di questo tipo non dovrebbero più essere possibili. A condizione, però, che tutti diano prova di umanità e tolleranza, ha esclamato un giornalista di Radio Losanna, proponendo, durante la trasmissione riservata ai problemi ecumenici, di creare una Giornata dei lavoratori stranieri.

IL PROSSIMO OBIETTIVO

Ottenere la parità per gli emigrati

Il ministro Bertoldi e il sottosegretario Granelli esprimono la soddisfazione italiana per i risultati favorevoli del voto

ROMA, 21 ottobre

I risultati del referendum svizzero sui lavoratori stranieri hanno provocato generale soddisfazione in Italia. Nei commenti al voto di ieri, comunque, trova larga eco l'impegno di non lasciar cadere l'occasione di far progredire la prospettiva della parità dei diritti per i nostri emigrati. Il no degli svizzeri ai razzisti di « Azione nazionale » è « una testimonianza di civiltà e di progresso », ha detto il ministro Bertoldi. Costituisce una chiara presa di coscienza della condizione dei lavoratori stranieri e del loro apporto allo sviluppo economico della Svizzera che « faciliterà la soluzione dei problemi ancora aperti »: in particolare, « quello del più ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori italiani e delle loro famiglie, attraverso l'adozione di misure che — ha aggiunto Bertoldi — consentano un migliore inserimento degli emigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della Confederazione, assicurando ad essi l'esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche ».

In una intervista alla televisione svizzera, il sottosegretario agli Esteri Granelli ha espresso « pieno apprezzamento » per la saggezza e la lungimiranza del popolo elvetico. « La Svizzera ha confermato l'immagine di un Paese dalle frontiere aperte », ma « rimane il rischio di future prove » — ha osservato Granelli — e ciò sollecita « ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore

convivenza civile tra lavoratori di diverse origine ». Italia e Svizzera hanno, in questo settore, « reciproci doveri ». Da parte nostra, perchè i connazionali cercano all'estero il lavoro che non hanno trovato, come pure sarebbe loro diritto, in patria. Da parte della Svizzera, perchè « dai contributi dei lavoratori di altri Paesi essa ha tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità ».

3
i
à
i
o
i
i
a
a
e
1-

Le reazioni e i commenti dopo la sconfitta del gruppo xenofobo Il civile esito del referendum in Svizzera impone una seria rivalutazione del problema dei lavoratori immigrati

Ha scritto "La Suisse": "un milione di stranieri vive fra di noi: non resta alla Svizzera che provare di voler costruire con essi un avvenire comune" - I risultati del voto: il 66% degli elettori ha respinto la proposta di ridurre il numero dei lavoratori immigrati

GINEVRA, 21. — La stampa svizzera è concorde, oggi nell'affermare che il « chiaro e cosciente » rigetto dell'iniziativa contro l'infestamento costituisce una « netta disfatta » della contestazione xenofoba e prova — afferma la « Feuille d'avis de Neuchâtel » — che « la maturità politica dell'elettorato elvetico non è un mito: quando sono in gioco i valori profondi del paese prevalgono, come in questa circostanza, la tolleranza, l'umanità, il senso della misura ». Forse, afferma da parte sua « La Suisse » di Ginevra, il 20 ottobre 1974 segna la fine della paura, di una oscura galleria nella quale si trova imprigionato e

diviso il paese da lunghi anni. Il risultato di ieri segna in ogni caso l'arresto, se non la fine, di una serie di iniziative, più o meno xenofobe, che la Svizzera registra dagli anni sessanta. Il consiglio federale ha ora le mani libere per quanto concerne il più difficile dei problemi interni. Se riesce ancora a resistere alla pressione dei datori di lavoro associati ai monopoli, e a mantenere le promesse fatte di

mettere un freno all'immigrazione, nulla più gli impedisce di elaborare e applicare una politica migratoria qualitativamente accettabile.

« Un milione di stranieri vivono fra di noi: non rimane alla Svizzera che provare di voler costruire con essi un avvenire comune », conclude « La Suisse ». Nei suoi commenti la stampa svizzera non manca tuttavia di porre in rilievo la necessità di eliminare ora le insoddisfazioni e le amarezze emerse nel corso della campagna referendaria. Per « La Tribune de Geneve » è necessario curare ora le ferite, pensare anche a coloro che hanno lavorato senza sentire i benefici del benessere economico, alle regioni

più povere che costituiscono il « terzo-mondo » della Svizzera.

(Nostro servizio particolare)

BERNA, 21. — Si respira di sollievo negli ambienti governativi, industriali e sindacali della Confederazione elvetica, dopo la ripulsa da parte degli elettori dell'iniziativa costituzionale che proponeva l'allontanamento dalla Svizzera, entro il 1. gennaio 1978, di mezzo milio-

ne di lavoratori stranieri, la metà dell'attuale manodopera estera. Il 34 per cento delle persone affluite alle urne ha votato a favore del progetto, il 66 per cento si è schierato contro. Così il piano di « azione nazionale » è andato a vuoto.

Una forte maggioranza ha dunque accolto il punto di vista del governo, degli esponenti industriali, dei sindacati, dei partiti politici, dei religiosi che avevano bollato l'iniziativa, e ammonito sulle conseguenze della sua accettazione: la catastrofe economica, e l'immagine nel mondo di una Svizzera xenofoba e priva di umanità.

Ha detto Gerhard Winterberger, capo della potente Unione del commercio e dell'industria: « E' la fine di una grande incertezza. Ci sono state risparmiate enormi difficoltà.

Meno di un'ora dopo lo annuncio dei risultati finali, e della sconfitta dell'azione capeggiata da Valentin Oehen, 45 anni, maggiore della riserva e figlio di un fabbro-cante di formaggi, vi era tuttavia chi pensava già a una nuova iniziativa. James

La proposta di Schwarzenbach, oggi è capo di un nuovo piccolo raggruppamento repubblicano, porterebbe alla riduzione degli stranieri a un ottavo della popolazione elvetica nel giro di dieci anni.

Schwarzenbach, che aveva guidato quattro anni fa il primo sforzo, anch'esso caduto nel vuoto, per l'allontanamento degli stranieri ha manifestato soddisfazione per il risultato, ma ha detto che non significa approvazione della politica governativa.

Schwarzenbach era un tempo a capo dell'« Azione nazionale » il minuscolo partito che ha lanciato il referendum raccogliendo le 50 mila firme necessarie. A suo avviso la proposta di Oehen era « inumana ed economicamente suicida », e per questo se ne è disassociato. Ma ha detto che non ritirerà la proposta presentata in marzo per la riduzione della popolazione straniera, fintanto che il governo non avrà preso misure convincenti per la riduzione del numero dei forestieri.

Attualmente gli stranieri in Svizzera sono circa 1.100.000 su una popolazione totale di 6.400.000. Secondo l'« Azione nazionale » era necessario dimezzare il numero degli stranieri (con riduzioni varie a seconda del tipo di lavoratore: residente, stagionale, frontaliero) in quanto il paese stava diventando troppo affollato e industrializzato e stava assistendo al fenomeno di stranieri che non si integravano nella società svizzera, e toglievano posti di lavoro e di abitazione a gente del luogo.

Ernst Brugger, il presidente della Confederazione, ha detto che il risultato delle votazioni (1.689.870 « no » e 878.759 « si ») è rincuorante, e che ha rimesso una paralizzante incertezza. « La maggioranza del popolo elvetico », ha detto Brugger « ha preso la decisione giusta su una questione complessa sia dal punto di vista economico sia dal punto di vista della politica estera ».

Il presidente ha tuttavia aggiunto che i quasi novecentomila voti a favore del progetto hanno mostrato che si deve continuare a trattare il problema dei lavoratori stranieri con serietà e attenzione.

J. a. C.

GINEVRA, 21. — Il popolo svizzero, chiamato alle urne per pronunciarsi sull'iniziativa «antistranieri» che prendeva l'allontanamento di oltre 500 mila stranieri nel giro di tre anni, ha risposto favorevolmente agli appelli delle autorità, dei partiti politici e delle associazioni professionali e religiose, respingendo con 1.689.870 voti contro 878.739 il progetto sottoposto alla sua approvazione dall'Azione nazionale. La percentuale dei votanti è stata relativamente alta (di circa il 70%), la più alta comunque registrata in numerosi cantoni in rapporto a precedenti «referendum» popolari. La punta massima della partecipazione è stata raggiunta da Sciaffusa (84%), Zug (77 per cento), Soletta (75), Zurigo e Turgovia (74), Ticino (72 per cento).

Contro l'iniziativa hanno

votato tutti i 22 cantoni che formano la Confederazione elvetica, anche quelli che nel 1970, per la precedente iniziativa contro l'inforestieramento (chiamato più comunemente iniziativa Schwarzenbach dal nome del suo promotore), avevano dato il loro voto favorevole. Si tratta dei cantoni di Svitto, Uri, Lucerna, Berna, Underwald, Soletta e Friburgo.

Sono stati gli elettori del cantone di Ginevra ad esprimersi con la più larga maggioranza (76%) contro l'iniziativa, seguiti da vicino da quelli del Ticino (75 per cento), Neuchatel (74), Vaud e Grigioni (73), Vallese e Sciaffusa (71), Turgovia (70). Le più alte percentuali di votanti in favore dell'iniziativa sono state registrate nei cantoni di Uri (44%), Basilea-Città (41) e Soletta (40).

La campagna in favore e contro l'iniziativa è stata — come si ricorderà — particolarmente aspra ed ha assunto in alcuni momenti toni del tutto in contrasto con il tradizionale contegno e la proverbiale calma degli Svizzeri. Il governo, le autorità cantonali, i sindacati, i partiti politici (fatta eccezione per qualche corrente locale), le associazioni professionali, patriottiche e culturali, nonché la stampa, si sono uniti per lottare contro l'iniziativa, facendo appello al buon senso della popolazione, battendosi costantemente contro talune tendenze xenofobe che emergevano con lo svilupparsi della campagna elettorale in alcuni strati della popolazione.

L'Azione nazionale si è trovata sola a difendere l'iniziativa in questa battaglia, nella quale non sono stati risparmiati sforzi e sono stati impiegati considerevoli mezzi. Facendo campagna su alcuni problemi ai quali è particolarmente sensibile una parte dell'elettorato, l'Azione nazionale ha promesso ai suoi sostenitori «la Svizzera per gli svizzeri». «Respireremo meglio», prometteva il presidente dell'Azione nazionale Valentin Oechen, offrendo l'immagine di una Svizzera ecologicamente salvata dall'inquinamento, dall'asfissia del cemento che divora le campagne, situazione della quale si dà generalmente la colpa agli stranieri, responsabili anche di affollare le strade, di occupare postiletto negli ospedali, alloggi destinati agli svizzeri, eccetera.

Ma la battaglia elettorale, secondo quanto hanno fatto notare numerosi commentatori svizzeri, ha anche rivelato l'esistenza di insoddisfazioni politiche e rancori tradizionali di uno strato della popolazione contro le autorità costituite, contro gli industriali e l'alta finanza, considerati responsabili dell'attuale inforestieramento del paese, ma anche della ineguale suddivisione del benessere, mentre si fanno strada paure nuove, quali la recessione, la disoccupazione, la inflazione.

A A

) VII

del

Dopo la vittoria antixenofoba
in Svizzera

I problemi ancora aperti

I lavoratori stranieri (italiani, spagnoli, slavi, greci ecc.) resteranno dunque in Svizzera a lavorare senza dover temere rimpatrii forzati. Lo hanno deciso gli stessi svizzeri respingendo (con un rapporto di 66 a 34) la proposta di « Action Nationale » tendente a defalcarne mezzo milione e che, su questa proposta, era riuscita a raccogliere firme sufficienti ad indire un referendum popolare.

A caldo, un giornale di Natchatel (il « Feuille d'avis ») ha scritto: « la maturità politica dello elettorato elvetico non è un mito: quando sono in gioco i valori profondi del paese, come in questa circostanza, prevalgono la tolleranza, l'umanità e il senso della misura ». E' un'affermazione che si può quietamente sottoscrivere, anche se « a posteriori ». Alla vigilia c'erano solo molta incertezza, molte paure, molti dubbi. Il voto ne ha fatto giustizia sommaria ed è giusto che si dia alla Svizzera quello che le appartiene per serietà, maturità, coraggio civile.

L'esito del referendum, però, non deve indurre nessuno a sottovalutare i problemi o, peggio ancora, a considerarli risolti.

Il referendum non è una panacea. Esso ha registrato una situazione di fatto e, di conseguenza, mostrato i termini effettivi in cui un paese avverte un problema. Sono termini che però (al di là della soddisfazione) parlano con sé strascichi penosi. Il referendum è stato condotto all'insegna della più scatenata contrapposizione. Ciò, in un paese non certo vasto per dimensioni e per numero di abitanti, ha creato un clima di tensione, di reciproco sospetto e ha avvelenato l'atmosfera politica e sociale. Gli sconfitti hanno preso male la sconfitta e poiché è di circa un milione il numero di essi, si capisce benissimo come questo finisca per presentare un conto in termini di radicalizzazione di posizioni e magari di iniziative disperate. Non a caso la « Tribune de Geneve » ha scritto a chiare lettere che adesso « è necessario curare le ferite ».

Oltre a ciò il problema degli immigrati è stato « fotografato » dal referendum ma non certo risolto. La soluzione sta infatti a monte dello stesso referendum; sta in leggi che permettano una migliore distribuzione della manodopera, sta in leggi che impediscano lo sfruttamento della manodopera straniera (come è noto tra i più accaniti

antixenofobi vi sono industriali che premono per una ulteriore liberalizzazione dell'ingresso di operai a basso costo), sta insomma in un complesso di situazioni economiche e sociali che hanno fatto sì che il lavoro straniero finisse per diventare non tanto una forma integrata dell'economia svizzera quanto una forma d'uso dell'economia svizzera, come sottolineano oggi gli stessi commentatori elvetici.

In questo contesto, con gli stranieri considerati solo come « utensili da lavoro », è chiaro che si è finito per creare il terreno più favorevole alla situazione che ha portato al referendum: si sono avuti quindi mancata integrazione (non a livello politico, ovviamente, ma a livello umano e sociale), ghetti, sfiducia, sospetti. Si sono create cioè quelle condizioni che sono il prologo naturale ad ogni campagna volta a isolare, prima, e cacciare poi « il diverso ». Come ha scritto il « Journal de Geneve », « è necessario che gli ambienti politici, economici e professionali accettino la sfida dei nazionalisti, utilizzando lo shock dell'avvenimento (cioè la bocciatura della proposta di ridurre il numero degli immigrati, n.d.r.) per una rigenerazione in profondità della fiducia e della solidarietà nazionale, mentre il governo, forte della unanimità ottenuta, dovrà proseguire la sua politica di stabilizzazione della popolazione straniera, senza debolezze ma senza tensione eccessiva ».

Se ciò avverrà o meno, solo il futuro potrà dirlo. Quello che fin da ora si può dire è che nessun paese al mondo, nemmeno la

Svizzera (e lo ha dimostrato), può oggi fingere di non conoscere quella che è la grave crisi economica che si è abbattuta sull'occidente con i suoi riflessi sull'occupazione, sui livelli salariali, sul costo della vita. Così come nessuno può ignorare che le tensioni sociali oggi finiscono inevitabilmente per avere una risonanza che travalica le più munite muraglie. Aver accettato, in questo contesto, la immagine di « far parten » di un occidente travagliato da mille drammi (anche se magari avvenire qualcuno in meno) fa della confederazione un punto di riferimento; anche se, per il momento, solo sotto il profilo morale.

Giulio di Genova

La Svizzera non ha ceduto al ricatto xenofobo

I due terzi dei votanti hanno detto «no» alla cacciata di 540 mila stranieri — A Ginevra, dove nel '70 Schwarzenbach ottenne la maggioranza assoluta, hanno votato contro il 76% degli elettori — Dichiarazioni dei compagni Bertoldi, Tempestini e Fabretti

Il risultato elettorale, e questo — dopo le apprensioni, i commenti, le polemiche della vigilia — va detto con estrema chiarezza, torna ad onore e rende giustizia alla solida tradizione democratica della

I due terzi degli elettori elvetic hanno detto «no» alla proposta di Valentin Oehen di «tradurre» ai rispettivi paesi d'origine, nell'arco di tre anni, circa 540 mila stranieri. Per l'esattezza i contrari alla terza iniziativa xenofoba (le prime due portano entrambe la «firma» di Schwarzenbach) sono risultati un milione e 680 mila; i favorevoli 879 mila. La maggioranza del «no», dunque, è schiacciante sia a livello di voti, che a livello di cantoni (come si ricorderà, la iniziativa per essere approvata, doveva ottenere la duplice maggioranza degli elettori e dei cantoni), in

nessuno dei quali Oehen è riuscito a sfondare. I «sì» hanno raggiunto la loro punta massima nel cantone di Uri con il 44 per cento dei voti; per contro i «no» hanno strarinto nel cantone di Ginevra e nel Ticino, rispettivamente con il 76 e 75 per cento. (Nel 70 Schwarzenbach a Ginevra ottenne la maggioranza assoluta con oltre il 53 per cento).

Non sono mancate esplosioni di gioia. A Zurigo, dopo la proclamazione dei risultati lavoratori italiani e svizzeri si sono riversati per le strade fraternizzando e ballando al suono delle fisarmoniche.

La clamorosa sconfitta dei razzisti svizzeri, ridotti, per fortuna, a una minoranza sempre più esigua, è stata ampiamente e positivamente commentata in Italia, come altrove. Il compagno Bertoldi, ministro del Lavoro, ha detto

che «la risposta che il popolo svizzero ha dato alle forze oltremontane che volevano la cacciata in massa dei lavoratori da un paese al cui sviluppo essi hanno contribuito in maniera fondamentale, costituisce una testimonianza di civiltà e di progresso. Mentre ci rallegriamo per la sconfitta dello schieramento xenofobo e razzista, rappresentato dal partito di destra «azione nazionale», crediamo doveroso ribadire l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in Svizzera. Siamo certi — ha conti-

attraverso l'adozione di misure che consentano un migliore inserimento degli immigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della confederazione, assicurando ad essi l'esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche».

A sua volta il compagno Tempestini, responsabile della sezione emigrazione della direzione del Partito ha rilevato che «il referendum» ha fatto giustiziare la proposta di «trifida di xenofobia e di razzismo da trascurare completamente i contraccolpi di natura economica che sarebbero derivati all'apparato produttivo elvetico proprio nel caso di approvazione della proposta medesima.

«Era quindi prevedibile il rigetto di un DDL che aveva contro non solo le forze progressiste della confederazione ma anche larghi settori moderati che non hanno «però la testa», ma hanno soprattutto badato, è loro tradizione, a far «quadrare i conti». Ma è proprio per questo che non si tratta di indultare ad un facile ottimismo perché i problemi della nostra emigrazione in Svizzera restano drammatici.

«Si tratta di sapere ora che uso le forze democratiche della confederazione intendono fare del risultato positivo avendo consapevolezza che i conservatori ed i reattori rischiano nonostante la sconfitta di raggiungere ugualmente l'obiettivo reale che si sono prefissi, quello cioè di non far andare avanti il processo per l'integrazione e per la parità dei diritti della nostra emigrazione: obiettivo che rischiano di ottenere, paralizzando a suon di referendum il dibattito su questi temi e che tenteranno di concretizzare con il nuovo progetto Schwarzenbach, il cui obiettivo non è la pura e semplice espulsione dei lavoratori stranieri quanto la trasformazione del lavoratore straniero in una vera e propria manovalanza bruta ingaggiata a termine, priva di diritti e di prospettive di inserimento».

Per queste ragioni, secondo Tempestini è necessario aspettando dal risultato positivo di ieri, far emergere con chiarezza una linea progressista e democratica chiaramente alternativa che impegni le forze politiche e sindacali svizzere e le forze democratiche italiane che operano nell'emigrazione che fatto salvo il principio della stabilizzazione della mano d'opera faccia avanzare concretamente la prospettiva della parità piena ed assoluta di diritti tra lavoratori svizzeri e lavoratori emigrati.

Avanti!

di

Roma

del

22-X

Ritaglio dal

« Il PSI in stretto collegamento con il Partito socialista svizzero e con la confederazione sindacale, svizzera, non da oggi è su questa linea, le forze democratiche svizzere dovranno al più presto tradurla in opportune iniziative legislative che pongano la parola fine alla tattica dei referendum e facciano prendere compiutamente atto al popolo svizzero che l'emigrazione non può essere considerata solo uno strumento economico ma che è anzitutto una realtà sociale e civile di cui è necessario tenere conto ».

Per il compagno Giuseppe Fabretti, segretario della Federazione del PSI in Svizzera « i dati scaturiti dalla votazione popolare si commentano da soli. Anche i più ottimisti sono rimasti certamente e positivamente sorpresi. La valanga di no che ha travolto i crociati dell'« Azione nazionale » sono certamente la dimostrazione più eloquente che oggi non sono più proponibili alternative di ispirazione medioevale e che non è più possibile far leva sulla emotività e sull'irrazionalità per dividere la classe lavoratrice portando così indietro la ruota della storia. E' una chiara risposta di sostegno alla politica che coerentemente viene da anni perseguita sia dal Partito socialista svizzero che dall'Unione socialista svizzera volta a risolvere

sul piano umano e sociale il problema della presenza dei lavoratori esteri in questo paese.

« Ora che gli iniziatori hanno avuto la lezione che si meritavano — ha continuato il compagno Fabretti — sarà per loro difficile perfino rimettere assieme i cocci rimasti con i quali intendevano portare avanti un ben preciso disegno politico. Perché sono convinto che la questione degli stranieri era solo uno degli aspetti della loro politica globale.

« Infatti non bisogna andare molto lontano nel tempo per ricercare e trovare la collusione di questi con gli interessi della grande borghesia e del capitale nazionale e internazionale, quando si è trattato di votare al Consiglio nazionale l'iniziativa sindacale sulla partecipazione.

Ora — ha concluso Fabretti — che una battaglia è stata vinta, che la percentuale scaturita dalle urne ridimensionerà certamente le velleità di Schwarzenbach e compagni in cerca di consensi elettorali sulle spalle dei lavoratori, rimane pur sempre la lotta comune dei lavoratori indipendentemente dalla loro nazionalità, per rintuzzare gli attacchi e sconfiggere i tentativi di divisione in modo da progredire assieme sul piano economico e sociale per contare di più nella fabbrica, sul cantiere e nella società, per essere protagonisti della moderna civiltà ».

Un giudizio francamente positivo sull'esito del referendum anti-stranieri è stato espresso dal sottosegretario agli Esteri, Luigi Granelli. Parlando alla televisione svizzera, ha ricordato che il governo italiano « si è astenuto dall'intervenire pubblicamente, ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista ». Il sottosegretario agli Esteri ha poi detto che « la Svizzera ha confermato l'immagine di un Paese dalle frontiere aperte » ma che « rimane il rischio di future prove », il che sollecita « ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile tra lavoratori di diversa origine ».

Si tratta, secondo Granelli, di « doveri reciproci ». Da parte italiana perché i nostri connazionali cercano lavoro all'estero « perché non hanno trovato, come era loro diritto, un'occupazione in patria ». Da parte svizzera perché « dai contributi dei lavoratori di altri paesi essi hanno tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità ». Per questo occorre mettersi attorno a un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione bilaterale in materia di sicurezza sociale, di alloggi, di formazione professionale e scolastica per i lavoratori emigranti e per le loro famiglie. Granelli ha concluso sottolineando che l'Italia in occasione della prossima conferenza nazionale dell'emigrazione che avrà luogo a Roma in dicembre aumenterà i suoi interventi a sostegno dei lavoratori italiani all'estero; si insisterà inoltre sul piano bilaterale per la convocazione della commissione mista italo-svizzera per l'attuazione degli accordi più urgenti

Per finire, una nota di cronaca. Ai commenti unanimemente positivi e misurati della stampa elvetica, fa riscontro il disappunto del capo degli xenofobi Valentin Oehen per la cocente sconfitta. Un disappunto che Oehen, un esperto e affermato commerciante di formaggi, ha voluto vistosamente e un po' grottescamente sottolineare (era sicuro di vincere: « Pensavo — ha detto — che i "si" raggiungeranno il 52 per cento ») vestendosi a lutto con cravatta e abito nero. La sconfitta, tuttavia, pare non abbia definitivamente domato la sua velleità xenofoba: infatti ha annunciato che continuerà la sua « lotta ». Pare abbia già depositato altri due referendum, uno dei quali per la limitazione delle naturalizzazioni annue.

Cacciare gli stranieri dalla patria di Guglielmo Tell è proprio il chiodo fisso di Valentin Oehen. Oltre che esperto di formaggi, dice di essere un « profondo conoscitore della ecologia ». Per lui gli italiani, gli spagnoli, i turchi, gli slavi, ecc. inquinano la « razza svizzera ». La lezione di questi giorni non gli è bastata. Ci riproverà.

Norme più favorevoli agli stranieri auspiccate dai giornali in Svizzera

Si rileva come le condizioni dei lavoratori provenienti dall'estero siano svantaggiose - Gli «stagionali» tali solo per non far durare i contratti in modo da evitare la maturazione di diritti - Facilitazioni per l'integrazione e la cittadinanza in Svizzera, con quel senso di solidarietà che lega sempre i nostri connazionali quando si trovano all'estero, non ha trattenuto la gioia per questa vittoria.

NOSTRO SERVIZIO PARTICOLARE

Ginevra, 21 ottobre. Generale è quasi la soddisfazione per l'esito del referendum di ieri, sia tra i lavoratori stranieri — e in primo luogo tra gli italiani, i più numerosi della categoria! — sia tra gli svizzeri, con esclusione bene inteso dei partigiani del movimento xenofobo, che per il momento dopo la mazzata di domenica sera, stentano a sollevare la festa. Agli xenofobi non è rimasta stavolta neppure la consolazione di poter dire, come quattro anni or sono in occasione del precedente referendum per la riduzione dei lavoratori stranieri, che la loro è una sconfitta onorevole, così da costituire comunque un avvertimento solenne per indurre il governo federale ad imprimere un diverso, più duro corso ad una politica nei confronti degli stranieri considerata finora troppo liberale.

E', naturalmente inutile sottolineare i motivi per cui gli italiani residenti in territorio elvetico hanno salutato con entusiasmo la vanga di «no» sotto la quale il popolo svizzero ha sepellito il progetto degli xenofobi. Per trecentomila lavoratori italiani è stata la fine di un incubo, e spento il terrore di dover abbandonare il territorio svizzero ed il posto di lavoro, l'intera comunità degli italiani

Ma anche per quanto riguarda direttamente quelli che hanno partecipato al voto, cioè gli svizzeri, si deve rilevare come il loro sentimento di soddisfazione per questa vittoria del buon senso si basi soprattutto sulla constatazione che i due terzi degli elettori elvetici, rifiutandosi di prestar fede a chi predicava loro il più greto isolazionismo e con esso l'avversione per gli stranieri, hanno compreso le supreme esigenze della solidarietà internazionale.

E' stato «il plebiscito della coesistenza» tale il commento di G. H. Martin direttore del più diffuso quotidiano di Ginevra, la Tribune. Il concetto implicito in queste parole appare, nel caso appunto di Ginevra, particolarmente giusto: Ginevra, infatti, è non solo in testa a tutti gli altri centri elvetici per il carattere massiccio del suo voto, 76.16 per cento di «no», ma ha altresì la caratteristica della più massiccia concentrazione di popolazione straniera: come dire, ed è la constatazione fatta anche altrove, che la vita a contatto diretto con gli stranieri, facilitando la reciproca conoscenza, ha avuto il benefico risultato di disper-

dere ogni pregiudizio ed ogni sentimento di xenofobia. Sempre ispirandosi al concetto della solidarietà, altri commentatori, e non solo di Ginevra, si sforzano di trarre un più profondo significato dallo scrutinio di ieri. E' tempo, essi dicono, che la Svizzera si preoccupi più attivamente del «quarto mondo elvetico».

E' per esso non sono soltanto da intendersi le ragioni più diseredate della Confederazione elvetica, situate in montagna ed in taluni casi prive della contropartita del turismo, «una alpestre e soprattutto i lavoratori stranieri, che spesso non hanno il vantaggio di un adeguato compenso per la loro opera: intendendosi per compenso non solo il salario, ma la sicurezza del posto, l'altaggio, la possibilità di aver seco i congiunti, eccetera».

E' questo un accenno esplicito alla spinosa questione degli stagionali: riaffiora sintomaticamente sotto la penna di molti commentatori, in particolare su La Suisse. Questo giornale si sofferma sul carattere puramente simbolico della definizione di stagionali, in quanto si tratta, nella maggior parte dei casi, di elementi che lavorano per undici mesi all'anno e che sono rimpatriati in Italia, soltanto

per il tempo necessario all'esigenza di non far durare il contratto per tutto l'anno, il che comporterebbe per essi la maturazione del diritto di essere trasferiti in una categoria più favorita.

Un altro problema di cui i commentatori svizzeri, nell'euforia di questa giornata, auspicano a gran voce una rapida soluzione, è quello di maggiori facilitazioni per attuare una vera integrazione. Dei lavoratori quasi residenti, comprese quelle relative alle pratiche per l'ottenimento della cittadinanza elvetica.

GUIDO TONELLA

Ministero degli Affari Esteri

LE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

A STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

IL TEMPO di Roma del 22-X-74

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Messaggero

di

Rome

del

77-X-3

DOPO IL « NO » ALLA CACCIATA DEGLI IMMIGRATI

Ritorna l'immagine di una Svizzera civile

« Il risultato delle votazioni è stato rincuorante » ha detto il Presidente elvetico

NOSTRO SERVIZIO

BERNA, 21 ottobre — Negli ambienti governativi, industriali e sindacali della Confederazione Elvetica si è tirato un sospiro di sollievo: gli elettori hanno detto « no » all'iniziativa costituzionale, che proponeva l'allontanamento dalla Svizzera di oltre un mezzo milione di lavoratori italiani. Il 34 per cento delle persone affluite alle urne ha votato a favore del progetto, il 66 per cento si è schierato contro. Così il piano di « azione nazionale » è andato a vuoto. E' prevalso dunque il buonsenso e con il buonsenso è stato fugato lo spettro della catastrofe economica. Si è anche dileguata l'immagine nel mondo di una Svizzera xenofoba e priva di umanità. Ha detto Gerhard Winterberger, capo della potente unione del commercio e dell'industria: « E' la fine di una grande incertezza. Ci sono state risparmiate enormi difficoltà, e si è evitata anche una notevole sofferenza umana ».

Meno di un'ora dopo l'annuncio dei risultati finali, e della sconfitta del promotore del referendum, Valentin Oehen, 43 anni, si è affacciato alla ribalta un altro xenofobo: James Schwarzenbach, che aveva guidato quattro anni fa il primo tentativo anch'esso caduto nel vuoto, per l'allontanamento degli stranieri dalla Svizzera. Ha fatto capire che seguiranno altre iniziative per sensibilizzare in modo più incisivo gli elvetici sul problema dell'immigrazione. Pertanto non ritirerà la proposta presentata in marzo per la riduzione della popolazione straniera, fintantoché il governo non avrà adottato misure convincenti per la riduzione del numero dei forestieri. La proposta di Schwarzenbach, oggi a capo di un piccolo raggruppamento repubblicano, porterebbe alla riduzione degli stranieri a un ottavo della popolazione elvetica nel giro di dieci anni. Iniziativa xenofoba a parte, i consensi al rigetto del-

la proposta Oehen sono state pressoché unanimi.

Ernst Brugger, il presidente della Confederazione ha detto che il risultato delle votazioni è rincuorante, in quanto ha rimosso una paralizzante incertezza. « La maggioranza del popolo elvetico » ha detto Brugger « ha preso la decisione giusta su una questione complessa sia dal punto di vista economico che dal punto di vista della politica estera ».

Il presidente ha tuttavia aggiunto che i quasi novecentomila voti a favore del progetto hanno mostrato che si deve continuare a trattare il problema dei lavoratori stranieri con serietà e attenzione. Il governo continuerà la sua politica di stabilizzazione della popolazione estera residente, nel giro dei prossimi anni, e poi darà avvio a una moderata e organica riduzione del loro numero.

Attualmente gli stranieri in Svizzera sono circa 1.100.000 su una popolazione totale di 6.400.000. Secondo Oehen era necessario dimezzare il numero degli stranieri (con riduzioni varie a seconda del tipo di lavoratore: residente, stagionale, frontaliero) in quanto il paese stava diventando troppo affollato e industrializzato e stava assistendo al fenomeno di stranieri che non si integravano nella società svizzera, e toglievano posti di lavoro e di abitazione ai lavoratori locali.

Su questo tasto dell'« info-orestieramento » Valentin Oehen, Georges Breny e gli altri esponenti della iniziativa hanno insistito nella loro campa-

gna. Hanno replicato con tutta una serie di argomentazioni economiche, politiche, umanitarie gli avversari dell'iniziativa, guidati dal ticinese on. Nello Celio. Una scritta sul fianco della chiesa del Sacro Cuore a Ginevra proclamava: « Jesus aussi était étranger », anche Gesù era straniero.

Per concludere, una stupefacente « giustificazione ». Oehen ha detto che una dichiarazione del presidente dell'Uganda

Amin ha influito sull'esito del referendum. Ma — ha aggiunto il leader xenofobo — « deve essere stata una mistificazione » e ha aggiunto: « forse attuata da uno dei nostri avversari ». Venerdì scorso Amin parlando da Radio Uganda aveva approvato l'iniziativa contro i lavoratori stranieri, definendoli « agenti dell'imperialismo capitalistico ».

G. B.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Espresso

di *Roma*

del *22-X-54*

Spediti e abbandonati

di **Ezio Pasero**

Nurigo, 21 ottobre
 nelle baracche di Zurigo non c'era tanto entusiasmo, ieri sera. Un intervistatore del telegiornale svizzero cercava di raccogliere le prime reazioni a caldo dei nostri emigrati sull'esito del referendum anti-stranieri di Valentin Oehen. Una bella vittoria, no? Siete contenti? No, gli italiani delle baracche non sembravano tanto contenti. Forse perché è difficile sentirsi allegri quando l'unico diritto è quello di vivere come animali ai margini della città, con il divieto di affittare una casa, di sposarsi, di farsi ragazzi, di giungere dalla moglie e dai figli, alla mercé di un pazzo che ti spiega, alla televisione e in parlamento, che gli stranieri sono pericolosi, bisogna buttarli fuori perché « inquinano » l'ambiente.

« E' andata bene, non ci mandano via », diceva ieri sera un anziano ospite delle baracche, che neppure i colori artificiali della televisione riuscivano a rendere meno squallide: « Ma il problema è un altro: è quello del nostro governo che ci ha buttati in mezzo a una strada come pecore vendute, che si ricorda di noi solo quando ci sono le elezioni ».

Il problema vero, il più importante, è quello di una totale mancanza di assistenza da parte di chi dovrebbe occuparsi dei nostri emigrati. Risolto questo, sarebbe persino più facile affrontare con maggiore serenità i problemi emersi ancor più vivacemente nei giorni che hanno preceduto il referendum: i preconcetti, le ostilità, la xenofobia, il razzismo.

Esiste il razzismo, ancora oggi, in Svizzera? Certo, ad alcuni livelli esiste ancora, non c'è altro modo di definirlo. E' il razzismo dei ceti più agiati, quelli per i quali l'italiano — l'italiano senza soldi, beninteso — è il mezzo sgradevole ma inevitabile per rimediare all'abolizione della schiavitù: due braccia a buon mercato per i lavori più umili, più pesanti, più pericolosi. Due braccia volenterose, in genere: peccato che qualche volta pretendano di avere anche una testa, un cervello, un cuore. Fanno anche dei figli, gli stranieri, quando riescono ad ottenere il permesso di soggiornare e di sposarsi. E i figli non stanno nelle baracche e nelle fabbriche, vanno a scuola: è inammissibile, per certi sviz-

zeri, che sugli stessi banchi dei loro rampolli siedano piccoli « terroni », piccoli spagnoli, « perfino dei turchi ».

Sono commenti che si sentono fare, talvolta, in un tedesco che non è riuscito a perdere la cantilena veneta, l'accento lombardo, la cadenza ligure o piemontese. Gli « ex italiani », quelli partiti da casa trenta o quaranta anni fa con la valigia di pelle anziché di cartone, sono diventati più realisti del re: con la buona posizione e la rispettabilità hanno acquistato anche la mentalità gretta e ottusa di un ambiente nel quale si sono inseriti con tutte le loro forze, fino a guardare con disprezzo il luogo di nascita segna-

to sul passaporto. Ce n'è uno, a Zurigo, che ha fatto soldi vendendo frutta e verdura: moltiplica la sua fortuna, adesso, sfruttando giovani spagnoli, immigrati italiani, studentesse giapponesi che devono pagarsi il soggiorno e gli studi. Li sfrutta e li disprezza: rovinano la Svizzera, dice, inquinano il « suo paese ».

Ma non sarebbe onesto non riconoscere che il razzismo, a questi livelli, rappresenta solo un fenomeno estremamente limitato. E' piuttosto dai ceti impiegatizi e operai che proviene il pericolo, grave e sempre più concreto, che una delle tante « iniziative contro l'infioresciamento » venga prima o poi approvata con un re-

ferendum. « Io ho votato "no" alla proposta di Oehen perché sono socialista e ritengo che il problema vada affrontato diversamente, senza buttar fuori nessuno », dice un giovane magistrato di Zurigo, svizzero-tedesco nonostante il nome, Marco Mona; « ma che la presenza e l'afflusso degli stranieri debbano essere regolamentati è comunque un fatto innegabile. Si parla tanto di sentimenti xenofobi: esistono e a volte sono profondi,

è vero, ma non hanno le loro radici nel razzismo. Il fatto è un altro: la Svizzera, soprattutto l'industria svizzera, è arrivata in ritardo all'appuntamento con l'automazione. L'imprenditore non può fare a meno della ma-

nodopera e la manodopera svizzera, numericamente insufficiente, godeva quasi di una situazione di privilegio. Poi sono arrivati gli stranieri: pagati molto meno, all'inizio, impiegati ai livelli più bassi dei processi produttivi. Adesso le cose sono cambiate: al padrone non interessa se l'operaio è svizzero o italiano: al posto di maggiore responsabilità mette quello che rende di più; tanto meglio se è straniero, anzi, perché gli costa meno in retribuzione e contributi.

« Nascono di qui — prosegue il magistrato di Zurigo — i sentimenti xenofobi, che sono più semplicemente astio e rabbia. Poi si rafforzano fuori della fabbrica e degli uffici, per una

serie di motivi connessi all'immigrazione massiccia: la « fame » di alloggi fa lievitare il costo degli affitti, una maggiore quantità di denaro in circolazione fa aumentare il costo della vita, l'abbondanza di manodopera toglie all'operaio svizzero parte della sua forza contrattuale. Insomma, gli stranieri indispensabili all'economia svizzera hanno inevitabilmente un prezzo, che si riversa proprio sulle classi meno agiate ».

Sono problemi veri, quelli che riferisce il procuratore pubblico di Zurigo. In più ce ne sono altri, che lui non sottolinea, ma che del resto sono scontati: lo scontro di mentalità spesso opposte, la difficile integrazione di tra-

dizioni e modi di vita estremamente diversi, una barriera linguistica che rafforza le incomprensioni. Problemi scontati, ma non insuperabili se ci fossero la buona volontà e la collaborazione di chi di questi problemi ha il dovere di occuparsi. E' soprattutto a questo proposito che gli italiani in Svizzera accusano le nostre autorità di inefficienza e di disinteresse.

C'è un esempio illuminante, in questo senso, che sarebbe grottesco se non fosse tragico. E' quello dell'Enaip, l'Ente Nazionale Acli Istruzione Professionale, che a Zurigo è nato nel 1964 e che avrebbe dovuto prosperare con i finanziamenti del ministero degli Esteri. Adesso

non vive, vegeta: si pagano 186 mila franchi all'anno di affitto per i locali e le officine, più gli stipendi di sei insegnanti fatti venire appositamente dall'Italia. Ma a scuola non ci va nessuno: i 400 allievi e gli insegnanti volontari hanno aderito tutti alla scuola alternativa creata da Luciano Persico, l'ex direttore dell'Enaip di Zurigo, quando l'hanno costretto ad andarsene. Persico era arrivato in Svizzera nel '60: aveva fatto sette anni di fabbrica, mentre studiava all'università, poi tre in un istituto per bambini epilettici; e quando gli hanno affidato il centro, nel '70, con l'incarico di renderlo finalmente funzionale, lui ha fatto le cose sul serio: troppo sul serio, anzi, instaurando un sistema di cogestione con gli operai che a Roma, proprio, non andava giù. Forse per questo i fondi del ministero sono diminuiti e rallentati, fino a scomparire del tutto.

Dopo tante richieste rimaste lettera morta, finalmente sono arrivati, nel gennaio scorso, il direttore generale dell'Enaip Valentini e il vicepresidente delle Acli Sala, per vedere cosa mai avevano da gridare tanto questi emigrati. Forse si aspettavano un'accoglienza ossequiosa, un dibattito formale seduti attorno ad un tavolo. Invece li hanno fatti sedere sui gradini, nel bel mezzo di un'assemblea, e li hanno presi a torte in faccia. Risultato, è stato chiesto a Persico di lasciare l'incarico.

DEI
Lui se n'è andato, e con lui se n'è andata tutta la scuola. Ne hanno messa in piedi un'altra che funziona sul serio, che insegna un mestiere e una lingua agli operai. Il tutto, con i soldi e la collaborazione degli svizzeri. Per quanto riguarda il nostro ministero degli Esteri, è come se non esistessero neppure.

Così gli italiani, qui, continuano ad arrangiarsi da soli e non si stupiscono più di niente. Non si stupiscono neppure quando, tre giorni prima del referendum che stava per decidere la sorte di trecentomila nostri connazionali, la Farnesina ha continuato a lavarsene le mani. Lo ha scritto venerdì scorso « La Suisse » di Ginevra, che ha chiesto una dichiarazione al Sottosegretario all'immigrazione Luigi Granelli. « La consultazione del 20 ottobre? », ha risposto. « E' prematuro parlarne. Voi capite che noi rispettiamo la sovranità del popolo svizzero ».

DELL'UFFICIO VII

del

Ritaglio d.

DOPO IL VOTO SUL REFERENDUM

Italiani e svizzeri

Lugano, 21 ottobre.

E ora che gli svizzeri hanno fatto il loro « dovere », tocca anche agli italiani fare il loro; per essere più precisi, tocca al governo italiano fare il suo. Cioè preparare meglio gli emigranti, e non permettere che vadano all'estero in condizioni di inferiorità e, senza saperlo, essere causa di antipatia per tutti gli italiani.

Gli svizzeri hanno votato per due terzi dei votanti, contro un provvedimento sbrigativo come una operazione chirurgica urgente, e promosso da una sola parte, la meno rispettabile, del nazionalismo e razzismo tedesco locale. Che abbiano votato per umanità, per cristianesimo, per interesse, per causa dei trattati internazionali, per simpatie personali, per obbligo di partito, o perchè figli e nipoti di emigrati naturalizzati, poco importa. Hanno votato in modo tale che anche la prossima espulsione, quella proposta da Schwarzenbach che, molto più sottile e avveduta, vuol scacciare buona parte degli stranieri ma in dieci anni, sarà respinta sia pure con un minor numero di voti contrari.

Resta il fatto che c'è un buon numero di svizzeri che non sono hitleriani, che non sono analfabeti, che riconoscono i meriti di molti lavoratori stranieri, e particolarmente degli italiani, ma hanno a noia un certo numero di italiani che non si presentano bene che non si conformano alle consuetudini del paese, che — bisogna dirlo — sono dei « barbari » in confronto alla media svizzera. La parola « barbaro » in latino vuol dire gente che non parla la lingua del paese. Ovidio, cacciato in esilio dall'imperatore Augusto nella Scizia, si riconosceva « barbaro » perchè non riusciva a capire

quello che gli abitanti dicevano. *Barbarus ego sum, quia non intelligor ulli.* Ora gli emigranti che l'Italia lascia andare a lavorare nei paesi stranieri sono tutti « barbari » come Ovidio.

Ma il problema diventa più grave quando si pensa che « barbaro » è anche colui che non ha i costumi nostri. E per molti svizzeri lo sbevecchiare in osteria strillando; il perseguitar per la strada le ragazze che non vogliono saperne: il giocare alla morra; il girovagare la domenica intorno alla stazione in attesa che arrivi qualcuno che parli, non dico l'italiano, ma il dialetto del paesetto; il cercare di vivere in otto in una camera quando la legge prescrive quattro al massimo; l'occupare (poveretti) tanti posti in fila davanti agli ambulatori medici della città; l'aver dei figlioli che hanno l'obbligo scolastico ma non capiscono quello che dice la maestra e sono quindi un rompicapo per quella e per gli altri allievi — per molti svizzeri queste condizioni sono insopportabili, e taluni sinceramente preferirebbero che il loro paese fosse meno ricco, purchè non ci fossero quegli invitati e aiutanti che imbarazzano.

Ma domanderei agli italiani: che cosa sarebbe accaduto in Italia se fossero venuti a lavorare cinque milioni (dico cinque milioni) di albanesi?

Il governo italiano potrebbe istruire un poco di più quegli italiani che la Svizzera qualche volta invita, qualche volta accetta e qualche volta razzola nelle regioni meridionali. Un periodo scolastico obbligatorio (pagato, ben inteso, e nutrito) riparerrebbe a molti degli inconvenienti.

Giuseppe Prezzolini

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale IL SOLE - 24 ORE di Milano del 22-X-74

La Svizzera si tiene gli stranieri

(DAL NOSTRO CORRISPONDENTE)
Ginevra, 21 ottobre

Nella proporzione di 2 a 1 gli svizzeri hanno votato contro la «cacciata» dei lavoratori immigrati. Si tratta di una maggioranza più che soddisfacente, proporzionalmente migliore di quella registrata dalla prima iniziativa Schwarzenbach del luglio 1970.

Per spiegare questi confortanti risultati, bisognerebbe citare l'amore per il prossimo, la paura di una cattiva immagine mondiale, il timore di mostrarsi disumani in un Paese che ha dato vita alla Croce Rossa e tante altre motivazioni. Tra le quali, certo, quelle evidenziate da taluni osservatori che asseriscono che gli svizzeri si sono inteneriti soprattutto sul loro benessere e sul loro portafoglio; ma è in-

dubbio che se ciò ha contribuito al risultato del voto, non costituisce affatto la motivazione principale.

Sino all'ultimo momento, malgrado la propaganda molto attiva ed intelligente che pare sia costata oltre 3 milioni di franchi svizzeri, nessuno avrebbe osato affermare senza riserve che l'iniziativa sarebbe stata bocciata. Oggi naturalmente la stampa elvetica esulta manifestando un'unanime soddisfazione per l'esito di questo voto. Si direbbe che per molte persone svizzere e straniere il risultato della votazione rappresenti la fine di un doloroso incubo. Oramai che tutto sembra gradualmente rientrare nell'ordine, ci si accorge che se è stato relativamente facile mobilitare l'opinione pubblica contro un voto xenofobo — che indubbiamente avrebbe avuto gravi ripercussioni negative sul piano economico e sociale — è molto più difficile risolvere il problema della presenza di lavoratori stranieri. Questo problema permane ed esiste e non deve essere dimenticato. Il risultato del voto non autorizza i governi a trascurarlo. L'economia svizzera è ancora in fase di alta congiuntura, ed ha quindi bisogno di mantenere una importante aliquota di lavoratori stranieri. Se l'alta congiuntura dovesse durare, vi sarà tempo necessario per risolvere senza gravi disagi il problema della mano d'opera straniera. Come si sa, esiste un regolamento promulgato il 9 luglio 1974 dal Consiglio federale che dà disposizioni per stabilizzare gli stranieri residenti e che limita l'entrata di nuovi lavoratori stranieri.

Oggi, quando tutti i Paesi vivono in un clima di incertezze economiche, monetarie, energetiche, è molto difficile fare previsioni per il futuro. Nulla impedisce di pensare che tra qualche mese a causa di un avvenimento impreveduto anche la economia svizzera possa giungere ad una svolta. E' ovvio che nel momento in cui la congiuntura dovesse evolvere verso una recessione o una crisi netta, generata da difficoltà internazionali generalizzate, il problema della mano d'opera straniera si ripresenterebbe in tutta la sua ampiezza e la sua crudeltà.

Giovanni Terrizzano

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Le Tempo

di

Roma

del

22-X-74

COMMENTI IN ITALIA AL REFERENDUM ANTISTRANIERI

Testimonianza di civiltà il responso degli elettori

Così si è espresso Bertoldi - Il sottosegretario Granelli ha dato un giudizio «francamente positivo» in un'intervista alla TV elvetica

I risultati del referendum antistranieri in Svizzera, bocciato dall'elettorato con larga maggioranza, sono ovviamente stati accolti in Italia con soddisfazione. I lavoratori italiani nel Paese confinante, come si sa, sono quasi trecentomila, vale a dire oltre la metà degli immigrati stranieri nella Confederazione elvetica. I giudizi espressi dai nostri uomini politici non potevano che essere quindi positivi.

«La risposta che il popolo svizzero ha dato alle forze oltranziste che volevano la cacciata in massa dei lavoratori stranieri da un paese al cui sviluppo essi hanno contribuito in maniera fondamentale costituisce una testimonianza di civiltà e di progresso», ha dichiarato il ministro del

Lavoro Bertoldi.

«Mentre ci rallegriamo per la sconfitta dello schieramento xenofobo e razzista, rappresentato dal partito di destra "Azione Nazionale", crediamo doveroso ribadire l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in Svizzera. Siamo certi che il risultato del referendum, il quale senza dubbio esprime una chiara presa di coscienza da parte del popolo elvetico della condizione dei lavoratori stranieri e in primo luogo dell'apporto che essi danno allo sviluppo economico del Paese, faciliterà la soluzione dei problemi ancora aperti. Primo fra tutti quello del più ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie, attraverso l'adozione di misure che consentano un migliore inserimento degli immigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della Confederazione, assicurando ad essi l'esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche».

Un giudizio «francamente positivo» ha pure espresso in una intervista alla TV svizzera, il sottosegretario agli Esteri on. Granelli. Il sottosegretario ha ricordato che il Governo italiano «si è astenuto dall'intervenire

pubblicamente, ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista». Granelli ha poi detto che «la Svizzera ha confermato l'immagine di un paese dalle frontiere aperte» ma che «rimane il rischio di future prove», il che sollecita «ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile tra lavoratori di diversa origine».

Si tratta, secondo Granelli, di « Doveri reciproci ». Da parte italiana perché i nostri connazionali cercano lavoro all'estero non avendo trovato «come era loro diritto, una occupazione in patria». Da parte svizzera perché «dai contributi dei lavoratori di altri paesi essi hanno tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità». Per questo occorre mettersi attorno a un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione bilaterale in materia di sicurezza sociale, di alloggi, di formazione professionale.

Granelli ha concluso sottolineando che l'Italia in occasione della prossima conferenza nazionale dell'emigrazione che avrà luogo a Roma in dicembre, aumenterà i suoi interventi a sostegno dei lavoratori italiani all'estero; si insisterà inoltre sul piano bilaterale per la convocazione della commissione mista italo-svizzera per l'attuazione degli accordi più urgenti e si ricorgerà anche «a contatti politici diretti se ciò risulterà utile alla soluzione dei problemi che sono sul tappeto».

A sua volta il sottosegretario al Lavoro on. Bruno Corti ha dichiarato: «Quando ci si rivolge al popolo, il popolo vota sempre bene. La maturazione delle coscienze dei cittadini ed il livello di istruzione di massa consentono infatti di valutare, con sufficiente esattezza, la realtà dei problemi in discussione e consente quindi di adottare giuste determinazioni. Una volta di più la restaurazione e l'oscurantismo sono stati sconfitti dalla libera determinazione della intelligenza di una collettività, dal progresso stesso. Questi risultati, naturalmente, sono consentiti in quei paesi presso i quali le istituzioni siano libere e democratiche. La Svizzera, decidendo così come ha deciso, non solo ha dato una prova di civiltà, ma ha anche perseguito un risultato positivo per la sua economia».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Stampa

di

Torino

del

22-X-74

Il referendum di domenica

Quali paure restano dopo il "no" svizzero

(Dal nostro inviato speciale)
Bernina, 21 ottobre.

Dopo il «no» secco al razzismo dell'Azione nazionale, si tira un sospiro di sollievo. La felicità degli «stranieri» è toccante. Si pensa alla loro pena dei giorni scorsi. Ma perché un uomo dev'essere felice soltanto dopo una paura quando ritrova quello che gli spetta e che si è guadagnato con il lavoro? Dopo il «no» senza ambiguità, stamane i giornali commentano: «Si è salvato l'essenziale. La domenica 20 ottobre resterà nella storia del popolo svizzero come un giorno di saggezza e di pace». Si confessa che la paura è stata grande: «Bisogna ammetterlo: con tutta la fiducia che si può avere nel buon senso del popolo svizzero, si era preparati al peggio».

Scrive G. M. Martin sulla Tribune de Genève: «Abbiamo passato un brutto momento, particolarmente penoso per una vecchissima democrazia. Tuttavia, alla fine i sentimenti di amicizia e di comprensione escono rafforzati dal plebiscito. Ogni "no" deposto nell'urna rappresenta da parte dell'uomo o della donna che ha votato un gesto fraterno». Tre secoli di pace e quasi due secoli di d'istruzione obbligatoria hanno portato l'educazione a un livello abbastanza alto «di conseguenza, anche quando le passioni sembrano prepotenti, come in questa occasione, i consigli della ragione finiscono per trionfare sulla demagogia».

Certo, è mortificante che 878 mila 793 persone abbiano infilato un «sì» nell'urna. Troppe. Eppure, ancora domenica mattina chiunque avrebbe scommesso che i «sì»

avrebbero superato largamente il milione. «Quando è che avete capito che l'iniziativa di Oehen contro gli stranieri era jallita?» domando al Comitato per il «no», il cui leader è l'onorevole Celio, ex presidente federale.

«Presto, nel primo pomeriggio. Appena abbiamo visto come andavano le cose a Uri». E' il Cantone più chiuso, roccaforte di Oehen. Vi è nato Guglielmo Tell, è il tabernacolo della tradizione elvetica. Quattro anni fa, al referendum antistranieri di Schwar-

zenbach, fu favorevole al 54 per cento. Questa volta i «sì» sono scesi al 44 per cento. Ginevra, con soltanto il 24 per cento, e il Ticino, con il 25, sono i Cantoni più avversi a Valentin Oehen. Non tutti i Cantoni hanno manifestato la stessa ripugnanza verso il razzismo e le stravaganze dell'Azione Nazionale, ma nessuno si è lasciato sedurre. Sicché, si ha un «no» unanime dei Cantoni, un «no» di cittadini nella proporzione di due contro uno.

Comunque, quello che conta è che il Paese ha dimostrato di accettare la presenza degli stranieri più volentieri di quanto il pessimismo non avesse previsto. Il Parlamen-

to si dice «gradevolmente sorpreso». Per l'onorevole Brugger, presidente della Confederazione, «l'incertezza paralizzante, che in questi tempi ha anche pesato sul governo come un'ipoteca, è caduta». L'onorevole Celio: «Non c'è posto in Svizzera per il razzismo». Il consigliere nazionale Canonica, presidente dei sindacati: «Le elettrici, ingiustamente sospettate di atteggiamento irrazionale, hanno detto anche loro in grande maggioranza "no". Dopo questo voto, bisogna sforzarsi per ga-

rantire ai lavoratori stranieri condizioni migliori».

Lo sconfitto Oehen: «Si è persa una buona occasione...». Intanto Schwarzenbach dichiara di non voler ritirare la sua «iniziativa per la protezione della Svizzera» (cioè, un altro referendum contro l'infestieramento), di non ritirarla affatto «finché il Consiglio federale non avrà accolto le nostre rivendicazioni e preso dei provvedimenti convincenti per la diminuzione della popolazione straniera residente».

Domenica il governo è uscito dall'ombra proiettata sul Palazzo federale dal voto del 1970 sull'iniziativa di Schwarzenbach, che aveva mancato di poco il successo. «Che il governo si muova, ora. Che la smetta di invocare "la metà degli svizzeri che hanno detto sì" per giustificare la sua pavida politica verso gli stranieri».

E' il momento della riflessione. Si esaminano i dati e si cerca di capire che cosa è avvenuto realmente e perché è accaduto. Gli otto maggiori quotidiani giungono alla conclusione che il netto rigetto del «piano Oehen» è stato determinato da un insieme di fattori che andavano dal timore di un'immediata recessione a causa della cacciata di centinaia di migliaia di lavoratori, al pericolo di passare, agli occhi del mondo, come popolo disumano, «l'Uganda dell'Europa». Inoltre, il verdetto delle urne è interpretato come un atto di fiducia nelle misure governative per

la stabilizzazione del numero degli stranieri.

La paura è passata e spente sono le passioni delle ultime settimane. Alcuni nostalgici della «piccola patria», sconfitti dal voto, si portano ancora addosso malumore o costernazione. Gli passerà. Oggi è già una giornata diversa da quelle preelettorali, tutto sembra diventato normale. Questa mattina presto, lavoratori italiani, spagnoli, greci, jugoslavi, di altri Paesi sono andati al cantiere, alla fabbrica, finalmente senza angoscia. Servono nei ristoranti e negli alberghi, puliscono le strade e guidano camion, più tranquilli per il futuro. Scrive un giornale: «Dobbiamo anche della gratitudine agli stranieri che abitano nel nostro Paese, in particolare ai lavoratori stranieri che non si sono abbandonati al panico. Certo, molti tra di loro sono stati profondamente demoralizzati, e per lunghe settimane, constatando che la loro stessa esistenza poteva essere bruscamente sconvolta».

Ora tutto sembra diventato normale. Eppure, indistintamente, si avverte che qualcosa non è più come prima. Dice Claudius Adler, capo degli indipendenti, il gruppo più forte dell'opposizione: «Abbiamo superato la prova, ma a quale prezzo? L'immagine della Svizzera nel mondo ne è uscita a pezzi. Anche i rapporti tra lavoratori elvetici e lavoratori stranieri si sono offuscati. Bisogna, adesso, affrontare il problema. Credo che una massiccia naturalizzazione risolverebbe molte cose».

Luciano Curino

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Il Resto del Carlino* di *Bologna* del *22-X*

Il voto degli svizzeri

E ora che gli Svizzeri hanno fatto il loro «dovere», tocca anche agli Italiani fare il loro; e, per essere più precisi, tocca al governo italiano fare il suo. Cioè preparare meglio gli emigranti, e non permettere che vadano all'estero in condizioni di inferiorità e, senza saperlo, essere causa di antipatia per tutti gli Italiani.

Gli Svizzeri hanno votato, per due terzi dei votanti, contro un provvedimento sbrigativo come una operazione chirurgica urgente, e promosso da una sola parte, la meno rispettabile del nazionalismo e razzismo tedesco locale.

Che abbiano votato per umanità, per cristianesimo, per interesse, per causa dei trattati internazionali, per simpatie personali, per obbligo di partito, o perchè figli e nipoti di emigrati naturalizzati, poco importa.

Hanno votato in modo tale che anche la prossima espulsione, quella proposta da Schwarzenbach che, molto più sottile e avveduta, vuol scacciare buona parte degli stranieri in dieci anni, sarà respinta sia pure con un minor numero di voti contrari.

Ma il fatto sta che c'è un buon numero di Svizzeri che non sono hitleriani, che non sono analfabeti, che riconoscono i meriti di molti lavoratori stranieri, e particolarmente degli italiani, ma hanno a noia un certo numero di Italiani che non si presentano bene, che non si conformano alle consuetudini del paese, che — bisogna dirlo — sono dei «barbari» in confronto alla media svizzera.

La parola «barbari» in latino vuol dire gente che non parla la lingua del paese. Ovidio, cacciato in esilio dall'imperatore Augusto nella Scizia, si riconosceva «barbaro» perchè non riusciva a capire quello che gli abitanti dicevano. «*Barbarus ego sum, quia non intelligor ulli*». Ora gli emigranti che l'Italia lascia andare a lavorare nei paesi stranieri sono tutti *barbari* come Ovidio.

Ma il problema diventa più grave quando si pensa che *barbaro* è anche colui che non ha i costumi nostri. E per molti Svizzeri lo sbevecciarlo in osteria strillando; il perseguitarlo per la strada le ragazze che non vogliono saperne; il giocare alla morra; il girovagare la domenica intorno alla stazione in attesa che arrivi qualcuno che parli, non dico l'italiano, ma il dialetto del paesetto; il cercare di vivere in otto in una camera quando la legge prescrive quattro al massimo; l'occupare (poveretti) tanti posti in fila davanti agli ambulatori medici della città; l'aver dei figlioli che hanno l'obbligo scolastico ma non capiscono quello che dice la maestra e sono quindi un rompicapo per quella e per gli altri allievi — per molti Svizzeri queste condizioni sono insopportabili, e taluni sinceramente preferirebbero che il loro paese fosse meno ricco, purchè non ci fossero quegli invi-

tati e aiutanti che imbarazzano.

Ma domanderei agli Italiani: che cosa sarebbe accaduto in Italia se fossero venuti a lavorare cinque milioni (dico cinque milioni) di Albanesi? Si sarebbe, lo dico senza malignità, udito uno strepito maggiore di quello che si è sentito in tante città del nord perchè era arrivato dal Mezzogiorno qualche migliaio di Pugliesi, Siciliani e Calabresi.

Il governo italiano potrebbe istruire un poco di più quegli Italiani che la Svizzera qualche volta invita, qualche volta accetta e qualche volta razzola nelle regioni meridionali. Un periodo scolastico obbligatorio (pagato, ben inteso, e nutrito) riparerrebbe a molti degli inconvenienti. Se ci fosse stato un po' di scuola per gli emigranti italiani, il voto degli Svizzeri non sarebbe stato di due terzi, ma di quattro quinti.

Giuseppe Prezzolini

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

de Mattino

di Napoli

del 22-X-74

Svizzera: per i lavoratori stranieri l'incubo di un altro referendum

Gli svizzeri torneranno alle urne nel 1976 se andrà avanti una nuova iniziativa xenofoba condotta da Schwarzenbach - Giudizi positivi sull'esito della consultazione elettorale di domenica scorsa

GINEVRA, 21 ottobre

I lavoratori stranieri hanno tirato un sospiro di sollievo dopo che la popolazione elvetica, chiamata alle urne per decidere con un «referendum» il futuro di circa mezzo milione di emigranti, ha bocciato ieri il progetto di espulsione manifestando la sua massiccia opposizione ad esso. Rimane comunque il sentimento di incertezza determinato dalla prospettiva di un altro «referendum» contro gli stranieri a breve termine.

Gli autori di questa ennesima iniziativa xenofoba sono i membri del piccolo gruppo scissionista dei repubblicani guidato dall'industriale Schwarzenbach il quale si era fatto promotore di un altro «referendum» nel 1970 anch'esso bocciato dall'elettorato. L'iniziativa popolare, come si chiamava allora, aveva come obiettivo la riduzione del numero dei lavoratori stranieri di 300

milioni. «Non possiamo andare avanti per sempre accusando gli stranieri di minacciare la Svizzera senza coprirci di ridicolo», aggiunge il giornale.

Più cauta la soddisfazione del «Berner Tagblatt». Nel suo editoriale il giornale esorta alla cautela, «nessun atteggiamento di vittoria, prego» scrive. E mette in guardia i suoi lettori contro il

pericolo rappresentato dall'ultima iniziativa di Schwarzenbach che potrebbe trovare il favore dell'elettorato se il governo non trarrà le dovute conclusioni e adotterà misure precise per regolare l'immigrazione dei lavoratori stranieri nello Stato elvetico.

Ultima iniziativa di Schwarzenbach che potrebbe trovare il favore dell'elettorato se il governo non trarrà le dovute conclusioni e adotterà misure precise per regolare l'immigrazione dei lavoratori stranieri nello Stato elvetico.

Ultima iniziativa di Schwarzenbach che potrebbe trovare il favore dell'elettorato se il governo non trarrà le dovute conclusioni e adotterà misure precise per regolare l'immigrazione dei lavoratori stranieri nello Stato elvetico.

I commenti in Italia

ROMA, 21 ottobre

Soddisfazione per il risultato per molti versi inatteso ed espressioni di elogio per la maturità civile dell'elettorato contraddistinguono i commenti politici al «referendum» svizzero sulla presenza dei lavoratori stranieri nel Paese.

Il governo italiano si è astenuto dall'intervenire pubblicamente — ha fatto osservare il sottosegretario agli Esteri Granelli in una inter-

vista televisiva — per rispetto alla sovranità del popolo svizzero, ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista, condiviso del resto dal presidente Brugger. Però, a risultato ottenuto, esprime «il pieno apprezzamento per la saggezza dimostrata dal popolo svizzero per la sua lungimiranza, per il contributo dato dall'elettorato femminile». Granelli ha detto ancora: «La Svizzera ha confermato l'immagine di un Paese dalle frontiere aperte che nella sua storia ha accolto pensatori perseguitati dall'oscurantismo, esuli, antifascisti, profughi, in coerenza con alti principi di umanità. Anche dal punto di vista economico l'esito è positivo. La Svizzera è associata alla Comunità Economica Europea e la presenza di lavoratori di altri Paesi può aumentare la sua prosperità in rapporto con il Mercato Comune Europeo. I risultati del «referendum» non possono tuttavia far dimenticare che non sono pochi i problemi che attendono una soluzione».

Il sottosegretario ha ricordato, inoltre, la necessità di rimuovere le cause che spesso rendono difficile la con-

vivenza tra i residenti nella Confederazione e i lavoratori immigrati. «Occorre mettersi attorno ad un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione bilaterale in materia di sicurezza sociale, di alloggi, di formazione professionale e scolastica per i lavoratori emigranti e per le loro famiglie». Granelli ha auspicato a tale proposito la sollecita convocazione della

Commissione mista italo-svizzera per l'attuazione degli accordi più rugenti, insieme all'associazione della Svizzera e di altri Paesi europei allo sviluppo del Mezzogiorno d'Italia anche per contenere spostamenti irrazionali di popolazione.

Una dichiarazione è stata rilasciata anche dal ministro del Lavoro, Bertoldi, il quale ha ribadito l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in Svizzera. «Il risultato del «referendum» senza dubbio esprime una chiara presa di coscienza da parte del popolo elvetico della condizione dei lavoratori stranieri e in primo luogo dell'apporto che essi danno allo sviluppo economico del Paese».

Analoghe considerazioni sono state fatte dal sottosegretario allo stesso Dicastero, Corti. Per il segretario della sezione emigrazione del PSI, Tempestini, nonostante l'esito del «referendum», i problemi della nostra emigrazione in Svizzera restano drammatici, anche perché le forze conservatrici del Paese, seppure battute, rischiano egualmente di raggiungere l'obiettivo che si sono prefisse, quello cioè di arrestare il processo di integrazione e la parità dei diritti della nostra emigrazione, paralizzando con il «referendum» i dibattiti su questi temi e tentando di far riuscire nuovi progetti che non prevedono la pura e semplice espulsione dei lavoratori stranieri, ma la loro trasformazione in una «mano d'opera brutta», ingaggiata a termine, priva di diritti e di prospettive di inserimento.

R. F.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL MANIFESTO

di

Roma

del

22-X-76

L'insuccesso della proposta razzista in Svizzera segna la secca sconfitta della destra fascista. Ma fra chi elogia la vittoria dei no c'è anche chi ha interesse ad uno sfruttamento più duro e chi non muove un dito per batterlo

UNA VITTORIA, MA NON OPERAIA

di Vittorio Moiola

Ciò che più importa dire, al di là delle euforie di circostanza della stampa e dell'informazione borghese, è se la vittoria del fronte del no corrisponde o meno a una vittoria del movimento operaio della Svizzera oppure se essa coincide con gli interessi immediati del padronato e del governo federale. Se è vero che la reazione ha subito una inequivocabile battuta è altrettanto vero che dal voto di domenica esce incoraggiata una politica di stabilizzazione, ma al tempo stesso di restringimento alla discriminazione antistraniera già in atto da alcuni mesi. Le difficoltà strutturali, economiche e sociali del padronato e delle forze politiche dominanti impegnate in una battaglia contro l'inflazione e una sensibile contrazione delle esportazioni, non mancheranno certo di riversarsi, soprattutto sulla manodopera straniera in termini di disoccupazione e peggioramento delle condizioni di lavoro e sociali. Non è un caso che il padronato svizzero, soprattutto il grande capitale monopolistico internazionale, abbia assunto per la prima volta, dopo la battaglia sul nuovo sistema pensionistico assistenziale, un ruolo così diretto e predominante nella campagna di queste scorse settimane, sul referendum. Non è un caso che l'argomento centrale e forse più convincente da esso contrapposto alle tesi della destra xenofoba sia stato quello del pericolo di una recessione economica. In questi mesi passati il processo di ristrutturazione aziendale, cui fanno inevitabilmente seguito chiusure di fabbrica e licenziamenti massicci, sono stati bloccati per impedire una esasperazione popolare che avrebbe potuto riflettersi sull'esito elettorale. Ora, sull'onda di una sconfitta della destra estrema, che ha gridato all'imminente crisi economica per sostenere misure drastiche sull'inforestieramento, e dal momento che una fase recessiva investe senz'altro anche la Svizzera, non mancherà certo di venire avanti, con la copertura dell'esito elettorale, una politica, seppure drogata, di disoccupazione e di restrizione dei consumi.

Ministero degli Affari Esteri

IEF A farne le spese saranno i settori produttivi più arretrati (tessili, abbigliamento, edilizia, servizi sociali), ma soprattutto, in primo luogo, i lavoratori stranieri, che costituiscono la maggioranza della manodopera in essi occupata.

L La vittoria del no sul referendum, dunque, se costituisce una sconfitta dell'ipotesi razzista esasperata dalla destra, nasconde in sé un uso premeditato da parte del grande capitale della campagna scatenata in Svizzera ai fini di un generale processo di rinnovamento produttivo, destinato comunque a pesare a breve e medio termine sia sulla classe operaia autoctona, sia e soprattutto su quella straniera. Rispetto a queste prospettive, purtroppo, la sinistra svizzera e il movimento sindacale risultano decisamente spiazzati e impotenti. La loro subordinazione agli interessi della borghesia ha compromesso decisamente un loro ruolo alternativo, mentre le organizzazioni della sinistra di classe scontano la loro immaturità; da questo punto di vista il voto dei tre quartieri operai di Zurigo, che si sono pronunciati a maggioranza per il sì, sono estremamente significativi. Essi stanno a sottolineare non solo la debolezza politica della sinistra nel suo complesso, ma anche le profonde divisioni ideologiche che ancora la minacciano. Il risultato di domenica è dunque senza dubbio positivo: ha impedito che sulla massa dei lavoratori stranieri si scaricasse una fobia razzista assurda e fuori dal tempo, ma esso non può assolutamente essere confuso con una vittoria del movimento operaio.

SOCIALI

CIO VII

del



SVIZZERA

Due svizzeri su tre si sono schierati contro i razzisti. Il voto delle donne un altro colpo contro la destra fascista

di V. M.

Bellinzona. « La ragione ha avuto il sopravvento », « l'economia svizzera è salva », « una grande prova di maturità del popolo elvetico », « l'elettorato svizzero non ha perso il cuore e il senso dell'ospitalità », questi, in sintesi, i commenti della stampa elvetica alla schiacciante e insperata sconfitta dell'iniziativa antistranieri, promossa dal movimento neofascista Azione Nazionale. In verità, la sconfitta della destra xenofoba non lascia margini di dubbio: due svizzeri su tre si sono schierati contro; non in un solo cantone Oehev e camerati hanno conquistato la maggioranza mentre Schwarzenbach, nel '70, aveva ottenuto il 46% del suffragi e la maggioranza in otto cantoni; l'Azione Nazionale è stata sconfitta ovunque con un netto scarto del 32% (un milione 689.870 no, 878.739 si).

Due dati significativi avvalorano il successo del fronte dei no, nel referendum di domenica: il primo è costituito dal fatto che anche i cantoni più tradizionalmente nazionalisti, quelli della Svizzera interna, alcuni dei quali avevano decisamente sostenuto Schwarzenbach, hanno respinto l'iniziativa xenofoba; il secondo riguarda il voto delle donne. E' la seconda volta che le donne svizzere esercitano il diritto di voto in un referendum nazionale, e saranno chiamate per la prima volta l'anno prossimo a pronunciarsi nelle elezioni politiche. Ebbene, il loro voto non è stato catturato dall'estrema destra, dai sentimenti nazionalisti e conservatori agitati da Oehen, ma ha contribuito e in modo decisivo a battere l'iniziativa antistranieri.

La più schiacciante sconfitta è venuta comunque dai cantoni di confine, realtà in cui le tendenze all'integralismo hanno sempre incontrato le maggiori difficoltà. Nel cantone di Ginevra, i no sono il 76

per cento, nel Ticino il 75 per cento, in quelli di Neuchâtel il 74 per cento, di Vaud e dei Grigioni il 73 per cento, di Sciaffusa e del Vallese il 71 per cento, di Turgovia il 70 per cento. La percentuale più bassa si è verificata nel cantone Uri dove i no hanno registrato solo il 56 per cento. Indiscutibile dunque il successo del fronte antixenofobo, anche se il 34 per cento dei sostenitori dell'iniziativa (in pratica uno svizzero su tre) non consente assolutamente l'abbandono a facili trionfalismi.

Una così alta percentuale di filonazisti non solo non può essere sottovalutata, ma è senz'altro destinata a pesare su qualsiasi politica confederale futura verso i lavoratori immigrati.

SVIZZERA. Dichiarazione dei socialisti autonomi

Lugano. Marco Kraehenbuhl, responsabile dell'ufficio politico del Partito socialista autonomo svizzero ci ha rilasciato la seguente dichiarazione a commento del risultato delle votazioni.

Il risultato della votazione popolare del 20 ottobre sulla terza iniziativa antistranieri dell'azione nazionale, respinta da due cittadini su tre, rappresenta una chiara ed inequivocabile risposta popolare al tentativo reazionario dell'estrema destra svizzera.

Il nostro partito, che si è battuto con tutta la sua energia contro il tentativo avventurista, antiopeaio e antipopolare, della destra xenofoba reazionaria, si compiace del massiccio voto negativo all'iniziativa antistranieri. Ma al di là

steri
del positivo risultato contingente, dobbiamo purtroppo riconoscere che il movimento xenofobo è riuscito, ancora una volta, nel suo intento di cercare di dividere la classe operaia contrapponendole le sue due componenti, svizzeri e immigrati. Se il no ha prevalso in misura insperata, è anche grazie alla paura, al massiccio impegno padronale, e al rifiuto del pericolo di una accelerazione della crisi economica in atto.

Il compito urgente e prioritario che oggi si pone, più di prima, al movimento operaio e alle sue forze della sinistra di classe, è quello di ricostituire una reale unità di classe, unità che è solo possibile con lotte unitarie e globali, con una strategia alternativa a quella del grande capitale, che copra il vuoto politico creatosi dalla abdicazione alla lotta delle forze tradizionali del movimento operaio: socialdemocrazia e movimento sindacale collaborazionista.



SVIZZERA

Due svizzeri su tre si sono schierati contro i razzisti. Il voto delle donne un altro colpo contro la destra fascista

di V. M.

Bellinzona. « La ragione ha avuto il sopravvento », « l'economia svizzera è salva », « una grande prova di maturità del popolo elvetico », « l'elettorato svizzero non ha perso il cuore e il senso dell'ospitalità », questi, in sintesi, i commenti della stampa elvetica alla schiacciante e insperata sconfitta dell'iniziativa antistranieri, promossa dal movimento neofascista Azione Nazionale. In verità, la sconfitta della destra xenofoba non lascia margini di dubbio: due svizzeri su tre si sono schierati contro; non in un solo cantone Oeheb e camerati hanno conquistato la maggioranza mentre Schwarzenbach, nel '70, aveva ottenuto il 46% dei suffragi e la maggioranza in otto cantoni; l'Azione Nazionale è stata sconfitta ovunque con un netto scarto del 32% (un milione 689.870 no, 878.739 si).

Due dati significativi avvalorano il successo del fronte dei no, nel referendum di domenica: il primo è costituito dal fatto che anche i cantoni più tradizionalmente nazionalisti, quelli della Svizzera interna, alcuni dei quali avevano decisamente sostenuto Schwarzenbach, hanno respinto l'iniziativa xenofoba; il secondo riguarda il voto delle donne. E' la seconda volta che le donne svizzere esercitano il diritto di voto in un referendum nazionale, e saranno chiamate per la prima volta l'anno prossimo a pronunciarsi nelle elezioni politiche. Ebbene, il loro voto non è stato catturato dall'estrema destra, dai sentimenti nazionalisti e conservatori agitati da Oehen, ma ha contribuito e in modo decisivo a battere l'iniziativa antistranieri.

La più schiacciante sconfitta è venuta comunque dai cantoni di confine, realtà in cui le tendenze all'integralismo hanno sempre incontrato le maggiori difficoltà. Nel cantone di Ginevra, i no sono il 76

per cento, nel Ticino il 75 per cento, in quelli di Neuchâtel il 74 per cento, di Vaud e dei Grigioni il 73 per cento, di Sciaffusa e del Vallese il 71 per cento, di Turgovia il 70 per cento. La percentuale più bassa si è verificata nel cantone Uri dove i no hanno registrato solo il 56 per cento. Indiscutibile dunque il successo del fronte antixenofobo, anche se il 34 per cento dei sostenitori dell'iniziativa (in pratica uno svizzero su tre) non consente assolutamente l'abbandono a facili trionfalismi.

Una così alta percentuale di filonazisti non solo non può essere sottovalutata, ma è senz'altro destinata a pesare su qualsiasi politica confederale futura verso i lavoratori immigrati.

SVIZZERA. Dichiarazione dei socialisti autonomi

Lugano. Marco Kraehenbuhl, responsabile dell'ufficio politico del Partito socialista autonomo svizzero ci ha rilasciato la seguente dichiarazione a commento del risultato delle votazioni.

Il risultato della votazione popolare del 20 ottobre sulla terza iniziativa antistranieri dell'azione nazionale, respinta da due cittadini su tre, rappresenta una chiara ed inequivocabile risposta popolare al tentativo reazionario dell'estrema destra svizzera.

Il nostro partito, che si è battuto con tutta la sua energia contro il tentativo avventurista, antioperaio e antipopolare, della destra xenofoba reazionaria, si compiace del massiccio voto negativo all'iniziativa antistranieri. Ma al di là

steri

F. del positivo risultato contingente, dobbiamo purtroppo riconoscere che il movimento xenofobo è riuscito, ancora una volta, nel suo intento di cercare di dividere la classe operaia contrapponendole le sue due componenti, svizzeri e immigrati. Se il no ha prevalso in misura insperata, è anche grazie alla paura, al massiccio impegno padronale, e al rifiuto del pericolo di una accelerazione della crisi economica in atto.

Il compito urgente e prioritario che oggi si pone, più di prima, al movimento operaio e alle sue forze della sinistra di classe, è quello di ricostituire una reale unità di classe, unità che è solo possibile con lotte unitarie e globali, con una strategia alternativa a quella del grande capitale, che copra il vuoto politico creatosi dalla abdicazione alla lotta delle forze tradizionali del movimento operaio: socialdemocrazia e movimento sindacale collaborazionista.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL GLOBO

di

Roma

del

22-X-72

SVIZZERA

Dopo il chiaro "no" di domenica

Via al 4. referendum contro gli stranieri

Dall'inviato

ZURIGO, 21. — Con un no deciso, tre contro uno, la Svizzera ha sotterrato la proposta presentata dall'Azione Nazionale di rispedito a casa più di mezzo milione di lavoratori stranieri. Dopo la pubblicazione dei risultati, Valentin Oehen, patrocinatore dell'iniziativa, si è presentato alla prima intervista televisiva vestito di nero, dalle scarpe alla cravatta, eccezione fatta per la camicia. « In effetti sono in lutto » ha ammesso, addossando la colpa della sua debacle a una campagna elettorale condotta in modo fazioso dagli oppositori.

In un certo senso i risultati hanno stupito tutti. Nemmeno i sostenitori del « no » si aspettavano una così decisa presa di posizione da parte dei votanti, la più netta degli ultimi cinquant'anni. Per la prima volta in nessun Cantone si è verificata una maggioranza favorevole al tema proposto dal referendum. Le incognite erano molte, e fra esse il voto delle donne alla loro prima prova in un referendum così delicato. E senza dubbio anche a loro va il merito di questa schiacciante vittoria democratica: 69 svizzeri su 100 si sono recati a votare e la risposta è stata 1 milione 680 mila « no » contro 879 mila « si ». Il no più categorico è stato dato da Ginevra (76,16%), seguita da vicino da Tessin, Neuchâtel, Vaud, i Grigioni, Schaffusa e il Valais. La più alta percentuale di sì è stata a Uri (44,23%), seguita da Schwytz, Berna e Bâle-Ville.

Evidente il sollievo delle autorità federali di fronte a questo voto responsabile che ha cancellato di un sol colpo tutti i dubbi politici che si erano levati intorno alla Svizzera dai paesi europei negli ultimi giorni. « E' stata accantonata una grande incertezza — ha detto il Presidente della Confindustria Gherard Winterberger —, al Paese, all'economia e alle istituzioni politiche sono state risparmiate enormi difficoltà legate all'iniziativa. E' stato risparmiato tanto dolore umano. Ora si è creato

il punto di partenza per una politica degli stranieri meditata e misurata ». Kurt Furgler, Consigliere Federale e Ministro della Giustizia e della Polizia (gli stranieri dipendono da lui) dopo aver ribadito « che il dialogo è una delle basi del nostro Paese » e di essersi congratulato che il responso dei cittadini svizzeri abbia corrisposto alla volontà federale, ha concluso che bisogna ora lavorare per la stabilizzazione dei residenti che deve condurre a una diminuzione della popolazione straniera.

Rifugiati sotto le volte della vecchia stazione di Zurigo, una città dove vivono concentrati 60 mila immigrati italiani, al riparo da una pioggia minuta, svizzeri e italiani hanno festeggiato nel tardo pomeriggio di domenica la schiacciante vittoria del « no ». Un breve moto spontaneo, un gruppo che si è presto sciolto. Alla sera i brindisi hanno continuato nei ristoranti italiani. Nient'altro. Malgrado si giocasse il futuro di centinaia di vite, un senso di grande misura ha caratterizzato sia l'attesa che le ore seguite all'annuncio della vittoria. La televisione svizzera che, dopo la pubblicazione dei risultati, era subito corsa ad intervistare nelle

baracche alla periferia della città gli immigrati stagionali, li ha trovati seduti tranquilli a giocare a carte. Si aspettava di registrare espressioni di entusiasmo, è riuscita a strappare solo poche dichiarazioni pacate. « Cosa prova? ». « Sono contento ». « E lei cosa si aspettava? ». « Sono contento anch'io. Io qui mi trovo bene ».

E la xenofobia? Gli immigrati non ne parlano. Accennano solo a certe divergenze, rispondono che la loro presenza nelle fabbriche ha contribuito a rendere il lavoro più competitivo e quindi più pesante per tutti. « Se

non rendiamo ci restituiscono come una lettera per posta ». Altro punto il problema degli alloggi: da alcune zone centrali della città gli svizzeri sono stati scacciati per far posto a dormitori per stranieri, più remunerativi per il padrone di casa. Tutte queste cose hanno sicuramente creato clima di tensione.

Senza sentimentalismi e senza illusioni gli immigrati italiani sembrano rendersi benissimo conto della loro situazione. Sanno che i padroni svizzeri (« le grandi banche » precisano subito) li tengono perché hanno bisogno di loro, sanno anche che « indipendentemente dai risultati del referendum d'ora in poi non faranno più entrare tanta gente » e sono certi che « se verrà una crisi bisognerà andar via comunque ». Conoscono la propria debolezza contrattuale: chi li protegge infatti fino in fondo? Non certo il sindacato svizzero nel quale non sono ancora degli integrati, ancor meno il governo italiano di cui si considerano figli orfani (« Per quanto ci riguarda l'Italia è come se non ci fosse », è il commento abituale).

La domanda da porsi a questo punto è fino a quando questa organizzazione rassicurante durerà. La sinistra svizzera è categorica nel ritenere che il referendum sia un sintomo del malessere generale del Paese: paura davanti ai prezzi che salgono, all'inflazione che terrorizza tutti. La Svizzera ha commesse per tre anni ma teme di poter rimanere travolta anch'essa dalla recessione mondiale. Il problema degli immigrati sarebbe dunque un falso problema che ha lo scopo di indebolire tutta la classe operaia svizzera, frazionandola. E dunque non si esaurisce con questo referendum. La prova è già un quarto referendum presentato da James Schwarzenbach (lo stesso promotore del referendum del '70 che venne respinto con scarso margine) ben più insidioso e pericoloso di quello buttato a mare domenica scorsa: esso mira infatti a ridurre il numero

delle presenze straniere strani, allargando invece il numero di quelle stagionali e frontaliere, quello insomma delle categorie « a braccia robuste e pochissimi diritti. Mentre la proposta di Hoen per la sua drasticità di Oehen per la sua drasticità imprenditoriale, quella di Schwarzenbach rischia di raccogliere invece i consensi della grande che della media industria dal momento che garantisce la manodopera di cui ha bisogno. Interrogato ieri, Schwarzenbach ha detto che l'iniziativa non sarà ritirata per il momento finché « non saranno prese delle misure convincenti per la riduzione della popolazione straniera presente ».

Oggi l'editoriale della « Gazzetta di Losanna » portava il titolo « Interrogarsi malgrado tutto » e concludeva che questo rifiuto netto e franco non deve far dimenticare che numerosi svizzeri hanno votato sì, malgrado fosse un sì estremista. Né va dimenticata la grande paura che ha paralizzato tutti e ha visto il Paese legale vivere nell'incubo aspettando il verdetto del Paese reale.

Il Consiglio Federale ha già da tempo deciso di stabilizzare la popolazione straniera nel Paese: obiettivo è che nel 1980 essa non superi il 20% dell'intera popolazione. Dal '70 i contingenti di immigrazione sono già scesi praticamente a livello zero, tanto che nel 1973 si è verificato perfino una flessione nel numero dei lavoratori stranieri rispetto al 1969. Ma al tempo stesso la popolazione straniera totale è aumentata sia perché le nascite degli stranieri superano i decessi, sia perché molti hanno maturato il diritto a farsi raggiungere dalle famiglie. I meccanismi previsti dal Consiglio Federale sono i seguenti: per gli stagionali riduzione a 192 mila unità, soggiorno non superiore ai nove mesi e nessuna possibilità di richiamare le famiglie; riduzione del numero degli annuali che ora sono 478 mila per i quali i nuovi permessi non supereranno le 20.500 unità all'anno; per quanto i frontalieri (107 mila) essi potranno ottenere un nuovo permesso

DIREZIONE GENERAL

I AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA

Ritaglio dal Giornale

solo se risiedono da almeno sei mesi oltre frontiera.

Cosa dicono oggi le associazioni come « Colonia Libera » che da anni lavorano per gli immigrati? Dicono che bisogna lavorare per integrare, in modo stabile, questi stranieri destinati a rimanere nel Paese. « Integrarli, non assimilarli » precisano, cancellando via via le discriminazioni ancora esistenti sia sul piano del lavoro che sul piano politico. Nel sindacato oggi gli immigrati raramente accedono a cariche direttive, in politica non hanno diritti ad eccezione di Neuchâtel dove, dopo cinque anni, possono votare ma non presentarsi candidati. Un programma che, se sarà portato avanti, si rifletterà inevitabilmente sulla struttura stessa dell'intero Paese.

Valeria Sacchi

**Bertoldi: « Ora
bisogna pensare
ai diritti dei
lavoratori »**

Il ministro del Lavoro Bertoldi ha commentato i risultati del referendum affermando che « mentre ci rallegriamo per la sconfitta dello schieramento xenofobo e razzista, crediamo doveroso ribadire l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in Svizzera. Siamo certi che il risultato del referendum, il quale senza dubbio esprime una chiara presa di coscienza da parte del popolo elvetico della condizione dei lavoratori stranieri e in primo luogo dell'apporto che essi danno allo sviluppo economico del paese, faciliterà la soluzione dei problemi ancora aperti. Primo fra tutti quello del più ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie assicurando ad essi l'esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche ».

Dopo l'esito del referendum l'Italia ha il dovere di tutelare meglio i nostri emigrati

RESTANO IN SVIZZERA, MA CON QUALI DIRITTI?

Il dato più significativo nel risultato del referendum svizzero — un risultato che ha boccciato la pretesa xenofoba di cacciare i lavoratori stranieri — è l'ampiezza del numero dei «no»: il 66 per cento. Come ogni commentatore ha rilevato, siamo di fronte a una evidente evoluzione positiva dell'opinione pubblica svizzera. Importante appare il fatto che i Cantoni con più alta presenza di lavoratori stranieri (Ginevra, Canton Ticino, Vaud) siano stati anche quelli dove i «no» hanno ottenuto le percentuali maggiori.

E' partendo da questi dati che, a nostro parere, devono essere affrontati dalle forze politiche, sindacali e culturali non solo svizzere ma dei paesi di emigrazione, primo fra

tutti l'Italia, i problemi del dopo referendum.

La questione della sistemazione della posizione dei lavoratori italiani nella Confederazione (oltre mezzo milione, ai quali si aggiungono quasi duecentomila stagionali e frontaliere) non può essere affidata unicamente a «buon senso, moderazione, calcolo realistico, senso di dignità e di dovere civile degli svizzeri», cioè a quelle che vengono indicate come le motivazioni, sovente contraddittorie e non tutte «nobili», della vittoria dei «no»: soprattutto quando qualcuno già parla di un nuovo referendum promesso da Schwarzenbach, o che avrebbe maggiori probabilità di successo perché «meno drastico» e «più moderato».

I lavoratori italiani emigrati in Svizzera, le loro associazioni democratiche, i nostri compagni hanno fatto il loro dovere durante la difficile campagna elettorale che ha preceduto il voto del 20 ottobre. Senza lasciarsi trascinare su posizioni di panico esasperato o di chiusa nazionalista «anti-Svizzera», hanno contribuito all'orientamento dei loro compagni di lavoro nelle fabbriche e nei quartieri, dei loro vicini di casa, sottolineando la comunità di interessi dei lavoratori delle varie nazionalità. La crescente partecipazione

Giuliano Paletta
(Segue in ultima pagina)

ALTRE NOTIZIE A PAG. 11

Messaggio del CC del PCI al Partito svizzero del lavoro

Il CC del PCI ha inviato al Comitato centrale del Partito svizzero del lavoro il seguente messaggio:

« Cari compagni, la brillante e inequivocabile affermazione ottenuta dalle forze democratiche e popolari elvetiche nel respingere il grave tentativo xenofobo costituisce un nuovo grande passo in avanti per affermare ed estendere la collaborazione e la solidarietà tra le masse lavoratrici dei nostri due paesi e in primo luogo tra la classe operaia svizzera e le centinaia di migliaia di lavoratori italiani emigrati. Il successo ottenuto, per il cui raggiungimento il vostro partito si è interamente dedicato, dando nuova prova della validità dell'internazionalismo proletario, è di particolare significato politico poiché esso avvicina ulteriormente i nostri due popoli e crea migliori condizioni per la soluzione, attraverso una più attenta riflessione e l'impegno reciproco dell'Italia e della Confederazione elvetica, dei pressanti problemi dei lavoratori italiani e delle loro famiglie emigrati nel vostro paese ».

Ora il governo elvetico deve garantire parità di trattamento a tutti i lavoratori

Una dichiarazione del compagno Karl Odermatt, dell'ufficio politico del Partito svizzero del Lavoro - Ernest Brugger, presidente del Consiglio federale, si è detto consapevole che il problema va affrontato con « serietà e con cura »

Dal nostro inviato

ZURIGO, 21
«Tremenda stanzata ai razziisti». «Solievo dopo il no». Le prime pagine dei quotidiani elveticci sono quasi interamente dedicate all'esteso del referendum che ha duramente bocciato il progetto di espulsione della manodopera estera. Titoli e commenti esprimono esultanza, sottolineano le dimensioni della bastosta inflitta dal voto agli xenofobi dell'«Azione nazionale».

Il 65% di «no» è un risultato che pochi, alla vigilia o saranno mettere nelle previsioni. Tutti rendono omaggio alla prova di maturità data dal popolo elvetico. Nonostante le difficoltà della situazione e la paura della crisi economica, sulle quali faceva leva l'insistente propaganda dell'on. Valentin Oehen, la grande maggioranza degli elettori ha rifiutato il tentativo di fare dei lavoratori stranieri la causa di tutti i mali di cui soffre il Paese. Resta il fatto, da non trascurare, che un cittadino su tre si è ancora lasciato ingannare dagli slogan demagogici. Ma il quadro complessivo è quello dell'arretratezza e della pesante sconfitta della destra parafascista. «E' particolarmente rallegramente — come rileva il compagno Karl Odermatt, dello ufficio politico del Partito

svizzero del lavoro — la constatazione che l'infusso dei quartieri operai delle grandi città è in regresso. Questo risultato è soprattutto dovuto all'impegno dei sindacati e dei partiti di sinistra, tra cui il Partito del lavoro, i quali hanno messo in luce il fatto che la responsabilità della situazione che ha reso possibile la nascita del movimento xenofobo è da ascrivere alla borghesia e al governo svizzeri».

Odermatt aggiunge che le incomprensioni ancora esistenti tra lavoratori svizzeri e immigrati, che sono sfruttate dagli xenofobi ad esclusivo vantaggio del grande padronato, possono essere definitivamente superate solo con un impegno comune che abbia come obiettivo «l'ottenimento di uguali diritti sociali e civili per tutti i lavoratori».

Questa esigenza viene posta, stamane, anche nell'articolo di fondo dei Tages Anzeiger, il più autorevole quotidiano elvetico: «Agli stranieri sono da garantire, come già avviene per i domicilia- ti (gli immigrati con oltre dieci anni di residenza - ndr), gli stessi diritti economici e sociali che hanno gli svizzeri. Il che significa soprattutto la graduale riduzione delle gravissime discriminazioni a danno degli stranieri».

E sullo stesso argomento torna, in una dichiarazione alla stampa, il presidente dell'Unione sindacale Ezio Canonica: «Il rifiuto dell'iniziativa di Valentin Oehen vuol dire luce verde per una politica umana e sociale nei confronti degli stranieri, senza che ciò comprometta la nostra economia».

E' su questa linea che intende muoversi il governo di Berna? La necessità principale sul tappeto, oggi, è di evitare che ci sia spazio per nuove iniziative «contro l'inforestamento», di impedire che Schwarzenbach abbia campo libero nel rilanciare il suo secondo progetto di espulsione della manodopera estera. Il voto del 20 ottobre ha liberato la Svizzera dall'incubo di una vittoria della destra oltremontana e di un terremoto economico, ma il pericolo resta se non ci si sbarazza delle cause che l'hanno generato.

Il presidente del Consiglio federale, Ernst Brugger, si è detto consapevole che quello dell'«inforestamento» è un problema da trattare «con serietà e cura» (i quasi 800 mila «si» raccolti dalla proposta di Oehen lo confermano). Ma con quale tipo di in-

terventi? Brugger ha detto che il governo contribuirà nella politica di «stabilizzazione della popolazione residente» per giungere in seguito «a una riduzione moderata e organica degli stranieri». Non ha fatto alcun cenno, però, all'esigenza di realizzare quella parificazione nei diritti di tutti i lavoratori che è non solo un atto di giustizia, ma

anziché l'unico mezzo per bloccare i tentativi della destra di creare nuove spaccature e contrasti tra i lavoratori.

Tra non molto dovrebbero riprendere gli incontri delle commissioni miste per il rinnovo dell'accordo italo-svizzero di emigrazione. Ci sono parecchie questioni aperte. Ma c'è anche il fatto nuovo del risultato del referendum, che darà maggiore forza contrattuale ai nostri delegati. Il governo italiano porta sulle spalle gravi responsabilità per le condizioni in cui finora ha vissuto e lavorato la nostra emigrazione in Svizzera. Molto dipenderà, ora, dalla volontà politica di cambiare le cose.

Pier Giorgio Betti

Sconfitta l'iniziativa di Oehen, Schwarzenbach ci riprova Svizzera: la destra non esce dal tunnel della xenofobia

Adesso la proposta è di ridurre il numero dei lavoratori immigrati
Commenti positivi della stampa svizzera al risultato del voto di domenica scorsa

BERNA, 22. — La xenofobia non è passata in Svizzera. Negli ambienti governativi, sindacali, industriali, tra i lavoratori e nelle organizzazioni democratiche si respira aria di sollievo. La risposta massiccia dei «no» contro la caccia degli stranieri è stata sicuramente superiore alle previsioni — tanto che si parlò di un risultato a sorpresa — e viene concordemente giudicata dalla stampa locale come il «chiaro e cosciente» rigetto della xenofobia razzista, e una dimostrazione della maturità politica dell'elettorato elvetico. In particolare, la Suisse di Ginevra afferma che la data del 20 ottobre segna la fine della paura, di una oscura galleria nella quale si trovava imprigionato e diviso il paese da lunghi anni.

Quasi in contraddizione con il giornale di Ginevra, che ha illustrato l'espressione di un sentimento generale, a poche ore dalla lettura dei risultati finali del referendum, che sancivano la sconfitta della proposta reazionaria dell'Azione Nazionale, c'era già chi pensava ad

una nuova iniziativa, in tal senso. James Schwarzenbach, lo stesso che aveva guidato quattro anni fa il primo tentativo, anch'esso fallito, per la caccia degli stranieri, pure mostrando soddisfazione per il risultato di domenica, ha affermato che ciò «non significa approvazione della politica governativa».

Schwarzenbach, ex direttore dell'Azione Nazionale, il minuscolo partito di destra che ha lanciato il referendum raccogliendo 50 mila firme, ha precisato che ha votato «no» perché l'iniziativa era «inumana ed economicamente suicida», ma ha precisato che non ritirerà la sua proposta, presentata in marzo, per la riduzione della popolazione straniera, finora a che il governo non avrà preso misure convincenti per la riduzione del numero dei lavoratori stranieri. Una proposta — proprio perché non così radicale come quella dell'Azione Nazionale — ancora più pericolosa per la vita dei lavoratori immigrati, in quanto potrebbe creare di fatto una spaccatura all'interno della stessa immigrazione.

Gino Bertoldi (PSI - Ministro del Lavoro)

«LA RISPOSTA che il popolo svizzero ha dato alle forze oltranziste che volevano la cacciata in massa dei lavoratori stranieri da un paese al cui sviluppo essi hanno contribuito in maniera fondamentale, costituisce una testimonianza di civiltà e di progresso». «Mentre ci rallegriamo per la sconfitta dello schieramento xenofobo e razzista... crediamo doveroso ribadire l'impegno per una migliore definizione della po-

sizione dei nostri lavoratori in Svizzera». Bertoldi ha sottolineato come «primo fatto» vada considerato il problema del più ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie, attraverso l'adozione di misure che consentano un migliore inserimento degli immigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della Confederazione, assicurando ad essi l'esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche».

Luigi Granelli (DC - Sott. agli Affari Esteri)

«LA SVIZZERA è associata alla Comunità economica europea e la presenza di lavoratori di altri paesi può aumentare la sua prosperità in rapporto con il Mercato Comune europeo. I risultati del referendum non possono tuttavia fare dimenticare che non sono pochi i problemi che attendono una soluzione. Per quanto riguarda le prospettive che possono aprirsi, Granelli ha affermato che rimane il

rischio di future prove, già preannunciate, e ciò ci sollecita reciprocamente ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile fra lavoratori di diversa origine».

Infine Granelli ha osservato come il «no» in Svizzera, sia «una grande occasione per migliorare e aumentare gli interventi dell'Italia a sostegno dei propri lavoratori all'estero».

RASSEC **Francesco Tempestini**
(PSI - Responsabile emigrazione)

VII

Ritaglio dal Giornale

«SI TRATTA di sapere ora che uso le forze democratiche della Confederazione intendano fare del risultato positivo avendo consapevolezza che i conservatori e i reazionari rischiano, nonostante la

sconfitta, di raggiungere ugualmente l'obiettivo che si sono prefissi, quello cioè di non fare andare avanti il processo per l'integrazione e per la parità dei diritti della nostra emigrazione».

del

Bruno Corti

(PSDI - Sottosegretario al Lavoro)

«UNA VOLTA di più la restaurazione e l'oscurantismo sono stati sconfitti dalla li-

bera determinazione dell'intelligenza di una collettività».

Cesare Beccalossi

(Segr. Federazione Zurigo del PCI)

«OCCORRE svolgere un ruolo non passivo, ma da protagonisti nella vita sindacale, associativa e politica del paese ospitante, e quindi condurre all'interno della società elvetica in primo luogo la battaglia per la conquista dei diritti di tutti i lavoratori e di quelli specifici degli immi-

grati. Contemporaneamente, è necessario muoversi con maggiore risolutezza perché le forze politiche italiane si rendano conto che comunque... si porrà a breve, medio e lungo termine il problema del rientro di centinaia di migliaia di nostri connazionali dalla Svizzera».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Avvenire

di

Milano

del

22-X-76

Sollievo in Svizzera per 600 mila nostri emigrati

Due elettori su tre hanno bocciato l'iniziativa xenofoba. Il presidente Brugger: «Ogni incertezza è eliminata»

di LUCA VILLARI

BERNA, 21 ottobre

La Svizzera ha bloccato il treno della xenofobia. Con una schiacciante maggioranza (due a uno) l'elettorato elvetico, che per la prima volta su una questione tanto importante comprendeva anche le donne, ha respinto l'iniziativa anti-stranieri dell'Azione nazionale. I «no» sono stati 1.698.870 (pari al 66 per cento dei voti espressi), i «si» 878.739 (34 per cento). Dopo le incertezze e le paure della vigilia — si insiste sulla necessità di trovare «una giusta soluzione al problema della popolazione straniera, creando migliori rapporti sociali» — al di là dei risultati — i motivi che spingono una parte importante

dell'elettorato svizzero a sostenere iniziative xenofobe — c'è comunque da rilevare, come scrive giustamente la «Feuille d'avis de Neuchâtel», che «la maturità dell'elettorato elvetico non è un mito».

Eppure i rischi erano, e sono, ancora tanti: se è vero che lo stesso Schwarzenbach ha preannunciato che verrà presentata un'altra «formula» di contenimento della manodopera straniera presente in Svizzera. Una formula «dimensionata» che chiederà un limite della popolazione straniera nel rapporto di un ottavo rispetto a quella autoctona.

In fase di commenti, alla dichiarazione del presidente della Confederazione Brugger («L'incertezza paralizzante che ha posto una pesante ipoteca nell'avvenire del Paese è stata eliminata») fa eco un editoriale de «La Suisse». Il quotidiano ginevrino invita il governo di Berna a «resistere alla pressione dei datori di lavoro assetati di manodopera» e a «mantenere le promesse fatte di mettere un freno all'immigrazione». Dopo lo choc della votazione, in sostanza, la strada indicata è quella di una politica migra-

toria «qualitativamente accettabile». «Oltre un milione di stranieri — conclude il quotidiano — vivono fra noi: alla Svizzera non rimane che provare di voler costruire con essi un avvenire comune».

La Svizzera ha avuto paura di un eventuale isolamento politico e internazionale in cui avrebbe potuto trascinarsi un successo xenofobo. Ha avuto soprattutto le sue carte vincenti nel fatto che i Cantoni «storici» (Uri, Svitto, Glarona, Appenzello), considerati la «macchia nera» della Confederazione perché sempre attestati su posizioni conservatrici e sciovinistiche all'interno dello stesso quadro confederale elvetico, hanno rovesciato la loro abituale tendenza. Significativo è il fatto che l'Azione nazionale non abbia raggiunto nessuna maggioranza e in nessuno dei 25 cantoni che compongono la Svizzera.

L'8 giugno 1970, in occasione della prima votazione sull'iniziativa presentata da Schwarzenbach, la percentuale fra i «no» e i «si» era risultata abbastanza risicata: il referendum non passò per soli centomila voti. Quattro anni dopo,

la massa dei voti è stata più consistente. Il voto femminile è stato determinante, senza dubbio. Ma c'è da rilevare che sul fronte dei referendisti molte donne, soprattutto anziane o abitanti delle zone rurali del Paese, hanno dirottato le proprie preferenze. La vittoria del «no» va ricercata, soprattutto, nell'elettorato giovanile che ha in blocco contrastato una iniziativa che suonava, nel tono e nella realtà, chiusura davanti al mondo.

Non a caso le più alte percentuali contro il referendum si sono ottenute nei Cantoni di Ginevra (75 per cento) e del Ticino (74 per cento): nei due Stati che per consuetudine e costume mantengono più stretti vincoli economici, politici e sociali oltre le frontiere, italiana e francese. Ma una parte importante, forse decisiva per un Paese che vive una stretta ortodossia cristiana, hanno avuto gli appelli delle Chiese cattolica ed evangeliche.

La grande paura è passata, il rigurgito sciovinista non è però stato completamente de-

bellato. Se certe «coincidenze» possono avere qualche valore, bisogna ricordare che il presidente dell'Uganda, Sidi Amin, in uno dei vaniloqui che ne contraddistingue la «figura», ha espresso ampio appoggio all'iniziativa dell'Azione nazionale. Amin è stato ed è uno dei profeti della xenofobia (ha espulso brutalmente dal suo Paese centinaia di migliaia di cinesi, pakistani, indiani, inglesi). In tempi di crisi economica, e la stessa ricchissima Svizzera ne subisce i contraccolpi, gli atteggiamenti xenofobi traggono dalla demagogia una linfa sempre attiva.

L'autorevole «Journal de Genève» ha così commentato la vittoria della saggezza: «È necessario che gli ambienti politici, economici e professionali, accettino la sfida dei nazionalisti per una rigenerazione in profondità della fiducia e della solidarietà nazionale». La Svizzera ha dimostrato, finalmente, di non essere sorda alle grandi cause civili e sociali e soltanto attenta al «proprio benessere».

I risultati del referendum indicano chiaramente che la Svizzera ha scelto una strada diversa dall'isolamento: vuole avvicinarsi ancor più all'Europa, alla cui Comunità economica è associata, vuole conservare la sua autentica tradizione di Paese civile e ospitale.

Circa seicentomila lavoratori italiani sanno ora che potranno continuare a vivere in pace in Svizzera, accanto ai loro compagni svizzeri, spagnoli, greci, turchi, francesi. La Svizzera, esempio tipico di confederalismo, ha superato la prova più brutta che la sua storia moderna rischiava di dover vivere e subire.

«Una prova di civiltà»: le reazioni italiane

ROMA, 21 ottobre

Soddisfazione e compiacimento sono stati espressi dai circoli politici italiani dopo lo annuncio che l'iniziativa contro gli stranieri in Svizzera è stata respinta. «La risposta del popolo svizzero ha ga-



2

Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA

Ritaglio dal Giornale

L'UFFICIO VII

..... del

to alle forze oltranziste — ha detto il ministro del Lavoro, Bertoldi — che volevano la cacciata in massa dei lavoratori stranieri, da un Paese al cui sviluppo essi hanno contribuito in maniera fondamentale, costituisce una testimonianza di civiltà e di progresso ».

« Crediamo doveroso — ha aggiunto — ribadire l'impegno per una migliore definizione della posizione dei nostri lavoratori in Svizzera: primo fra tutti quello del più ampio riconoscimento dei diritti dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie, attraverso l'adozione di misure che consentano un migliore inserimento degli immigrati nel tessuto sociale, politico ed economico della Confederazione, assicurando ad essi lo esercizio più completo delle libertà sindacali e politiche ».

Il sottosegretario agli esteri Granelli, dopo aver ricordato che il governo italiano si è astenuto dall'intervenire pubblicamente pur non mancando di far presente il proprio punto di vista, ha detto che « la Svizzera ha confermato l'immagine di un Paese dalle frontiere aperte » e che bisogna « operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile tra lavoratori di diversa origine ». « Siamo contenti come italiani ed europei », ha aggiunto.

Granelli ha sottolineato infine che l'Italia, in occasione della prossima conferenza nazionale dell'emigrazione che avrà luogo a Roma in dicembre, aumenterà i suoi interventi a sostegno dei nostri emigrati.

Gli immigrati restano Irrisolti i loro problemi

Il largo consenso (66 per cento dei votanti) alla permanenza di oltre un milione e trecentomila stranieri evidenzia l'impossibilità degli svizzeri di poter far fronte da soli alle necessità produttive della Nazione - I lavoratori italiani interessati all'esito delle votazioni erano oltre cinquecentocinquanta mila - Gli xenofobi nettamente sconfitti si preparano ad una nuova prova

IL SIGNIFICATO DEL REFERENDUM IN SVIZZERA

Gli immigrati restano Irrisolti i loro problemi

L'iniziativa xenofoba tendente ad ottenere l'espulsione di altri cinquecentomila lavoratori stranieri è stata respinta dai cittadini elvetici con il 66% di voti contrari. Le valutazioni di Tremaglia, Segretario generale dei Comitati Tricolori per gli Italiani nel mondo e di Mantucci rappresentante della Cisl nel Comitato Organizzatore della Conferenza Nazionale dell'Emigrazione. (In 7° pagina).

(Nostro servizio partecolare)

ZURIGO, 21. — Con 1.689.870 «no» contro 878.739 «si» i cittadini elvetici hanno respinto la proposta xenofoba di espellere in tre anni oltre mezzo milione di lavoratori stranieri. Il popolo svizzero nella sua stragrande maggioranza non ha voluto disbruggere in trentasei mesi quanto ha conquistato, unitamente ai lavoratori stranieri, dal 1950 ad oggi. La Svizzera, inoltre, si è rifiutata di sottoporsi al giudizio del consenso internazionale, espellendo ogni giorno

economica del paese, tradotta in cifre, sarebbe costata decine di milioni di franchi. Il tema, in termini strettamente economici, era questo: più macchine meno lavoratori stranieri. La Svizzera non può permettersi uno sforzo del genere e quindi il successo del «no» deve intendersi come una accettazione di una realtà di fatto che non può essere mutata senza mettere in crisi la confederazione. A queste considerazioni si sono aggiunte quelle sulla opportunità politica del provvedimento e infine la necessità di non fornire pretesti a coloro i quali considerano la Svizzera una specie di oasi valutaria.

Il problema tuttavia è lungi dall'essere risolto. Chiuso il capitolo del referendum proposto da Valentin Oehet, si aprirà quanto prima quello di un nuovo braccio di ferro proposto questa volta da quel James Schwarzbach che se si è dichiarato contrario all'iniziativa del suo «discepolo» non ha rinunciato ai suoi obiettivi.

E' comunque prematuro affrontare questo argomento. Per ora vi è da sottolineare che la stampa svizzera si era dichiarata sconcerata per l'atteggiamento di assenteismo assunto dall'Italia, un atteggiamento in netto contrasto con quello spagnolo.

Il giornale *Tages-Anzeiger* di Zurigo scrive stamane che il governo

di Madrid aveva già preso da alcune settimane dei provvedimenti per il riassorbimento della manodopera spagnola che nell'eventualità di un successo degli xenofobi sarebbe stata costretta a rientrare in Spagna.

Il sottosegretario agli Esteri Granelli, probabilmente troppo impegnato dai vari festivali dell'Unità, non ha ritenuto di spendere una parola in favore dei nostri emigrati. A risultato acquisito, ha motivato il suo atteggiamento attribuendolo ad una forma di cortesia e di opportunità politica non essendo corretto interferire in questioni interne di altri paesi.

Se il principio è corretto, la sostanza del problema imponeva come impone una presa di posizione se non a livello ufficiale almeno a livello riservato dal momento che il lavoro degli emigrati italiani ha grandemente contribuito alla creazione del benessere degli elvetici.

Erano state predisposte misure in

LA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ministero degli Affari Esteri



27-X-54

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritagliato dal Giornale

Le valutazioni del MSI-DN, del CIM e della CISNAL

TREMAGLIA: una scelta di civiltà

Mirko Tremaglia, Segretario generale del Comitato tricolori per gli Italiani nel mondo, ha espresso viva soddisfazione per il risultato del referendum in Svizzera, che ha visto la vittoria della stragrande maggioranza dei cittadini elvetici contro la proposta xenofoba che avrebbe in parte colpevole colpito i nostri emigrati.

« Si è trattato — ha rilevato l'on Tremaglia — di una scelta di civiltà e del riconoscimento del lavoro e del contributo che i lavoratori stranieri danno allo sviluppo della vicina confederazione. È finito così un incubo ed è tornata la serenità tra i nostri connazionali. Non bisogna dimenticare ora però che vi sono vasti e gravi problemi che debbono essere risolti per la cui soluzione

ancora una volta invitiamo il governo italiano a muoversi. Stabilito che più di 600 mila nostri lavoratori non possono essere cacciati dal territorio della confederazione elvetica, che anzi essi sono necessari all'economia di quella nazione, è indispensabile intervenire perché essi possano vivere in condizioni più giuste e più umane ».

« Tra questi problemi — ha sottolineato Tremaglia — vanno subito affrontati e regolarizzati, per giungere finalmente a conclusioni definitive, quel della parità di trattamento, quelli della sicurezza sociale, della cultura e della scuola e degli alloggi, con spirito di amicizia, ma con precisa determinazione; così come occorre decidere per la tutela dei lavoratori stagionali e frontieraieri ».

MARUCCI: chiedere a Berna l'apertura delle trattative

Giuseppe Marucci, rappresentante della CISNAL nel Comitato Organizzatore della Conferenza Nazionale dell'Emigrazione, ha rilasciato la seguente dichiarazione:

« Il risultato del referendum contro gli stranieri sta a dimostrare che il popolo svizzero, nella sua grande maggioranza, considera i lavoratori immigrati come una componente essenziale ed insostituibile della Confederazione ».

A tale riguardo è importante il fatto che, anche i Cantoni dove si erano verificate clamorose manifestazioni di xenofobia, hanno detto NO all'iniziativa.

A battaglia finita, è legittimo formulare l'augurio che si chiuda la campagna diffamatoria che si era scatenata prima delle elezioni contro gli stranieri.

L'esito del referendum deve servire anche a favorire la soluzione dei problemi pendenti fra l'Italia e la Svizzera in materia di emigrazione, che erano stati lasciati in sospeso per evitare le reazioni dei sostenitori dell'iniziativa.

Spetta quindi al Governo italiano avanzare a Berna la richiesta di apertura delle trattative per affrontare e risolvere questi problemi con spirito di giustizia ».

I commenti della stampa elvetica

GINEVRA, 21 — La stampa xenofoba, che la Svizzera registra dagli anni sessanta.

« Un milione di stranieri vivono no fra di noi: non rimane alla Svizzera che provare di volere costruire con essi un avvenire comune », conclude « La Suisse ».

Nel suoi commenti la stampa svizzera non manca tuttavia di porre in rilievo la necessità di eliminare ora le insoddisfazioni e le amarezze emerse nel corso della campagna referendaria. Per « La Tribune de Genève » è necessario curare ora le ferite, pensare anche a coloro che hanno lavorato senza sentire i benefici del benessere economico, alle regioni più povere che costituiscono il « terzo-mondo » della Svizzera.

Per il « Journal de Genève » è necessario che gli ambienti politici, economici e professionali, accettino la sfida degli xenofobi, utilizzando lo choc dell'avvenimento per una rigenerazione in profondità della fiducia e della solidarietà nazionale, mentre il governo, forte dell'unanimità ottenuta, dovrà proseguire la sua politica di stabilizzazione della popolazione straniera, senza debolezze ma senza tensione.

Il rigetto del progetto di espulsione di 500.000 stranieri in tre anni non deve far dimenticare, sostiene la « Basler Nachrichten » di Basilea, che numerosi svizzeri hanno votato in suo favore, né si deve dimenticare la « grande paura » che ha scosso il paese e che ha minacciato di dividerlo, ma bisogna ricercare le cause provvedendo ad eliminare il più rapidamente possibile, affinché una situazione di genere non debba più ripetersi.

Per « La Tribune de Genève » è necessario curare ora le ferite, pensare anche a coloro che hanno lavorato senza sentire i benefici del benessere economico, alle regioni più povere che costituiscono il « terzo-mondo » della Svizzera.

Per il « Journal de Genève » è necessario che gli ambienti politici, economici e professionali, accettino la sfida degli xenofobi, utilizzando lo choc dell'avvenimento per una rigenerazione in profondità della fiducia e della solidarietà nazionale, mentre il governo, forte dell'unanimità ottenuta, dovrà proseguire la sua politica di stabilizzazione della popolazione straniera, senza debolezze ma senza tensione.

Il rigetto del progetto di espulsione di 500.000 stranieri in tre anni non deve far dimenticare, sostiene la « Basler Nachrichten » di Basilea, che numerosi svizzeri hanno votato in suo favore, né si deve dimenticare la « grande paura » che ha scosso il paese e che ha minacciato di dividerlo, ma bisogna ricercare le cause provvedendo ad eliminare il più rapidamente possibile, affinché una situazione di genere non debba più ripetersi.

favore dei lavoratori che sarebbero stati espulsi in caso di affermazione degli xenofobi? Oppure il problema sarebbe stato risolto nel rispetto delle regole applicate al tempo del rientro in Italia degli italiani espulsi da Gheddafi?

La questione dei lavoratori italiani in Svizzera deve essere, ora, affrontata, in termini concreti, così come hanno richiesto il Segretario generale del Comitato Tricolori ed il rappresentante della CISNAL, nel Comitato organizzatore della Conferenza Nazionale dell'Emigrazione.

La maggiore ostilità nei confronti degli italiani residenti in Svizzera proviene dagli ambienti social-comunisti. A Zurigo, in particolare, e in tutte le altre città industriali elvetiche, sono stati gli ambienti di sinistra ad appoggiare l'iniziativa xenofoba. La stampa di sinistra italiana tenta di contrabbandare l'iniziativa di Oehen come un « rigurgito » di destra. È un meschino tentativo di mascherare un insuccesso della sinistra, ma se anche, formalmente e non sostanzialmente, si trattasse di una iniziativa di estrema destra svizzera, è un'estrema destra da condannare moralmente senza appello, così come l'hanno condannata in sede di referendum i cittadini elvetici.

In certi ambienti elvetici si sostiene questa tesi: gli svizzeri con il voto di sabato e domenica hanno salvato il loro benessere, tutelato il loro prestigio e salvaguardato il futuro dei lavoratori stranieri. La gerarchia dei valori in gioco è estremamente indicativa. Spetta all'Italia ora intervenire affinché la tutela degli immigrati si concretizzi e non sia sottoposta a movimenti sussultori degli xenofobi di turno. I lavoratori italiani residenti in Svizzera e i pendolari sono un patrimonio che merita una difesa molto più qualificata

PAOLO RIZZA

Cacciati No stangata Sì

Gli svizzeri — anche se non lo sanno o non lo vogliono ammettere — devono molto agli immigrati. Tra l'altro questa domenica di passione politica.

Poiché non è stata la solita votazione per sapere se si può o costi troppo. Cioè una consultazione da assemblea degli azionisti. Nel paese dove la politica è il pareggio del bilancio sono circolate le idee. C'era ben chi voleva limitarsi a far di conto. Ma dietro le cifre c'erano degli uomini, delle donne e dei bambini, e il «referendum» ha inevitabilmente assunto dimensioni umane.

Gli svizzeri hanno la scheda facile. Ma mai una votazione fu tanto appassionata, e passionale, e il suo risultato incerto, e per finire inequivocabile.

Il 20 ottobre è stato così una brutta domenica soltanto per via del tempaccio. E neppure un giorno tanto lungo. I risultati sono arrivati prima del previsto, verso le 14, e parlavano subito chiaro: l'iniziativa dell'azione nazionale contro l'inforestierimento e la sovrappopolazione è stata respinta a forte maggioranza. 66 per cento di «no» contro il 34 per cento di «sì». Quattro anni prima, quando si votò sull'identico argomento, gli antistranieri rappresentarono il 48 per cento dei votanti.

Oltre allo scarto netto e al calo dei voti xenofobi, fanno sensazione il rifiuto da parte di tutti i cantoni e il sensato voto femminile. Il pasticciaccio di Schwarzenbach piacque alla maggioranza dei cantoni di Berna, Lucerna, Svitto, Uri, Obwaldo, Nidwaldo, Friburgo e Soletta. Queste regioni contadine e a maggioranza cattolica si sono ravvedute e han-

no risposto picche a Valentin Oehen. Abituati a considerare le donne come oggetti più o meno leggiadramente decorati da una testa, strettamente riservata ai belletti e alle banalità, gli svizzeri temevano il voto delle donne. Quando ci provò Schwarzenbach non votavano ancora. Peccato, poiché sono state proprio le svizzerotte che hanno stangato Oehen. La votazione del 20 ottobre ha confermato che l'«Überfremdung» non solo si lascia mal tradurre in francese e in italiano (che brutto il termine di «inforestierimento»), ma nelle regioni latine non fa neppure paura.

I meno-antistranieri, infatti, si sono dimostrati i romandi e i ticinesi. In questi cantoni solo un elettore su quattro ha approvato l'iniziativa.

Il primato del «no» spetta a Ginevra, ed è un fatto consolante. Qui infatti sono attivi gli antenati dei movimenti xenofobi, i «vigilants». Inoltre Ginevra era un caso a sé. Avrebbe potuto ospitare più del doppio degli stranieri tollerati negli altri cantoni, siccome sede di organizzazioni internazionali. Il trucco c'era, ma il gioco non è riuscito.

Notevole lo scarto fra no e sì anche nei Grigioni e in Ticino, ossia nella Svizzera italiana. La classifica dei cantoni me-

no-antistranieri e, forse, proprio per questo più svizzeri, è la seguente: Ginevra, Ticino, Vaud, Neuchâtel, Grigioni, Vallese, e Turgovia. Qui i «no» superano il 70 per cento. Il premio di consolazione per l'azione nazionale è venuto da Uri, Svitto, Basilea-città, Berna e Appenzello-interno: in questi cantoni e semicantoni l'iniziativa è stata accettata da più del 40 per cento dei votanti, una percentuale superiore alla media nazionale.

Un po' per scaramanzia, un po' per rispetto al buon senso, abbiamo sempre puntato sulla vittoria del «sì».

Abbiamo azzardato perfino un 6 a 4. Ma questo quasi 7 a 3 nessuno se lo aspettava.

E' una stangata che fa bene al cuore. Gli immigrati, dopo i momenti di ansia, hanno disfatto le valige. Gli svizzeri hanno evitato la vergogna e il disastro. L'emigrazione vergognosa e incerta rimane.

D. R.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Agencia Ansa* di *Roma* del *25-11-*

ester
restrizioni all'immigrazione nel Canada -

(ansa-afp) - Ottawa, 23 ott - il governo canadese ha annunciato che le persone che desiderano immigrare nel Canada saranno soggette a norme più severe destinate ad equilibrare il numero di immigranti in funzione della situazione dell'occupazione nel Canada.

I candidati all'immigrazione dovranno dimostrare di avere un posto di lavoro già riservato per loro nel Canada. La prova d'impiego sarà considerata valida soltanto se sarà stabilito che per lo stesso impiego non è disponibile alcun residente canadese.

Il ministro canadese per l'immigrazione Robert Andras ha dichiarato che tali norme, che entrano in vigore immediatamente, non si applicano a persone che raggiungano in Canada parenti già ammessi nel paese come immigranti.

nel mettere in rilievo la necessità di una nuova regolamentazione, Andras ha dichiarato: "il governo darebbe prova d'incoscienza se ammettesse un numero di immigranti superiore a quello che il paese può ricevere mentre per loro le condizioni di vita essenziali, come l'occupazione, l'alloggio e i servizi sociali, rischierebbero di diventare carenti".

Il ministro ha ricordato che negli ultimi mesi il numero degli immigranti è aumentato considerevolmente: da gennaio a giugno di questo anno il numero delle persone desiderose di immigrare nel Canada è stato superiore del 48 per cento rispetto al 1973. Egli ha aggiunto che al ritmo attuale più di 200.000 immigranti saranno ammessi entro la fine di questo anno.

Andras ha indicato che nel quadro di colloqui col governo regionale del Quebec vengono presi in considerazione mezzi per incoraggiare l'immigrazione di persone di lingua francese. I

h 0758/bon

nnnn

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Espresso

di

Roma

del

23-10-

situazione sociale nella rft

(ansa) - Bonn, 23 ott - duecentotrentamila lavoratori stranieri rischiano nei prossimi mesi di essere espulsi dalla Germania occidentale, lo sostengono oggi fonti ufficiali

precisando che - data la previsione di un milione di disoccupati nei prossimi mesi - dovranno essere allontanati dalla rft tutti coloro che non hanno un regolare contratto di lavoro, gli "illegittimi" erano stati finora piu' che tollerati dalle industrie e dai cantieri edili tedesco-occidentali perche' risparmiavano il pagamento dei contributi sociali previsti dalla legge, quindi, quanti essi siano non si e' mai saputo con precisione, alcuni parlano addirittura di quasi un milione di persone, si tratta soprattutto di turchi, nordafricani, spagnoli e perfino sudcoreani che accettano qualunque condizione di lavoro.

il problema degli "illegittimi" e' tornato improvvisamente di attualita' - oggi se n' e' occupato addirittura il ministro dell'economia Hans Friedrichs - dopo la previsione dei cinque maggiori istituti di ricerca economica del paese secondo i quali nei prossimi mesi il numero dei disoccupati nella rft dovrebbe raggiungere la cifra di un milione, una previsione contestata dai sindacati e dalla presidenza del partito socialdemocratico - che l'hanno definita "falsa e tendenziosa" - ma che, comunque, ha suscitato enorme impressione nell'opinione pubblica.

i sindacati hanno in particolare sottolineato che questi dati sono stati resi pubblici proprio alla vigilia dei rinnovi annuali dei contratti di lavoro, rinnovi per i quali la base operaia chiede molto di piu' di quel dieci per cento ipotizzato come limite massimo dal modello di sviluppo governativo, dagli industriali e dai cinque istituti di indagine economica, e' certo comunque che per riassorbire l'indice di disoccupazione la rft ha a disposizione oltre tre milioni di lavoratori stranieri, un "cuscinetto" che permette di non riversare - almeno per ora - sulle spalle dei lavoratori e dei datori tedesco-occidentali i costi della crisi economica, gli "illegittimi" - occupati soprattutto nei cantieri edili e nei lavori piu' pesanti dell'industria - sembra non siano, come detto, oltre un milione di persone; se tanti lavoratori fossero allontanati dal paese, la rft potrebbe affrontare la crisi invernale senza gravi contraccolpi politici, in questa situazione gli "illegittimi" - finora come detto sopportati - verranno improvvisamente sottoposti, come stasera commenta la radio federale, ad una vera e propria "caccia all'uomo".

h 1845-bt/sil

nnnn

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

agenzia ANSA

di

Roma

del

23-X-70

ester
dopo rigetto iniziativa "antistranieri" in svizzera

(ansa) - ginevra, 23 ott - roma non deve farsi eccessive illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti con la svizzera dopo il rigetto dell'iniziativa "antistranieri" di domenica scorsa: il peggio è stato evitato e la svizzera potrà mantenere i suoi precedenti impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia.

in tal senso - riferisce oggi il giornale "la suisse" - si sono espressi a berna competenti ambienti del governo federale, in una indiretta risposta alle dichiarazioni fatte da giovanni falchi, responsabile della direzione generale dell'emigrazione al ministero degli esteri italiano, all'invio a roma del quotidiano ginevrino. nella intervista falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione, e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).-

h 1241/mo

segue

nnnn

dopo rigetto iniziativa "antistranieri" in svizzera (2)

(ansa) - ginevra, 23 ott --

da parte loro le autorità federali - riferisce "la suisse" - giudicano inopportuno indicare una data per la ripresa dei colloqui e prematuro stabilire un calendario soltanto due giorni dopo il rigetto dell'iniziativa anti-stranieri. a berna non si vuole dare risalto alla commissione mista, che si considera come un mezzo di discussione fra gli altri, e si insiste piuttosto sul valore dei gruppi di lavoro incaricati di specifici problemi. si desidera infine evitare che i prossimi negoziati (a berna si riconosce che il dialogo debba essere ripreso) siano politicamente troppo pesanti.

pertanto - scrive sempre "la suisse" - quale che possa essere la buona volontà della svizzera, l'italia non deve farsi eccessive illusioni sui prossimi negoziati. questo secondo il giornale si afferma a berna, nel sottolineare i seguenti punti di riferimento della posizione elvetica: 1) sul piano quantitativo la svizzera resterà rigida, ne sono da escludere misure più restrittive per poter raggiungere più rapidamente l'obiettivo della stabilizzazione; 2) sul piano qualitativo (miglioramento delle condizioni di vita degli immigrati) tutti i progressi possibili saranno presi in consi-



Ministero degli Affari Esteri

2

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

Ritaglio

garanzia, ma i negoziati bilaterali non potranno giungere se non a risultati consentiti dalla legislazione interna. La questione dell'assicurazione malattia e di disoccupazione devra' infatti essere sottoposta all'esame della legislazione elvetica, mentre l'abolizione dello statuto degli stagionali devra' attendere una eventuale revisione della legge federale sul soggiorno e la residenza degli stranieri. un gruppo di

esperti lavora a questa revisione, mentre Berna si sforza attraverso altri canali di migliorare le condizioni degli stagionali attribuendo a parte di loro, come gia' e' stato fatto, lo statuto di lavoratori annuali.-

h 1306 ph/ne

mana

Zeze

- R. 17

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritagliato dal Giornale

Il Giorno

di

Milano

del

23/10/74

INCONTRI CON GLI ITALIANI «INSABBIATI» IN ETIOPIA

Un bolognese nel deserto si sente a casa propria

La storia di Archimede, anziano padrone di un ristorante al confine tra l'Eritrea e il Sudan, dove da 10 anni si combatte - Già vecchio provò a tornare in patria: ma non seppe più resistere alla nostalgia - Dice: « In Italia c'è troppo rumore »

dal nostro inviato
FRANCO PIERINI

ADDIS ABEBA, ottobre

Si chiama Archimede e tutti lo conoscono con questo nome. Il suo cognome non importa. L'ho conosciuto anni fa, ora sembra un secolo per le tante cose che nel frattempo sono accadute in Etiopia. Mi era rimasto impresso come un personaggio straordinario, di quelli che sembrano di fantasia e invece sono verissimi. Uno degli italiani da quarant'anni in Etiopia come tanti altri. Archimede è il padrone di un alberghetto con ristorante in un posto che sembra inventato: si chiama Tessenet, al confine fra l'Eritrea e il Sudan, più vicino alla mitica Kassala che ad Asmara, in fondo al Bassopiano, un deserto dove da oltre dieci anni si combatte una delle più disperate guerre del mondo, fra etiopici e guerriglieri eritrei.

Nel 1968 o nel 1969, non ricordo bene, conobbi Archimede nel suo ristorante che governava con lo stile di un pascià. Lui non faceva niente, passava il tempo a giocare a carte con quelli che capitavano lì e ogni tanto si voltava verso la cucina per ordinare alla moglie, bolognese come lui, di portare da bere e da mangiare. C'era il coprifuoco, allora come oggi, a Tessenet, per via della guerriglia. Ma lì, se non fosse stato per le facce scure dei

sudanesi e per i camionisti bianchi di molti clienti, si poteva pensare d'essere in un posto alla periferia di Bologna. Pochi facevano caso al fatto che Archimede non conosceva quasi una parola di arabo o di tigrino, le due lingue parlate da quelle parti. Lui usa l'ecoliano con tutti: « Té, brota facia negra zoga bén... », grida ogni tanto al compagno di tressette, un commerciante arabo che evidentemente capisce benissimo il bolognese.

A Tessenet i camion e le corriere arrivano scortati dalle jeep del « commando » etiopici per timore degli attacchi dei guerriglieri, ma una volta dentro l'alberghetto di Archimede ci si sentiva al sicuro, anche se tutto intorno succedeva, allora come oggi, il finimondo. Non si sa ancora quanti morti sia costata questa povera guerra di poverissima gente che vuole la sua indipendenza dall'impero etiopico.

Adesso sono qui dopo che è caduto, detronizzato impietosamente, il vecchio Negus. Si parla di tante cose in questo periodo, anche del tipo di rapporto specialissimo che gli italiani hanno con l'Etiopia e con gli etiopici. Sempre ci si potrebbe domandare perché mai gli italiani proprio in quest'Africa si sono venuti a cacciare e non in un'altra Africa. E a me viene fatto di raccontare di Archimede e del suo alberghetto di Tessenet, così lon-

tano da Addis Abeba. Dico dell'impressione che m'aveva fatto quest'uomo così inserito nell'ambiente sperduto al limite del Bassopiano eritreo, sul confine con il Sudan. Un incredibile personaggio, che ospitava gli ufficiali etiopici del « commando » che davano la caccia alla guerriglia e che conosceva anche i capi della guerriglia. La sua locanda era una specie di terra di nessuno dove si parlava bolognese e si ignorava la guerra.

« Ma come fa a conoscere Archimede? », mi domanda pieno di sorpresa un italiano che viene dall'Eritrea e che ora fa il dirigente amministrativo di un'impresa petrolifera di Addis Abeba. Così ho saputo la parte che non sapevo della storia di Archimede, l'uomo di Tessenet, un italiano insabbiato in Africa come tanti altri. Ho saputo che Archimede ha avuto la sua crisi di nostalgia, fomentata dalla moglie che voleva tornare per sempre a Bologna e ogni giorno gli diceva: « Quando torniamo in Italia? ». Un bel giorno Archimede chiuse la baracca a Tessenet, affidò l'alberghetto a un suo uomo di fiducia e partì per l'Italia. Era la fine di una lunghissima esperienza africana durata ininterrottamente dal 1937 al 1972, trentacinque anni. Un buon gruzzolo in dollari da parte e una quiete vecchiaia assicurata.

Archimede con la moglie arrivano in Italia, si sistemano vicino a Bologna, ritrovano parenti e antichi amici, diventano una coppia di vecchietti come tanti altri, pen-

sionati agitati ancora vispi e giovanili. « L'Africa mantiene giovani », racconta al caffè di Casalecchio Reno il reduce dall'Etiopia. Hanno avuto le provvidenze per i profughi: 500 mila lire in contanti, il viaggio gratis, un sussidio per tre mesi. Se volesse, Archimede potrebbe usare la sua licenza etiopica di albergatore per aprire un locale in Italia. Ma lui vuol guardarsi intorno e comincia a girare di qua e di là per l'Italia, prima di decidere.

Un bel giorno Archimede dice alla moglie: « Devo fare un viaggio a Roma per sentire di certi affari; starò via un paio di settimane ». E parte da Bologna, lasciando la sua compagna affidata a parenti ed amici. Quand'è a Roma, Archimede mette in pratica il suo piano da tempo maturato durante il brevissimo soggiorno in Italia. Va all'Ethiopian Airlines.



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RACCONTO

VII

Ritaglio dal Giornale

..... del

compra un biglietto Roma-Asmara e una sera parte. All'alba, mentre la luce da oriente colora di rosa le montagne dell'altipiano, l'aereo scende sulla pista in discesa dell'aeroporto di Asmara intitolato a Joannes, Archimede, per la prima volta da quando è partito da questo stesso aeroporto, si sente a casa sua.

Tessenei è laggiù, in fondo al Bassopiano, a più di cento chilometri, ma prima di lasciare Asmara il vecchio manda un telegramma a Casalecchio, alla moglie: «Quando vuoi, se vuoi stare con me, vieni a Tessenei. Ti aspetto...».

La moglie di Archimede al principio si è impuntata. Ha detto di no. Ha fatto sapere che Archimede è un vecchio pazzo, tornato nel deserto del Bassopiano perchè non può fare a meno delle giovani «sciarmutte», le ragazzine di

facili costumi. Ma lei sa che non è così. Alla fine è tornata anche lei a Tessenei, e ora tutto è come prima. Il vecchio Archimede passa le sue giornate a fare il pascià, la moglie lavora in cucina, un nugolo di ragazzini servono a tavola tagliatelle e bistecche di gazzella. Alla fine della settimana arrivano con i piccoli aerei da turismo i ricchi italiani di Asmara che vanno a caccia da quelle parti e Archimede si sente al centro del mondo in quel posto sperduto tra la sabbia, dove alle nove di sera c'è il coprifuoco e a mezzanotte il vecchio motore diesel che genera la corrente viene spento. Allora arriva un grande silenzio su Tessenei. Solamente ogni tanto qualche sparo lontano. Ma il vecchio Archimede, insabbiato in fondo al Bassopiano, non li sente, dorme. Dice che è tornato perchè in Italia non riusciva a dormire: «C'è troppa gente che fa rumore», ha detto.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Stampa

di

Torino

del

23-X

I tedeschi ottimisti

Non credono al milio- ne di disoccupati

Bonn, 22 ottobre.

(t.s.) La maggior parte dei tedeschi — a cominciare dai partiti di governo e dai sindacati — non crede alla allarmante previsione di un milione di disoccupati per il prossimo inverno in Germania, fatta ieri dai cinque principali Istituti di ricerca economica del Paese. Un sondaggio fatto dall'Istituto Wickers, di Tubinga, ha rivelato che la popolazione è relativamente ottimista: il 49 per

cento degli interrogati crede che i disoccupati saranno meno di un milione, il 29 per cento si fida della previsione degli esperti, il 15 per cento teme che i senza lavoro potranno essere più numerosi.

La Borsa delle valute non ha reagito alle previsioni sul milione di disoccupati, il cambio del dollaro è rimasto immutato rispetto a ieri, la Borsa si è mossa in direzione opposta alle previsioni, quasi tutti i titoli si sono consolidati, in particolare quelli delle banche e dei grandi magazzini.



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *La Stampa* di *Torino* del *23-X*

Una lettrice di scrive da Stuttgart:

« Io sono un'emigrata in Germania da molti anni e ho smesso da lungo tempo di pensare che i nostri parlamentari — così solerti nell'affrontare lunghi viaggi in concomitanza delle elezioni in Italia (poverini, qualche volta dormono nelle baracche dei nostri edili per sollecitare il voto per se o per il partito che rappresentano) — pensino a proporre nuove leggi per salvaguardare il posto di lavoro almeno all'estero visto che in Italia il Paese che ci ha partoriti non ha posto per noi.

« Caro signore che scrive da Ginevra, non è a Dio che ci dobbiamo raccomandare né agli amici svizzeri o tedeschi ma confidare sulle nostre capacità lavorative e cercare di dare un volto migliore all'Italia. Io personalmente mi sono vergognata più di una volta di essere italiana e non certamente perché la nostra nazionale di calcio è stata eliminata dalla Coppa del mondo. Auguro al giornale che leggo giornalmente anche se ora devo pagare D.M. 1,20, tanta fortuna unitamente ai miei saluti ».

Lucia Cavicchioli

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Corriere d'Italia di Francoforte del 24-X-74

In margine alla Fiera internazionale del libro

Libri e emigrati

La lega degli editori democratici s'impegna per un'azione culturale in favore dei lavoratori italiani all'estero

In occasione della fiera internazionale del libro che si è svolta a Francoforte la settimana scorsa e alla quale hanno partecipato quasi tutte le case editrici italiane, c'è stata una riunione degli "editori democratici" per iniziativa

del console italiano di Francoforte, Vianello Chiodo, per avviare un colloquio sull'emigrazione.

La "lega degli editori democratici" era nata l'anno scorso proprio qui alla fiera di Francoforte per interessamento di tre

editori, fra cui Guaraldi. Lo scopo era quello di riunire tutti quegli editori che dal tempo delle rivolte studentesche del 1969 e, delle conquiste dei lavoratori si erano impegnati editorialmente a sostenere questa lotta politica di rinnovamento. L'editore Guaraldi ha sottolineato con soddisfazione il successo dell'iniziativa che ha raccolto intorno a sé tutte le case editrici "più impegnate".

Il colloquio sull'emigrazione convocato alla fiera del libro dal console di Francoforte, ha riunito una ventina di editori. È risultato un tema nuovo, che ha trovato impreparati la maggior parte degli intervenuti. Mentre l'editoria tedesca può contare già circa seicento titoli che riguardano i problemi dell'emigrazione, in Italia non si raggiunge la decina. Scopo primario dell'incontro alla Buchmesse era quello di suscitare l'interesse degli editori a pubblicare libri che parlino dell'emigrazione all'estero. Si tratta di contribuire all'informazione dell'opinione pubblica italiana.

Il contributo degli "editori democratici" agli emigrati va anche in un'altra direzione. Il console ha chiesto alle case editrici presenti di agevolare la diffusione della lettura e dell'infor-

mazione tra gli emigrati stessi. Si tratta qui non solo di inviare libri omaggio (spesso fondi di magazzino invenduti, come ha precisato un editore), ma di impegnarsi ad aprire centri di vendita, che allo stesso tempo diventino centri di lettura dove l'emigrato viene giudicato alla scelta del libro. Il problema non è di facile soluzione e rimane la difficoltà di fondo: l'emigrato non è, normalmente, abituato a leggere, e rimane così doppiamente emarginato.

Zambon, che ha aperto recentemente un centro di vendita a Francoforte, appoggiato dalla casa editrice "Più libri", ha dichiarato di avere constatato fra gli emigrati questo bisogno di leggere. Un bisogno che finora né le autorità italiane né quelle tedesche hanno saputo soddisfare. Zambon ha parlato infine delle difficoltà e dei pregiudizi incontrati negli ambienti italiani dove ha cercato di far conoscere la sua iniziativa: tutto perché nello stesso catalogo c'è Marx che non va bene ai cattolici e la bibbia che non piace ai comunisti.

L'incontro degli editori democratici si è concluso con l'impegno a far sentire la propria voce alla prossima conferenza nazionale dell'emigrazione. Intanto questo problema sarà messo all'ordine del giorno nella prossima riunione della lega a Roma.

111

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale Herald International Tribune - Parigi del 24-X-74

Canada Tightens Regulations To Stem Flow of Immigration

By Robert Trumbull

OTTAWA, Oct. 23 (NYT).—The Canadian government, concerned over the steeply rising numbers and changing racial patterns in the steady flow of immigrants here, yesterday announced tighter regulations on new entries.

The rules are designed to make it more difficult for a prospective immigrant who does not have a job waiting for him here to qualify for entry. The principal impact is expected to be on the flow of nonwhite immigrants.

The tighter regulations, announced in the House of Commons by the minister of manpower and immigration, Robert Andras, take effect immediately. Mr. Andras said they would apply until new immigration legislation was worked out. An overhaul of immigration policy is expected next year after public hearings.

A significant change in the racial distribution of immigrants, with the number of nonwhites increasing sharply in the last two years, has been much discussed in the press and on radio and television here.

Job Is Necessary

However, the new regulations made employment, not race, the immediate criterion for rejecting applicants for immigration visas.

"Immigrants are applying and arriving in increasing numbers," Mr. Andras said, "at a time when employment levels may well be uncertain, when housing is scarce and expensive and many social services are strained to a critical point. These strains are being

felt particularly in our three major cities, where more than one-half of the immigrants who arrived this year will settle."

With certain exceptions, prospective immigrants are graded under a point system based on education, ability to speak English or French, occupational skills, age, presence of relatives in Canada, availability of employment and the examining officer's personal assessment. An applicant must have 50 out of a total of 100 points to be admitted.

Under the new regulation, an applicant who is unable to prove that he has a job waiting, or a skill that is needed in Canada, will lose 10 points from his total.

Dependents Exempted

Dependents joining families here are exempted from the points requirement, and remain unaffected by the new law. So are "refugees, victims of oppression or cases where other humanitarian considerations apply," the minister said.

Mr. Andras pointed out that the 104,080 immigrants admitted during the first six months of 1974 represented an increase of almost 47 per cent over the number admitted in the first half of 1973, and 92 per cent more than in the corresponding period of 1972.

From 1970 to the end of 1973, the influx from Asia, Africa and the West Indies jumped from 19,042 to 70,781. In the first six months of this year the figure was 38,828.

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale agenzia ANSA di Roma del 26-X-74

✓ ambasciate occidentali e caro-fitti nella rdt

(ansa) - Berlino, 24 ott - continua la silenziosa azione di protesta di molte ambasciate occidentali a Berlino est contro gli esorbitanti affitti stabiliti per gli uffici e le abitazioni dei diplomatici dei "paesi capitalisti".

la protesta consiste nel rifiuto di pagare l'affitto richiesto, limitandosi a dare acconti in attesa di trattative, oppure nel continuare a pagare i fitti inizialmente stabiliti dall'apposito "ufficio servizi per rappresentanze straniere nella rdt". Le quote dei fitti vennero infatti improvvisamente raddoppiate, senza quasi preavviso, nella primavera del 1973, con una apposita legge, il "fatto compiuto" non e' stato accettato da molte rappresentanze diplomatiche in quanto i nuovi fitti superano di gran lunga il livello medio mondiale: 12,50 marchi a metro quadro per le abitazioni e fino a 20-23 marchi a mq per vani adibiti ad ufficio. (il prezzo per i cittadini tedeschi orientali - che naturalmente non fa testo per il caso in questione in quanto e' reso possibile da forti sovvenzioni dello stato - e' di 1 - 3 marchi al metro quadrato).

finora pero' la protesta non ha "commosso" i funzionari del suddetto ufficio, i quali osservano che il livello dei fitti e' dovuto spesso ai forti costi sopportati per lavori di rinnovamento ed adattamento dei vani.

in ogni caso, essi si trincerano dietro il fatto che le quote degli affitti non sono negoziabili in quanto sono state stabilite per legge.-

h 1614/mo
nnnn



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Giornale di Sicilia di Palermo del *21-X*

Dopo il "referendum"

La Svizzera

andrà alle lunghe

con gli immigrati

Ginevra, 23 ottobre

Roma non deve farsi eccessive illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti con la Svizzera dopo il rigetto dell'iniziativa « antistranieri » di domenica scorsa: il peggio è stato evitato e la Svizzera potrà mantenere i suoi precedenti impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia.

In tal senso — riferisce oggi il giornale « La Suisse » — si sono espressi a Berna competenti ambienti del governo federale, in una indiretta risposta alle dichiarazioni fatte da Giovanni Falchi, responsabile della direzione generale dell'emigrazione al ministero degli Esteri italiano, all'inviato a Roma del quotidiano ginevrino. Nell'intervista Falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione, e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Giornale di Sicilia di Palermo del 24-X

È COMINCIATA LA RASSEGNA DEL CINEMA ELVETICO

Alla Biennale l'altra faccia della Svizzera

I film fanno parte del filone che si rivolge ai temi più scottanti - L'emigrazione italiana fra i problemi trattati

Venezia, 23 ottobre. Una rassegna dedicata al «cinema svizzero» è cominciata ieri a Mestre, nell'ambito delle manifestazioni cinematografiche della nuova biennale di Venezia. Gran parte delle pellicole sono completamente sconosciute al pubblico italiano, nonostante che la critica consideri questa cinematografia uno dei fenomeni più importanti del cinema europeo. Sarà, quindi, una pri-

ma occasione, questa veneziana, per valutare le opere dei registi elveticci, a cominciare da «L'invito», di Claude Goretta che sarà distribuito presto in Italia.

I film compresi nella rassegna fanno parte di un unico filone che costituisce una profonda rottura con la produzione commerciale, conservatrice e immobilista e che si rivolge ai temi sociali più scottanti (tra l'altro di grande attualità in questo momento) come quello dell'emigrazione italiana, inserendoli in una demistificazione dell'ideologia svizzera» e «di tutto ciò che di falso, di costretto e di celebrativo — come affermano i registi presenti alla rassegna — sta dietro alla pace sociale di questo Paese.

I drammi, le difficoltà, le umiliazioni di ogni giorno, subite dagli italiani che lavorano in Svizzera, sono documentate in numerose opere: alcune recenti come «Lo stagionale» di Alvaro Bizzarri, altre proposte come novità assolute, e cioè «Cerchiamo subito operai, offriamo...» di Villi Herman. Tra gli altri saranno presentati film di Amman, Schmidt e Tanner.

Per la sezione «Proposte di nuovi film» è stato, intanto, presentata l'opera prima di Mario Brenta, «Vermisat».

Gli emarginati attratti dal miraggio della città, vere e proprie minoranze senza residenza e senza lavoro regolare, costretti a vivere di espedienti, di umiliazioni e di sacrifici: è questo il «piccolo mondo» di «Vermisat».

Brenta, veneziano, già aiuto-regista e sceneggiatore cinematografico e televisivo, ha scritto, a proposito del suo film, che «la prima lettera della storia è che di fronte a un potere, che nelle sue regole è depositario del senso comune della maggioranza, c'è una minoranza che viene per forza esclusa: cui viene fatta naturalmente violenza».

A subire questa violenza è, appunto, Vermisat, un ex contadino calato nella grande città industriale costretto a raccogliere vermi per i negozi di caccia e pesca. Ma l'inverno è sempre più rigido, le acque degli stagni sempre più fredde: a Vermisat non resta che mandare Maria (una prostituta con cui condivide una vecchia baracca) a vendere il proprio sangue ad una clinica privata. Un giorno, però, invece di Maria, arrivano gli infermieri: Vermisat viene ricoverato; ha la tubercolosi. Ora si sente come catturato in un ingranaggio che non riesce a comprendere e crede che i medici vogliano farlo morire.

Diventa difficile emigrare in Canada

Annunciate norme più severe per limitare il flusso in forte aumento

Ottawa, 23 ottobre

Il Governo canadese ha annunciato che le persone che desiderano immigrare nel Canada saranno soggette a norme più severe destinate ad equilibrare il numero di immigranti in funzione della situazione della occupazione nel Canada.

I candidati all'immigrazione dovranno dimostrare di avere un posto di lavoro già riservato per loro nel Canada. La prova d'impiego sarà considerata valida soltanto se sarà stabilito che per lo stesso impiego non è disponibile alcuna residente canadese.

Il ministro canadese per l'immigrazione Robert Andras, che ha reso noto alla Camera dei Comuni le nuove norme, ha dichiarato che queste, che entrano in vigore immediatamente, non si applicano a persone che raggiungano in Canada parenti già ammessi nel Paese come immigranti.

Nel mettere in rilievo la necessità di una nuova regolamentazione, Andras ha dichiarato: « Il Governo darebbe prova d'incoscienza se ammettesse un numero di immigrati superiore a quello che il Paese può ricevere mentre per loro le condizioni di vita essenziali, come l'occupazione, l'alloggio e i servizi sociali, rischierebbero di diventare carenti ».

Il Ministro ha ricordato che negli ultimi mesi il numero degli immigranti è aumentato considerevolmente: da gennaio a giugno di quest'anno il numero delle persone desiderose di immigrare nel Canada è stato superiore del 48 per cento rispetto al 1973. Egli ha aggiunto che al ritmo attuale più di 200.000 immigranti saranno ammessi entro la fine di questo anno.

Andras ha indicato che nel quadro di colloqui col Governo regionale del Quebec vengono presi in considerazione mezzi per incoraggiare l'immigrazione di persone di lingua francese.

In particolare, dai dati statistici ufficiali si ricava che cittadini provenienti dal Regno Unito (Gran Bretagna) ancora una volta hanno superato di gran lunga persone immigrate dal resto del mondo.

Delle 104.697 persone naturalizzate canadesi l'anno scorso, il 25,8 per cento provenivano dalla Gran Bretagna, il 12,7 dall'Italia (nel

1972 erano state il 14,3 per cento), 5 per cento dalla Germania, 4,8 per cento dalla Grecia, 4,7 dalla Jugoslavia.

Immigranti dai Paesi del Commonwealth hanno fornito il 36,9 per cento e i Paesi europei, esclusa la Gran Bretagna, il 46,2 per cento.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

ROMA

di

III
Napoli

del

24-X-74

UN ANNUNCIO DEL GOVERNO

Il Canada chiude all'immigrazione

Chi vorrà trasferirsi nel paese dovrà dimostrare di avere un posto di lavoro

OTTAWA, 24

Il governo canadese ha annunciato che le persone che desiderano immigrare nel Paese saranno soggette a norme più severe, destinate ad equilibrare il numero di immigranti in funzione della situazione dell'occupazione nel Canada.

I candidati all'immigrazione dovranno dimostrare di avere un posto di lavoro già riservato per loro nel Canada. La prova d'impiego sarà considerata valida soltanto se sarà stabilito che per lo stesso impiego non è disponibile alcun residente canadese.

Il ministro canadese per l'immigrazione Robert Andras ha dichiarato che tali norme, che entrano in vigore immediatamente, non si applicano a persone che raggiungano in Canada parenti già ammessi nel Paese come immigranti.

Nel mettere in rilievo la necessità di una nuova regolamentazione, Andras ha dichiarato: «Il governo darebbe prova d'incoscienza se ammettesse un numero di immigranti superiore a quello che il Paese può ricevere mentre per loro le condizioni di vita essenziali, come l'occupazione, l'alloggio e i servizi sociali, rischierebbero di diventare carenti».

Il ministro ha ricordato che negli ultimi mesi il numero degli immigranti è aumentato considerevolmente: da gennaio a giugno di questo anno il numero delle persone desiderose di immigrare nel Canada è stato superiore del quarantotto per cento rispetto al 1973. Egli ha aggiunto che al ritmo attuale più di duecentomila immigranti saranno ammessi entro la fine di questo anno.

Andras ha indicato che nel quadro di colloqui col governo regionale del Quebec vengono presi in considerazione mezzi per incoraggiare l'immigrazione di persone di lingua francese.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Giornale d'Italia di

Roma

del 23/24-X

APPROVATA ALL'UNANIMITA'

Nasce la Consulta dell'emigrazione

Demandate ai Comuni le funzioni amministrative

E' stata approvata all'unanimità la proposta di legge, presentata dall'assessore ai problemi del lavoro Gerardo Gaibisso, che istituisce nel Lazio la «Consulta regionale dell'emigrazione e dell'immigrazione». La nascita del nuovo organismo (cui per il momento la Giunta non ha assegnato che un troppo esiguo stanziamento di fondi) rappresenta per il Lazio un grosso passo avanti nel fondamentale settore dell'assistenza ai lavoratori più disagiati.

La Consulta, costituita allo scopo di assicurare «la tutela morale, l'assistenza materiale e l'elevazione sociale dei lavoratori emigrati all'estero, immigrati interni e delle loro famiglie», ha anche l'importante compito di studiare piani di intervento economico che, agevolando il raggiungimento della piena occupazione, favorisca il rientro nella Regione dei lavoratori costretti ad abbandonare le loro terre d'origine.

Più in dettaglio i compiti della Consulta sono quelli di: esprimere parere sui piani di programmazione regionale e formulare proposte in materia di piena occupazione nella prospettiva del superamento degli squilibri della Regione, del Mezzogiorno e dell'intero Paese, della cessazione del fenomeno e del rientro degli emigrati; proporre alla Giunta provvedimenti ed iniziative tendenti a tutela-

re i diritti degli emigrati e degli immigrati e di mantenere rapporti continui con le loro collettività; studiare il fenomeno nelle cause e negli effetti che determina nell'economia, della vita sociale e nelle condizioni di vita e di lavoro; esprimere un parere sull'utilizzazione dei fondi destinati all'assistenza delle due categorie; promuovere conferenze regionali e locali sui problemi dell'immigrazione e di partecipare alle similari conferenze nazionali; coordinare e proporre soluzioni in merito all'attuazione sul territorio regionale di leggi e provvedimenti a carattere nazionale che recano norme in favore di emigrati ed immigrati; proporre i rappresentanti degli emigrati negli enti ed organismi che di loro si occupano; predisporre provvedimenti rivolti ad assicurare l'effettivo esercizio dei diritti sociali e politici degli emigrati. A parte le importanti incombenze di carattere programmatico e legislativo

affidate alla Consulta, la stessa legge stabilisce i criteri di corresponsione dei contributi regionali.

Tali contributi sono erogati in ordine: al rimborso spese di viaggio e trasporto delle masserizie degli emigrati che, dopo due anni di soggiorno all'estero, rientrano nella regione; all'indennità di prima sistemazione; al concorso per le spese degli emigrati che vogliono ritornare nel Lazio ma che non abbiano alcuna assistenza; ai contributi per le spese ospedaliere e sanitarie degli emigrati e dei familiari sprovvisti di assistenza; ai sussidi straordinari per il rimpatrio delle salme; alle borse di studio per agevolare la frequenza nelle scuole di ogni ordine e grado; ai sussidi straordinari; ai contributi per facilitare il godimento nel Lazio di periodi di ferie.

Inoltre sono previsti contributi «una tantum» o per pagamento degli interessi sui mutui occorrenti per l'acquisto, la costruzione, l'ammodernamento e l'ampliamento di case di abitazione e per l'avviamento di attività commerciali, agricole, artigianali a favore degli emigrati o immigrati che vogliono stabilirsi o ritornare nel Lazio.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Barriere della Sera

di

Milano

del

24-X-74

LE INFLUENZE DELL'AMBIENTE SULLE CAUSE DEL

DISADATTAMENTO

Immigrati - Dal malessere psicologico
alla reale malattia psichiatrica

Essere immigrato significa certamente essere «diverso»: nuovi parametri culturali ed esistenziali, nuovi rapporti comunicativi. Quando questo vivere «diversamente» si pone sotto la dimensione della sofferenza e sconvolge la precaria economia dei guadagni e dei costi umani, si apre una crisi che da lieve disturbo psicosomatico può svolgersi nella spirale di un complesso quadro clinico. E se il migrante non è un «predisposto psicopatologico» nel momento della partenza dalla sua terra, rischia di diventarlo nei momenti di relazione nel luogo d'arrivo: quando appunto prende coscienza della propria «diversità» ed avverte dolorosamente come essa sia connotata con disprezzo da parte degli autoctoni. E' un uomo «vecchio» in un mondo «nuovo» e deve conquistarsi una sorta di «gioventù». La società lo gratifica se riesce ad integrarsi, ma non gli paga il conto della spesa; lo sopporta se si adatta, ma gli rinfaccia costantemente lo scarto che lo separa dalla «norma» locale; lo esclude se reagisce o se si ribella perché non rispetta le regole del gioco.

Dal convegno su «Psicodinamica e Sociodinamica della migrazione interna» svoltosi a Varese e organizzato dall'Amministrazione Provinciale e dall'Ospedale neuropsichiatrico Provinciale, ci si sarebbe aspettato, per la presenza degli psichiatri, un discorso inerente in senso stretto agli aspetti di una psicopatologia clinica specifica del paziente-immigrato, ed invece è stata colta ripetutamente la dimensione sociale e culturale del fenomeno migratorio. E non per un'improvvisa conversione alla sociologia, ma perché la psichiatria ha avvertito che i fenomeni patologici affondano nel più ampio tessuto della relazione uomo-ambiente, scoprendovi una specifica sfera di competenza. Infatti il disturbo ideo-affettivo rimanda ai punti morti e agli assi deformi di una determinata struttura di vita: lavoro, alloggio, linguaggio, famiglia, comunicazione; e il tutto spesso nell'atmosfera di un'ostilità globale che moltiplica gli ostacoli.

Non sono soltanto psico-sociologiche le difficoltà che l'immigrato incontra nel declinare pensiero, affettività e comportamento entro il paradigma della nuova realtà in cui viene a vivere. Il convegno di Varese ha colto anche il versante antropologico della moderna psichiatria. La lettura dello spazio e del

tempo, per l'immigrato, si realizza in maniera differente dai modelli tradizionali. Soprattutto chi proviene da un'area depressa del Sud vede mutare i ritmi ampi del tempo a misura di un mondo agro-pastorale in una dinamica frenetica su cui riesce difficile organizzare la frequenza degli stimoli e il disordine degli avvenimenti.

Muta lo spazio fisico e culturale: ambiente ecologico; topologia della sede di lavoro e d'abitazione, sistema di oggetti; nonché tutto l'habitat mentale ed affettivo. Chi abbandona la campagna per andare a lavorare nel grosso centro industriale avverte che la città, dietro la visto-

sa apparenza di «pubblicità» comunitaria, nasconde in concreto un'incomunicabile privatità.

La dimensione che ne risulta è un'esistenza depotenziata, una zona grigia, un pragmatismo quotidiano banalizzante e umiliante fatto di diminuita autostima, di crisi ipochondriache, di comportamenti reattivi, di nevrosi. E spesso una lotta per ritrovarsi almeno sul punto della «coscienza», per non superare quella soglia che divide il malessere psicologico dalla vera e propria malattia psichiatrica nelle forme più gravi di schizofrenia e di psicosi maniaco-depressiva.

Tutta questa molteplice realtà o rasenta da vicino il patologico o vi introduce pienamente. E quando lo psichiatra fa la diagnosi, prescrive una terapia o redige un certificato di internamento è intervenuto sul destino di un uomo in una fase di difficile reversibilità, per tentare la dubbia ricomposizione di una rottura o per sancire una condanna. La pazzia è un punto d'arrivo, un risultato che invoca una genesi e che ripesca nelle pieghe contorte della vita del migrante le tappe di un cammino di angosce e conflitti irrisolti. Ancora una volta la patogenesi riconduce al flusso e riflusso di un'esistenza continuamente offesa e ripetutamente in perdita.

Giustamente, quando nel convegno di Varese si è voluto fare il punto sui possibili rimedi, si è additato come colpevole il retroterra dei fenomeni devianti che è quello economico e socio-culturale. Conseguenziale, dunque, il rimando a precise responsabilità d'ordine politico. Ed è la terapia stessa che fa, di prepotenza, questo rimando: se anche lo

psichiatra riuscisse a far regredire la malattia fino ad una completa guarigione clinica, l'immigrato verrebbe restituito a quello stesso tessuto socio-culturale ancora avverso, con in più il marchio della degenza ospedaliera.

Ecco perché ogni terapia sanitaria dovrà ispirarsi ad una profilassi e igiene sociale che investono gli indirizzi politici nazionali: disciplina demografica, rete idonea di infrastrutture sociali, sano utilizzo del tempo libero, e soprattutto lavoro a dimensione d'uomo. E per quanto si riferisce al campo più specifico: una moderna organizzazione ospedaliera, specie neuropsichiatrica, una più dinamica struttura assistenziale per il migrante, e una presenza vigile e competente degli operatori psicosociali.

Ma allargando il discorso, il convegno di Varese lancia un monito e un programma: negare la concezione del migrante-produttore per rivendicare la dimensione del migrante-uomo; promozione di un'autentica politica culturale che abbatta gli «stereotipi regionali» col bagaglio di pregiudizi e di ostilità. Una sana igiene mentale e quindi una buona qualità di vita si realizzano quando al migrante è concessa una «diversità» non sofferente ma gratificante. L'obiettivo, rimane quello di una società liberamente comunicante.

Bachisio Bandinu

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

de Fiorino

di

Milano

del

24-X-74

BONN SMENTISCE LE VOCI ALLARMISTICHE

Non aumenterà in Germania il numero dei disoccupati

Il Ministero federale dell'economia ha indirettamente negato valore alle indagini recentemente effettuate da cinque importanti istituti di ricerche economiche che avevano indicato in un milione di disoccupati nel prossimo anno — Previste soluzioni politico-economiche da parte del governo

(Nostro servizio)

BONN, 23

La notizia pessimistica che prevedeva in Germania un aumento notevole della disoccupazione nell'inverno 1974/1975, fino a raggiungere 1 milione di unità, è stata in un certo senso

smentita dal Ministero federale dell'Economia a Bonn. Riportata da diversi giornali, tale notizia infatti si basava sui dati di un'approfondita inchiesta redatta congiuntamente da cinque importanti istituti di ricerche economiche, inchiesta che è stata resa pubblica alcuni giorni fa. Commentando i risultati di tale inchiesta, presso il

ministero dell'Economia è stato osservato che le previsioni, almeno per quanto riguarda la disoccupazione, si basano su presupposti non accertati e non del tutto esatti. Gli economisti che hanno effettuato lo studio sono partiti dalla convinzione che il governo tedesco avrebbe trascurato nei prossimi mesi di adottare speciali provvedimenti per rafforzare la domanda interna, affidandosi soltanto all'espansione programmata derivante dalla riforma fiscale sul reddito e sugli assegni familiari. La situazione del mercato del lavoro, è stato detto da funzionari del ministero, dipenderà invece prevalentemente da ulteriori risoluzioni politico-economiche e, inoltre, dalla rigidità dei mesi invernali.

La relazione dei cinque istituti di ricerche economiche non esclude la necessità di una politica salariale, se le difficoltà di alcuni settori produttivi dovessero peggiorare, in modo che la pressione esercitata dal costo dei salari possa essere alleggerita e le imprese possano potenziare gli investimenti, attualmente ridotti. Sia per gli economisti che per il ministero federale il punto principale della politica congiunturale poggia sulle relazioni reciproche tra imprenditori e sindacati. Per

potenziare gli investimenti è necessario che le imprese abbiano una certa larghezza di finanziamenti.

Il governo federale tedesco, comunicando il 24 settembre i dati orientativi della sua politica economica aveva posto come condizione, come hanno poi confermato gli studi dei cinque istituti, una evoluzione pressoché parallela del reddito lordo proveniente da attività imprenditoriali e di quello da attività subordinata.

L'aumento dei salari non dovrà superare il 10 per cento nel 1975. Se però si prende in considerazione la riforma fiscale riguardante i salari e gli assegni familiari, in media l'aumento del salario orario reale sarà sensibilmente superiore al 10 per cento rispetto a quello del 1974. La relazione dei cinque istituti afferma che gli aumenti dovranno essere rigidamente contenuti e che il proposito del governo di rafforzare la domanda interna per combattere la disoccupazione rappresenterebbe un palliativo di breve durata. La politica creditizia restrittiva dovrà essere comunque proseguita, contigua ancora la relazione, con una certa larghezza di manovra lasciata alla Bundesbank, e su questo punto il ministero federale dell'Economia non ha fatto eccezioni. Secondo la relazione dei cinque istituti, infine, se si terrà conto

dei presupposti indispensabili, il prodotto nazionale lordo dovrà aumentare in Germania del 2,5 per cento nel 1975 e i prezzi al consumo potranno essere contenuti in modo da non superare il 6,5 per cento.

G. B.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

IL MATTINO

di

Napoli

del 24-X-74

Ritaglio dal Giornale

230.000 stranieri rischiano l'espulsione dalla Germania

In pericolo quelli che non hanno contratto di lavoro - Fonti ufficiali della RFT preannunciano un milione di disoccupati ma i sindacati lo contestano

BONN, 23 ottobre

Duecentotrentamila lavoratori stranieri rischiano nei prossimi mesi di essere espulsi dalla Germania Occidentale. Lo sostengono oggi fonti ufficiali precisando che — data la previsione di un milione di disoccupati nei prossimi mesi — dovranno essere allontanati dalla RFT tutti coloro che non hanno un regolare contratto di lavoro. Gli «illegittimi» erano stati finora tollerati dalle industrie e dai cantieri edili tedesco-occidentali che risparmiavano il pagamento dei contributi sociali previsti dalla legge. Quindi, quanti essi siano non si è mai saputo con precisione. Alcuni parlano addirittura di quasi un milione di persone. Si tratta soprattutto di turchi, nordafricani, spagnoli e perfino sudcoreani che accettano qualunque condizione di lavoro.

Il problema degli «illegittimi» è tornato improvvisamente di attualità — oggi se n'è occupato il ministro dell'Economia Hans Friederichs — dopo la previsione dei cinque maggiori istituti di ricerca economica del Paese secondo i quali nei prossimi mesi il numero dei disoccupati nella RFT dovrebbe raggiungere la cifra di un milione. Una previsione contestata dai sindacati e dalla presidenza del partito socialdemocratico — che l'hanno definita «falsa e tendenziosa» — ma che, comunque, ha suscitato enorme impressione nell'opinione pubblica.

I sindacati hanno in particolare sottolineato che questi

dati sono stati resi pubblici proprio alla vigilia dei rinnovi annuali dei contratti di lavoro, rinnovi per i quali la base operaia chiede molto di più di quel dieci per cento ipotizzato come limite massimo dal modello di sviluppo governativo, dagli industriali e dai cinque istituti di indagine economica. E' certo comunque che per riassorbire l'indice di disoccupazione la RFT ha a disposizione oltre tre milioni di lavoratori stra-

nieri: un «cuscinetto» che permette di non riversare — almeno per ora — sulle spalle dei lavoratori e dei datori tedesco-occidentali i costi della crisi economica. Gli «illegittimi» — occupati soprattutto nei cantieri edili e nei lavori più pesanti dell'industria — sembra non siano, come detto, oltre un milione di persone: se tanti lavoratori fossero allontanati dal Paese, la RFT potrebbe affrontare crisi invernale senza gravi contraccolpi politici. In questa situazione gli «illegittimi» — finora come detto sopportati — verranno improvvisamente sottoposti, come stasera commenta la radio federale, ad una vera e propria «caccia all'uomo».

Notizie non rasserenanano continuano intanto ad arrivare dalla Svizzera malgrado la sconfitta degli xenofobi nel recente referendum anti-stranieri. Roma non deve far eccessive illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti: il peggio è stato evitato e la Svizzera potrà mantenere i suoi precedenti impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia. In tal senso — riferisce oggi il giornale «La Suisse» — si sono espressi a Berna competenti ambienti del governo federale, in una diretta risposta alle dichiarazioni fatte da Giovanni Falchi, responsabile della Direzione generale dell'Emigrazione al ministero degli Esteri italiano. Nell'intervista Falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione, e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

Restrizioni all'immigrazione si annunciano anche in Canada. Il governo di Ottawa ha annunciato che le persone che desiderano immigrare nel Canada saranno soggette a norme più severe destinate ad equilibrare il numero di immigrati in funzione della situazione dell'occupazione nel Paese. I candidati all'immigrazione dovranno dimostrare di avere un posto di lavoro già riservato per loro nel Canada.

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Avvenire

di *Milano*

del *24-X-*

IN PREVISIONE DELLA FORTE DISOCCUPAZIONE PREVISTA PER L'INVERNO

Bonn espellerà un milione di stranieri?

Tanti sarebbero i lavoratori «abusivi» finora tollerati nella Germania federale - Protesta dei sindacati

BONN, 23 ottobre
Centinaia di migliaia di lavoratori stranieri rischiano nei prossimi mesi di essere espulsi dalla Germania occidentale. Lo sostengono oggi fonti ufficiali precisando che — data la previsione di un milione di disoccupati nei prossimi mesi — dovranno essere allontanati dalla RFT tutti coloro che non hanno un regolare contratto di lavoro. Gli «illegali» erano stati finora più che tollerati dalle industrie e dai cantieri edili tedesco-occidentali perché risparmiavano il pagamento dei contributi sociali previsti dalla legge. Quindi, quanti essi siano non si è mai saputo con precisione. Alcuni parlano addirittura di quasi un milione di persone. Si tratta soprattutto di turchi, nordafricani, spagnoli e perfino sudcoreani che accettano qualunque condizione di lavoro.

Il problema degli «illegali» è tornato improvvisamente di attualità — oggi se n'è occupato addirittura il ministro dell'economia Hans Friedrichs — dopo la previsione dei cinque maggiori istituti di ricerca economica del paese, secondo i quali nei prossimi mesi il numero dei disoccupati nella RFT dovrebbe raggiungere la cifra di un milione. Una previsione contestata dai sindacati e dalla presidenza del partito socialdemocratico — che l'hanno definita «falsa e tendenziosa» — ma che, comunque, ha suscitato enorme impressione nell'opinione pubblica.

I sindacati hanno in particolare sottolineato che questi dati sono stati resi pubblici proprio alla vigilia dei rinnovi annuali dei contratti di lavoro, per i quali la base operaia chiede molto di più di quel

10 per cento ipotizzato come limite massimo dal modello di sviluppo governativo, dagli industriali e dai cinque istituti d'indagine economica. E' certo comunque che per riassorbire l'indice di disoccupazione la RFT ha a disposizione oltre 3 milioni di lavoratori stranieri. Un «cuscinetto» che permette di non riversare, almeno per ora, sulle spalle dei lavoratori e dei datori di lavoro tedesco-occidentali i costi della crisi economica.

Gli «illegali», occupati soprattutto nei cantieri edili e nei lavori più pesanti dell'industria, sembra non siano, come detto, più di un milione di persone: se tanti lavoratori

fossero allontanati dal paese, la RFT potrebbe affrontare la crisi invernale senza gravi contraccolpi politici. In questa situazione gli «illegali» — finora come detto sopportati — verrebbero improvvisamente sottoposti, come stasera commenta la radio federale, ad una vera e propria «caccia all'uomo».

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Sole - 24 Ore di *Milano* del 24-X-

**Nella Rft 230 mila
lavoratori stranieri
rischiano l'espulsione**

Bonn, 23 ottobre

Duecentotrentamila lavoratori stranieri rischiano nei prossimi mesi di essere espulsi dalla Germania occidentale. Lo sostengono oggi fonti ufficiali: precisando che — data la previsione di un milione di disoccupati per i prossimi mesi — dovranno essere allontanati dalla RFT tutti coloro che non hanno un regolare contratto di lavoro. Gli « illegittimi » erano stati finora tollerati dalle industrie e dai cantieri edili tedesco-occidentali perchè permettevano di evitare il pagamento dei contributi sociali previsti dalla legge. Quanti essi siano, non si è mai saputo con precisione. Si parla addirittura di quasi un milione di persone. Si tratta soprattutto di turchi, nordafricani, spagnoli e perfino sudcoreani, che accettano qualsiasi condizione di lavoro.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

AVVENIRE

di

Milano

del

26-10-54

MALGRADO LA VITTORIA NEL REFERENDUM IN SVIZZERA

Bloccato il numero degli stranieri

La « Suisse » non esclude misure restrittive nei confronti degli immigrati

GINEVRA, 23 ottobre
Dopo il rifiuto da parte del popolo svizzero del referendum xenofobo che avrebbe potuto portare a un radicale ridimensionamento del numero dei lavoratori stranieri presenti nella Confederazione, è necessario non farsi eccessive illusioni. Il peggio è stato evitato e la Svizzera potrà mantenere i suoi precedenti impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia. In particolare l'Italia dovrà avere ben presente il fatto che non sono aumentate « istantaneamente » le possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti con la Svizzera.

In tal senso — riferisce oggi il giornale « La Suisse » — si sono espressi a Berna competenti ambienti del governo federale, in una indiretta risposta alle dichiarazioni fatte da Giovanni Falchi, responsabile della direzione generale dell'emigrazione al Ministero degli Esteri italiano, all'inviato a Roma del quotidiano ginevrino.

Nell'intervista Falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione, e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di ac-

cordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

Da parte loro le autorità federali — riferisce « La Suisse » — giudicano inopportuno indicare una data per la ripresa dei colloqui e prematuro stabilire un calendario soltanto pochi giorni dopo il rigetto dell'iniziativa.

Sempre secondo il quotidiano elvetico questi sono i punti di riferimento della posizione elvetica: 1) sul piano quantitativo la Svizzera resterà rigida, né sono da escludere misure più restrittive

per poter raggiungere più rapidamente l'obiettivo della stabilizzazione; 2) sul piano qualitativo (miglioramento delle condizioni di vita degli immigrati) tutti i progressi possibili saranno presi in considerazione, ma i negoziati bilaterali non potranno giungere se non a risultati consentiti dalla legislazione interna. La questione dell'assicurazione malattia e di disoccupazione dovrà infatti essere sottoposta all'esame della legislazione elvetica, mentre l'abolizione dello statuto degli stagionali dovrà attendere una eventuale revisione della legge federale sul soggiorno e la residenza degli stranieri.

Dopo il referendum

La Svizzera respinge negoziati sull'emigrazione

La posizione del governo elvetico illustrata da un quotidiano della Confederazione

I lavoratori stranieri restano in Svizzera dopo l'esito del referendum che ha fatto registrare la sconfitta degli xenofobi ma permangono anche i problemi da risolvere. E questi si presentano più gravi per gli italiani essendo questi la maggioranza dei lavoratori stranieri presenti nella Confederazione svizzera.

Prospettive difficili

Inoltre stando a quanto scrivono giornali vicini agli ambienti del governo federale le prospettive di una soluzione dei problemi non sono affatto rosee. L'ampio consenso riportato dai favorevoli al permanere degli stranieri non consente tuttavia illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti tra la Svizzera e l'Italia.

Il clima in cui si opera è dimostrato dall'accoglimento negativo dell'intervista rilasciata al giornale «La Suisse» dal responsabile della direzione generale dell'emigrazione al Ministero degli Esteri italiano, Giovanni Falchi.

Il diplomatico aveva auspicato — come d'altra parte avevano già sottolineato nei giorni scorsi Mirko Tremaglia, segretario generale del Comitato Tricolori e Giuseppe Martucci, segretario confederale della Cisl — una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per la emigrazione e la soluzione di alcuni problemi ancora pendenti quali l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

Ripercussioni negative

Ebbene questo auspicio ha suscitato ripercussioni negative negli ambienti del governo svizzero. Secondo quanto scrive il giornale elvetico «Roma non deve farsi eccessive illusioni sulle ripercussioni del rigetto della iniziativa anti stranieri».

Le autorità svizzere anzi ritengono inopportuno indicare una data per la ripresa dei colloqui e prematuro stabilire un calendario. In sostanza Berna non intende far funzionare e dare peso alla «commissione mista» preferendo perdere tempo attraverso gruppi di lavoro, incaricati di discutere i problemi specifici. In questa maniera non si giunge mai ad un quadro di insieme del problema e tutte le soluzioni sono aperte: compresa quella di ricorrenti referendum. Ma con ciò i lavoratori sono posti nelle peggiori condizioni e sempre soggetti alla spada di Damocle dell'espulsione dal territorio svizzero dopo che per anni hanno contribuito a creare ricchezza.

Esame legislativo

Secondo il giornale «La Suisse» la posizione del governo federale è la seguente:

1) sul piano quantitativo la Svizzera resterà rigida, né sono da escludere misure più restrittive per poter raggiungere più rapidamente l'obiettivo della stabilizzazione;

2) sul piano qualitativo (miglioramento delle condizioni di vita degli immigrati) tutti i progressi possibili saranno presi in considerazione, ma i negoziati bilaterali non potranno giungere se non a risultati consentiti dalla legislazione interna.

La questione dell'assicurazione malattia e di disoccupazione dovrà infatti essere sottoposta all'esame della legislazione elvetica, mentre l'abolizione dello statuto degli stagionali dovrà attendere una eventuale revisione della legge federale sul soggiorno e la residenza degli stranieri.

Un gruppo di esperti lavora a questa revisione, mentre Berna si sforza attraverso altri canali di migliorare le condizioni degli stagionali attribuendo a parte di loro, come già è stato fatto, lo statuto di lavoratori annuali.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

ROMA

di Napoli

del 24-X-74

SUL PROBLEMA DEI LAVORATORI

Ripresa dei contatti fra Italia e Svizzera

Il governo federale disposto a qualche concessione per una migliore tutela, ma non oltre i limiti della attuale legislazione

GINEVRA, 24

Roma non deve farsi eccessive illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti con la Svizzera dopo il rigetto dell'iniziativa «antistranieri» di domenica scorsa: il peggio è stato evitato e la Svizzera potrà mantenere i suoi impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia.

In tal senso — riferisce il giornale «La Suisse» — si sono espressi a Berna competenti ambienti del Governo Federale, in una indiretta risposta alle dichiarazioni fatte da Giovanni Falchi, responsabile della Direzione Generale dell'Emigrazione al ministero degli Esteri italiano, all'inviato a Roma del quotidiano ginevrino. Nella intervista Falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione, e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: l'abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

Da parte loro le autorità federali — riferisce «La Suisse» — giudicano inopportuno indicare una data per la ripresa dei colloqui e prematuro stabilire un calendario soltanto due giorni dopo il rigetto dell'iniziativa anti-stranieri. A Berna non si

vuole dare risalto alla Commissione mista, che si considera come un mezzo di discussione fra gli altri, e si insiste piuttosto sul valore dei gruppi di lavoro incaricati di specifici problemi. Si desidera infine evitare che i prossimi negoziati (a Berna si riconosce che il dialogo debba essere ripreso) siano politicamente troppo pesanti.

Pertanto — scrive sempre «La Suisse» — quale che possa essere la buona volontà della Svizzera, l'Italia non deve farsi eccessive illusioni sui prossimi negoziati. Questo, secondo il giornale, si afferma a Berna, nel sottolineare i seguenti punti di riferimento della posizione elvetica: 1) sul piano quantitativo la Svizzera resterà rigida, né sono da escludere misure più restrittive per poter raggiungere più rapidamente l'obiettivo della stabilizzazione; 2) sul piano qualitativo (miglioramento delle condizioni di vita degli immigrati) tutti i progressi possibili saranno presi in considerazione, ma i negoziati bilaterali non potranno giungere se non a risultati conseguiti dalla legislazione interna. La questione dell'assicurazione malattia e di disoccupazione dovrà infatti essere sottoposta all'esame della legislazione elvetica, mentre l'abolizione dello statuto degli stagionali dovrà attendere una eventuale revisione della legge federale sul soggiorno e la residenza degli stranieri. In gruppo di esperti lavora questa revisione, mentre

Berna si sforza attraverso altri canali di migliorare le condizioni degli stagionali attribuendo a parte di loro, come già è stato fatto, lo statuto di lavoratori annuali.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il globo

di

Roma

del

24-X-4

LAVORO

Berna non intende far concessioni per l'emigrazione

GINEVRA, 23. — Anche se il peggio è passato, non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia: questo il senso di un articolo del quotidiano elvetico "La Suisse" che afferma di riportare l'opinione di ambienti competenti del governo federale circa i problemi dell'emigrazione.

Si tratta, in realtà, della risposta ad un'intervista rilasciata dal responsabile della direzione generale dell'emigrazione alla Farnesina, Giovanni Falchi, in cui quest'ultimo sollecitava una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri per la ricerca di soluzione dei principali problemi sul tappeto, in particolare: statuto dei lavoratori stagionali, ricerca di accordi sulla scolarità, formazione professionale e sicurezza sociale.

Le autorità elvetiche, a quanto riferisce "La Suisse", ritengono prematuro fissare la data della ripresa dei colloqui e comunque già precisano che sarà loro impossibile fare eccessive concessioni. In particolare ci sono difficoltà per il problema della sicurezza sociale e dello statuto degli stagionali poiché ciò richiederebbe una revisione delle leggi federali.

RESTRIZIONI ALL'IMMIGRAZIONE IN CANADA — Il governo canadese ha annunciato che le persone che desiderano immigrare nel Canada saranno soggette a norme più severe destinate ad equilibrare il numero di immigrati in funzione della situazione dell'occupazione nel Canada. I candidati alla immigrazione dovranno dimostrare di avere un posto di lavoro già riservato per loro nel Canada. La prova d'impiego sarà considerata valida soltanto se sarà stabilito che per lo stesso impiego non è disponibile alcun residente canadese.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Giornale

di

lli' Causo

del

24-X-74

SVIZZERA - Dopo il « no » all'iniziativa antistranieri

Molti problemi in sospeso per gli emigrati italiani

Berna - riferisce il giornale « La Suisse » - mette in guardia contro eccessive illusioni sui prossimi negoziati

Ginevra, 23 ottobre

Il governo italiano non deve farsi eccessive illusioni sulla possibilità di una rapida soluzione dei problemi dell'emigrazione ancora pendenti con la Svizzera dopo il rigetto dell'iniziativa « antistranieri » di domenica scorsa: il peggio è stato evitato e la Svizzera potrà mantenere i suoi precedenti impegni, ma non bisogna lasciarsi prendere dall'euforia.

In tal senso - riferisce oggi il giornale La Suisse - si sono espressi a Berna competenti ambienti del governo federale, in una indiretta risposta alle dichiarazioni fatte da Giovanni Falchi, responsabile della direzione generale dell'emigrazione al ministero degli Esteri italiano, all'inviato a Roma del quotidiano ginevrino.

Nella intervista Falchi ha auspicato una rapida ripresa dei contatti italo-svizzeri in seno alla commissione mista per l'emigrazione e la soluzione di alcuni problemi ancora in pendenza quali: la abolizione dello statuto del lavoratore stagionale, la ricerca di accordi sulla scolarità, la formazione professionale e la sicurezza sociale (estensione ai lavoratori italiani in Svizzera dell'assicurazione malattia e disoccupazione).

Da parte loro le autorità federali - riferisce La Suisse - giudicando inopportuno indicare una data per la ripresa dei colloqui e prematuro stabilire un calendario soltanto due giorni dopo il rigetto dell'iniziativa anti-stranieri. A Berna non si vuole dare risalto alla commissione mista, che si considera come un mezzo di discussione fra gli altri, e si insiste piuttosto sul valore dei gruppi di lavoro incaricati di specifici problemi. Si desidera infine evitare che i prossimi negoziati (a Berna si riconosce che il dialogo debba essere ripreso) siano politicamente troppo pesanti.

Pertanto - scrive sempre La Suisse - quale che possa essere la buona volontà della Svizzera, l'Italia non deve farsi eccessive illusioni sui prossimi negoziati. Questo secondo il giornale si afferma a Berna, nel sottolineare i seguenti punti di riferimento della posizione elvetica: 1) sul piano quantitativo la Svizzera resterà rigida, né sono da escludere misure più restrittive per poter raggiungere più rapidamente l'obiettivo della sta-

bilizzazione; 2) sul piano qualitativo (miglioramento delle condizioni di vita degli immigrati) tutti i progressi possibili saranno presi in considerazione, ma i negoziati bilaterali non potranno giungere se non a risultati consentiti dalla legislazione interna. La questione dell'assicurazione malattia e di disoccupazione dovrà infatti essere sottoposta all'esame della legisla-

zione elvetica, mentre l'abolizione dello statuto degli stagionali dovrà attendere una eventuale revisione della legge federale sul soggiorno e la residenza degli stranieri. Un gruppo di esperti lavora a questa revisione, mentre Berna si sforza attraverso altri canali di migliorare le condizioni degli stagionali attribuendo a parte di loro, come già è stato fatto, lo statuto di lavoratori annui.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL MANIFESTO

di

ROSA

del

24-X-54

Perchè molti proletari svizzeri hanno votato "sì,,"?

SVIZZERA

Colloquio a Zurigo con i compagni emigrati.

"Il sì operaio al referendum xenofobo è anche il segno di una protesta sociale e politica, che trova finora solo uno sbocco di destra"

di Vittorio Moiolli

Zurigo. A 48 ore dal risultato del referendum anti-stranieri, la tensione politica e psicologica che ha contrassegnato la vigilia del voto non si è ancora esaurita. Superate le reazioni emotive e immediate, al centro delle discussioni sono ora l'analisi del voto e le riflessioni sulle sue conseguenze.

Al «cooperativo» di Zurigo, il più importante centro di ritrovo degli emigrati italiani, il clima non è ancora tornato ad essere quello dei giorni normali. Attorno ai tavoli si inframmischiano ai lavoratori italiani, che dopo la dura giornata di lavoro consumano la cena, gior-

nalisti, commentatori radiotelevisivi, cineasti, tutti interessati a raccogliere impressioni e dichiarazioni dal vivo. Carlo, un compagno operaio che lavora alla «Coop» svizzera e che è l'animatore del canzoniere popolare degli emigranti di Zurigo, appena finita l'intervista con due redattori del giornale radio italiano si avvicina al nostro tavolo e mi dice: «Sono proprio incorreggibili! La figura dell'emigrante resta per loro quella di sempre. Il poveraccio che ha lasciato la sua terra natia e che porta in sé la grande speranza del ritorno. Una sorta di vittima di una indefinibile ingiustizia umana che oggi, guarda caso, rischia di essere sbrannata dalla fobia razzista degli sviz-

zeri e che perciò merita consolazione e pietà». In effetti, l'impressione che si riceve dai commenti pur appassionati di questi giorni della stampa e dell'informazione di massa è proprio questa. Le ragioni per cui il 67 per cento degli svizzeri si è schierato contro l'iniziativa dell'Azione nazionale, la

natura politico-sociale di questo voto, e, ciò che è ancora più importante, quella degli 880 mila «sì», risultano essere elementi marginali di fronte alla schiacciante e tranquillizzante vittoria del «buon senso». «E' questo invece per noi un problema non marginale e su cui bisogna riflettere molto», ci dice Dore «In Italia si è esultato perché il popolo svizzero ha votato contro le tendenze xenofobe, ma si tace sul fatto che a votare «sì» sono stati soprattutto i lavoratori svizzeri, i nostri compagni di lavoro che con noi sopportano quotidianamente lo sfruttamento padronale e con i quali giochiamo, scherziamo e discutiamo. Sono, cioè, i proletari che come noi vivono nelle ristrettezze economiche e sociali a volere la nostra espulsione». Eric, un giovane compagno del partito del lavoro, aggiunge: «Infatti in alcuni quartieri popolari di Zurigo, dove il partito socialdemocratico gode di una notevole forza elettorale e organizzativa, il «sì» ha prevalso soprattutto tra i vecchi e i giovani. Non si tratta però di un voto razzista, contro gli stranieri, bensì di un voto di protesta contro la politica padronale e governativa che ha portato ad un progressivo peggioramento della condizione di lavoro e di vita delle masse popolari. E' certo questo un modo singolare e soprattutto sbagliato di protestare, ma questo non può cambiare la sua natura».



Ministero degli Affari Esteri

Molti pensionati sono stati cacciati da casa per far posto agli immigrati, molti servizi sociali come gli asili, le scuole, sono affollati al massimo e questo comporta un malessere generale che ha contribuito a determinare il forte schieramen-

ALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI ACCENTI di questi anni ha oscillato tra il 40 e 80%, hanno portato ad un malessere generale che rischiava e rischia ancor oggi di trasformarsi in una sfiducia generalizzata nella classe dirigente. La scomposizione sociale e politica nella classe dirigente.

- La scomposizione sociale e politica della base su cui il capitalismo svizzero ha costruito la sua potenza è oggi un dato di fatto.

Purtroppo a questa potenziale spinta di rivolta non esiste oggi una risposta politica della sinistra. La integrazione nel sistema dei partiti operai tradizionali, la pace del lavoro stipulata da decenni tra il padronato e l'unione sindacale, fanno sì che queste spinte non trovino uno sbocco alternativo. « Il vuoto della sinistra, ci dice un compagno operaio metalmeccanico, è pauroso ed è il vero nodo del problema dell'inforestieramento ». I leaders della Azione nazionale hanno condotto la loro campagna elettorale agitando i problemi dei lavoratori svizzeri, hanno fatto proprio il linguaggio della sinistra, rimpiazzando così la sua assenza. « E' questo il motivo reale del "sì" proletari di Zurigo, ma non solo di questo cantone, dice il compagno Nando. Ciò che manca è l'alternativa e in sua assenza lo sbocco delle proteste e i malumori viene riassorbito dalla destra estremo ». Come dicono i commentatori, Schwanzerbach ritenterà tra non molto e in modo più moderato di Oehen ma più efficace di riproporre la sua filosofia. Questo non significa che lo stesso consiglio federale, che ha già promesso una politica più marcata di stabilizzazione dell'inforestieramento da qui all'80 e successivamente una decisa riduzione, non faccia lo stesso gioco. Il problema che rimane aperto è quello della sinistra, non solo di quella svizzera, ma delle stesse organizzazioni degli emigrati e del movimento operaio dei loro paesi. « Cogliere l'occasione della vittoria del "no" oggi per rilanciare iniziative di lotta unificanti contro l'inflazione e la deflazione, contro i famigerati statuti discriminatori per gli emigranti, per la parificazione dei diritti sociali e politici, per la libera circolazione della mano d'opera straniera, è un imperativo per tutti noi, conclude Carlo. Aspettare domani significherebbe votarsi al suicidio ».

L'inforestieramento in Svizzera resta dunque il nodo principale della lotta di classe in quel paese, ma non solo in esso. La crisi di sistema che investe ormai l'intero mondo capitalistico non può trovare un'alternativa se si prescinde dal problema dell'emigrazione. Esso è tra le altre, una delle cause del suo marciare. Alla sinistra spetta il compito di assumerlo nella sua giusta dimensione: questo è l'appello che oggi ci viene da chi sperimenta sulla propria pelle le conseguenze di un duplice sfruttamento.

Ritorno del « sì », ci dice Rossana, una compagna italiana che lavora a Zurigo da molti anni. Ieri mattina in fabbrica, ci raccontano altri compagni, gli operai svizzeri erano incalzati, ma non perché c'eravamo ancora noi, bensì perché il consiglio federale aveva vinto di nuovo. In sostanza, se molti svizzeri hanno votato « no » non è perché avessero a cuore la sorte degli stranieri, ma perché quello era il solo modo per evitare una precipitazione della crisi che avrebbe minato le condizioni di privilegio di cui godono certi ceti sociali, e che sono determinate dalla stessa presenza degli stranieri. « E' dunque difficile stabilire da che parte siano i razzisti, ribadisce Carlo, se cioè tra chi ha votato "sì" magari per protesta, e chi "no" per riaffermare l'ineluttabile principio del super-sfruttamento degli stranieri. Una cosa è certa, il fenomeno della xenofobia svizzera esiste ed è forte, però non va dimenticato che il vero razzismo sta anzitutto nella borghesia, e non solo in quella che ha voluto il referendum, ma anche in quella che ha inteso dimostrare di combatterlo ».

In effetti i primi sintomi della crisi economica che investe la Svizzera e che minaccia di squilibrare la sua tradizione di stabilità e di benessere consumistico, hanno costituito un fattore importante di riflessione importante per tutti gli strati sociali moderati. Le politiche governative di controllo dei salari e dei prezzi, di restrizione del credito e dei consumi, la crisi decretata per il settore edile, il contenimento della spesa pubblica, la chiusura di piccole e medie fabbriche (circa 2000 in tre anni nel solo settore tessile, abbigliamento e delle calze), hanno giocato assieme all'allarmismo padronale di questi mesi, un ruolo importante. La crisi ne sarebbe risultata incontrollabile e inarrestabile qualora fossero stati allontanati gli stranieri.

D'altro canto però gli effetti di queste misure governative hanno portato all'aspirazione gli strati proletari su cui le restrizioni si sono riversate. L'insoddisfatto bisogno di alloggi e di servizi minaccia di licenziamenti, il super sfruttamento dentro le fabbriche, l'aumento dei beni di prima necessità

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale l'Unità di Milano del 25-X-44

Sul risultato del referendum in Svizzera

ESPRESSA DAL SOTTOSEGRETARIO GRANELLI

LA VIVA SODDISFAZIONE ITALIANA

Roma, ottobre (ASCA) - Il risultato del referendum sugli stranieri nella Confederazione elvetica è stato favorevolmente commentato non solo nei

cerchi svizzeri, ma anche negli ambienti più direttamente interessati ai problemi posti dalla manodopera migrante nella vicina Svizzera. Della soddisfazione, registrata negli ambienti italiani, si è fatto interprete il Sottosegretario agli Esteri, On. Granelli, il quale ha dichiarato: "Il Governo italiano si è astenuto dall'intervenire pubblicamente durante la campagna del referendum, per rispetto della sovranità del popolo svizzero; ma non ha mancato di far presente il proprio punto di vista che ha coinciso con l'autorevole, responsabile, deciso intervento del Presidente Bruggger, certamente importante per noi in questa vicenda. E a maggior ragione esprimiamo il pieno apprezzamento per la saggezza dimostrata dal popolo svizzero, per la sua lungimiranza, per il contributo dato dall'elettorato femminile. Siamo contenti come italiani e come europei. La Svizzera ha confermato l'immagine di un Paese dalle frontiere aperte che nella sua storia ha accolto pensatori, esuli, perseguitati politici, profughi, in coerenza con alti principi di umanità. Anche dal punto di vista economico l'esito è positivo: la presenza di lavoratori di altri Paesi può aumentare la prosperità della Svizzera in rapporto con il Mercato Comune Europeo. Tuttavia, i risultati del referendum non possono far dimenticare che non sono pochi i problemi che attendono una soluzione".

Circa le prospettive, che possono aprirsi per il futuro, Granelli ha detto che l'esito confortante del referendum "non può essere scambiato con l'ultimo giorno della creazione. Infatti, rimane il rischio di future prove, già preannunciate; e ciò ci sollecita, da una parte e dall'altra, ad operare per rimuovere le cause che spesso rendono difficile una migliore convivenza civile tra lavoratori di diversa origine. Abbiamo tutti un dovere di particolare solidarietà verso i lavoratori migranti". E alla domanda se ci siano responsabilità anche dell'Italia in questo campo, Granelli ha risposto in questi termini: "Stavo appunto osservando questo. I doveri sono reciproci. Da parte del Governo italiano, anzitutto, perchè i nostri connazionali che cercano lavoro all'estero lo fanno perchè non hanno trovato, come era loro diritto, un'occupazione in Patria. Da parte del Governo e della società svizzera, in secondo luogo, perchè dai contributi dei lavoratori di altri Paesi essi hanno tratto più ampie possibilità di sviluppo economico e di prosperità. Per questo occorre met



Ministero degli Affari Esteri

2

tersi attorno ad un tavolo e utilizzare il clima favorevole per una più intensa collaborazione bilaterale in materia di sicurezza sociale, di alloggi, di formazione professionale e scolastica per i lavoratori emigranti e per le loro famiglie. I risultati del referendum devono accentuare gli sforzi di collaborazione per risolvere i problemi e favorire una migliore convivenza".

A proposito di eventuali iniziative, che potrebbe prendere l'Italia, Granelli ha precisato che la Conferenza Nazionale dell'Emigrazione sarà una grande occasione per migliorare e aumentare gli interventi dell'Italia a sostegno dei propri lavoratori all'estero. Sul piano bilaterale il Governo italiano insisterà per la convocazione della commissione mista italo-svizzera per l'attuazione degli accordi più urgenti e, ove possibile, per il loro adeguamento alle nuove esigenze; e non si mancherà di ricorrere anche a contatti politici diretti se ciò risulterà utile alla soluzione dei problemi, che sono sul tappeto". E alla richiesta di precisare se questi problemi investano anche i rapporti economici, Granelli ha così risposto: "Certamente. Nel quadro della cooperazione economica noi insistiamo da tempo per associare la Svizzera ed altri Paesi europei allo sviluppo del Mezzogiorno italiano anche per contenere spostamenti irrazionali di popolazione. Si sono fatti passi avanti significativi in que-

sto campo. Il Governo svizzero ha messo a disposizione delle trattative una personalità di alto prestigio e di provata esperienza come l'ex Presidente Celio, che ha dato un prezioso contributo anche all'esito del referendum, e ciò è di buono auspicio. Anche la collaborazione economica deve tendere a migliorare i rapporti in generale, a rendere più equilibrata la distribuzione delle risorse e dell'occupazione, a garantire parità di trattamento e di condizioni di vita per i lavoratori ovunque operino. A questo ci esortano i confortanti risultati del referendum svizzero se vogliamo consolidare il successo raggiunto". (ASCA)

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il globo

di *Melbourne*

del 28-X-76

**Approvato e finanziato
dal governo federale**

Un progetto d'insegnamento italo-australiano

È stato impostato dal prof. Giuseppe Abiuso, docente italiano del Victoria con quattordici anni d'esperienza didattica - Un primo sussidio di 20 mila dollari, il più alto mai concesso su base individuale - Vibrata protesta contro lo «sfruttamento» politico e razziale dei ragazzi immigrati in alcune scuole

Melbourne, 27 ottobre

Poche settimane fa, sulle colonne di questo giornale è stato illustrato il rivoluzionario metodo d'insegnamento multilingue elaborato nella "School of Education" dell'Università di La Trobe sotto la guida della prof.ssa Marta Rado e finanziato, oltre che dal terzo ateneo di Melbourne, dal governo statale del Victoria e della "Fondazione Myer". A questo primo esperimento innovatore, altamente positivo e, in seguito alla segnalazione di questo giornale, richiesto da gruppi di genitori italiani ed in via di attuazione in vari istituti medi oltre ai quindici che inizialmente lo avevano già accettato, va aggiunto adesso un altro progetto che prende in questi giorni il via per la sua fase realizzativa e che interessa ancora più direttamente la collettività italiana d'Australia.

Si tratta del primo "Progetto d'insegnamento biculturale italo-australiano", elaborato e diretto dal prof. Giuseppe Abiuso, indubbiamente l'emigrato italiano più qualificato nel campo dell'istruzione pubblica australiana, al quale la divisione "Programmi d'innovazione" della "commissione scolastica" (Schools Commission) del governo federale ha recentemente assegnato 20 mila e 500 dollari per la

realizzazione del piano sperimentale entro due anni. E, questa, la più alta sovvenzione governativa finora concessa ad un singolo docente in Australia e sta a testimoniare l'alto indice di apprezzamento degli esperti a Canberra per il programma d'insegnamento italo-australiano così come concepito e delineato dal prof. Abiuso. Quest'altro esperimento è da considerarsi altresì, come un fattore rilevante nello sviluppo della situazione generale dell'istruzione ai figli degli immigrati notoriamente esacerbata e strumentalizzata da gruppi politici estremistici.

Il programma sperimentale d'insegnamento biculturale di Abiuso ha già avuto ufficialmente inizio alla "Maribyrnong High School", uno degli istituti medio-superiori dei sobborghi ovest di Melbourne maggiormente frequentato da una «popolazione scolastica» italiana. Il piano, sovvenzionato dal governo federale, approvato dalle autorità scolastiche del Victoria, incoraggiato espressamente dal preside della "Maribyrnong High School", Mr. Jack Pithouse, e dal gruppo di genitori italiani degli alunni della scuola, si articola basilariamente in: 1) compilazione di testi di lettura e sussidiari in italiano su aspetti storici, sociali e culturali dell'Australia, sul contributo degli italiani allo sviluppo australiano in tutti i settori della vita nazionale, sull'ambiente e sul patrimonio culturale delle regioni italiane di provenienza degli emigrati, sulle più significative manifesta-

zioni tipiche della vita d'emigrazione in Australia; 2) lezioni settimanali a classi miste di alunni su aspetti di storia, vita e cultura italiana; 3) lezioni settimanali a gruppi di genitori italiani ed australiani degli studenti medi per illustrare le relazioni, le divergenze, l'impatto ed i possibili punti di fusione delle culture italiana ed anglo-australiana. Questi

corsi-pilota, tenuti dallo stesso prof. Abiuso, sono già in atto alla Maribyrnong High School, con la piena collaborazione del preside e dell'intero corpo insegnante dell'istituto, mentre parallelamente si va sviluppando la compilazione dei testi destinati a costituire domani la prima piattaforma di un più generalizzato insegnamento scolastico biculturale.

Giuseppe Abiuso, un emigrato romano quarantenne, in Australia dal 1956, sposato e con quattro figli, ha le carte in regola per portare a termine questo impegnativo esperimento, che s'innesta in tutta una fioritura di nuovi sviluppi nel settore dell'istruzione ai figli degli italiani, sviluppi attivamente spronati tanto dal governo federale quanto dai singoli governi statali, e che sbugiarda tanti «professionisti» della protesta ad oltranza, tanti esagitati figuri che utilizzano i figli degli immigrati per manovre di parte lontane dal problema dell'istruzione, falsando ogni giorno dati e fatti per creare una psicosi nell'opinione pubblica che spesso assume una colorazione razziale.

Laureatosi in lettere all'Università di Brisbane nel 1965, dedicatosi all'insegnamento fin dal 1961, docente negli istituti medi del Victoria (a Northcote, Lake Bolac, Glen Waverley, Brunswick High, Fitzroy High, Brunswick Girl's High ed ora a Maribyrnong), il prof. Abiuso è stato promotore e

partecipante a numerosi convegni e studi sull'insegnamento biculturale, quest'anno consegue la sua laurea in magistero dell'istruzione presso l'Università di La Trobe, è presidente dell'Associazione insegnanti d'italiano del Victoria (VATI), ha promosso la fondazione di consigli di genitori italiani in varie scuole medie statali e cattoliche di Melbourne. L'approvazione, l'anno scorso, da parte della sezione «Innovation Programmes» della «Commissione scolastica» federale, del suo piano ufficialmente denominato MEP (Multicultural Education Programme), e lo stanziamento, quest'anno, di oltre 20 mila dollari per la realizzazione del primo stadio del medesimo, vengono a coronare un paziente ed appassionato lavoro di ricerche, contatti, indagini, che l'Abiuso conduce, fin dal 1968, superando talvolta sconcertanti barriere di pregiudizi e antagonismi. È lui stesso a tracciare adesso lo sfondo sul quale è maturato il progetto, alcuni dei criteri che lo informano e dei fini che si propone. «Quattordici anni d'insegnamento in Australia - dice il prof. Abiuso - mi hanno convinto di una cosa essenziale: che è molto facile stare sempre all'opposizione, gridare, protestare e distruggere in nome di un «rinnovamento» vago di cui non si ha nozione, ed è al contrario, difficile, doloroso studiare in silenzio, lavorare, cercare risposte positive ai problemi, senza caccia alle streghe e senza caccia ai titoli dei giornali e alle interviste televisive con nauseanti isterismi. Quando la scuola viene politicizzata, chi ci va di mezzo sono i nostri figli.

«Io mi sono guardato in giro, ho visto che c'era qualcosa da fare per salvare almeno il salvabile del patrimonio culturale e linguistico dei figli degli italiani in



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

Ritaglio da

Australia, ho messo insieme parecchie esperienze ed idee, ho abbozzato un progetto e l'ho sottoposto alla «Schools Commission» a Canberra. È stato approvato, e ne sono francamente lusingato. Adesso sono al lavoro, più di prima, per realizzare il progetto. Non ho sbraitato, non sono sceso in piazza, non ho fatto marce di protesta e non ho inalberato cartelli, per ottenere quello che reputo un contributo ad un più valido inserimento dei figli degli italiani nel sistema scolastico. E questo ha dato sui nervi a qualcuno che voleva spingermi sulla piazza, e speculare sulla presunta «schiavitù» e «ignoranza» della comunità italiana. «È una questione di fondo che mi preme chiarire. Infatti, non mi sono voluto prestare ad una bassa manovra politica. Mi era stato chiesto da certi colleghi di esagerare ed esasperare il problema dei figli degli immigrati. E ora di mettere le carte in tavola. I nostri figli sono stati usati come pedine in un gioco che non li riguarda, ma interessa le ambizioni e gli obiettivi politici di forti gruppi organizzati. Mi era stato chiesto, addirittura imposto da qualche persona più esaltata che credeva di potermi manovrare come un burattino, di scendere in piazza e di gridare ai quattro venti che «gli italiani sono carne da macello per l'industria», «i figli degli italiani sono calpestati e avviliti», «la comunità

italiana è depressa e condannata ad un ghetto». Ho detto «no» a questa demagogia di razzisti ed ho riasserito tutta la mia indipendenza di pensiero e di azione nei confronti dei problemi scolastici dei figli degli immigrati italiani; che per me sono alla stessa altezza di doti intellettuali dei loro coetanei australiani, anche se non manca chi vuole diffamarli per mantenere una situazione di crisi permanente nel sistema scolastico. Questa indipendenza, come ben sapevo, mi è costata parecchio in accuse, velate minacce, infamanti insinuazioni e perfino tentativi per farmi ritirare il sovvenzionamento concesso al mio progetto d'insegnamento biculturale. Ce l'ho spuntata perchè ho improvvisamente trovato al mio fianco una maggioranza di miei colleghi moderati, aperti e comprensivi, che al pari di me hanno visto la minaccia della demagogia politica nella scuola e vogliono condurre la campagna per il miglioramento dell'insegnamento ai ragazzi immigrati con dignità, con spirito costruttivo e con un maggiore apprezzamento per il loro bagaglio culturale e linguistico. Il preside, gli insegnanti, gli alunni e i genitori, australiani, italiani e di altre nazionalità, alla Maribyrnong High School hanno creato l'ambiente ideale per la realizzazione del mio esperimento biculturale».

C È, in sostanza, un'altra voce dignitosa e costruttiva che si leva, ad un qualificato livello, nella nostra comunità e che potrà portare una ventata d'aria nuova e di buonsenso nel surriscaldato dibattito sui problemi della pubblica istruzione. Una triste constatazione è che ci sono parecchie di queste voci, ma che rimangono spesso soffocate dal clamore di comizianti ai quali interessa la protesta in sé e per sé o la protesta in funzione di una sovversione ideologica della scuola. Doppiamente significativa, pertanto, questa nuova «voce»: perchè è improntata al difficile coraggio di creare e non al facile coraggio di distruggere nel delicato campo della formazione dei nostri figli, e perchè è una voce italiana.

D VII
..... del

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Messaggero

di

Laura

del

25-X-

GLI ITALIANI PAGHERANNO DI PIU'

Aumentate le tariffe ferroviarie europee

I nuovi prezzi in vigore a partire dal 1. novembre

I viaggiatori italiani diretti verso uno dei nove paesi europei pagheranno di più a partire dal prossimo primo novembre. Da questa data, infatti, saranno messe in vigore, per il traffico in partenza dall'Italia, nuove tariffe comuni internazionali per il trasporto ferroviario; tariffe che hanno subito modifiche in relazione agli aumenti apportati da nove amministrazioni.

Questa è la sintesi: Ferrovie belghe: hanno maggiorato del 6 per cento le tariffe sia viaggiatori che bagagli; Ferrovie britanniche: hanno maggiorato mediamente del 15 per cento i prezzi viaggiatori relativi ai percorsi marittimi e ritoccato i prezzi relativi ai percorsi ferroviari; Ferrovie danesi: hanno maggiorato del 15 per cento le tariffe viaggiatori relative ai percorsi ferroviari e di percentuali variabili quelle relative ai percorsi marittimi; Ferrovie della Repubblica Democratica Tedesca (D.R.): hanno maggiorato del 20 per cento le tariffe viaggiatori e hanno ristrutturato la tariffa bagagli riducendo il numero delle zone di percorrenza (dall'effetto congiunto della maggiorazione e ristrutturazione suddette risulta un aumento

medio del 50 per cento circa); Ferrovie greche: hanno compiuto una completa ristrutturazione delle tariffe sia viaggiatori che bagagli dalla quale risultano sensibili variazioni in più o in meno secondo le relazioni; Ferrovie jugoslave: hanno maggiorato del 15 per cento le tariffe sia viaggiatori che bagagli; Ferrovie olandesi: hanno maggiorato dell'8,5 per cento le tariffe viaggiatori per le distanze fino a 220 chilometri per la prima classe e fino a 179 chilometri per la seconda classe; Ferrovie spagnole: hanno maggiorato le tariffe viaggiatori e bagagli del 10 per cento circa; Ferrovie svedesi: hanno maggiorato di percentuali variabili i prezzi viaggiatori relativi a taluni percorsi marittimi.

Sempre a partire dal primo novembre, per effetto degli aumenti delle tariffe viaggiatori i prezzi globali del «Palatino» tra Roma e Parigi saranno sensibilmente maggiorati. La serie di prezzi globali per viaggiare sul «Palatino», per i titolari di tessera «Rail Europ Junior», è stata soppressa. Dalla stessa data, il biglietto a prezzi globali per i «cuccetta» non sarà più comprensivo della ristorazione.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Il Lavoro* di *Roma* del *25-X-*

Un oleodotto made in Italy

Mentre l'Egitto si accinge a riaprire, con l'aiuto del capitale internazionale, il vecchio Canale di Suez, un gruppo di società italiane costruirà un oleodotto dal Mar Rosso al Mediterraneo. Il contratto è stato firmato il 20 aprile al Cairo dall'Arab Petroleum Pipelines Co. (Sumed - società egiziana con partecipazione di altri paesi arabi) e dal gruppo delle società italiane: la Montubi e la Cimi del gruppo Iri-Finsider, la Saipem e la Snam progetti del gruppo Eni. Capofila della commessa è la Montubi, mentre la Snam progetti si occuperà della progettazione; le altre società cureranno la realizzazione dell'opera alla quale potrebbero dare un apporto anche alcune ditte europee ed internazionali. L'investimento, per circa 230 miliardi di lire, è assicurato da un consorzio di paesi arabi produttori di petrolio. Si tratta di un'opera di notevole importanza in quanto l'oleodotto sarà costituito da due tubature parallele di oltre un metro di diametro in grado di trasportare circa 100 milioni di tonnellate di petrolio ogni anno. Partirà da Suez e tagliando il territorio egiziano per circa 230 chilometri, attraversando il Nilo a sud-est del Cairo, raggiungerà il Mediterraneo ad Ovest di Alessandria.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di

Roma

del

25-X-46

REPUBBLICA FEDERALE TEDESCA

In programma numerosi congressi della FILEF

La FILEF sta preparando i congressi delle sue organizzazioni in Germania. Nelle prossime settimane si terranno i congressi dell'Associazione per le regioni di Stoccarda, Francoforte, Colonia e Monaco. La piattaforma congressuale, elaborata dal Consiglio della FILEF della RFT, pone in primo piano l'urgente necessità di una azione adeguata per tutelare sul piano sociale e previdenziale i lavoratori italiani colpiti dal propagarsi delle gravi conseguenze della crisi economica e dai processi di ristrutturazione industriale. Il documento sottolinea al riguardo: «Nell'attuale situazione di crisi economica primo compito delle organizzazioni della FILEF e di tutte quelle aderenti in Germania è intervenire, in unità d'azione con i sindacati tedeschi e con le associazioni democratiche degli emigrati italiani per impedire che i lavoratori paghino per le conseguenze di indirizzi che hanno generato la crisi. Occorre respingere qualsiasi tentativo o pratica di discriminazione, fronteggiare i licenziamenti, le riduzioni

di orari di lavoro, le cosiddette "dimissioni volontarie", con proposte unitarie che spingano nel senso di una politica nuova del lavoro».

Le feste dell'«Unità»

Sempre più pressati dal continuo peggioramento delle loro condizioni di vita e di lavoro, centinaia e centinaia di lavoratori italiani emigrati nella RFT si raccolgono attorno al nostro Partito per contribuire allo sforzo unitario che viene portato avanti perché la Conferenza nazionale dell'emigrazione si tenga secondo gli impegni assunti. La conferma di questa spinta si è avuta anche alla festa dell'Unità tenutasi a Mark Groningen, località vicina a Stoccarda; le centinaia di lavoratori italiani convenuti hanno seguito con interesse e partecipazione il comizio tenuto dal compagno Tortorisi, consigliere regionale siciliano. Si annuncia intanto la festa dell'Unità

che i compagni della nostra sezione di Norimberga hanno preparato per questo fine settimana, con una serie di iniziative politiche e culturali. Il comizio sarà tenuto dal compagno Giuliano Pajetta, responsabile dell'Ufficio emigrazione del PCI. Un'altra importante festa dell'Unità si terrà sempre domani, sabato a Bochum, nella Ruhr con la partecipazione del compagno sen. Daverio Giovannetti. Sempre domani si svolgerà il congresso della sezione di Friburgo, che ha preparato anche la festa dell'Unità la quale si svolgerà domenica con la partecipazione del compagno Beccalossi, segretario della Federazione del PCI di Zurigo.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale di del

**LA CONFINDUSTRIA
NON E' CONTRARIA ALL'ACCORDO
RAGGIUNTO IN FRANCIA
PER IL SALARIO GARANTITO
AGLI OPERAI LICENZIATI**

Il dott. Guido Randone, direttore centrale per i rapporti sindacali della Confindustria, ha rilasciato una dichiarazione sul recente accordo fra imprenditori e sindacati francesi in materia di interventi di sostegno a favore dei salariati licenziati per ragioni economiche:

"In tutti i Paesi industriali - ha detto Randone - la vicenda produttiva crea spesso esigenze di ristrutturazione aziendale che possono comportare chiusure di reparti o di stabilimenti; in sostanza, si tratta di provvedimenti che hanno riflessi negativi per i lavoratori che perdono l'impiego. Questi effetti dei processi di ristrutturazione provocano reazioni anche violente, che si sostanziano in un ulteriore impedimento alla migliore difesa, da parte delle unità produttive, della loro presenza sul mercato per continuare a sviluppare un'attività cui si ricollega un diretto interesse occupazionale.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *L'Unità* di *Roma* del *25-X*

Proposta una Conferenza all'Aquila

La Federazione provinciale CGIL-CISL-UIL dell'Aquila ha inviato al sindaco della città capoluogo e a tutti i sindaci dei 37 comuni della zona interessata una lettera con la proposta di realizzare entro e non oltre la metà di novembre una Conferenza dell'emigrazione « che abbia al centro del dibattito le cause strutturali e politiche dell'emigrazione e in Abruzzo e in Italia e il loro superamento, nonché la tutela dei lavoratori emigrati e dei loro familiari ».

Il sindaco del Comune di Pizzoli ha già fatto pervenire al sindaco dell'Aquila e alle organizzazioni sindacali una sua risposta nella quale si dichiara d'accordo con l'iniziativa e propone al Comune dell'Aquila di ospitare la Conferenza stessa e di convocare una riunione di amministratori e dirigenti sindacali per concordare le modalità organizzative.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di

Roma

del

25-X-44

ARGENTINA

Crescente
azione
unitaria

Profittando della particolare situazione politica che attraversa il Paese, i vari personaggi fascisti o filo-fascisti che hanno subito una così sonora sconfitta in occasione della Conferenza dell'emigrazione italiana in Argentina, cercano in ogni modo di recuperare le loro « posizioni » incapaci di affrontare le reali questioni (sociali, previdenziali e culturali) che interessano i nostri emigrati, essi svolgono la loro azione soprattutto attraverso una stampa che predica il qualunquismo, disinforma sulla situazione italiana e calunnia le lotte dei lavoratori italiani. Questi sforzi non possono cambiare una realtà, della crescente coscienza unitaria degli emigrati e della necessità di una azione comune in difesa dei propri interessi e perchè alla Conferenza nazionale dell'emigrazione i problemi reali dei lavoratori italiani residenti in Argentina trovino una eco e l'avvio a una soluzione. Per questo di questa iniziativa è la collaborazione sempre più stretta tra i patronati quali l'INCA e l'ITAL, le ACLI e la FILEF (d. t.)

Le richieste
per le pensioni
in Canada

I problemi dei lavoratori emigrati in Canada sono stati esaminati unitariamente dai patronati INCA, INAS, ITAL e ACLI i quali hanno concluso il loro lavoro con l'elaborazione di un documento rivendicativo che è stato sottoposto all'attenzione del governo. Al centro del documento figurano le rivendicazioni relative al diritto alla pensione con una serie di precisazioni che colgono le aspirazioni di molti lavoratori italiani in Canada, di godere delle stesse prestazioni che godono i lavoratori dei due Paesi. Inoltre si chiede, tra l'altro, un adeguamento delle prestazioni in materia di invalidità al lavoro.

Visita in Venezuela di
parlamentari comunisti

Nel quadro della preparazione della Conferenza nazionale dell'emigrazione i senatori Bertone e Borsari (quest'ultimo anche nella sua qualità di vice presidente dell'ANCR) hanno realizzato in Venezuela un breve ma proficuo soggiorno che ha loro permesso di prendere contatto con le comunità italiane di Caracas, Valencia e Maracay. Malgrado la rabbiosa campagna del locale settimanale filo-fascista di lingua italiana — settimanale che riceve « stranamente » la pubblicità di grosse ditte ed enti parastatali operanti in Venezuela —, l'orientamento democratico della stragrande maggioranza dei nostri 200 mila emigrati appare sempre più manifesto. Anche se fra questi emigrati sono numerosi coloro che hanno acquisito una posizione economica discreta, la maggioranza si trova alle prese con gravi problemi economici e sociali; per esempio, numerosi e difficili problemi previdenziali esigono da anni una soluzione e la questione della scuola e della cultura italiana per i figli degli italiani è tutt'altro che risolta. (b. c.)

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

ROMA

di Napoli del 25-X-74

QUANDO LA GIUSTIZIA E' IMPOTENTE

I FUORILEGGE INTOC CABILI

Il caos che regna nei trattati di estradizione vigenti in USA viene sfruttato dai corrieri della droga

NEW YORK, ottobre

I funzionari del servizio federale di immigrazione e naturalizzazione, nonché di quello della Giustizia, si trovano attualmente alle prese con un crescente numero di richieste di estradizione di diversi individui, senza sperare tuttavia di poter vedere esaudite le proprie richieste.

Il braccio della legge, in altre parole, non è in grado di raggiungere criminali in altre nazioni, ed ottenere l'estradizione, a causa di regolamenti antiquati, poco chiari o addirittura controproducenti. Spesso risulta difficile deportare all'estero criminali stranieri. Un caso interessante è costituito da quello del finanziere americano Robert Vesco, fuggito prima nelle Bahamas e quindi nella repubblica centro-americana di Costa Rica. Nonostante tutti gli sforzi delle autorità americane, non si è potuta ottenere l'estradizione di quest'uomo.

La richiesta di estradizione è stata negata da un giudice costaricano dato che Vesco è imputato, tra l'altro, di aver frodato gli azionisti di una compagnia, servendosi di «truffa con telegrammi» (wire fraud). Questo termine non è citato nel trattato di estradizione fra Stati Uniti e Costa Rica, ed il magistrato è stato quindi obbligato a rifiutare la richiesta delle autorità americane. Un altro caso celebre, molto recente, è stato quello di un «big» nel traffico internazionale della droga, il francese August Ricord, reso noto nel film «The French Connection», il quale operò per più di un anno nel Paraguay dirigendo un movimento di corrieri della droga negli Stati Uniti, sicuro che i tribunali paraguayani non avrebbero concesso la sua estradizio-

ne alla giustizia americana. Ricord fu finalmente consegnato agli agenti federali nel 1972, quando il governo statunitense applicò nei confronti del Paraguay una serie di provvedimenti economici, tecnici e politici, davanti alla quale il regime del colonnello Stoenesner fu costretto ad alzare bandiera bianca. Ricord, condannato successivamente a vent'anni di reclusione, sta scontando la sua pena a New York.

Alcuni dei trattati di estradizione con paesi stranieri sono stati firmati dagli Stati Uniti ben

settant'anni fa, ed alcune azioni criminali non sono affatto menzionate nei documenti che il Dipartimento della Giustizia sta ora cercando affannosamente di aggiornare il più presto possibile.

La situazione è stata risolta nei trattati con Paraguay, Uruguay, Spagna ed Olanda, mentre sono tuttora in corso i negoziati per la modernizzazione dei documenti con Italia, Cile, Perù e Gran Bretagna; le difficoltà sono gravi soprattutto per quanto riguarda la legislazione inglese, giacché il contrabbando non è considerato quale crimine «connesso con il traffico di droghe pericolose», ma considerato solo quale crimine contro le dogane britanniche, e come tale non è menzionato nei trattati vigenti di estradizione fra Gran Bretagna ed USA. Il Dipartimento dello Stato (Affari Esteri) non ha sufficiente personale per modificare tutti i trattati, ed il Dipartimento della Giustizia, in conseguenza, non può far altro che attendere, in molti casi, l'aggiornamento di un atto per potere effettuare una richiesta di estradizione.

Secondo Jerry Strickler, capo della sezione del-



Ministero degli Affari Esteri

2

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA

Ritaglio dal Giornale

VII

..... del

l'America Latina nella « Drug Enforcement Administration » di Washington, l'ente che conduce la campagna contro il traffico della droga, una revisione totale dei vecchi trattati di estradizione permetterebbe agli agenti federali di arrestare un numero considerevole di « corrieri dei narcotici », sferrando un colpo gravissimo, forse mortale, alla potente organizzazione criminale.

I corrieri costituiscono insomma, la spina dorsale del movimento, ed una volta eliminati o sottoposti a costante controllo, ne consegue che il traffico della droga subirebbe rilevanti diminuzioni.

Molti magistrati e procuratori generali ritengono che la deportazione immediata di corrieri sarebbe la migliore politica nell'interesse pubblico, giacché risparmierebbe il costo di inviarli e mantenerli nelle carceri e poi perchè garantirebbe per sempre l'impossibilità di un corriere deportato di poter rientrare negli Stati Uniti. Strickler non si dimostra d'accordo con tale tesi, sostenendo che i corrieri usano spesso passaporti falsi e che una volta deportati, possono rientrare con altri documenti. Occorre invece assicurare alla giustizia tutti gli imbrogliatori, ladri, truffatori e contrabbandieri e porli in carcere, con lunghe sentenze, facendo piazza pulita.

Il fatto che un Ricord stia attualmente in un carcere a New York, non significa affatto che la delinquenza sia stata debellata. Un altro ha preso il posto del recluso, e per ogni pesce fritto in padella altri affluiscono dagli abissi.

Giorgio N. Fenin

Il pianeta emigrazione / 2.

di Lela Gatteschi

CH I Bonn, ottobre analizzati, la situazione dei lavoratori italiani in Germania alla luce degli ultimi avvenimenti (licenziamenti, orario di lavoro ridotto) si trova di fronte a due verità: quella degli uffici federali del lavoro, delle rappresentanze diplomatiche e consolari e delle direzioni aziendali e quella dei lavoratori, delle organizzazioni sindacali italiane, degli enti assistenziali.

La prima verità non è così amara: i licenziamenti sono contenuti, avvengono spesso su richiesta degli interessati, l'assegno di disoccupazione è piuttosto alto, esiste la possibilità del riassorbimento in altri settori e in altre zone.

L'altra verità, quella della base, appare diversa dalla verità del vertice. Molte famiglie di immigrati si sentono toccate da vicino dalla crisi dell'economia tedesca, vivono in stato d'allarme, non si sentono protette: l'angoscia aumenta. I dati pubblicati dall'Ufficio federale del lavoro di Norimberga — che possono essere considerati un punto di riferimento — parlano di 14.224 italiani rimasti senza

lavoro alla fine dello scorso mese di settembre. Non è molto su 416 mila persone impiegate nella Repubblica Federale, dicono i sostenitori della prima verità. E' però una cifra irrealte, che non tiene conto — dicono gli altri — di coloro i quali, perduto il lavoro, sono rientrati definitivamente in Italia e di un certo numero di coloro che, pur usufruendo dell'assegno di disoccupazione tedesco, sono tornati in patria momentaneamente e sono stati tuttavia cancellati dalle liste.

A questo proposito, anzi, si aggiunge un particolare: l'Inps guadagna grosse cifre sul trasferimento di questi assegni poiché cambia il marco a una quota fissa di 180 lire, anche se la moneta tedesca adesso ne vale almeno 250. L'operaio disoccupato che dovesse ricevere (mettiamo) cinquecento marchi, al mese dall'istituto previdenziale tedesco, secondo il famoso «Modello 303», riceverebbe dall'Inps — che fa da tramite — 90 mila lire, e non 125 mila come sarebbe suo diritto. Questa grave discordanza — ci è stato detto — è dovuta a una convenzione

comunitaria vecchia di qualche anno, che determina una cifra fissa per i cambi eseguiti dagli istituti di previdenza. Si tratterebbe dunque di modificare la norma, ma nessuno si muove, e, intanto, l'Inps ingrassa.

Perché migliaia di operai italiani continuano a tornare dalla Germania

l'avvicendamento normale e di circa 120 persone al mese, per i dirigenti della Volkswagen tutto è a posto. Per gli assistenti sociali e i sindacalisti le cose stanno

molto diversamente: agli operai stranieri si farebbe in sostanza capire che è meglio, per loro, andarsene oggi con un compenso che domani per forza di cose. Non si farebbe niente — e in questo una parte di responsabilità sarebbe anche dei consiglieri di fabbrica — per renderli consapevoli dei loro diritti e delle difficoltà alle quali — ad autoliceizzamento avvenuto — andrebbero incontro.

Il consolato di Friburgo, in un ordine del giorno che è stato inviato ai ministeri interessati (Estero e Lavoro) ha fatto presente la gravità della situazione occupazionale nella sua giurisdizione. Un numero notevole di italiani, più di quanti le stesse autorità tedesche pensassero, lasciano, spontaneamente o per forza maggiore, la Germania. Negli ultimi mesi alcune decine di migliaia sono tornati nel sud: se crisi ha da essere, hanno probabilmente argomentato, meglio viverla a casa propria. E non è giusto. Col loro lavoro hanno contribuito allo sviluppo dell'economia tedesca e hanno il diritto di essere salvaguardati e protetti anche nei momenti difficili.

L'argomento che più scotta, adesso, è quello dell'autoliceizzazione. Alcune aziende — e in particolare la Volkswagen di Wolfsburg — hanno dato l'avvio a questo nuovo sistema: l'operaio viene gentilmente

pregato di licenziarsi in cambio di una liquidazione che varia a seconda della sua anzianità presso la ditta. A Wolfsburg ci sono già stati tremila di questi « autoliceizzamenti » e altri mille seguiranno entro la fine dell'anno.

Anche su questo punto le interpretazioni fra i sostenitori delle due verità non coincidono. Per i dirigenti della Volkswagen le cose stanno così: ben duemilaccento lavoratori, fra i quali mille italiani, si sono messi in nota per autoliceizzarsi. « Purtroppo » non potranno essere acccontentati tutti, poiché gli italiani, che stanno alla catena di montaggio, sono spesso insostituibili. Si ricorda inoltre che gli autolicezzati saranno, per il sessanta per cento, donne (il lavoro femminile è il più colpito dalla crisi) e anziani, vicini alla pensione. Probabilmente, dunque, non saranno più di quattrecento gli italiani che lasciano Wolfsburg entro l'anno: siccome

Giornale

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Il Messaggero di Roma del 25-X-74

LICENZIATI
e
DISPEDITI

Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

Di tutto il rapporto, il dato che, evidentemente, preoccupa di più la popolazione tedesca è quello relativo alla disoccupazione e alle maniere per evitare che essa cresca di proporzioni. Secondo il governo federale, le supposizioni contenute nel rapporto sono del tutto prive di fondamento, almeno quelle relative all'entità del fenomeno della disoccupazione. Se ci sarà una recessione di grandi proporzioni, avrebbe detto in sostanza il governo, un milione di disoccupati sarà il massimo livello di crisi a cui si potrà arrivare, ma, naturalmente, per periodi di tempo estremamente brevi. Va detto a questo proposito che attualmente i disoccupati in Germania Occidentale sono

appena 500 mila, un numero assolutamente inferiore a quel 3-4% che è considerato ottimale per la stabilizzazione del sistema economico in una posizione di equilibrio.

THE TIMES

La notizia è stata commentata soprattutto dai giornali inglesi, che in questo periodo sembrano particolarmente attenti alle opportunità di confronto dei propri guai con quelli altrui. Il *Times* afferma che « Il rapporto presentato al governo tedesco non sembra dimostrare una nazione con un'economia in crisi. Nel prossimo anno si prevede addirittura una riduzione del tasso di inflazione a livelli di poco superiori al 6% contro l'attuale 7,3%. In compenso, il tasso di sviluppo economico sembra che potrà arrivare addirittura al 2,5%. Bene ha fatto, in una situazione di questo genere, il governo a minimizzare l'importanza dei dati relativi alla disoccupazione ».

LE FIGARO

Anche il giornale conservatore francese *Le Figaro* ha commentato brevemente la notizia, con una serie di osservazioni peraltro diametralmente opposte a quelle riferite in proposito dai giornali inglesi. *Le Figaro*, infatti, vede nell'annuncio di un milione di disoccupati « il primo sintomo di una crisi economica generale che non ha lasciato indenne da guasti neppure "il ricco cugino tedesco" ».

Enrico MORIGI

Ritaglio dal Giornale ...

C VII

..... del

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Espresso

di

M. Margotta

del

75-X-

CONTINUANO A CALARE GLI INVESTIMENTI

Per l'economia allarme a Bonn

Previsto un raddoppio dei disoccupati - Ora sono 557 mila

di ROBERTO MARGOTTA

L'economia della Germania Federale, di gran lunga la più solida d'Europa, corazzata com'è dal forte attivo della bilancia dei pagamenti con l'estero, comincia anch'essa a vacillare sotto la bufera iniziata con la crisi energetica dell'autunno del 1973 e che ha già ridotto a mal partito le economie francese, britannica e italiana. Il segnale d'allarme è costituito dal numero dei disoccupati che ammonta ora a 557 mila e che è più che raddoppiato rispetto ai 219 mila dello stesso periodo dell'anno scorso. Nemmeno durante la recessione del 1967, l'unica registrata nella Repubblica Federale da quando ebbe inizio con Erhard il famoso « miracolo tedesco », la situazione apparve preoccupante come ora. Quell'anno il numero massimo di persone senza lavoro raggiunse il vertice di 341 mila.

Il guaio è che la cifra di 557 mila indicata dalle statistiche ufficiali non è veritiera. A essa vanno aggiunti i 180 mila tedeschi, che attualmente seguono corsi di aggiornamento a spese dello Stato, o imparano un nuovo mestiere, perché il loro è stato reso desueto e inutile dalle nuove tecnologie avanzanti a ritmo incalzante. D'altra parte anche i sottoccupati, sebbene trascurati da ogni statistica, sono molto numerosi. Un'attendibile fonte sindacale li valuta a circa 270 mila.

L'ottica è falsata da un'altra circostanza: dalle statistiche scompaiono senza lasciar tracce tutti quei lavoratori di paesi non appartenenti alla CEE, soprattutto turchi, greci, portoghesi e spagnoli, che alla scadenza del loro contratto vengono rispediti a casa. Accadde già durante la recessione degli anni 1965-67, quando più di 300 mila operai sparirono dalle statistiche relative al lavoro perché erano stati fatti sparire dalla Germania.

E' dei giorni scorsi la notizia che i tedeschi si apprestano a individuare ed espellere dalla Repubblica Federale tutti quei lavoratori stranieri — fra cui non pochi indiani, filippini e sud-coreani — che prestano la loro opera senza essere in regola con la legge e che sono stati finora tollerati perché le ditte trovavano molto comodo realizzare alle loro spalle notevoli risparmi mediante l'omissione dei versamenti previdenziali. Anche qui le statistiche tacciono. Ma le valutazioni più vicine alla realtà, perché fondate su inchieste demoscopiche, fanno ascendere il numero di queste persone, diventate « indesiderabili », a circa un milione.

Di questi derelitti si è parlato nei dibattiti in corso nella Repubblica Federale per cercare di parare in extremis il pericolo incombente rappresentato dalla prospettiva di un milione di disoccupati per il prossimo inverno. Ma nemmeno con l'espulsione di questi poveretti la situazione cambierà. Infatti aumenterà soltanto il numero dei posti di lavoro liberi e che ora ammonta a 300 mila circa. Si tratta di lavori umilissimi che i tedeschi, da troppo tempo abituati a non sporcarsi le mani, non si abbassano a fare.

Esteriormente nessuno in Germania si accorge della disoccupazione che non assume gli aspetti deprimenti della grande crisi successiva al crollo di Wall Street del 1929. Allora si vedevano lunghe file di uomini davanti agli uffici del lavoro in attesa di percepire il sussidio. Ora il sussidio che, a seconda del carico di famiglia e dei versamenti effettuati per l'assicurazione varia dal 62,5 all'80 per cento dell'ultimo salario o stipendio percepito, viene versato direttamente sul conto corrente di ogni persona rimasta senza lavoro.

La gravità della situazione è confermata dal caos incipiente nei pubblici uffici del lavoro, dove gli impiegati, di fronte alla pioggia sempre più fitta di richieste di sussidi, non sanno più da che parte rigirarsi, venendo così a somigliare a tanti loro colleghi della burocrazia italiana, che è sempre stata oggetto di ironiche critiche da parte dei tedeschi, molto efficienti, sì, ma soltanto quando hanno il vento in poppa.

Che cosa sta succedendo ai tedeschi? Semplicemente ciò che è già successo a britannici, francesi e italiani. Gli è ritardo rispetto agli altri, gra-

soltanto accaduto un po' in ritardo alle massicce esportazioni delle loro industrie che hanno mascherato a lungo il salasso di valuta occorrente per l'acquisto di petrolio. La politica scelta di fronte alla crisi energetica dal cancelliere Helmut Schmidt e dal suo ministro delle finanze Hans Apel è stata quella della contrazione dei consumi accompagnata dal freno su prezzi e redditi. Fin dall'inizio essi hanno scelto la lotta all'inflazione al prezzo di una maggiore disoccupazione.

Come in altri paesi, anche in Germania, l'edilizia è a terra, l'industria automobilistica boccheggia e quella degli elettrodomestici è prossima alla paralisi. Soltanto l'industria chimica e quella elettrotecnica tirano ancora con immutato vigore. Gli investimenti intanto si contraggono con grande delusione di Schmidt e Apel che avevano fatto assegnamento su 14 miliardi di marchi in più rispetto al passato che, in virtù della riforma fiscale, sarebbero rimasti nelle tasche dei contribuenti. Le prospettive non sono rosee perché l'occupazione tedesca nel 1975 dipenderà dalle esportazioni, che diminuiranno, secondo la più elementare logica, perché i maggiori contraenti della RFT sono assillati dalla necessità di ridurre il deficit delle loro rispettive bilance commerciali.

Così si spiega infine la massiccia fuga di capitali dalla Germania Federale verso il mercato immobiliare canadese: tra gli altri hanno investito nel Quebec Flick, Siemens, Gerling (quello della Banca Herstatt fallita con un « buco » di un miliardo e mezzo di marchi). La provincia dell'Ontario per difendersi dall'invasione dei finanzieri tedeschi ha preso drastiche misure.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di

Roma

del

25-X-1

Anche da noi
purtroppo c'è chi
fa del razzismo

Alla direzione dell'Unità,

Se Berna piange, Roma non ride. Infatti la campagna xenofoba elvetica ci deve far scoprire anche i nostri razzismi. Si vada a vedere come dimostrazione, il porto di Genova e si contino gli scaricatori: la maggioranza sono cittadini jugoslavi. Quanti ne ho raccolti anch'io lungo l'autostrada «Serenissima» che facevano l'autostop, attendendo al sole o sotto l'acqua perchè non avevano nemmeno il denaro per il viaggio. Si vada in certe fattorie nei pressi di San Donà di Piave e molte altre del Friuli: si troveranno ancora stranieri che lavorano la terra per 70.000 lire mensili tutto compreso (cioè senza contributi per la Cassa malattia o per la pensione). La stessa speculazione la si scopre verso i tunisini, gli algerini ed i marocchini, che sono assunti dai porti, dalle aziende agricole e dalle imprese edili del Sud: in Campania, nelle Puglie, in Calabria e in Sicilia; qui facilmente si trovano salari anche più bassi di quelli offerti allo straniero nella Liguria e nel Veneto. Se poi si andrà a vedere dove alloggiano: stringe il cuore. Presso San Donà di Piave ho visto dormire 17 persone in una camera di 5 metri quadrati; i contadini del luogo mi hanno riferito che alcuni padroni fanno dormire i propri «mercenari» sotto i portici, nei fienili e nelle stalle. Le autorità naturalmente non vedono niente, non sanno niente, perchè i loro interessi coincidono con quelli dei padroni.

Persino negli istituti religiosi non è difficile scoprire stranieri, e soprattutto straniere, provenienti dai Paesi sottosviluppati, che, con il pretesto

della vocazione a «fratello coadiutore» o a «sorella conversa» vengono sfruttati per i lavori utili del convento. Ricordo d'aver visto, due anni fa, una schiera di suore indiane (pachistane e bengalesi), in gita a Cervinia, tutte pressapoco della stessa età: mi sembrò strano che fossero improvvisamente sorte così tante vocazioni in Oriente, ed ho pensato che probabilmente qualcuno aveva confuso il soffio dei monsoni con quello dello Spirito Santo. Ironia vuole che tutti siano entrati e continuano ad entrare in Italia con il permesso turistico.

Se poi l'attenzione si soffermasse ai rapporti che si hanno fra italiani del Nord e italiani del Sud, l'amarezza è ancora più forte. Il mio parroco di Gattinara si è addirittura permesso di correggere, durante la stessa celebrazione, una mia omelia, nella quale denunciavo il razzismo nordico verso i meridionali e lui stesso li accusava, in pre-dica, di portare disordine, di non aver voglia di lavorare, di essere diversi da noi e di chiedere aiuti a chi ha già i propri bisogni. A Torino, la zona Vallette, per esempio, è da tutti quotata «zona depressa», perchè è abitata prevalentemente da meridionali; ma oramai ogni comune industrializzato del Nord ha le proprie «riserve», o «caravanserragli», che per gli originari del luogo costituiscono la suburra, le bidonville, le casematte o i tuguri degli immigrati.

Quando don Giovanni Franzoni scriveva l'opuscolo «La terra è di Dio», affermava che è di tutti. Ovunque si può vivere, là è la nostra patria: ma non basta che ci dia il pane quotidiano, occorre che ci riconosca dignità e responsabilità.

Don GIOVANNI BASSO
(Canton Ticino)

Cosa vuol dire straniero?

Alcune domande al direttore della comunità di lavoro cattolica svizzera - In Germania un documento elaborato dal Sinodo locale - Alcuni dati

GIUSEPPE VENTURINI

Sono molti i «muri» che ancora dividono gli emigrati dalle popolazioni che li ospitano. Ma c'è un «muro maestro», il più duro da abbattere: la diffidenza egoistica e discriminatrice verso chi è «diverso», specie se è povero e straniero. In fondo è l'atteggiamento da cui nasce ogni razzismo. E' una costatazione emersa anche in questi giorni nei colloqui internazionali di Milano fra rappresentanti ecclesiali dei paesi da cui partono i migranti e di quelli in cui i migranti arrivano in cerca di lavoro.

Le delegazioni italiana, spagnola e portoghese (che rappresentano i paesi di più forte emigrazione) si sono incontrate fino a ieri con vescovi ed esperti della Germania e della Svizzera. I colloqui ora proseguono con quelli della Francia e del Belgio. Presidente il convegno, organizzato dall'UCEI, mons. Mensa, presidente della commissione episcopale italiana per le migrazioni. Vi partecipano mons. Nicolini, per l'analoga commissione della S. Sede e mons. Curial, delegato della CEI per l'assistenza spirituale ai missionari italiani. Ieri mattina ha preso parte alla riunione anche mons. Libero Tresoldi, vescovo ausiliare di Milano, che ha portato il saluto del card. Colombo, attualmente in Africa.

Alcune cifre sono indispensabili. La Svizzera ospita un milione e 52.563 lavoratori stranieri (551.768 italiani), a cui si devono aggiungere 200 mila stagionali (circa 90 mila italiani). In Germania gli emigrati sono due milioni 345 mila (406 mila italiani), senza contare i loro familiari. Le condizioni in cui si trovano sono per lo più di grave disagio, provocate dall'incontro con un mondo nuovo, dalla ignoranza della lingua e dell'immentalità locale, dall'impreparazione al lavoro specificato, dall'insicurezza del futuro, dalla mancanza di appoggi materiali e morali, dalla scarsa ricettività degli ospitanti sia nel campo sociale che ecclesiale, dalla diffidenza e spesso dalla ostilità dell'ambiente che li circonda.

Il caso del referendum svizzero è clamoroso ed emblematico. Ne parliamo con il dottor Enderle, direttore della «comunità di lavoro cattolica svizzera per gli stranieri», un organismo che dipende dall'episcopato elvetico. Gli chiediamo: «Qual è il "nocciolo" della questione?».

«Al di là delle tendenze xenofobe di un'infima minoranza — risponde — si è giunti a questa esasperazione dei rapporti con gli stranieri per-

chè nel passato molti svizzeri hanno affrontato questo problema come se fosse un problema di cifre anziché di persone umane. Forse è mancata un'educazione che aiutasse a prendere coscienza delle implicazioni morali e sociali della questione. E' vero che la presenza massiccia di stranieri provoca un certo squilibrio nel nostro paese. Ma è anche vero che tentare di sanarlo con un provvedimento di espulsione è disumano. Se l'iniziativa fosse stata approvata ci saremmo trovati di fronte ad una vera e propria catastrofe morale. Bisogna cercare soluzioni rispettose della dignità delle persone. Si dovrà cioè regolare per il futuro l'afflusso degli stranieri, ma

nello stesso tempo si dovrà promuovere un nuovo tipo di rapporti con quelli che vivono nella nostra patria, rapporti di convivenza e di integrazione nel rispetto delle loro particolarità».

Ecco il vero problema. «Ritieni che l'esito del referendum sia un passo avanti in questa direzione?». «Certamente — afferma il dottor Enderle —. Sono certo che la maggioranza degli svizzeri ha votato contro l'assurda proposta non per "paura", come qualcuno ha detto, ma soprattutto per ragioni umane e sociali». Dunque un passo avanti. Ma — aggiunge il nostro interlocutore — è necessario continuare nell'opera di «coscientizzazione».

Sul piano delle convinzioni una notevole maturazione è avvenuta. «Ora si tratta — ci dicono i rappresentanti dei missionari in Svizzera e in Germania — di portare maggiormente questo discorso nella base e di attuarne le implicazioni concrete. Ciò che gli immigrati vogliono, prima e più di ogni altra cosa, è un'accoglienza comprensiva e fraterna, non solo in alcune circostanze, ma nella vita e nei problemi di tutti i giorni. Noi non desideriamo tanto ricevere doni dall'alto, quanto piuttosto di essere messi in condizione di crescere con le nostre forze in mezzo ai tedeschi e agli svizzeri e insieme con loro».

E' singolare che le stesse posizioni di principio proclamate dalla Chiesa svizzera si ritrovino in quella tedesca. In Germania un documento importante sugli immigrati è stato elaborato dal sinodo della Chiesa tedesca. In esso si prende posizione contro le ingiustizie e a favore dei diritti dello straniero («Non è una merce sottoposta alla legge della domanda e dell'offerta») e si constata che la opinione pubblica sta evolvendosi verso una posizione di simpatia per gli immigrati: «Manca tuttavia nella popolazione tedesca la comprensione per i problemi di vita dei lavoratori stranieri e delle loro famiglie».

L'incontro dei rappresentanti delle Chiese europee ha un valore particolare proprio in questa prospettiva. Dice il dottor Enderle: «La Chiesa svizzera ha fatto molto per sensibilizzare la comunità cristiana a tutti i livelli. In occasione del referendum il suo influsso è stato assai importante. Ma la Chiesa deve fare di più: deve dare una testimonianza di autentica fraternità cristiana nei suoi rapporti con gli stranieri: in tal modo essa potrà contribuire ad una convivenza più umana anche sul piano civile». Dice il sinodo tedesco: «La Chiesa ha il compito di sviluppare nel proprio ambito modelli di cooperazione, di compartecipazione e di integrazione che siano esemplari anche per la società civile».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Inquire

di Rome

del 25-8-76

La rabbia degli emigranti

la Sardegna. Non è un caso insolito. Nella stessa Colonia, i servizi della nettezza urbana, tipico mestiere lasciato ai *Gastarbeiter* (lavoratori-ospiti) eufemismo con il quale vengono chiamati gli immigrati, sono nelle mani di un migliaio di persone provenienti tutte da Campobello di Licata, squallido paese della provincia d'Agrigento. Altre «piccole Italie» sono sorte a Wolfsburg, a Francoforte, a Stoccarda e, più a sud, nel Baden-Württemberg.

Se vuoi vedere i problemi dell'emigrazione alla luce fosca della crisi energetica — mi avevano suggerito alcuni amici sindacalisti — vai in Germania. In questo paese, più che in Francia, nei Belgio e nella stessa Svizzera, troverai la risposta alla domanda che oggi è su tutte le bocche: esiste dunque davvero il pericolo che, sotto la minaccia della recessione e paucità di immigrazione ci rimandi no indietro i nostri emigrati?

Colonia mi era stata indicata come l'osservatorio ideale. La città è al centro di due regioni ad alta concentrazione industriale, il Nord-Reno-Westfalia e la Ruhr. Nelle quali sorgono giganteschi complessi facenti parte delle più agguerrite multinazionali: la Bayer a Leverkusen, la Ford, la Opel a Bochum, le fonderie Rhein-Hütten che si sono fuse con la Krupp, le filande Tieszen a Dusseldorf. Nella sola Colonia su un milione di abitanti 200 mila sono *Gastarbeiter* (il 20%), uomini e donne, come ha annunciato

Dal nostro inviato

COLONIA, ottobre — Di italiani se ne trovano dappertutto nel mondo. Qualche anno fa ne ho incontrati un paio persino in Yakutia, ai circoli polare artico. Ma la sorpresa che ci procurano questi incontri inaspettati è ben poca cosa di fronte allo stupore che proviamo leggendo le statistiche. Quanti sanno, ad esempio, che un «altro» popolo italiano, equivalente a più della metà dell'attuale popolazione metropolitana, vive fuori dai confini patrii? Un italiano su tre è all'estero. Secondo stime sicuramente incomplete, oltre ai 25 milioni di ortundi e naturalizzati, più di 6 milioni di emigrati sono sparsi per il mondo: 2 milioni e mezzo si trovano in Europa, 2 milioni in America latina, 510 mila nell'America del nord, 200 mila in Oceania, 105 mila in Africa e 18 mila in Asia.

In questo dopoguerra, il flusso migratorio non si è mai arrestato un istante. Un italiano su 8 è emigrato negli anni '40 ad oggi; complessivamente 7 milioni di persone, delle quali 2 milioni e 800 mila dal 1961 al 1971. Di questi, più dei quattro quinti avevano abbandonato il Sud per andare a formare tante nuove «little Italy» nei nuovi paesi di immigrazione. Una l'ho scoperta a una trentina di chilometri da Colonia, nella città industriale di Remscheid. Qui su 100 mila abitanti, 20 mila sono italiani e dei questi, 5 mila vengono dal-

A Colonia i servizi della nettezza urbana sono nelle mani di un migliaio di persone provenienti tutte da un paese dell'Agrigentino - La prospettiva d'un rientro in massa è relativamente lontana, ma la situazione sul mercato del lavoro comincia a farsi pesante - Un italiano su otto è emigrato dal 1940 ad oggi

to il borgomastro in un recente discorso, appartenenti a 101 nazionalità diverse. I nostri connazionali sono circa 25 mila, ma se si considerano anche i lavoratori che vi giungono per vie traverse, spesso ingaggiati dalla «ma-

fia della manodopera» e abbandonati a se stessi dopo un breve periodo di intenso sfruttamento, si calcola che ogni giorno sono presenti a Colonia da 35 a 40 mila italiani.

Ho parlato con sindacalisti, missionari, diplomatici, economisti e, naturalmente, con decine e decine di nostri connazionali, che ho incontrato nelle loro case e nei luoghi di lavoro. Tutti, senza eccezione si sono mostrati preoccupati. La prospettiva di un rientro in massa è ancora relativamente lontana, ma la situazione sul mercato del lavoro comincia a farsi pesante, mentre appaiono più evidenti i limiti e le insufficienze della tutela comunitaria. Anzi, da più parti mi è stata segnalata con allarme la tendenza del padronato e delle autorità tedesche a violare i regolamenti della CEE sulla libera circolazione dalla manodopera, nelle cui norme i nostri 630 mila emigrati, i soli fra i 2 milioni e mezzo di

Gastarbeiter che vivono in Germania, dovrebbero trovare una difesa automatica dei loro diritti.

In ogni caso, sembra essere finito il tempo in cui Alcide De Gasperi poteva dire ai contadini meridionali che chiedevano lavoro e servizi fiscali: «Imparate le lingue straniere ed espatriate». «Oggi — mi dice padre Giancarlo Cordani, missionario scalabriniano — è praticamente impossibile trovare lavoro in fabbrica; è difficile trovare lavoro persino come sgua-

terro». Qualcuno si consola affermando che i dati sulla disoccupazione nella Rft non sono preoccupanti. In effetti 557 mila disoccupati pari al 2,5% della popolazione attiva rappresentano un tasso sotto molti aspetti entro i limiti della normalità. Il giudizio cambia se si fa attenzione al ritmo con cui questo tasso è aumentato ai primi sogni della crisi energetica: 225 mila nei primi mesi del 1973; 400 mila nel dicembre 1973; 460 mila nel marzo 1974; 527 mila nel settembre 1974. Senza contare i disoccupati parziali che nel marzo scorso erano già 60 mila. La progressione è preoccupante, anche per-

Ministero degli Affari Esteri

NERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

ELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

PAESE SERA

ROMA del 25-X-74



ché il cancelliere Schmidt, conduce una politica deflazionistica mascherata da politica di stabilità.

L'impressione generale, direi unanime, che ho raccolto da un capo all'altro della Repubblica federale è che la situazione economica peggiorerà perché i consumi sono già diminuiti del 6% e i tedeschi, reagendo istericamente alla minaccia di una recessione, obbediscono all'innato senso di autodisciplina, comprimendo la spesa individuale. Una prova? Nell'ultimo anno il consumo delle patate, alimento che grazie al maggiore benessere era stato sostituito in parte con cibi più pregiati, è aumentato del 15%. Di contro, la domanda dall'estero, pur non essendo più in espansione, si mantiene a livelli che

Ritagli

consentono un attivo della bilancia commerciale.

Insomma, Bonn non ha alcuna intenzione di importare inflazione, anche se Schmidt ha dovuto ammettere che il suo paese non può sottrarsi ai contraccolpi della crisi, a causa dell'interdipendenza delle economie occidentali. Il pericolo di una stasi esiste anche per un paese ricco come la Germania e saranno soprattutto gli emigrati a pagarne le conseguenze. Del resto, le stesse autorità non ne fanno mistero. Il ministro del Lavoro, Arendt, ha dichiarato or non è molto che se la disoccupazione dovesse aumentare al ritmo che abbiamo visto, si dovrà « rivedere » il problema dell'immigrazione. « Rivedere » in che senso? Il governo non vuol dirlo. Intanto, da un anno è in atto il blocco dell'immigrazione dai paesi extracomunitari (Turchia, Grecia, Spagna, Jugoslavia), ma il clima si va facendo pesante anche per i nostri emigrati.

Le ultime statistiche danno presenti 450 mila lavoratori italiani. Dal dicembre '73 ad oggi ve ne sono 25 mila in meno. Il governo tedesco si giustifica: la disoccupazione in generale è del 2,5%, ma tra gli emigrati è del 2%. Non ci potete accusare di condurre un'azione discriminatoria. Le statistiche, però, non tengono conto dei rientri, il cui numero è in aumento. In settembre a Colonia le famiglie italiane che facevano al Con-

solato le pratiche per il rientro erano 15 al giorno.

La decisione di rifare le famose valige legate con lo spago è quasi sempre la conclusione di un dramma angoscioso. Molti tornano in patria perché non resistono al pensiero di dover rimanere disoccupati. A Colonia, a Remscheid, a Friburgo ho incontrato connazionali che si accingono a lasciare la Germania. Tutti mi hanno detto la stessa cosa: non possono accettare l'idea di ripetere nel paese d'immigrazione l'esperienza atroce che li aveva spinti a lasciare il paesino meridionale; rifiutano la condizione dell'emigrato senza lavoro.

I sindacalisti italiani che prestano una preziosa e insostituibile opera nei diversi patronati (INCA-CGIL, INASCISL, ITAL-UIL, ACLI) mi dicono che le autorità tedesche esasperano spesso a bella posta le situazioni per suscitare nei *Gastarbeiter* uno stato d'animo che li induca a « moltiplicare ». Si fa di tutto per stimolare l'insofferenza mediterranea dei nostri emigrati: la ricerca della abitazione, l'isolamento del noviziato sotto forma di lavoro umiliante e pericoloso. In queste condizioni, ricadere nella condizione del disoccupato fa vivere all'individuo già provato dal trauma della disoccupazione in patria, un duplice dramma: il dramma che aveva vissuto e quello che sta per affrontare.

Rinvio di sportello in

sportello, senza conoscere la lingua, di fronte alla sgarbata intolleranza degli addetti agli uffici del lavoro, l'emigrato accumula una carica di ostilità che produce dapprima scoramento e poi rabbia. Certo sarebbe più saggio resistere, ma non è facile dominare nervi e sentimenti. Molti cedono e ripartono; altri, i più disperati, accettano tariffe ridotte e peggiori condizioni di lavoro pur di restare. Si è arrivati al punto che un siciliano di Licata, il quale aveva ricevuto per errore la busta paga con 150 marchi in meno, aveva deciso di non reclamarli per non urtare il padrone.

Sta di fatto che non solo aumenta il numero dei rientri in Italia, ma anche quello dei disoccupati che restano. Secondo l'Ufficio del Lavoro centrale (*Arbeitsamt*) che ha sede a Norimberga, i disoccupati totali italiani in tutta la Germania erano in agosto 12 mila e in settembre 16 mila. Ma calcoli più accurati fatti dai patronati, indicano che questa cifra ufficia-

IONE

UR

le va moltiplicata per tre.

Nel Nord-Reno-Westfalia gli italiani senza lavoro sono circa 16 mila su 160 mila e si teme che non possano essere riassorbiti, soprattutto perché le ditte continuano ad assumere lavoratori turchi, greci, spagnoli e jugoslavi nonostante la legge del novembre 1973 che blocca l'immigrazione dai paesi extracomunitari e i regolamenti della CEE che sanciscono la « priorità comunitaria » nelle assunzioni. Alla Volkswagen nel mese di agosto sono stati assunti 1000 turchi con contratto annuale, malgrado ci siano 15 mila operai in cassa integrazione. Alla Mannesmann di Düsseldorf, dove ci sono stati numerosi licenziamenti, sono stati ingaggiati addirittura 250 arabi, mentre alla Bayer di Leverkusen, la direzione ha più volte dichiarato che saranno assunti operai di ogni nazionalità ad eccezione degli italiani.

Tutti questi esempi possono essere inquadrati in un piano complesso, che tende a dividere i lavoratori tedeschi dai *Gastarbeiter* e questi ultimi fra di loro, e al tempo stesso ad ingrossare le file dei senza lavoro in maniera da poter disporre di una manodopera di rotazione, che comporta un bassissimo costo sociale, e formare un « esercito di riserva ». Si tratta di un gioco vecchio quanto il capitalismo. Già un secolo fa, Marx ed Engels spiegavano che una massa di disoccupati serve ad esercitare una pressione che costringa i lavoratori occupati ad accettare condizioni salariali e di lavoro sempre peggiori.

Nella Germania odierna il gioco si ripete e viene spinto tanto avanti che comincia a suscitare qualche preoccupazione. « Aspettate ancora un paio di mesi, quando il numero dei disoccupati salirà ancora — ha scritto sullo *Stern* Henri Nanne, uno dei più noti giornalisti tedeschi occidentali — ci accorgeremo allora sino a qual punto abbiamo bisogno dei lavoratori stranieri ».

VITO SANSONE

del



ché il cancelliere Schmidt, conduce una politica deflazionistica mascherata da politica di stabilità.

L'impressione generale, direi unanime, che ho raccolto da un capo all'altro della Repubblica federale è che la situazione economica peggiorerà perché i consumi sono già diminuiti del 6% e i tedeschi, reagendo istericamente alla minaccia di una recessione, obbediscono all'innato senso di autodisciplina, comprimendo la spesa individuale. Una prova? Nell'ultimo anno il consumo delle patate, alimento che grazie al maggiore benessere era stato sostituito in parte con cibi più pregiati, è aumentato del 15%. Di contro, la domanda dall'estero, pur non essendo più in espansione, si mantiene a livelli che

Ritagli

consentono un attivo della bilancia commerciale.

Insomma, Bonn non ha alcuna intenzione di importare inflazione, anche se Schmidt ha dovuto ammettere che il suo paese non può sottrarsi ai contraccolpi della crisi, a causa dell'interdipendenza delle economie occidentali. Il pericolo di una stasi esiste anche per un paese ricco come la Germania e saranno soprattutto gli emigrati a pagarne le conseguenze. Del resto, le stesse autorità non ne fanno mistero. Il ministro del Lavoro, Arendt, ha dichiarato or non è molto che se la disoccupazione dovesse aumentare al ritmo che abbiamo visto, si dovrà « rivedere » il problema dell'immigrazione. « Rivedere » in che senso? Il governo non vuol dirlo. Intanto, da un anno è in atto il blocco dell'immigrazione dai paesi extracomunitari (Turchia, Grecia, Spagna, Jugoslavia), ma il clima si va facendo pesante anche per i nostri emigrati.

Le ultime statistiche danno presenti 450 mila lavoratori italiani. Dal dicembre '73 ad oggi ve ne sono 25 mila in meno. Il governo tedesco si giustifica: la disoccupazione in generale è del 2,5%, ma tra gli emigrati è del 2%. Non ci potete accusare di condurre un'azione discriminatoria. Le statistiche, però, non tengono conto dei rientri, il cui numero è in aumento. In settembre a Colonia le famiglie italiane che facevano al Con-

solato le pratiche per il rientro erano 15 al giorno.

La decisione di rifare le famose valige legate con lo spago è quasi sempre la conclusione di un dramma angoscioso. Molti tornano in patria perché non resistono al pensiero di dover rimanere disoccupati. A Colonia, a Remscheid, a Friburgo ho incontrato connazionali che si accingono a lasciare la Germania. Tutti mi hanno detto la stessa cosa: non possono accettare l'idea di ripetere nel paese d'immigrazione l'esperienza atroce che li aveva spinti a lasciare il paesino meridionale; rifiutano la condizione dell'emigrato senza lavoro.

I sindacalisti italiani che prestano una preziosa e insostituibile opera nei diversi patronati (INCA-CGIL, INASCISL, ITAL-UIL, ACLI) mi dicono che le autorità tedesche esasperano spesso a bella posta le situazioni per suscitare nei *Gastarbeiter* uno stato d'animo che li induca a « moltiplicare ». Si fa di tutto per stimolare l'insofferenza mediterranea dei nostri emigrati: la ricerca della abitazione, l'isolamento in baracca, il pagamento del noviziato sotto forma di lavoro umiliante e pericoloso. In queste condizioni, ricadere nella condizione del disoccupato fa vivere all'individuo già provato dal trauma della disoccupazione in patria, un duplice dramma: il dramma che aveva vissuto e quello che sta per affrontare.

Rinviato di sportello in

sportello, senza conoscere la lingua, di fronte alla sgarbata intolleranza degli addetti agli uffici del lavoro, l'emigrato accumula una carica di ostilità che produce dapprima scoramento e poi rabbia. Certo sarebbe più saggio resistere, ma non è facile dominare nervi e sentimenti. Molti cedono e ripartono; altri, i più disperati, accettano tariffe ridotte e peggiori condizioni di lavoro pur di restare. Si è arrivati al punto che un siciliano di Licata, il quale aveva ricevuto per errore la busta paga con 150 marchi in meno, aveva deciso di non reclamarli per non urtare il padrone.

Sta di fatto che non solo aumenta il numero dei rientri in Italia, ma anche quello dei disoccupati che restano. Secondo l'Ufficio del Lavoro centrale (*Arbeitsamt*) che ha sede a Norimberga, i disoccupati totali italiani in tutta la Germania erano in agosto 12 mila e in settembre 16 mila. Ma calcoli più accurati fatti dai patronati, indicano che questa cifra ufficia-

IONE
UR

le va moltiplicata per tre.

Nel Nord-Reno-Westfalia gli italiani senza lavoro sono circa 16 mila su 160 mila e si teme che non possano essere riassorbiti, soprattutto perché le ditte continuano ad assumere lavoratori turchi, greci, spagnoli e jugoslavi nonostante la legge del novembre 1973 che blocca l'immigrazione dai paesi extracomunitari e i regolamenti della CEE che sanciscono la « priorità comunitaria » nelle assunzioni. Alla Volkswagen nel mese di agosto sono stati assunti 1000 turchi con contratto annuale, malgrado ci siano 15 mila operai in cassa integrazione. Alla Mannesmann di Düsseldorf, dove ci sono stati numerosi licenziamenti, sono stati ingaggiati addirittura 250 arabi, mentre alla Bayer di Leverkusen, la direzione ha più volte dichiarato che saranno assunti operai di ogni nazionalità ad eccezione degli italiani.

Tutti questi esempi possono essere inquadrati in un piano complesso, che tende a dividere i lavoratori tedeschi dai *Gastarbeiter* e questi ultimi fra di loro, e al tempo stesso ad ingrossare le file dei senza lavoro in maniera da poter disporre di una manodopera di rotazione, che comporta un bassissimo costo sociale, e formare un « esercito di riserva ». Si tratta di un gioco vecchio quanto il capitalismo. Già un secolo fa, Marx ed Engels spiegavano che una massa di disoccupati serve ad esercitare una pressione che costringa i lavoratori occupati ad accettare condizioni salariali e di lavoro sempre peggiori.

Nella Germania odierna il gioco si ripete e viene spinto tanto avanti che comincia a suscitare qualche preoccupazione. « Aspettate ancora un paio di mesi, quando il numero dei disoccupati salirà ancora — ha scritto sullo *Stern* Henri Nanne, uno dei più noti giornalisti tedeschi occidentali — ci accorgeremo allora sino a qual punto abbiamo bisogno dei lavoratori stranieri ».

VITO SANSONE

Dopo il successo dei « no » nel referendum

Bisogna affrontare i reali problemi degli emigrati in Svizzera

Sollecitata la ripresa delle trattative italo-elvetiche

Cessato il clamore per l'esito del pronunciamento nel quale l'elettorato svizzero ha respinto la terza iniziativa antistranieri, rimane la sensazione di essere usciti da un clima soffocante e pericoloso. La « cacciata dello straniero » per ora non ci sarà. Rimane una profonda lacerazione della società svizzera e quindi una battuta di arresto nel processo di integrazione e nello sviluppo dei rapporti tra lavoratori svizzeri e stranieri. I postumi di una operazione dolorosa, umiliante e provocatoria lasceranno certamente il segno per lungo tempo. Lo scontro è stato duro e senza esclusione di colpi. Ma questi, più che sui diretti contendenti, sono caduti sulle spalle di un milione di lavoratori immigrati, paradossalmente fuori gioco e nel contempo veri protagonisti di questa non certamente edificante vicenda. Un fatto però ci sembra inconfutabile. Il risultato conferma una vittoria della ragione, una vittoria di civiltà e di solidarietà umana, qualunque siano le motivazioni che hanno spinto il 66% del popolo svizzero a votare contro l'espulsione di mezzo milione di lavoratori stranieri.

A giusta ragione i lavoratori italiani sono i primi a riconoscere il valore del risultato. Questo perché il vero soggetto in discussione non era lo straniero in senso lato, bensì il lavoratore italiano. In sostanza il voto si è venuto ad identificare sempre più come pronunciamento pro o contro l'immigrato italiano. Come mai questo? Non di certo per il fatto che i nostri connazionali rappresentano il contingente più consistente e pericoloso per le tradizioni e la serenità del popolo svizzero, oppure creano problemi « ecologici » che altri

non creano. La vera consistenza nel fatto che la destra nazionale svizzera, con la propria iniziativa, ha mirato a determinare una campagna contro il lavoratore italiano perché considerato parte non facilmente alleabile da quel movimento operaio che con le sue lotte indica a tutti i lavoratori la strada per la costruzione di un'Europa nuova e democratica.

Pur nella loro chiusura mentale, i fautori dell'iniziativa contro i lavoratori stranieri hanno ben compreso il nesso tra la lotta per la conquista dei diritti del lavoratore immigrato in Svizzera e la lotta contro l'inetitudine dei governi italiani ad affrontare una concreta politica per assicurare la rinascita dell'Italia, il suo risanamento e il suo rinnovamento. Il vero sconfitto è stato dunque l'anticomunismo visuale più che la xenofobia razzista. E di questo non possiamo che rallegrarci. Senza nulla togliere al grande e decisivo contributo delle forze politiche sindacali, culturali, ecclesiali svizzere — le quali hanno condotto un'esemplare battaglia di difesa degli interessi nazionali del loro Paese — ci sembra doveroso sottolineare l'importante contributo assicurato dai lavoratori e dai comunisti italiani nell'emigrazione per il ruolo esercitato all'interno della società organizzata svizzera, in primo luogo nei sindacati e nelle associazioni, a sostegno di tutti quei valori usciti trionfanti dal responso delle urne del 20 ottobre.

Il senso di responsabilità, la capacità e la funzione dei comunisti italiani operanti nelle organizzazioni associative e politiche nella emigrazione svizzera hanno avuto l'indubbio merito di estendere la comprensione della reciproca

convivenza tra svizzeri e stranieri. Non è stato un compito facile per tutta una serie di condizionamenti e limitazioni in parte ovvie ed altre ingiustificate. Per esempio, non ha certamente giovato il disimpegno del governo italiano nel non riconoscere che la presenza di seicentomila italiani in Svizzera creava gravi problemi e che quindi era necessario, per quanto gli competeva, porsi il problema di come facilitare una soluzione nell'interesse della collettività italiana nella emigrazione. Molto probabilmente da parte nostra non abbiamo reso chiaro a sufficienza che la crisi che travaglia l'Italia è qualcosa di diverso dalla crisi che colpisce l'Europa e il mondo. Una crisi che deve essere combattuta con dure ed estese lotte di massa poiché i nodi da sciogliere richiedono il contributo di tutte le forze migliori in Italia e nell'emigrazione.

I lavoratori italiani non negano alla Svizzera il diritto di raggiungere una stabilizzazione e anche una riduzione del numero degli stranieri nei prossimi anni, ma rivendicano a loro volta il diritto di battersi nelle forme e nei metodi consentiti dalla dialettica democratica del Paese ospitante per dare alla nostra società nazionale un volto nuovo in cui gli emigrati italiani possano riconoscersi e credere. Non ne fanno una questione di

quantità ma di qualità. E questa non può essere separabile dal riconoscimento dell'apporto dei lavoratori stranieri allo sviluppo economico, sociale, democratico della Confederazione elvetica, al superamento dell'attuale frantumazione del mercato del lavoro, alla difesa degli interessi comuni dei lavoratori svizzeri e stranieri. Ai governi italiani — rimasti, come abbiamo detto, indifferenti di fronte a questa grave minaccia contro i più elementari diritti all'esistenza per centinaia di migliaia di connazionali in Svizzera — i comunisti chiedono che non si perda l'occasione dell'esito del referendum per sollecitare la ripresa delle trattative italo-svizzere per un sostanziale miglioramento del vecchio e superato accordo bilaterale, e specificatamente sui problemi della difesa del posto di lavoro, della scuola, della previdenza sociale, dei diritti politici, civili e democratici per i lavoratori italiani in Svizzera.

CESARINO BECCALOSI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Voce Repubblicana

di

Lomve

del

25-X-7

**Ondata di licenziamenti
di stranieri in Svizzera.**

GINEVRA, 24. — Le colonie libere italiane e l'associazione dei lavoratori spagnoli della regione losannese hanno comunicato di aver appreso con grande preoccupazione che, non appena superata la votazione federale del 20 ottobre (iniziativa « antistranieri »), un'ondata di licenziamenti ha colpito già numerose decine di lavoratori immigrati e minaccia d'estendersi soprattutto nel settore dell'edilizia.

Le due associazioni hanno pertanto chiesto il rispetto integrale della convenzione collettiva, che prevede la garanzia dell'impiego fino al termine del contratto, il rinnovo dei contratti per tutti gli operai che hanno lavorato in Svizzera quest'anno, il pagamento della tredicesima mensilità.

Le colonie libere italiane e l'associazione dei lavoratori spagnoli hanno invitato la Federazione svizzera degli operai del legno e dell'edilizia e la Federazione cristiana dei lavoratori dell'edilizia ad assumersi la difesa della sicurezza d'impiego dei lavoratori stranieri.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

ARTICOLI SULL'ARGOMENTO:

LAVORATORI STRANIERI LICENZIATI IN SVIZZERA

SONO STATI ANCHE PUBBLICATI DAI SEGUENTI GIORNALI:

Con egual rilievo

IL TEMPO - IL GIORNALE - IL MESSAGGERO

IL MANIFESTO - AVVENIRE - IL GIORNO

IL MATTINO

Con maggior rilievo

Con minor rilievo

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

TEMPO illustrato di Milano

del 25-X-72

Più fondi per i nostri emigrati

Passeranno da 7 a 15 i miliardi stanziati nel bilancio statale per la realizzazione di servizi sociali per italiani che lavorano all'estero. E' questo uno dei sintomi del diverso atteggiamento assunto dal nostro governo nei confronti degli emigrati. Su tale problema si terrà a Roma, a metà dicembre, la prima conferenza sull'emigrazione, cui parteciperanno delegati dei 6 milioni di italiani sparsi per il mondo. Scopo dell'iniziativa, come ha spiegato il sottosegretario agli Esteri Luigi Granelli, è di fissare una nuova linea di politica economica sul fenomeno che, tra l'altro, garantisca ai nostri lavoratori parità di trattamento con quelli dei Paesi che ospitano i nostri emigrati.

I IV
RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Agencia EUROPE

di

Bruxelles

del

26-X-74

NOUVELLE ENQUETE PAR SONDAGE SUR LES FORCES DE TRAVAIL
DANS LA CEE AU PRINTEMPS 1975

BRUXELLES (EU), vendredi 25 octobre 1974 - Le Conseil communautaire a adopté un règlement relatif à l'organisation d'une enquête par sondage sur les forces de travail dans la Communauté. Des enquêtes analogues (pour la Communauté à "Six") avaient été effectuées en 1968, 1969, 1970, 1971 et 1973. Il s'agit à présent de les renouveler, en les effectuant de façon harmonisée et synchronisée dans tous les Etats membres.

La date choisie est celle du printemps 1975. L'enquête sera effectuée sous forme d'entretiens personnels (interviews), dans chaque Etat membre, auprès d'un échantillonnage de ménages.

Le nombre des ménages à interroger sera :

- de 60.000 à 100.000 en Allemagne, France, Italie et Royaume-Uni.
- de 30.000 à 50.000 en Belgique et aux Pays-Bas.
- de 30.000 à 40.000 au Danemark et en Irlande, et de 10.000 environ au Luxembourg.

L'enquête portera sur les caractéristiques de toutes les personnes composant les ménages interrogés, leur activité professionnelle, la recherche de travail de leur part (genre d'emploi recherché, motifs, durée). Des questions complémentaires porteront sur la formation professionnelle et sur les conditions de travail.

Les renseignements seront recueillis par les services statistiques des Etats membres (d'après un plan de sondage établi par la Commission européenne) et ensuite transmis à Bruxelles, sous forme anonyme. Le secret des renseignements individuels sera garanti ; en particulier, ils ne pourront pas être utilisés à des fins fiscales.

Les modalités techniques pourraient être révisés pour les nouveaux Etats membres (qui participent pour la première fois à de telles enquêtes), afin de tenir compte de certains problèmes particuliers.

Les dépenses seront inscrites sur le budget communautaire (d'après un forfait à verser à chaque Etat membre, en fonction du nombre des ménages interrogés).

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

agenzia EUROPE

di

Bruxelles

del

25-X-

LES ORGANISATIONS FAMILIALES DE LA CEE DEMANDENT A ETRE
CONSULTE PLUS FREQUEMMENT PAR LES AUTORITES EUROPEENNES

BRUXELLES (EU), vendredi 25 octobre 1974 - La Commission Parlementaire des affaires sociales et du travail s'est réunie le 23 et le 24 octobre à Bruxelles sous la présidence de M. Bertrand (démocrate-chrétien) et a eu un échange de vues avec le Comité des Organisations Familiales auprès des Communautés Européennes (COFACE). Le COFACE, demande à être reconnu par les institutions européennes en tant qu'interlocuteur sur les questions touchant la famille. Ainsi, le COFACE voudrait siéger dans les nouveaux instituts et centres qui sont prévus par le programme d'action sociale et le programme environnement (Fondation européenne pour l'amélioration de l'environnement et des conditions de vie et de travail, Centre européen de formation professionnelle). Le COFACE regrette que le programme d'action sociale n'attache pas plus d'importance aux problèmes concernant les familles.

La Commission Parlementaire a aussi discuté le projet de budget de la Commission Européenne pour l'année 75. Les parlementaires regrettent que le Conseil, en septembre dernier, ait réduit de manière si spectaculaire les crédits proposés par la Commission pour la politique sociale communautaire. Ils demandent en conséquence que le Conseil des Ministres inscrive les crédits nécessaires pour le Fonds Social Européen, la formation professionnelle, le Centre de documentation et d'information sur le travail des femmes, l'échange des jeunes travailleurs, le programme sur l'évolution des marchés de travail, le programme d'action contre la pauvreté etc. 1

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

The Economist di Londra del 26-X-74

Switzerland

Saved

The answer was a sensible Swiss one, after all, and by a handsomer margin than anyone expected. The fear that Switzerland was about to eject more than half of the million-odd foreigners who live in the country was dispelled when the electorate voted down the idea on Sunday by a margin of two to one. For the moment Swiss hotels and restaurants will not be stripped of Italian and Spanish waiters and chambermaids; the building industry will still have labourers, and hospitals will have cleaners; the economy will not suffer the 10 per cent drop in output that one estimate forecast; and the cantons of Geneva and Ticino, where non-Swiss abound, will not be obliged to get rid of something like a fifth of their total present population.

For the moment. Yet the relief that the proposal organised by Herr Oehen's National Action party was handsomely rejected conceals the fact that 34 per cent of the voters were willing to accept a proposition that would have had all those effects, and that six of the 26 cantons were prepared to give it 40 per cent or more of their vote. Those six cantons tell a good deal about the Swiss reaction against *Ueberfremdung*, "over-foreignisation". They are all German-Swiss, as distinct from French-

Swiss or Italian-Swiss. Most of them are predominantly rural; most of them have a strong sense of belonging to the "old" Switzerland which created the country's power and independence, and which other cantons joined later; and most of them don't actually have many foreigners. The canton that gave the ejection idea the highest vote, Uri, has the lowest proportion of foreigners in the entire country, 6.9 per cent. The cantons with the highest proportion, French-speaking Geneva and Italian-speaking Ticino, gave it the lowest vote.

The question now is whether Herr Schwarzenbach, the very shrewd poli-

tician who organised a rather milder attempt to reduce the foreign population in 1970 but opposed this year's brutal campaign, will now come back with another proposal of his own. The core of the anti-*Ueberfremdung* feeling may lie in the old, rural Switzerland, but it picks up a good deal of support elsewhere—among trade unionists who think their wages could go up faster if there were less competition from foreign labour, among poorer people who want a target for their disgruntlement with life, even among anti-pollutionists who think that dirty industries are somehow caused by all those foreigners. Herr Schwarzenbach has on the table a further proposal to reduce the number of outsiders from the present 16 per cent of the country's total population to 12½ per cent. He says he will force it to a vote if the government doesn't take strong action (see box) to lower the figure. Next move, the government's.

The closing doors

The latest immigration regulations imposed by the Swiss government limit the number of new residents to 20,500 a year—which means, allowing for deaths and departures, a reduction of up to 20,000 a year in the number of foreigners living in the country. But Switzerland is not the only country that has started to lower the boom. During the past year, Germany, France, Belgium, Denmark and Holland have all declared a general ban on new work permits for non-EEC nationals, although each has its own exceptions.

All EEC member countries must subscribe to the community rule of free travel and free access to work for EEC nationals within the Nine. Britain also allows free entry to Commonwealth citizens—but only provided they have one parent born in the United Kingdom. Britain welcomes doctors, dentists and nurses without restriction but unskilled labourers are virtually barred except to work in hotels and catering trades and in domestic service. Only 25,000 work permits of all kinds are expected to be granted this year compared

with 67,000 in 1971.

Australia, where immigration is both highly important and highly contentious, gave up its legalised preference for Europeans in 1972. Now it sets an overall limit each year and judges individual applicants by their economic usefulness. New Zealand is the only country which sets a limit on age, 45, and on the number of children, four. It also restricts the total number of immigrants but it does not discriminate by country of origin. Canada, swamped by a 50 per cent increase in immigrants last year, is now rethinking its policy and is already limiting the flow by administrative means.

The United States is the only major magnet for immigrants which still maintains a quota system: 170,000 people from the eastern hemisphere and 130,000 from the western hemisphere can be admitted each year, with a maximum of 20,000 from any one country. The exceptions to this rule are certain professions—such as doctors and nurses—and close relatives of American citizens.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

FRIULI SERA

di

Udine

del

25-X-74

Lettere dalla Germania

La conferenza della «non emigrazione»

Mentre il vice console Treggiari di Baden in Svizzera, per aver coraggiosamente denunciato in una intervista l'operato di Granelli, è stato richiamato a Roma e sospeso dalla qualifica per due mesi, il sottosegretario all'emigrazione visitava pomposamente la sede di un circolo rosso di Taranto accompagnato dal compagno Cianca. Il diplomatico è stato accusato di «vilipendio dell'amministrazione» ed è sta-

to l'unico funzionario di Stato, presente a Bruxelles in funzione di rappresentante di base.

Riguardo alla farsa di Bruxelles Treggiari afferma:

«Dall'impressione che si ricavava assistendo ai lavori di Bruxelles sembrava di vivere già in un clima di «compromesso storico», un tacito accordo sostanziale fra Pci e Dc, che metteva gli altri (a cominciare dal Psi) in grande difficoltà».

Impressioni che si ripetono e che si possono liberamente considerare valide anche per la riunione di Montreal e che danno maggior consistenza alle nostre ripetute denunce ben considerando la fonte e le simpatie del vice console sfortunato.

Questa è la democrazia della Farnesina, questa è la libertà che sta svuotando di contenuto serio la preparazione della conferenza nazionale d'emigrazione.

Non a caso il responsabile dell'ufficio emigrazione della Cgil ha dichiarato all'unico settimanale italiano di Francoforte: «... la conferenza si farà... con o senza numero adeguato di emigranti...».

Il che vuol dire che la nostra presenza, la presenza degli emigrati non interessa; infatti per la Farnesina la Concomitalia, organizzazione italiana del

Sud America che raggruppa 300.000 iscritti, non conta, come non contano i Ctim, la Dcv, la Faieg e tanti altri, che non hanno nessun addentellato nelle alte sfere di potere romano, ma la sfortuna di essere libere ed aperte al servizio dei lavoratori italiani all'estero.

Con queste malformazioni si sta preparando la conferenza nazionale dell'emigrazione, Treggiari, infatti, ha giustamente detto: «Un governo che prepara una conferenza nazionale deve avere le idee chiare e avrebbe già dovuto preparare leggi, decreti ecc. adeguati per interessare gli emigrati».

Invece — continua il viceconsole castigato di Baden — arriviamo alla conferenza con una preparazione roffettata, per una serie di interessi personali e concomitanti dei sindacati e dei partiti, che spingono perché si faccia «una» in un contesto di crisi economica che la svuota».

Se poi diamo una occhiata alle bozze delle relazioni che dovrebbero essere alla conferenza distribuite ai membri del Comitato organizzatore, è veramente penoso constatare come si cerchi di sviare e svuotare il contenuto iniziale della conferenza. Infatti assisteremo ad una ennesima (ma questa volta costosa e mastodontica) indagine sui problemi che tutti conoscono, ma che nessuno vuole risolvere.

Quale sarà la reazione degli emigrati? Granelli risponde!

Bruno Zoratto

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL PICCOLO di Trieste

del 26-X-44

VITA AMARA PER GLI ITALIANI ALLA «VOLKSWAGEN»

La crisi a Wolfsburg grava sugli emigrati

Ritmi aumentati, riduzioni d'orario, frequenti spostamenti
Secondo molti la fabbrica tende a «espellere» gli stranieri

NOSTRO SERVIZIO PARTICOLARE

Wolfsburg, 25

I circa quattromil operai italiani alla «Volkswagen» cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. «I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena». «Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese». Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala della comune-bar che serve le torri a sette piani di Kaesdorf, l'isolato villaggio a cinque chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza). Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato e al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. «Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle il «Meister» (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto». Spesso si è trasferiti ad un posto di lavoro che richiede una categoria inferiore a quella di prima e così la paga si riduce ancora.

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 21 mila dipendenti 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (oltre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede una ferrea razionalizzazione. Anche con riduzioni del personale. E infatti, alcune settimane fa, la «Volkswagen» ha annunciato

un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 mila e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Subito — ricordano gli operai — si è creata un'enorme ressa davanti agli uffici dell'amministrazione. Pren'iamo i soldi — così pensavano i più — e ci troviamo un lavoro in un'altra fabbrica, magari in una zona meno decentrata (Wolfsburg è a una decina di chilometri dalla Germania orientale e la sua vita dipende esclusivamente dalla fabbrica).

Ma poi sono subentrati altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno, la Repubblica federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempesta. Gli operai hanno scoperto poi che chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi. Alla fine sono partiti soltanto coloro che avevano comunque deciso di tornare e coloro che ritengono di poter avviare con i 5 mila marchi una piccola attività in proprio o potenziarla, se già l'avevano.

E così dei 1200 circa che avevano fatto richiesta, nei giorni scorsi hanno fatto le valigie soltanto un'ottantina. Gli altri aspettano ancora oppure — nella maggioranza — hanno cambiato idea. In ogni caso è la fabbrica che decide quali «autolicensing» (questa la parola coniata per l'occasione) accettare. I criteri non sono noti ma gli operai non hanno dubbi: verranno lasciati andare i più stanchi, quelli che si ammalano più spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavorazione. In sostanza, essi ritengono,

una parte importante la giocheranno i «Meister» i fedeli rappresentanti della società dai quali gli operai italiani sono divisi da una considerevole differenza nella paga mensile e dall'insormontabile barriera della lingua.

Dalle difficoltà personali alla crisi del settore e viceversa, in un'altalena di dialetti, di sag-

gezza contadina e di precisi riferimenti ai problemi strettamente tecnici delle lavorazioni, nella grande sala — quasi una piazza di paese, gente che gioca a carte o a biliardo e che discute — ci sono sempre molte decine di operai che hanno appena finito il turno o bevono l'ultimo caffè prima di andare al lavoro. Tutti pronti a parlare e discutere. Pochissimi imputano alla cosiddetta «guerra del petrolio» l'attuale crisi delle fabbriche automobilistiche. In molti poi non vogliono nemmeno ammettere che crisi ci sia: lavoriamo di più — dicono — e se ogni tanto ci mettono ad orario ridotto, è anche vero che hanno istituito turni di notte e fanno lavorare migliaia di operai il sabato e la domenica.

I più «duri» lanciano anche accuse: la società risparmia con le riduzioni di orario (a carico della collettività) e, per di più, ottiene la stessa produzione aumentando i ritmi. Alla fine della giornata, dalle catene di montaggio sono uscite più macchine di prima della crisi. E' difficile accettare o respingere una simile tesi con cifre alla mano per quanto riguarda la Volkswagen.

Questa diagnosi non è naturalmente condivisa dalla società, che lamenta una congiuntura sfavorevole. Basta vedere le aree di deposito della fabbrica, piene di automobili invendute. Ma molti operai contestano anche questo: si tratta di modelli che non «tiravano» più già prima della crisi. Alcuni arrivano a sostenere che le automobili vengono lasciate lì per i sindacati ed i giornalisti.

Ma, a parte tutte le polemiche, resta una precisa sensazione, su cui quasi tutti sono d'accordo: «non ci vogliono più, non hanno più bisogno di noi. Aumenti di ritmi, allettamenti finanziari per i cosiddetti autolicensing, i «Meister» che ci trattano peggio di prima, tutto vuol dire una sola cosa: andatavene».

Enrico Francot

Sta diventando incerto il futuro degli italiani della Volkswagen

E' certo comunque che la grande fabbrica tedesca spinge all'autolicensing i più stanchi, quelli che si ammalano spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavoro - Un premio-trabocchetto per convincere i nostri connazionali a torrarsene in patria

DALL'ANSA

WOLFSBURG, 25. — I circa quattromila operai italiani alla «Volkswagen» cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. «I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena». «Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese».

Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala comune bar che serve le torri a sette piani di Kaesdorf, l'isolato villaggio a cinque chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza). Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato e al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. «Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle il sindacato (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre

più presto». Spesso si è trasferiti a un posto di lavoro che richiede una categoria inferiore a quella di prima e così la paga si riduce ancora.

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (oltre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi del settore richiede una ferrea razionalizzazione. Anche con riduzioni del personale. E infatti, alcune settimane fa, la «Volkswagen» ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 mila e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Subito

— ricordano gli operai — si è creata una enorme ressa davanti agli uffici dell'amministrazione. Prendiamo i soldi — così pensavano i più — e ci troviamo un lavoro in un'altra fabbrica, magari in

una zona meno decentrata (Wolfsburg è a una decina di chilometri dalla Germania orientale e la sua vita dipende esclusivamente dalla fabbrica).

Ma poi sono subentrati altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno la Repubblica federale non si prospetta più come una oasi di pace in un mare in tempesta.

Gli operai hanno scoperto poi che chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi. Alla fine sono partiti soltanto coloro che avevano comunque deciso di tornare e coloro che ritengono di poter avviare con i 5 mila marchi una piccola attività in proprio o potenziarla, se già l'avevano.

E così dei 1200 circa che avevano fatto richiesta, nei giorni scorsi hanno fatto le valigie soltanto una ottantina. Gli altri aspettano ancora oppure — nella maggioranza — hanno cambiato idea. In ogni caso è la fabbrica che decide quali «autolicensing» (questa la parola conosciuta per l'occasione) accettare. I criteri non sono noti ma gli operai non hanno dubbi: verranno lasciati andare i più stanchi, quelli che si ammalano più spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavoro.

In sostanza, essi ritengono, una parte importante la giocheranno i «mestieri» i fedeli rappresentanti della società dai quali gli operai italiani sono divisi da una considerevole differenza nella paga mensile e dall'insormontabile barriera della lingua.

Dalle difficoltà personali

alla crisi del settore e viceversa, in un'atmosfera di dialetti, di saggezza contadina e di precisi riferimenti ai problemi strettamente tecnici delle lavorazioni, nella grande sala — quasi una piazza di paese, gente che gioca a carte o a biliardo e che discute — ci sono sempre molte decine di operai che hanno appena finito il turno o bevono l'ultimo caffè prima di andare al lavoro. Tutti pronti a parlare e discutere. Pochissimi imputano alla cosiddetta «guerra del petrolio» l'attuale crisi delle fabbriche automobilistiche. In molti poi non vogliono nemmeno ammettere che crisi ci sia: lavoriamo di più — dicono — e se ogni tanto ci mettono a orario ridotto, è anche vero che hanno istituito turni di notte e fanno lavorare migliaia di operai il sabato e la domenica.

I più «duri» lanciano anche accuse: la società risparmia

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Gazzetta del Sud di Bari

del 26-X-76

Ritaglio dal

con le riduzioni di orario (a carico della collettività) e, per di più, ottiene la stessa produzione aumentando i ritmi. Alla fine della giornata, dalle catene di montaggio sono uscite più macchine di prima della crisi. E' difficile accettare o respingere una simile tesi con cifre alla mano per quanto riguarda la Volkswagen. Le ristrutturazioni in corso nella fabbrica non consentono per ora attendibili consuntivi. Su scala più vasta è tuttavia un fatto che, dopo alcuni mesi di stasi all'inizio dell'anno, il mercato «tira» di nuovo, a giudicare dal numero delle immatricolazioni. Le vendite non si sono contratte eccessivamente: sono tuttavia mancati quei forti incrementi annuali cui le fabbriche erano da tempo abituate.

«La crisi c'è e come — interviene un operaio italiano, in polemica con i suoi colleghi — ma ne viene esagerata la portata per farla pagare tutta a noi». Tutto è cambiato — ricorda — negli ultimi dodici mesi: i modelli, i tipi di lavorazione (l'automazione viene spinta in molti settori); Inoltre — aggiunge — sono aumentati i ritmi, e si sono assottigliati i nostri guadagni. Immutabili e intoccabili — conclude polemico — restano i profitti. Questa diagnosi non è naturalmente condivisa dalla società che lamenta una congiuntura sfavorevole. Basta vedere le aree di deposito della fabbrica piene di automobili invendute. Ma molti operai contestano anche questo: si tratta di modelli che non tiravano più già prima della crisi. Alcuni arrivano a sostenere che le automobili vengono lasciate lì per i sindacati e i giornalisti.

Ma, a parte tutte le polemiche, resta una precisa sensazione su cui quasi tutti sono d'accordo: «Non ci vogliono più, non hanno più bisogno di noi. Aumenti di ritmi, allettamenti finanziari per i cosiddetti autoicenziamenti, i «meister» che ci trattano peggio di prima, tutto vuol dire una sola cosa: andatevene». A prima vista sembra di trovarsi di fronte a una ondata di vittimismo collettivo. Ma gli argomenti addotti dagli operai non sono emotivi: la Volkswagen è l'unica fabbrica di automobili della Germania Occidentale dove i tedeschi vengono impiegati massicciamente alla catena di montaggio. Contrariamente a tutte le altre aziende del settore, a Wolfsburg gli stranieri nella produzione sono una minoranza dei circa 35 mila operai. I quattromila italiani, appunto.

In una situazione quindi in cui non si può dire che gli stranieri mandano avanti la fabbrica, è difficile combattere il sospetto che le riduzioni di personale toccheranno, oltre ai lavoratori i più anziani, quelli meno radicati sul posto. Cioè gli italiani, soprattutto quelli venuti su senza famiglia. Il sospetto si è trasformato in rassegnazione prima ancora di diventare certezza. E già si fanno i conti con il ritorno, con i problemi in attesa in Italia.

Enrico Francot

ELL' UFFICIO VII

del

III

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Gazzette del Sud* di *Barri* del *26-X-76*

NON PAGARE TWA FINCHE' L'AMERICA NON PAGATE.

Se stai emigrando in America, la TWA ti verrà molto in aiuto.

Perchè TWA ti lascia 90 giorni di tempo per effettuare il primo pagamento. E poi ti lascia altri due anni per pagare il resto.

Non hai bisogno di nessuna garanzia o di qualcuno che risponda per te. E nessuno ti farà domande imbarazzanti.

Alla TWA basta la tua parola. E c'è di più: la TWA ti dà il biglietto con lo sconto e ti fa portare gratis 10 Kg di bagaglio in più di quanto si possa normalmente.

In classe economica hai da scegliere tra tre portate diverse, tra due film* e tra otto programmi d'ascolto.

A terra sarai assistito da un funzionario Ambassador TWA (se non conosci gli Stati Uniti ti sarà utile avere a disposizione qualcuno che li conosce). E in più avrai tutto l'aiuto possibile e immaginabile per sbrigare ogni pratica.

Chiedi ad un Agente di Viaggio o agli uffici della TWA.

IX

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Il Messaggero* di *Roma* del *26-X-21*

« NON CONOSCO IL TEDESCO. I GIUDICI POTREBBERO NON CAPIRMI »

Uccide la moglie in Germania poi vola a Palermo e confessa

Una lunga lite poi l'aggressione con un coltello - Forse è un delitto per gelosia

Palermo, 25 ottobre
« Dottore ho ucciso a coltellate mia moglie, sono venuto a costituirmi ». Marco Sparla 34 anni, originario di Marsala ha fatto una breve anticamera prima di essere ricevuto dal capo della Squadra Mobile di Palermo dottor Bruno Contrada. Quando è stato ammesso nella stanza del funzionario, senza preamboli ha confessato. Il dottor Contrada ha chiesto dove avesse compiuto il delitto: « Questa notte a Kirchheim Unter Teck, vicino Stoccarda »

Dopo aver commesso il delitto Marco Sparla si è cambiato d'abito si è recato in aeroporto, a Stoccarda ed è salito sul primo volo diretto in Italia ha fatto scalo a Milano »

quindi con un altro aereo, via Pisa, è giunto nel primo pomeriggio a Palermo.

« Non voglio rispondere di quello che ho fatto — ha spiegato al funzionario sempre più sorpreso — alla polizia ed alla magistratura tedesca. Io non parlo bene la loro lingua ci sarbbero di mezzo troppe complicazioni. Qui in Sicilia è meglio ». La vittima dell'uxoricida è Caterina Casella, 21 anni, originaria di Raccuja, un piccolo Comune sui Nebrodi in provincia di Messina.

L'arma del delitto un lungo coltello da cucina. Sparla ha detto di avere ucciso al termine di una delle liti divenute ormai frequenti in casa sua. Sua moglie non era contenta di stare in Germania ed avreb-

be preferito rientrare in Sicilia; ma Sparla che aveva alle spalle un lungo periodo di disoccupazione non voleva sentirne parlare. Da qualche piccola ammissione al delitto non dovrebbe essere però estranea anche la gelosia: notevole, per altro la differenza di età tra i coniugi.

Sulle prime la confessione dell'uxoricida è stata esaminata con sospetto, ma poi i particolari, i dettagli, i riscontri anagrafici compiuti hanno fugato ogni dubbio. La squadra mobile di Palermo si è posta in contatto con l'Interpol per avere notizie ed ulteriori particolari sul delitto e sulle sue motivazioni.

L. G.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *N. Fiorino* di *Roma* del *76-V-24*

**PROPOSTO IL RICONOSCIMENTO
RECIPROCO DEI DIPLOMI
DELLA COMUNITA'**

Proposte di direttive per realizzare il riconoscimento reciproco dei diplomi all'interno della Comunità sono state sottoposte dalla Commissione esecutiva della Cee al Consiglio dei ministri comunitario.

Di esse, sono attualmente in discussione presso il Consiglio quelle riguardanti la libertà di stabilimento dei medici, dei farmacisti e degli architetti.

La risoluzione è adottata di recente dal Consiglio comunitario, e che definisce i principi fondamentali del riconoscimento reciproco dei diplomi, dovrebbe accelerare l'adozione delle proposte di direttive in corso di discussione. Questa risoluzione sottolinea infatti che le attuali difficoltà per stabilire un sistema di equivalenza dei diplomi dipendono essenzialmente dalle modalità della formazione, ma che le qualifiche finali che danno accesso ad una professione sono molto spesso comparabili.

Strategia degli armatori pirati delle "bandiere ombra," La tragedia del mercantile "Sea Gull," (ovvero: molte vite vendute sul mare)

Il naufragio nel Canale di Sicilia (17 febbraio) è l'ultimo di una serie organizzata per riscuotere forti assicurazioni - Il "Sea Gull" con carico doppio di quello consentito era una vecchia nave acquistata per cento milioni - L'armatore ne ha incassati 450 dalla polizza assicurativa

(Nostro servizio particolare)
Genova, 25 ottobre.

La Liberia ha condannato la compagnia armatrice e un'agenzia di Genova per il naufragio della "Sea Gull", la nave sparita misteriosamente lo scorso febbraio al largo della Sicilia con i suoi trenta uomini bianchi e di colore. E' un fatto nuovo nella storia tragica e scandalosa delle "bandiere ombra". E' questa, infatti, la prima volta che un governo condanna ufficialmente l'agenzia marittima italiana che rappresenta la compagnia armatrice registrata all'estero.

"Bandiere ombra" ossia "flotte di convenienza". Ci sono sì compagnie petrolifere che offrono contratti e assistenza perfino superiori a quelli della "bandiera italiana". Ma vi sono piccole e sovente non ben definite compagnie con bandiera liberiana o panamense per non pagare tasse. Le navi sono, per lo più, malandate carrette comperate per pochi milioni (ma coperte da assicurazioni assai superiori al reale valore), con sistemi di sicurezza insufficienti. Equipaggi raccogliuti, ufficiali ingaggiati senza che si sia accerciata la loro esperienza e capacità.

Quante sono queste "navi ombra"? Difficile rispondere. Ma si sa che i marittimi italiani che navigano sotto bandiere false sono 15 mila; di questi soltanto poco meno di 4 mila hanno il contratto italiano, e quindi l'assistenza mutualistica e previdenziale; gli altri hanno contratti capestrati e sono ignobilmente sfruttati. Sono i forzati del mare.

Troppo spesso la cronaca nera del mare ripete storie di tragedie e di enigmi scritte dalle "flotte di convenienza". E' storia recente quella dei tre italiani della "Granefors" gettati agli squali nel Canale di Mozambico. E la storia della "Esperanza II". Salpò il 4 febbraio scorso da Lisbona con un carico di dinamite, non arrivò mai al porto nigeriano verso il quale era diret-

ta. Non si seppe più nulla della nave e dell'equipaggio: dieci uomini di cui tre italiani. La "Esperanza II" batteva bandiera panamense, il proprietario era un affarista levantino con passaporto francese. Un armatore-ombra per una nave-ombra.

Pochi giorni dopo la tragedia della "Esperanza II", scomparve la "Sea Gull". Una nave da carico con quasi trent'anni, portata massima 8570 tonnellate, ma aveva un carico (minerale imbarcato a Casablanca) superiore di 600 tonnellate. Acquistata per un centinaio di milioni, era assicurata per quasi mezzo miliardo. Era comandata dal francese Bernard Battude, l'equipaggio: jugoslavi, greci, danesi, nigeriani, gambiani, camerunesi, ghaniani e due italiani, il macchinista Enrico Battino e il radiotelegrafista Claudio Corrado.

Il 17 febbraio alle 9,30, in navigazione tra Malta e Pantelleria, la "Sea Gull" manda questo messaggio radio: «Fortunale con mare forza nove. Vento 40-45 nodi. Cominchiamo ritardo per nostro arrivo ad Augusta. Procediamo con difficoltà, ma la nave tiene». Poi la "Sea Gull" tace per sempre. Perché e come è scomparsa non si saprà mai.

Soltanto dieci giorni dopo una nave comunica di avere trovato il relitto di una scialuppa in quel tratto di mare da dove la "Sea Gull" aveva mandato l'ultimo messaggio. Più tardi si recupera il cadavere di uno dei trenta uomini dell'equipaggio.

Così, una nave era sparita nel nulla con tutti i suoi uomini, e per molto tempo nessuno si era preoccupato di cercarla, di sapere qualcosa. La tragedia era stata scoperta casualmente. L'inchiesta accerta che la nave era sovraccarica, mancavano i certificati di sicurezza, non erano avvenute le ispezioni delle commissioni preposte. Ma lo scandalo non si ferma qui. I familiari delle vittime scoprono che l'equipaggio della "Sea

gull", pubblica la notizia che l'ufficio liberiano degli affari marittimi ha condannato per la scomparsa della "Sea Gull" la compagnia armatrice (Sea-Gull Shipping Co. registrata a Monrovia) e l'agenzia di Genova perché responsabili della cattiva gestione della nave.

E' la prima volta che ciò accade e, si commenta a Genova, «rappresenta un passo avanti verso la chiarificazione delle responsabilità dirette alle quali, almeno per quanto riguarda la bandiera liberiana, devono sottostare, tanto dal lato sociale che assicurativo, le agenzie italiane che appoggiano navi battenti bandiere di comodo». I. C.

Gull» non era neppure assicurato. Chiedono spiegazioni all'agenzia di Genova (l'agenzia Generale Navalmarittima), ma ottengono solo risposte vaghe. Per molto tempo non si riesce a risalire al nome dell'armatore. Ma quattro mesi dopo la scomparsa della nave, questi si fa vivo per incassare i 450 milioni della polizza. I familiari delle vittime non ricevono nulla, nemmeno una promessa e a questo punto interviene il pretore di Genova, in seguito a un'istanza dell'avvocato Gaeta, che autorizza il sequestro dei 450 milioni.

Ora il "Lloyd List", il notiziario ufficiale dei sinistri na-

Un naufragio che ripropone il problema delle bandiere di comodo

Nave-ombra affondò con 30 a bordo: solo una «censura» per gli armatori

La condanna, del tutto teorica, è stata pronunciata in Liberia dove il mercantile era iscritto - A Genova dov'era assicurato, si auspica un'inchiesta penale

Genova, 25 ottobre

Armatori e agenti della «Seagull», la nave-ombra misteriosamente naufragata il 17 febbraio scorso nel mare di Sicilia (trenta morti) sono stati condannati dal governo liberiano. La condanna consiste in una "censura" emessa dal ministero della marina liberiana. La nave, appartenente alla «Seagull Shipping Company» di Monrovia, batteva bandiera della Liberia, una bandiera di comodo. E' questa la prima volta, nella storia della marina mercantile, che uno dei cinque stati colpevoli di dare albergo, nei loro compartimenti marittimi, alle navi-ombra (oltre alla Liberia, gli altri sono Panama, Nicaragua, Honduras e Singapore) condanna (sia pure

con una sola censura) una società di comodo ed estende la condanna all'agente straniero, in questo caso la agenzia «Navalmarittima», di Genova.

La «Seagull», una "carterra" costruita nel 1947 ed acquistata dalla «Seagull Shipping Co.» per pochi soldi (circa cento milioni di lire) lanciò un segnale radio d'allarme il 17 febbraio mentre navigava tra Malta e Augusta: «Procediamo con difficoltà, con mare forza nove, vento 50 nodi». Poi, più nulla. Qualche giorno dopo, i resti dell'unità (il relitto di una lancia, qualche tavola, un cadavere) furono trovati nel canale di Sicilia.

L'equipaggio era composto di 30 persone; tutti morti.

Comandante della nave era Bernard Battude, marconista un jugoslavo, Frane Junakovic. Al posto del direttore di macchina c'era un meccanico, Enrico Batini, di Roma. Altro italiano era Claudio Corrado. Nessun ufficiale di coperta. L'equipaggio nigeriani, gambiani, camerunesi e ghaniani, era raccogliaticcio, gente per lo più inadatta a navigare, come spesso accade sulle navi battenti bandiera-ombra.

La nave era stata assicurata per 450 milioni di lire, cioè per una cifra infinitamente superiore al suo valore. Mancavano i certificati di sicurezza e mancavano le ispezioni delle commissioni preposte. Lo scandalo scoppiò quando i familiari delle vittime denunciarono sulla stampa italiana e jugoslava

che i loro cari non erano stati assicurati. Qualche tempo dopo, come se niente fosse gli armatori-ombra si fecero avanti a Genova per ritirare i 450 milioni della polizza. Informato, il pretore di Genova ordinò il sequestro della somma.

Ora è giunta notizia che persino la Liberia non se l'è sentita di passare sotto silenzio una vicenda così grave. Negli ambienti marittimi genovesi si afferma che questa notizia è indice di un ripensamento degli stati che prestano la bandiera ad armatori poco onesti, e si auspica che, sulla scia della sentenza pronunciata a Monrovia, si muova anche il governo italiano aprendo, un'inchiesta penale.

I. ga.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *La Stampa* di *Torino* del *26-X-74*

**Previste alla Citroën
sospensioni di lavoro**

Parigi, 25 ottobre.

(Ansa) La Citroën — il cui bilancio del primo semestre 1974 si è chiuso con un passivo di 395 milioni di franchi (oltre 56 miliardi di lire) — sta studiando la possibilità di sospendere la produzione durante le feste natalizie e di fine d'anno, dal 20 dicembre al 2 gennaio prossimi.

A causa di una diminuzione del 4 per cento delle vendite, la Società ha infatti accumulato stock eccessivi di vetture invendute.

Nel mese di settembre — informa d'altra parte un comunicato della «Chambre syndicale des constructeurs d'automobiles» — la produzione è stata in Francia di 251.996 autoveicoli, con una diminuzione dell'11,3 per cento rispetto allo stesso periodo dello scorso anno.

Taglio dal Giornale

di *Mattina* di *Alto* del *26-4-39*

Benevento: attesa del «miracolo»

Con 12 mila disoccupati e una massa enorme di sottoccupati, il capoluogo del Sannio attende da anni una «grande industria di Stato» - Tutti i settori sono in crisi: l'agricoltura è polverizzata, l'industria (aziende molto piccole) è debole - Ci si comincia a convincere che il «benessere» non può piovere dal cielo

2

Dal nostro inviato

BENEVENTO, ottobre
 Il sindaco è costretto a interrompere più volte. Dal salone di fronte al suo studio, vengono voci concitate che soffrono la sua. Mi guarda affrettando la faccia come per scusarsi. «E' una vertenza difficile», dice. «Non so come potremo uscire». Nel salone di fronte sono ritirati i rappresentanti sindacali e il Consiglio di fabbrica dell'Azienda comunale autobus. Rappresentano un centinaio di dipendenti. Chiedono aumenti di stipendio, il pagamento di indennità arretrate. Minacciano di non fare circolare più i mezzi pubblici. Si sente uno che grida: «Tutto è aumentato e noi guadagniamo quanto due anni fa». Non ce la facciamo a vivere». Il dott. Pasquale Columbro — 53 anni, figura distinta, sin daco da 4 mesi — fa chiudere la porta. Poi commenta con amarezza: «Hanno ragione, ma qua tutto va a pezzi». Subito dopo l'ospedale, il Comune è la più grossa azienda per numero di dipendenti. E' la prima per volume di spese (7 miliardi di quelle ordinarie) sostenute in un anno. Ha un deficit di 12 miliardi e paga interessi altissimi: tre milioni e 100 mila lire al giorno.

La tensione sociale che si accumula, si scarica sul Comune. Oggi la protesta è limitata a quella dei dipendenti dell'Azienda degli autobus perchè piove a dirotto e lungo il Corso Garibaldi (dove c'è il Palazzo Paolo V, sede del Comune) scende un fiume d'acqua fangosa. «Se fosse venuto ieri, mi dice il sindaco Columbro — avrebbe trovato il Comune assediato da altre categorie di disoccupati, edili e braccianti agricoli, da senza tetto che ci chiedono la casa, da studenti che reclamano scuole più attrezzate».

Opere pubbliche

Benevento e l'epicentro della depressione campana. Negli ultimi anni la situazione si è anche aggravata. I disoccupati — 10 mila nel '73 — sono cresciuti di 2 mila quest'anno. E se da un momento all'altro fossero costretti a rientrare tutti i lavoratori emigrati dai centri del Fortore, dell'alto Tirreno e dall'alto Tammaro? Cosa succederebbe? Il sindaco mi guarda smarrito. «Paventiamo questa possibilità», dice. «Ed è per questo che sollecitiamo tutti i giorni l'avvio di quelle opere pubbliche di cui abbiamo bisogno e che potrebbero assorbire molta manodopera disoccupata».

Se queste opere pubbliche fossero avviate, molti militari incompiuti, molti disoccupati e l'economia beneventana ne risulterebbe indubbiamente tonificata. Ma le opere pubbliche non possono durare all'infinito. La risposta ai pressanti problemi del momento deve, magari, venire ancora dallo Stato, ma in maniera certamente più articolata. Non può essere più una risposta di tipo assistenziale e «caritativo».

Gli Enti locali debbono incominciare a funzionare meglio. Debbono darsi un programma e fissarsi obiettivi precisi. E' stato scritto che una classe dirigente in gamma il benessere va a cercarlo. Non aspetta che piova dal cielo. Da

questo punto di vista Benevento ha gestito male la sua autonomia locale. Dal dopoguerra ad oggi, dopo la schiacciante vittoria dei monarchici nel referendum istituzionale, si sono date il cambio, al palazzo comunale, una dozzina di amministrazioni sostanzialmente di destra e cinque gestioni commissariati. L'emigrazione ha depauperato la provincia delle energie più vivaci. I quadri dirigenti sono stati formati da coloro che sono rimasti. Così lo scontro politico-amministrativo è avvenuto ai livelli più bassi dove la tensione ideale è scarsa e dove la difesa del «particolar-

re» o dell'interesse immediato prevale nettamente sugli interessi generali. Ricordo un frase dell'avv. Lucio Facchitto pronunciata quando era sindaco: «A Benevento non c'è un vero dibattito politico. Il Comune non se lo contende i partiti, ma le famiglie ed i gruppi. Domina la filosofia della clientela».

E' tempo di invertire tendenza. L'attesa miracolistica del «benessere» non può continuare ad essere lo stato d'animo più diffuso. Ne si può continuare a recriminare sul passaggio, dalla provincia beneventana a quella casertana, di comuni popolosi e fertili come Piedimonte d'Alife, Gioia Sannitica, Casello Matese e San Gregorio Matese e altri. A Benevento ci sono centri ai quali, in venti anni, l'emigrazione ha portato via metà degli abitanti. Ed è per questo che, se il capoluogo non supera i 60 mila abitanti, tutta la provincia (77 comuni) non arriva a 290 mila.

Ora però il flusso migratorio tende a bloccarsi. I rientri dall'estero e dalle città del «triangolo industriale» potrebbero restituire al Sannio tutti i suoi abitanti. E' una prospettiva non avveniristica. In Germania le fabbriche automobilistiche promettono un anno di stipendi ai lavoratori stranieri che vorranno rientrare. «Mi sono informato un po' in giro — dice l'avv. Gio-

vanni Zarro, presidente del Consorzio per lo sviluppo industriale — ed ho saputo che molti lavoratori emigrati hanno scritto alle loro famiglie preannunciando il rientro per la fine di dicembre o per i primi mesi del '75».

Difese efficienti
 Anche se c'è poco tempo, bisogna preparare delle «difese» efficienti utilizzando in maniera redditiva tutte le risorse disponibili. Dal canto suo la classe dirigente beneventana, accusata finora (non a torto) di trasformismo e di clientelismo, deve recu-

Mario Rotili spiegò bene come era accaduto che Benevento era sopravvissuta nell'attesa del «miracolo industriale». Ricordò come, prima dell'unità, Benevento aveva una posizione di privilegio in Campania, per essere città pontificia e come, fino alla vigilia dell'ultimo conflitto mondiale vantava una struttura industriale consistente (erano fiorenti le industrie aeronautiche e del legno). Dal dopoguerra è diventata, invece, una delle punte più alte della arretratezza meridionale, una specie di Mezzogiorno nel Mezzogiorno, luogo di esodo e di abbandono.

2

rare una credibilità perduta, deve conquistarsi un reale potere di contrattazione con i Ministeri, con la Regione e con gli organi dello Stato. «A Roma — dice il sindaco Colubro — troviamo comprensione, ma Roma ha tanti problemi che non sempre ci può dare l'attenzione di cui abbiamo bisogno». Troppe volte gli amministratori delle zone interne della Campania si sono recati a Roma ed hanno provato la sensazione, davvero frustrante, di parlare a nessuno, in nome di nessuno.

Oggi la drammaticità stessa dei problemi, vecchi e nuovi, rende più consapevoli e

Pensare che l'agricoltura possa dar da vivere ad altre persone è, nelle attuali condizioni, semplicemente pazzesco. Significherebbe soltanto ingrossare la sacca della depressione e della sottoccupazione. Più che assorbire nuove unità, i campi dovranno espellerne ancora. L'agricoltura potrà, però, continuare ad essere un sostegno valido dell'economia generale. E qui si spiega la fiducia dell'assessore Costanzo «Pur tra difficoltà enormi, egli afferma, negli ultimi vent'anni l'agricoltura ha dato risultati notevoli. Si è fatto il massimo che si poteva fare, anche se lo si è fatto più per intuito che se-

guendo la logica della programmazione»

Ora, puntando sulla zootecnica, la tabacchicoltura (150 mila quintali di tabacco l'anno) e la viticoltura, si può sperare in nuovi risultati. Specialmente l'uva e il vino possono rappresentare una strada nuova che può portare lontano. Sono sorte 3 cantine sociali, con circa 2 mila produttori associati e una produzione di 300 mila ettolitri di vino all'anno. Il «Solopaca» ed il «Taburno» hanno possibilità di conquistare nuovi mercati. Dalla Valle Telesina è necessario, però, che la nuova strada dell'agricoltura beneventana raggiunga le altre regioni ed i Paesi europei. Se si fermerà prima, cadrà irrimediabilmente la speranza di veder valorizzato questo tipo di vino campano. In grosse autobotti, il vino continuerà a partire per il Nord e per l'estero dove sarà imbottigliato e commercializzato sotto altre etichette.

Non si tratta, ovviamente, soltanto di una questione di «prestigio», ma di una questione economica se è vero che, per uscire dalla attuale depressione, bisogna utilizzare tutte le risorse disponibili. Così come bisogna puntare sullo «sposalizio» (come lo definisce Costanzo) tra agricoltura e industria. Si spera, così, di trasferire molte braccia disoccupate dall'agricoltura all'industria. Ma è necessario che non soltanto l'agricoltura faccia bene la sua parte. Deve farla bene anche, e soprattutto, l'industria.

Già il discorso diventa, però, ancora più incerto e problematico. Finora le industrie non sono atterrate nel Sannio non solo perché gli amministratori locali non hanno saputo portarvele, ma anche perché il territorio non presentava condizioni e attrezzature favorevoli al loro insediamento. Lasciando la cari-

La grande industria

Da trent'anni si attende «una grande industria di Stato», punto di attacco della terapia industriale. L'aspettativa viene sistematicamente delusa. Le poche industrie esistenti (una quarantina, tutte di piccola dimensione) non danno lavoro a più di 5 mila persone. Sono malate ed hanno bisogno continuamente dell'assistenza delle pubbliche amministrazioni. Recentemente, per scongiurare la chiusura della Metalplex, Comune e Provincia hanno dovuto dare contributi per molti milioni. Così si è aiutata l'azienda a sopravvivere. Ed è già un risultato, se si pensa che in un altro caso, quello della cartiera Soavex, il finanziamento degli Enti è andato perduto.

Con molta franchezza, l'avv. Giovanni Zarro ammette che, sul piano della industrializzazione, non si è fatto niente. Critica, per la sua inattività il Nucleo di sviluppo che, fondato sei anni fa, non ha provveduto ad attrezzare i territori in modo da porre il Sannio su un piano di concorrenza con altre zone che hanno saputo richiamare su di esse l'attenzione degli imprenditori. «Il Nucleo — dice l'avv. Zarro — fu istituito nel '68 per motivi politici ed elettorali».

Ora, da un anno, è lui a presiederlo. E ha intenzione di non fare come i suoi predecessori. Già l'approvazione del piano regolatore è un passo avanti. Adesso si sa, finalmente, dove potranno sorgere le industrie. Ma non basta. Occorrono infrastrutture e servizi. L'avv. Zarro parla di un progetto che dovrebbe portare nel Sannio insediamenti industriali per 5 mila posti. Occorrono 70-12 miliardi per le infrastrutture ed i servizi necessari. «La Cassa per il Mezzogiorno — dice l'avv. Zarro — ci ha fatto sapere che non ha una lira, che dovremo attendere tempi migliori. Noi però — sottolinea con tono fermo — non abbiamo più intenzione di attendere. Ci faremo sentire nelle sedi giuste».

Tra le sedi «giuste» c'è la Regione. I beneventani sembrano decisi, adesso, ad andare alla Regione con spirito ben diverso da quello con cui, finora, sono andati a Roma.

Ritaglio dal Gi

lucidi. Alla chiarezza delle idee, Roberto Costanzo, assessore regionale all'Agricoltura, aggiunge anche un po' di speranza. Ha fiducia nel rilancio dell'agricoltura beneventana. Nelle attività agricole lavorano ora circa 50 mila persone, ma meno della metà a tempo pieno. Molti sono occupati solo pochi mesi all'anno. Nè si può dire che il reddito (500 mila lire a testa) di quelli che sono occupati a tempo pieno, sia elevato.

«Le strutture aziendali — dice Costanzo — sono arretrate per dimensione e condizioni del terreno. Sono eccessivamente polverizzate e la mancanza d'acqua incide pesantemente». Non ci sono invasi. Si spera di poter costruire quelli di Campolattaro, di Civitello Licinio e del Calore, necessari anche per l'industrializzazione. «D'inverno — afferma Costanzo — siamo danneggiati dalla sovrabbondanza di acqua. D'estate dalla sua mancanza. D'estate il Calore è secco, d'inverno è un fiume torrentizio».

Un territorio quasi totalmente collinare e montano, una pianura modestissima, aziende molto piccole (40 mila, quasi tutte su fazzoletti di terra), una meccanizzazione pesante non ben programmata: sono le principali cause della scarsa produttività e del basso reddito dell'agricoltura.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Voce Repubblicana

di

Rome

del

76 - 4 - 21

Le ripercussioni
della crisi dell'auto

Più dure le condizioni dei lavoratori italiani in Germania

WELFSBURG, 25. — I circa quattromila operai italiani alla « Volkswagen » cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. « I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna cercare avanti e indietro lungo la catena ». « Con le riduzioni di orario di lavoro non si sa più quanto si prende a fine mese » ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala comune-bar che serve le terri a sette piani di Kaeserf, l'isolato villaggio a cinque chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza), ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato ed al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. « Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore, e alle nostre spalle di « meister » (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto ».

Spesso si è trasferiti ad un posto di lavoro che richiede una categoria inferiore a quelle di prima e così la paga si riduce ancora.

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (oltre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede

una ferrea razionalizzazione, anche con riduzione del personale. Ed infatti, alcune settimane fa, la « Volkswagen » ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 mila e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Subito — ricordano gli operai — si è creata un'enorme ressa davanti agli uffici dell'amministrazione prendiamo i soldi — così pensavano i più — e ci troviamo un lavoro in un'altra fabbrica, magari in una zona meno decentrata (Wolfsburg è a una decina di chilometri dalla Germania orientale e la sua vita dipende esclusivamente dalla fabbrica). Ma poi sono subentrate altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno, la repubblica federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempesta. Gli operai hanno scoperto poi che chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi. Alla fine sono partiti soltanto coloro che avevano comunque deciso di tornare e coloro che ritengono di poter avviare con i 5 mila marchi una piccola attività in proprio e potenziarla se già l'avevano.

E così dei 1.200 circa che avevano fatto richiesta, nei giorni scorsi hanno fatto le valigie soltanto un'ottantina. Gli altri aspettano ancora oppure — nella maggioranza — hanno cambiato idea, in ogni caso è la fabbrica che decide quali « autoliquidamenti » (questa la parola coniata per l'occasione) accettare. I criteri non sono noti ma gli operai non hanno dubbi. Verranno lasciati andare i più stanchi, quelli che si ammalano più spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavorazione. In sostanza essi ritengono, una parte importante la giocheranno i « meister ».

DALLA VOLKSWAGEN

In arrivo quattromila disoccupati

La fabbrica occupa ormai
mano d'opera tedesca an-
che alla catena di montaggio

WOLFSBURG, 26

I circa quattromila operai italiani della «Volkswagen» cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. «I ritmi sono aumentati a tal punto che, per mantenerli, bisogna correre avanti e indietro lungo la catena». «Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese». Ecco le osservazioni più frequenti degli emigrati.

Per contro, la linea ufficiale della società è che la crisi della società richiede una ferrea razionalizzazione, anche con riduzioni del personale.

Infatti, alcune settimane fa, la «Volkswagen» ha annunciato un premio di liquidazione tra cinquemila e novemila marchi (tra un milione e mezzo e due milioni e mezzo di lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. «Subito», ricordano gli operai, «si è creata un'enorme ressa davanti agli uffici dell'amministrazione.

Inoltre sono subentrate altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati, previsti per questo inverno, la Repubblica Federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempesta. Gli operai hanno scoperto che chi avesse incassato il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia.

In sostanza, sono partiti soltanto coloro che avevano comunque deciso di tornare.

Resta una precisa sensazione, su cui quasi tutti sono d'accordo: «Non ci vogliono più, non hanno più bisogno di noi. Aumenti di ritmi, allettamenti finanziari per i cosiddetti autolicensinganti, i «meister» che ci trattano peggio di prima, tutto vuol dire una sola cosa: andatevene». A prima vista sembra di trovarsi di fronte ad un'ondata di vittimismo collettivo, ma gli argomenti addotti dagli operai non sono emotivi: la Volkswagen è l'unica fabbrica di automobili della Germania occidentale dove i tedeschi vengono impiegati massicciamente alla catena di montaggio.

«Autolicensing» per gli italiani

La fabbrica automobilistica tedesca ha escogitato un sistema per indurre i lavoratori a lasciare di propria iniziativa il posto di lavoro - L'incentivo offerto si risolve in un grave danno per i dipendenti

WOLFSBURG, 25. — I circa quattro milioni operai italiani alla «Volkswagen» cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nella immensa fabbrica di Wolfsburg. «I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena». «Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese». Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala comune — bar che serve le torri e sette piani di Kaesdorf, l'isolato villaggio a cinque chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza). Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato ed al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invaso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva la impossibilità di controllare i ritmi. «Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle il "meister" (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto».

«Spesso si è trasferiti ad un posto di lavoro che richiede una categoria inferiore a quello di prima e così la paga si riduce ancora».

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato

lo scorso anno (oltre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede una ferrea razionalizzazione. Anche con riduzioni del personale. Ed infatti, alcune settimane fa, la «Volkswagen» ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 mila e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Subito — ricordano gli operai — si è creata un'enorme rissa davanti agli uffici dell'amministrazione. Prendiamo i soldi — così pensavano i più — e ci troviamo un lavoro in un'altra fabbrica, magari in una zona meno deconstrata (Wolfsburg è a una decina di chilometri dalla Germania orientale e la sua vita dipende esclusivamente dalla fabbrica).

Ma poi sono subentrato altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno, la Repubblica federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempesta. Gli operai hanno scoperto poi che chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi.

Dalle difficoltà personali alla crisi del settore e viceversa, in un'alternanza di dialetti, di saggezza contadina e di precisi riferimenti ai problemi strettamente tecnici delle lavorazioni, nella grande sala —

questi una piazza di paese, gente che gioca a carte o a biliardo e che discute — ci sono sempre molte decine di operai che hanno appena finito il turno o bevono l'ultimo caffè prima di andare al lavoro. Tutti pronti a parlare e discutere. Poichissimi imputano alla cosiddetta «guerra del petrolio» l'attuale crisi delle fabbriche automobilistiche. In molti poi non vogliono nemmeno ammettere che crisi ci sia: lavoriamo di più — dicono — e se ogni tanto ci mettono ad orario ridotto, è anche vero che hanno istituito turni di notte e fanno lavorare migliaia di operai il sabato e la domenica. I più «duri» lanciano anche accuse: le società risparmia con le riduzioni di orario (a carico della collettività) e, per di più, ottiene la stessa produzione aumentando i ritmi. Alla fine della giornata, dalle catene di montaggio sono uscite più macchine di prima della crisi. E' difficile accettare o respingere una simile tesi con cifre alla mano per quanto riguarda la Volkswagen. Le ristrutturazioni in corso nella fabbrica non consentono per ora attendibili consuntivi. Su scala più vasta è tuttavia un fatto che, dopo alcuni mesi di stasi all'inizio dell'anno, il mercato «tira» di nuovo, a giudicare dal numero delle immatricolazioni. Le vendite non sono contratte eccessivamente: sono tuttavia mancati quei forti incrementi annuali cui le fabbriche erano da tempo abituate.

La società lamenta dal canto suo una congiuntura sfavorevole. Basta vedere le aree di deposito della fabbrica, piene di automobili invendute. Ma molti operai contestano anche questo: si tratta di modelli che non «tiravano» più già prima della crisi. Alcuni arrivano a sostenere che le automobili vengono lasciate lì per i sindacati ed i giornalisti. Ma, a parte tutte le polemiche, resta una precisa sensazione, su cui quasi tutti sono d'accordo: «Non ci vogliono più, non hanno più bisogno di noi. Aumenti di ritmi, allettamenti finanziari per i cosiddetti autolicensing, il "meister" che ci trattano peggio di prima, tutto vuol dire una sola cosa: andatevene». A prima vista sembra di trovarsi di fronte ad un'ondata di vittimismo collettivo. Ma gli argomenti addotti dagli operai non sono emotivi.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Roma

di

Lavoratori

del

26-X-74

LA NOTA DELLA SETTIMANA

Lavoratori d'export

La grande paura del rimpatrio coatto, della « espulsione » dalle centrali di lavoro della Svizzera è per adesso passata: i cittadini della repubblica elvetica hanno votato a favore della permanenza dei lavoratori stranieri in territorio svizzero e migliaia di ex contadini della Calabria, della Basilicata, della Puglia, della Sicilia, della Campania hanno visto dileguare lo spettro del ritorno in patria nel momento cruciale della crisi, quando — cioè — ogni illusione di lavoro sarebbe stata vanificata dalle condizioni in cui si dibatte l'economia italiana.

Lunedì scorso — secondo notizie giunte dalle varie città della Svizzera — migliaia di operai hanno ballato e cantato nelle strade, hanno ringraziato i cittadini svizzeri, grati di quel voto che, col 66 per cento dei consensi, ha cancellato la prospettiva del ritorno agli squallidi paesi dai quali, uno o dieci anni prima, erano partiti in cerca di fortuna. Un'avventura che ha consentito a migliaia di uomini di trovare un lavoro e, quindi, rimettere ogni mese alle famiglie rimaste in Italia un modesto assegno indispensabile per soddisfare le esigenze minime per la sopravvivenza.

Un operaio calabrese ha voluto ringraziare pubblicamente i cittadini svizzeri con una lettera, ingenua e toccante, pubblicata da un giornale. Sono parole semplici, di una umiltà commovente, che è possibile così riassumere: « Siate benedetti voi svizzeri che, ricchi e favoriti dalla buona sorte, ci consentite di restare nella vostra generosa nazione dandoci la possibilità di lavorare. Noi non siamo ricchi, non siamo istruiti, abbiamo alle nostre spalle, secoli di sofferenza; i nostri figli non possono andare a scuola, nelle nostre case spesso manca il pane, nulla la natura ci aveva dato e niente facevano gli uomini della nostra patria per aiutarci. Qui abbiamo trovato lavoro, una casa, qualcuno ha potuto far venire la famiglia... ».

La lettera passa poi ad una specie di autocritica: nel senso che ammette che con la manodopera straniera erano giunti in Svizzera anche elementi indesiderabili, « ma non è colpa nostra — nota — se non tutti siamo fatti alla stessa maniera; c'è chi ha voglia di lavorare e chi, invece, pensa sfruttare la situazione, forse a imbrogliare il prossimo; ma un paese civile come la Svizzera deve saper distinguere il buono dal cattivo, e capire anche che certe volte sono le situazioni par-

ticolari a spingere uomini in fondo buoni a commettere azioni cattive... ».

Il voto degli svizzeri è stato giustamente definito una prova di alta civiltà; gli elvetici hanno compreso — è stato fatto notare — che non possono rimanere isolati in una Europa la quale, oggi più che mai, sente il bisogno di essere unita e compatta; sarebbe stato inumano espellere gli stranieri, rimandare i poveri nei loro paesi di origine perchè diventassero ancora più poveri. Con il voto espresso il 20 ottobre gli svizzeri hanno dato una prova di civiltà e di dignità « europea ».

Commenti e apprezzamenti che bisogna condividere, sia pure con qualche amarezza per quel 34 per cento che, invece, si è espresso per l'espulsione degli stranieri; una minoranza non troppo trascurabile che, evidentemente, non ha capito nulla del mondo moderno e s'illude di potersi trincerare in un benessere da non condividere con nessuno che non sia nato in territorio svizzero.

Ma un apprezzamento merita anche la lettera di quell'oscuro lavoratore calabrese, un ex contadino che a nome di migliaia di compatrioti ha voluto esprimere gratitudine per quello che, nella sua semplicità, ritiene un atto di pura generosità.

Il risultato del referendum è senz'altro una prova di civiltà e di coscienza europea, ma — in fondo — è anche un riconoscimento che l'opinione pubblica svizzera ha dato ai lavoratori stranieri: ai quali, come sempre è accaduto nella storia dell'emigrazione, tocca il compito di assumere la parte di lavoro più pesante e sgradevole per costruire il benessere di una comunità.

E' vero che gli emigrati in Svizzera provano nella maggioranza dei casi gratitudine per la « concessione » che vien loro fatta di continuare a lavorare nel paese dove hanno trovato impiego; ma è anche vero che la Svizzera ha bisogno di braccia, di uomini disposti a svolgere quei lavori ritenuti più ingrati e faticosi, ma che pure sono indispensabili alla vita di un paese e allo sviluppo della sua economia. E' perciò auspicabile che il voto espresso dal referendum costituisca l'avvio per una revisione delle condizioni salariali, assicurative e assistenziali di tutti i lavoratori che con la propria opera contribuiscono allo sviluppo economico della Svizzera. Si vorrebbe che, in seguito, non si sentisse più parlare di ghetti e di comunità emarginate; ma che gli italiani che lavorano in Svizzera abbiano a godere di tutte quelle provvidenze di cui godono i cittadini svizzeri nello espletamento delle proprie attività.

Appena da notare il paradosso di una situazione che il tempo prima o poi dovrà correggere: l'Italia con la sua crisi di produzione esporta braccia e intelligenze, manda a lavorare all'estero uomini che, appunto accettando la condizione di emigranti, dimostrano di avere spirito di sacrificio e desiderio di lavorare: le doti principali che i moderni economisti indicano come indispensabili per guarire l'economia italiana. E mentre i paesi del Sud d'Italia mandano braccia vigorose all'estero, più che il risultato generoso di un referendum, con i suoi impliciti riconoscimenti, vale a mitigare ma non certo a cancellare.

Giuseppe Di Bianco

Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *de Stampa* di *Torino* del *26-X-41*

Un lettore ci scrive da Novara:

« Il referendum svizzero contro i lavoratori stranieri ha destato parecchia apprensione nell'opinione pubblica e nella stampa italiana e probabilmente anche nelle sfere governative. Senza entrare nel merito, mi limito ad osservare che, comunque, la Svizzera è uno Stato sovrano. Può avere ragione o torto nel tutelare come meglio crede i propri interessi.

« Ma è inconcepibile che, mentre ci si preoccupa che la Svizzera diventi "un'isola xenofoba nel cuore dell'Europa", il governo e l'opinione pubblica italiani tollerino che l'Alto Adige sia di fatto già così, pur essendo un territorio facente parte dello Stato italiano da oltre 50 anni.

« In quella zona infatti gli italiani delle vecchie province, se non vengono proprio espulsi, trovano sempre maggiori difficoltà di collocamento e di convivenza, al punto (come si è letto) da essere segregati perfino in Chiesa, con inaudito spregio dei più elementari principi evangelici proprio da parte di un clero e di una popolazione che ostentano il loro cattolicesimo.

« Perché "La Stampa" non fa una inchiesta sulle condizioni degli "apartheid" italiani in Alto Adige, e in particolare sulla progressiva inosservanza del bilinguismo? ».

avv. Luigi Peteani

NELLA GERMANIA FEDERALE

Aria di crisi alla Volkswagen

In pericolo il posto di lavoro per quattromila operai italiani

WOLFSBURG, 25

I circa quattromila operai italiani alla Volkswagen cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. «I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena». «Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese». Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala ricreativa che serve le torri a sette piani di Kaesdorf, l'isolato villaggio a cinque chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza).

Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato ed al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. «Quando siamo in un posto nuovo - spiega uno degli operai italiani - non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle il "Meister" (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto». Spesso si è trasferiti ad un posto di lavoro che richiede una categoria inferiore a quello di prima e così la paga si riduce ancora.

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (ol-

tre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede una ferrea razionalizzazione. Anche con riduzioni del personale. Infatti, alcune settimane fa, la Volkswagen ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 mila e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno.

Contrariamente a tutte le altre aziende del settore, a Wolfsburg gli stranieri nella produzione sono una minoranza dei circa 35.000 operai. I quattromila italiani, appunto. In una situazione quindi in cui non si può dire che gli stranieri mandano avanti la fabbrica, è difficile combattere il sospetto che le riduzioni di personale toccheranno, oltre ai lavoratori più anziani, quelli meno radicati sul posto. E cioè gli italiani, soprattutto quelli venuti su senza la famiglia.

Aumentati i ritmi, ma non i guadagni - Continui spostamenti di personale da un reparto all'altro - Favoriti dalla società gli "autolicensing"

WOLFSBURG, 25 ottobre. I circa quattromila operai italiani alla « Volkswagen » cominciano ormai a chiedere se valga la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. « I ritmi non aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena » « Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese ». Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte a Kassel, dove sono alloggiati gli scapoli, che sono la stragrande maggioranza. Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato ed al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto. Spesso si è trasferiti ad un posto di lavoro di categoria inferiore, e così la paga si riduce ancora.

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (oltre 5 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede una ferrea razionalizzazione e anche riduzione del personale. Infatti, alcune settimane fa, la « Volkswagen » ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 e 9 mila 500 marchi (tra 1,3 e 2 milioni di lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Molti hanno considerato la possibilità di prendere i soldi e di trovare un lavoro in un'altra fabbrica.

Ma poi sono subentrati altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno, la Repubblica federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempeste. Gli operai hanno scoperto che, chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi, né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi. Così coloro che hanno fatto le valigie sono soltanto un'ottantina. Gli altri aspettano oppure — nella maggioranza —

hanno cambiato idea. In ogni caso è la fabbrica che decide quali « autolicensing » accettare.

I criteri non sono notissimi. Gli operai non hanno dubbi: verranno lasciati andare i più stanchi, quelli che si ammalano più spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavorazione. In sostanza, essi ritengono, una parte importante la giocheranno i capireparto, i fedeli rappresentanti della società, dai quali gli italiani sono divisi da una considerevole differenza nella paga mensile e dall'insormontabile barriera della lingua.

Molti italiani non vogliono nemmeno ammettere che la crisi del settore ci sia: lavoriamo di più — dicono — e se ogni tanto ci mettiamo ad orario ridotto, è anche vero che hanno l'istituito turni di notte e fanno lavorare migliaia di operai il sabato e la domenica. I più « duri » lavorano anche accuse: la società risparmia con le riduzioni di orario e carico della collettività e, per di più, ottiene la stessa produzione aumentando i ritmi. Alla fine della giornata, dalle catene di montaggio sono uscite più macchine che prima della crisi. E' difficile accettare o respingere una simile tesi quando ella mano per mano riguarda la Volkswagen. Le ristrutturazioni in corso nella

fabbrica non consentono per ora attendibili consuntivi. E' tuttavia un fatto che, dopo alcuni mesi di stasi allo inizio dell'anno, il mercato « tira » di nuovo, a giudicare dai numeri delle immatricolazioni. Le vendite non sono contratte eccessivamente: sono tuttavia mancati quei forti incrementi annuali cui le fabbriche erano da tempo abituate.

« La crisi c'è e come — afferma un altro operaio italiano, in polemica con i suoi colleghi — ma ne viene esagerata la portata per farla pagare tutta a noi ». Tutto è cambiato — ricorda — negli ultimi dodici mesi: i modelli, i tipi di lavorazione (l'automazione viene spinta in molti settori). Inoltre — aggiunge — sono aumentati i ritmi e si sono assottigliati i nostri guadagni. Immutabili ed intoccabili — conclude polemicamente — re-tano i profitti. Questa diagnosi non è naturalmente condivisa dalla società che lamenta una coriatura sfavorevole. Basta vedere le aree di deposito della fabbrica, piene di automobili invendute. Ma molti operai contestano anche questo: si tratta di modelli che non « tiravano » più già prima della crisi. Alcuni arrivano a sostenere che le automobili vengono lasciate lì per i sindacati ed i giornalisti.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Il Lavoro* di *il Lavoro* del *26-X-74*

Entro dicembre

La conferenza sull' emigrazione

Il sottosegretario Granelli ha assicurato che saranno prese iniziative perché la prevista riunione non subisca rinvii

In una riunione presso il CNEL durata l'intera giornata di ieri, sotto la presidenza del sottosegretario agli Esteri Granelli, il Comitato preparatorio ha messo definitivamente a punto il progetto organizzativo della Conferenza nazionale dell'emigrazione, che sarà ora sottoposto all'approvazione del Comitato organizzatore secondo quanto è stabilito dalla legge. La proposta, che tiene conto dei suggerimenti emersi dal dibattito in rapporto alle indicazioni fornite dal segretario generale della conferenza Bettini, assicura una massiccia partecipazione dei rappresentanti diretti dell'emigrazione, forze sociali, sindacali e politiche interessate ai problemi degli emigranti oltre ai rappresentanti del Parlamento, delle Regioni, degli Enti e Amministrazioni pubbliche che operano nel settore. Alla Conferenza nazionale dell'emigrazione saranno invitati anche osservatori di paesi stranieri, di organismi internazionali, di istituzioni di studio o specializzate.

Alla fine della riunione il sottosegretario Granelli, dopo aver ringraziato per l'apporto costruttivo dato da tutti gli intervenuti, ha assicurato che il Comitato organizzatore verrà immediatamente convocato a conclusione della crisi del nuovo Governo dato il carattere politicamente rilevante delle decisioni da adottare. « Nell'ipotesi di una lunga durata dell'iter della crisi governativa — ha tuttavia detto l'on. Granelli rispondendo ai vari interventi — non si mancherà di prendere contatto con il presidente del Consiglio e con il presidente incaricato per esaminare l'opportunità di convocare in tempo utile il Comitato organizzatore allo scopo di consentire la realizzazione della Conferenza nazionale dell'emigrazione, in ossequio a quanto stabilito dalla legge, entro il dicembre 1974 ».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Avanti!* di *Roma* del *26-X-74*

Si prepara la conferenza dell'emigrazione

Pronto il progetto organizzativo

Il progetto organizzativo della conferenza nazionale dell'emigrazione è stato definitivamente messo a punto giovedì nel corso di una riunione presso il CNEL, presieduta dal sottosegretario agli Esteri, Granelli.

Il progetto sarà ora sottoposto all'approvazione del comitato organizzatore, che dovrebbe riunirsi al più presto per consentire la realizzazione della conferenza entro il dicembre del 1974, secondo il disposto della legge.

« Il progetto — è detto in un comunicato — assicura una massiccia partecipazione dei rappresentanti diretti dell'emigrazione, forze sociali, sindacali e politiche interessate ai problemi degli emigranti oltre ai rappresentanti del Parlamento, delle regioni, degli enti e amministrazioni pubbliche che operano nel settore. Alla conferenza nazionale dell'emigrazione saranno invitati anche osservatori di Paesi stranieri, di organismi internazionali, di istituzioni di

studio o specializzate ».

Alla fine della riunione il sottosegretario Granelli ha assicurato che il comitato organizzatore verrà immediatamente convocato a conclusione della crisi dal nuovo governo. « Nell'ipotesi di una lunga durata dell'iter della crisi governativa — ha aggiunto Granelli — non si mancherà di prendere contatto con il presidente del Consiglio e con il presidente incaricato per esaminare l'opportunità di convocare in tempo utile il comitato organizzativo ».

r
s
k
n
(
n
d
s
ri
p
g
L
c
d
a
ti
a
d
s

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale CONQUISTE del LAVORO di Roma del 24-X-74
(CISL)

Svizzera. Un no deciso al referendum antistranieri

Con la vittoria di chi ha saputo valutare in modo non solo economico, ma anche e soprattutto umano, la portata dell'avvenimento, si è concluso in Svizzera il referendum popolare voluto da quella parte di cittadini (abbastanza consistente in verità, anche se sconfitta) che ha cercato di risolvere i propri intenti nazionalistici e protezionistici con un moto ottusamente e dannosamente xenofobo. La percentuale dei votanti è stata altissima, la più alta mai registrata nella Confederazione Elvetica; la affluenza alle urne dei cittadini è stata mediamente del 70%, con punte del 75 e del 78%, e ciò indica quanto sia stato ed è tutt'ora avvertito il problema dell'immigrazione in uno stato che dà lavoro ad 1.300.000 stranieri (di cui circa la metà italiani), e quanto sia considerato importante il ruolo nell'economia nazionale. La netta vittoria degli « esterofili », 1.689.870, equivalenti al 66% dei votanti, sugli xenofobi del partito di Azione Nazionale (878.739, pari al 34%), non ha mancato di suscitare profonda soddisfazione: tutti e 22 i cantoni svizzeri hanno dato al referendum una risposta democratica e progressista, anche quei cantoni, sette, che erano considerati la roccaforte del nazionalismo. Una certa soddisfazione per l'andamento della votazione è stata espressa persino da quello Schwarzenbach, — nel '70 si rese promotore del primo moto xenofobo in Svizzera — che insieme al partito socialista ed ai sindacati nazionali, si è dichiarato contrario alle proposte di legge del partito di Azione Nazionale come pure contrario alla politica federale fino ad ora adottata per l'inforestamento. Relativa tranquillità, quindi, per i 600.000 connazionali emigrati in Svizzera per ne-

cessità di lavoro. Ma fino a quando? L'interrogativo è più che legittimo, considerando che la Confederazione Elvetica non sta ancora attraversando una vera e propria crisi economica e che pertanto non ha ancora affrontato il problema della occupazione: ma quale sarà la risposta degli svizzeri al nuovo referendum che il presidente del partito di Azione Nazionale Valentin Oehn sta già preparando per il 1976, se nel frattempo la crisi che stanno subendo gli stati industrializzati colpirà anche il loro? Scontento in Italia perciò, ma perplessità per il futuro — 878.739 xenofobi sono già molti — per il fatto che la mancata programmazione economica ed una politica di copertura ad un sviluppo capitalistico hanno costretto così tanti italiani ad emigrare e li costringe, soprattutto in un momento di congiuntura come l'attuale, a seguire con il fiato sospeso le decisioni che altri stanno preparando per il loro incerto futuro. Ma se lo spettro della disoccupazione si è appena allontanato dagli emigrati italiani in Svizzera, il problema si ripropone in modo drammatico in Germania, dove moltissimi operai stranieri sono stati licenziati o si sono autoliceziati, indotti anche dai premi di licenziamento offerti loro dal governo tedesco e dalla falsa propaganda sulle possibilità di un loro riassorbimento nei loro paesi.

La Federazione CGIL, CISL e UIL ha chiesto l'intervento e l'interessamento delle autorità italiane e comunitarie affinché accertino la situazione, informino e consiglino gli emigrati e prendano le misure necessarie a salvaguardare l'occupazione dei nostri connazionali.

□ Francesco Guzzardi



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Neue Zürcher Zeitung di Zürich

del 26/12 - X - 26

Nach einem anderen wären wir auf dem Wege in reaktionäre Verhärtung, in einen engen Isolationismus, Provinzialismus, Rassismus. Nach einem weiteren wären wir zu einer blind dahertretenden, orientierungslosen Konsumentenherde geworden und hätten das Maß in sozusagen allen Dingen verloren. Und nach wieder von einem anderen kämen wir insgesamt nicht mehr draus, wären wir von Zukunftsängsten besessen und anfällig für Hysterie oder auch Nostalgie, jedenfalls auf der Flucht aus einer unentwirrbaren Gegenwart.

Gemeinsam ist den meisten Visionen die Annahme, daß wir in einer unhaltbaren Identitätskrise stecken, daß wir nicht mehr seien — oder sein wollten — oder könnten —, was das Land einst war oder nach dieser oder jener Vorstellung gewesen sein soll, daß bewährte helvetische Tugenden am Untergehen und keine dem Gemeinwesen dienlichen neuen in Sicht seien. Manche dieser Elemente sind in der Tat festzustellen; zusammengenommen, großgeschrieben und zu verallgemeinerten Zustandsbildern montiert, ergeben sie Belegmaterial für schwarzen Pessimismus.

Aus den Urnen aber kommt nun unversehens und mit unvervorteter Deutlichkeit das Bild *verantwortlich urteilender Bürger* — beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied der Generationen — zum Vorschein, mit Vernunft und Nüchternheit, mit Sinn für Maß, Recht, Menschlichkeit, Solidarität, also mit den totesagten Tugenden aus angeblich besseren Tagen ausgestattet. Und zum Vorschein kommt jene *liberale und humane Schweiz*, von der man nach Ueberkonjunktur und extremistischen Versuchungen nicht mehr recht wußte, wie tief und fest ihre Wurzeln noch seien.

und nicht einmal viel weniger «fortschrittlich» regiert, als ihn eine parlamentarische Letztinstanz regiert hätte. Er hat du es den vernünftigen Gebrauch, den er davon machte, Vertrauen in das System gerechtfertigt, das er sich gewählt hat. Aber doch nicht bindendes Vertrauen, das das Risiko nicht sähe. Das Risiko, daß die freie Entscheidung auch zugunsten einer verführerisch präsentierten Radikalkur fallen könnte, die nur für das genauere fallende Urteil als Katastrophe erkennbar war — dieses Risiko hat denn auch manchem Stimmbürger bis vor einer Woche bange gemacht.

Der Ausgang der Prüfung zeigt, daß wir mit dem Wagnis der direkten Volksentscheidung — sofern sie thematisch nicht überstrapaziert wird — nach wie vor leben können. Das Risiko ist zwar nicht völlig kalkulierbar, aber es kann getragen werden. Es hat seinerseits in großem Umfang Kräfte mobilisiert — siehe etwa die Genfer Abstimmungszahlen in diesem Falle —, die sonst, wenn es um scheinbar geringeren Einsatz geht, verborgen bleiben. Die Lethargie ist kein Bewußtsein vom Ernst der Entscheidung und dem Willen zur Teilnahme gewichen, der Bürger ist aufgestanden, die Abstimmungsdemokratie hat sich auf der Höhe ihrer Möglichkeiten und in ihrer eindrucklichen Würde gezeigt. So verloren, wie man bisweilen meint, ist die Schweiz mit ihren alten Institutionen auch in dieser Epoche politischer Abwertung offenbar doch nicht.

Nicht zu unterschätzende Auskunft gibt das «Nein» vom 20. Oktober auch auf die Frage, in welcher Verfassung wir uns als Volk derzeit eigentlich befinden. Darüber hat es in den letzten Jahren verwirrende und gegensätzliche Aussagen, Vermutungen und verabsolutierte Behauptungen gegeben, so daß es schwierig wurde, zu sehen, woran wir mit uns selber sind.

Es ist viel in *Kliresch* gedacht und mit *Kliresch* operiert worden. Nach dem einen wäre «die junge Generation» im Begriff, aus dem Staat, seinen Einrichtungen und Traditionen, seiner Geschichte und seinem «Selbstverständnis» gewissermaßen auszutreten oder auszuflüchten, um sich in Utopien, ungestaltete Anarchie oder in die Blütenwelt zu verlieren.

Nachwörter zum 20. Oktober

Der Urnengang vom 20. Oktober hat auf eine konkrete Frage eine konkrete und unmißverständliche Antwort gegeben. Was sie über den Volkswillen in bezug auf die *Fremdenpolitik* aussagt, ist in der Öffentlichkeit mit weitgehender Uebereinstimmung anerkannt und gedeutet worden. Es ist dem nichts hinzuzufügen — es sei denn die Anmerkung, daß jene landeswiderliche Interpretation, die als Resultat ohne viel Vorbehalte als Verunsicherung für die Bundesratspolitik beanstandet wurde, eine doch wohl eher aus dem Rahmen fallende Ueberinterpretation war.

In der Frage selber steckte aber mehr als nur das Ueberfremdungsthema, und die Antwort enthält Aufschluß über einiges, was nicht direkt gefragt, aber fraglich geworden war im Hinblick, das wir uns von uns selber machen. So über Sinn und Risiken, über die Tragfähigkeit und Belastbarkeit der direkten Volksentscheidung in Fällen wie diesem.

Die *direkte Demokratie*, wie sie vor hundert Jahren aus den Kantonen in die revidierte Bundesverfassung eingeführt worden war, ist und bleibt ohne Zweifel ein *Wagnis*, ja in den Augen der Verfechter repräsentativer, den Volkswillen parlamentarisch filtrierender Demokratie ein geradezu abenteuerlicher Zug unseres staatlichen Lebens. Eine Garantie dafür, daß es auch einmal bedenklieh schief damit gehen könnte, gibt es nicht. Niemand wird heute noch, wie in der demokratischen Gründerezeit, so verwegen sein, einer mystischen *volonté générale* oder gar der Mehrheit das unfehlbare Maß der Vernunft ein für alle Male und schlechthin zuzuschreiben oder zuzutrauen — nach allem, was uns die europäischen Geschichte seither an Möglichkeiten und Praxis der Manipulation des Volkswillens und der plebiszitären Verführung vor Augen gestellt hat.

An den Abgründen, die da drohen, ist der *Schweizerische Souverän* in den letzten hundert Jahren allerdings vorbeigekommen, und er hat sich per Bilanz — Unkosten und Verzögerungen gegen den Vorteil breiterer Abstützung aufgerechnet — selber wohl nicht schlechter



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSE

UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale del

Natürlich ist das Stimmvolk nicht anhand von «Nein» und «Ja» in Schafe und Böcke, in Verantwortlich-Vernünftige und andere zu scheiden. Angst hat auch bei der Mehrheit, berechnete Sorge um ein verlorengegangenes Maß bei der Minderheit ihre Rolle gespielt, und manches Protest-Nein mag auf der «falschen» Seite zu Buche geschlagen haben. Insgesamt ist hier aber doch ein eindeutiges Urteil im Sinne von *Werten* gefallen, die man dem besseren Teil des *schweizerischen Erbes und Wesens* zurechnen darf und muß.

Es ist also noch anderes vorhanden als Isolationismus, Konsumentenmentalität, Gegenwarts- und Zukunftsangst — und das andere hat sich stärker erwiesen als diese Anfechtungen. Es ist *mehr Substanz inakt* geblieben, als manche vermutet haben. Mit der unverdächtig Bescheinigung, seine innere Verfassung betreffend, die der schweizerische Souverän sich selber am 20. Oktober ausgestellt hat, kann man zufrieden sein, und man kann damit etwas anfangen.

F. L.